REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 409 · 18.12.1997

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 45 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Der Fisch stinkt vom Kopf - ES und Js.
2. Länger arbeiten für den Verleger? - gw.
3. Wenn Kommißköppe sich weiterbilden. Staatliche Protektion für Manfred Roeder und seine braune Truppe - ES.
4. Die Bundeswehr an der Geschichtsfront. Die Wehrmachtsausstellung und die Gegenoffensive der Generäle - Gerd Wiegel
5. EUROPOL - (k)ein Sonderfall. Der Amsterdamer Vertrag bringt keine Demokratisierung der EU- Innenpolitik - M. Holzberger, K. Schubert
6. Blinde Passagiere: Private Abschieber arbeiten im Verborgenen - Reimer Dohrn, AG Blinde Passagiere
7. Neoliberale Wende an den Hochschulen. Umstrukturierungen im Sinne der Standortsicherung - Christian Brütt
8. Arbeitslosen-Halbzeit - Kt.
9. Studis im Streik - Gerd Riemann, Stefan Waterkamp - Kieler Uni Linke
10. Wer nicht arbeit, soll auch nicht essen! Sozialhilfe und der Zang zur Arbeit - Harald Rein
11. Südphilippinen - vom Frieden zum Fortschritt? Ein Jahr nach dem Friedensabkommen bleiben die Hoffnungen gedämpft - Rainer Werning
12. Das langsame Sterben des Dinosauriers. Der Zerfall der PRI und Mexikos Abschied von der "versteinerten Revolution" - Boris Kanzleiter
13. Spanischer Zentralstaat setzt auf Konfrontation. 7 Jahre Haft für die Führung von Herri Batasuna - Soli-Komitee Ramos Vega
14. Das mißratene Kind der GUS-Familie. Weißrußlands Präsident Lukaschenko erfreut sich steigender Beliebtheit - Amelie Lanier
15. Vom Faulpelz zum Musterschüler. Italiens Ulivo besiegt die Rechten und schafft Ordnung - Js.
16. Land unter am Horn von Afrika. Deutschsomalische Freundschaft - keine Freundschaft fürs Leben - Thomas W. Klein
17. Handlanger der chilenischen Militärjustiz. Schweizer Behörden wollen politischen Aktivisten ausliefern - Komitee P. Ortiz
18. Schwerer Rückschlag für die Teamsters. Nach dem UPS-Streik greift der Staat die US-Transportgewerkschaft an - Michael Hahn
19. Göttingen: Wie alles anfängt. Zur Initiative "Kein Mensch ist illegal" - Kein Mensch ist illegal, Göttingen
20. "... Hoffnung schöpfen aus unserem Kampf." Liverpooler Frauen beteiligen sich aktiv am Hafenarbeiterstreik (Interview)
21. "Ich ertrage es nicht länger, wehrlos zu sein!" Die Frauenpeschmerga-Einheit der PUK - Andrea Fischer-Tahir
22. Zwischen Streitsucht und Langeweile. Bündnisgrüne präsentieren sich als regierungswillige Kraft - A.D./mb.
23. "Verlorner Posten im Freiheitskriege". Zum 200. Geburtstag Heinrich Heines - ef.
24. Staatsterror und Propaganda. Zur Geschichte des Faschismus, Teil 3: Die Innenpolitik zwischen 1922 und 1934 - Js.
25. Ausgegrenzt und fremdbestimmt. Ein neues Buch zur Geschichte der "Displaced Persons" - Vo
26. Ende der Durststrecke? Friedensratschlag 1997 in Kassel - Vo
27. Willkommen im Dritten Reich! Italienische Arbeitsmigranten in NS-Deutschland - Buchvorstellung - Js.
28. Europäisches Vernetzungstreffen in Brüssel. Friedensorganisationen aus fünfzehn Ländern vertreten - Vo
29. Erich Riedl: Ein Mann der Rüstungsdindustrie bleibt immun - Thomas W. Klein
30. Friedensnobelpreis für die internationale Anti-Minen-Kampagne - Katja Leyrer
31. Vorantreiben, helfen oder stören. Längerer Rückblick auf zehn Jahre konkret - aus gegebenem Anlaß - Christoph Jünke
32. Wie geschmiert. Nachschlagewerk zur Rüstungsproduktion im Raum Hamburg - Lühr Henken

33. Macht mal halblang, Genossen! Betr.: "Gollwitz und die Heuchler" - der feine Unterschied zwischen Kritik und Geschrei - Js
34. 40.000 DM für ak - das muß es Euch schon wert sein! - Kt.
35. PDS im Visier von Neonazis - mb.
36. Quelldatei 05.htm
37. Quelldatei 28.htm
38. Quelldatei 32.htm
39. Quelldatei 36.htm
40. 40.000 DM für ak - das muß es Euch schon wert sein!
41. Ho- Ho-Hochschulstreik!
42. Mexiko: Zerfall der PRI
43. Europa macht die Schotten dicht!
44. Quelldatei leiste.htm
45. Weißrußland: Lukaschenkos wachsende Beliebtheit

1. Der Fisch stinkt vom Kopf

Autor: ES und Js. · Rubrik: Bundeswehr; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:42

Es sind keineswegs nur Wehrpflichtige, die das Klima innerhalb der Bundeswehr bestimmen. Wahrscheinlich stellen junge Männer, die "zum Bund" gehen, eine besondere rechte Auslese in ihrer Altersstufe dar. Dies untersuchen zu lassen, weigert sich Rühe aber beharrlich.

Unbestreitbar ist, daß die meisten Offiziere ein rechtes Weltbild haben. Bei einer Umfrage unter den an den Bundeswehrhochschulen studierenden Offizieren ordneten sich 55 Prozent der Befragten "rechts der Mitte ein", zehn Prozent bezeichneten sich als "national-konservativ". Anton Maegerle nennt in der taz vom 8.12.97 gleich mehrere ehemalige hohe Bundeswehroffiziere, die heute in rechtsradikalen Medien ihr Unwesen treiben:

- Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler, zuletzt stellvertretender Kommandeur der 1. Luftlandedivision in Bruchsal, der u.a. im rechtsradikalen Tübinger Grabert-Verlag und in Nation + Europa veröffentlicht oder bei der ebenso rechtsradikalen Gesellschaft für freie Publizistik in Erscheinung tritt. Außerdem ist er regelmäßiger Autor im revanchistischen Ostpreußenblatt.

- Sein Bruder, Ex-Generalleutnant Franz Uhle-Wettler, schreibt in Junge Freiheit und Criticon und vertritt die Meinung: Wer den deutschen Überfall auf die Sowjetunion "als gesicherte historische Wahrheit darstellt, der ist nicht ernst zu nehmen".

- Generalmajor a.D. Gerd-Helmut Komossa ist ebenso Autor im Ostpreußenblatt wie Brigadegeneral a.D. Wolfgang Gerhardt.

- Vier-Sterne-General a.D. Günther Kießling ist Referent beim "Gesamtdeutschen Studentenverband" und Autor der rechtsextremen Blätter Wir selbst, Europa und Junge Freiheit; für seine "Zehn Thesen gegen die Diffamierung der Wehrmacht" wird er im rechten Lager gefeiert.

- Konteradmiral a.D. Günter Poser, MAD-Chef von 1964 bis 1969, schreibt heute im nazistischen Hetzblatt Unabhängige Nachrichten gegen die "Nürnberger Lynchprozesse".

Möglicherweise gehen diese Herren in der Tat nicht ganz konform mit der offiziellen Linie der Bundeswehr. Der Historiker Michael Wolffsohn von der Bundeswehruni in München sprach in einem NDR-Interview von einem besorgniserregenden "Marsch durch die Institution Bundeswehr", den die Rechten erfolgreich hinter sich gebracht hätten. Um ein Gegengewicht zu schaffen und die Rechten unter Kontrolle zu halten, müßten auch die jungen Anhänger der SPD und der Grünen zur Bundeswehr gehen, statt sich zu verweigern!

Wenn ein stockkonservativer Mensch wie Wolffsohn die "Linken" gegen die "Rechten" zu Hilfe ruft, dann muß es um die Bundeswehr noch schlimmer bestellt sein als allgemein angenommen wird.

ES. und Js.

2. Länger arbeiten für den Verleger?

Autor: gw. · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Medien; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:41

Über Monate zogen sich die Tarifverhandlungen für die rund 17.000 Redakteure und Redakteurinnen von Tageszeitungen hin. Der Rahmen einer einfachen Gehaltstarifrunde wurde vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) gesprengt, der die IG Medien und den Deutschen Journalistenverband (DJV) mit eigenen Forderungen konfrontierte. Die Gehaltsforderungen von 199 DM (IG Medien) bzw. 3 Prozent (DJV) spielten in den Verhandlungsrunden eine eher untergeordnete Rolle. Ziel des Verlegerverbandes war die Durchsetzung gravierender Veränderungen im Tarifgefüge und bei der Arbeitszeit. Der Forderungskatalog sah u.a. vor: Verschlechterungen bei der Alterssicherung und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Kürzungen beim Urlaubsgeld, Kappung der oberen Gehaltsstufen nach Berufsjahren und vor allem die Streichung der 1990 vereinbarten Einführung der 35-Stunden-Woche zum Mai 1998. Statt dessen wollte der Arbeitgeberverband die Einführung einer unverbindlichen Richtzeitregelung ohne Vergütung der Mehrarbeit durchsetzen. Damit zwang der Verband den Gewerkschaften Verhandlungen über eine Vereinbarung auf, die eigentlich nicht vor dem Jahr 2000 kündbar gewesen wäre.

Auf das recht weitgehende Kompromißangebot der Gewerkschaften - Verschiebung der 35-Stunden-Woche um zwei Jahre, gekoppelt mit einer "betriebsnahen" Regelung - ließen sich die Unternehmervertreter nicht ein. Denn gleichzeitig enthielt dieser Verschiebungsvorschlag eine Regelung, die eine Kontrolle der in den Redaktionen geleisteten und nicht vergüteten Überstunden vorsah. Den Unternehmern war durchaus klar, daß es sich dabei um den Versuch handelte, das Überstundenunwesen in den Tageszeitungsredaktionen etwas einzudämmen oder wenigstens die übliche Mehrarbeit zu verteuern.

Angesichts der Unbeweglichkeit und der dreisten Forderungen der Zeitungsverleger sahen sich IG Medien und DJV gezwungen, ihre Mitglieder zu Warnstreiks aufzurufen. Von den Gewerkschaften wurde ein gewagtes Spiel betrieben, denn über die Streikbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen aus den Tageszeitungsredaktionen konnte nur spekuliert werden. Doch schon die erste Warnstreikwelle am 19./20. November überraschte die Tarifpartner: positiv die Gewerkschaften; kalt erwischt wurde der Verlegerverband. Mit einer solch regen Beteiligung hatte niemand gerechnet. Zwischen 1.200 und 1.700 KollegInnen (hierüber liegen unterschiedliche Meldungen der Gewerkschaften vor) aus 70 Redaktionen beteiligten sich an Protestversammlungen und kurzzeitigen Arbeitsniederlegungen. Um den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen, wurde im Vorfeld der fünften Verhandlungsrunde am 1. Dezember in Düsseldorf eine zweite Warnstreikwelle initiiert. Hieran beteiligten sich wiederum 1.500 Redakteure und Redakteurinnen aus mehr als 50 Verlagen.

Der Arbeitgeberverband nahm zwar einige kleinere Forderungen zurück; deren Grundsubstanz blieb jedoch bestehen. Die Verleger präsentierten ein unverhandelbares Papier, über das sie erst wieder am 7. Januar mit den Gewerkschaften reden wollten. Dadurch sollte das lukrative Anzeigengeschäft vor Weihnachten nicht durch weitere Kampfmaßnahmen beeinträchtigt werden. IG Medien und DJV stellten dem BDZV nun ihrerseits ein Ultimatum für einen Verhandlungstermin in diesem Jahr und drohten mit der Einleitung einer Urabstimmung. Angesichts der hohen Beteiligung an den Warnstreiks mußte diese Drohung von den Zeitungsverlegern ernst genommen werden; weitergehende Kampfmaßnahmen waren nicht mehr ausgeschlossen. Die Streikbeteiligung deutete darauf hin, daß den Begehrlichkeiten der Zeitungsverleger durchaus ein Riegel hätte vorgeschoben werden können.

Um so enttäuschender ist der am 14./15. Dezember erzielte Kompromiß. Wichtigster Punkt: Die vertraglich vereinbarte Einführung der 35-Stunden-Woche wird ersatzlos gestrichen. Statt dessen gilt bis zum Jahre 2002 die 36,5-Stunden-Woche. Im Gegenzug zur weiteren Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde die Jahresleistung (13. Gehalt) um fünf Prozentpunkte auf 95 Prozent gesenkt. Die Gehälter werden um 1,5 Prozent erhöht. Für die KollegInnen im Westen gibt es für den Zeitraum vom August bis Dezember eine Einmalzahlung von 400 DM, die im Osten der Republik schauen mal wieder in die Röhre. Die freien JournalistInnen erhalten rückwirkend zum 1. August 1997 eine Erhöhung ihrer Honorare um 1,5 Prozent. Verschlechterungen wurden bei der Gehaltsstruktur hingenommen. Lediglich die Altersversorgung wurde im bisherigen Umfang gesichert.

Im Gegensatz zum DJV macht die Verhandlungskommission der IG Medien ihre Unterschrift unter den Manteltarifvertrag von der Zustimmung der Tarifkommission abhängig. Denn in der Frage der Arbeitszeitverkürzung hat sich die IG Medien zumindest ein internes Votum schon organisiert. Bei einer Mitgliederbefragung hielten 60 Prozent der Befragten Arbeitszeitreduzierungen für notwendig, 25 Prozent für weniger wichtig, und nur 13 Prozent hielten sie für falsch. Bei den RedakteurInnen war der Anteil derer, die Arbeitszeitverkürzungen für wichtig hielten, mit 70 Prozent überdurchschnittlich hoch - vielleicht eine Erklärung für die Kampfbereitschaft in den Redaktionen der Tageszeitungen. Vorrangig schien es aber um finanzielle Aspekte zu gehen.

Die Mitglieder der Tarifkommission der IG Medien werden auf ihrer Sitzung in der zweiten Januarwoche keine leichte Aufgabe zu lösen haben. In einem Schreiben "an die Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen" der Verhandlungskommission der IG Medien heißt es: "Wir halten die Aufgabe der 35-Stunden-Woche im Tarifvertrag für einen Fehler. Denn der Verzicht auf die 35-Stunden-Woche bedeutet nicht, daß in Zukunft die Arbeitszeitprobleme in den Redaktionen gelöst sind. Wir bleiben dabei: Es ist das falsche Signal in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit."

Die IG Medien hat es in dieser Auseinandersetzung leider nicht nur mit dem Verlegerverband zu tun, sondern auch mit dem Interessenverband DJV, der von Anfang an in der Arbeitszeitfrage kompromißbereit war. Nimmt sich die Tarifkommission ernst, müßte sie das Verhandlungsergebnis ablehnen. Ob allerdings die eigenen Kräfte zu einer Durchsetzung der 35-Stunden-Woche reichen, ist mehr als fraglich. In dieser Zeitung hieß die Parole bei ähnlich verlaufenen Arbeitskämpfen: "Ein großer Kampf, ein mieser Abschluß!" Vielleicht läßt sich ja noch ein bißchen nachbessern.

gw., 16.12.97

3. Wenn Kommißköppe sich weiterbilden. Staatliche Protektion für Manfred Roeder und seine braune Truppe

Autor: ES. · Rubrik: Bundeswehr; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:40

Spätestens nach dem Fall Roeder müßte auch dem letzten Bewunderer deutschen Soldatentums klar sein: Das Problem neonazistischer Umtriebe in der Bundeswehr ist nicht das von perspektivlosen Wehrpflichtigen, organisierten Neonazis und Waffennarren; es ist in der Bundeswehr selbst anzusiedeln, bis hinein in höchste Offiziersränge der Hardthöhe.

Das prominenteste Opfer der Affäre ist bislang der ehemalige Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, General Olboeter, bis zu seiner Suspendierung Leiter des Personalwesens im Ministerium. Oberst Schwarzer, seinerzeit Stabschef in der Führungsakademie, wird wohl folgen. Ob diese Bauernopfer ausreichen werden, Rühe im Amt zu halten, wird sich noch zeigen.

Diesem jedenfalls bleibt nicht mehr viel Zeit, die vielen Fragen schlüssig zu beantworten, die nun den zum Untersuchungsausschuß umdefinierten Verteidigungsausschuß in Bonn beschäftigen werden. Bei diesem Stand der Dinge wird es Rühe auch wenig helfen, daß er gemeinsam mit Justizminister Schmidt-Jortzig ein Gesetz auf den Weg bringen will, nach dem die Wehrersatzämter Zugriff auf die Justizakten von Wehrpflichtigen (incl. der Ermittlungsverfahren gegen sie) erhalten sollen, um die Bundeswehr vor "Unterwanderung" zu "schützen". Ganz offensichtlich ist das Schutzinteresse gerade anders herum gelagert: Schützt die Wehrpflichtigen vor dieser Bundeswehr!

Roeder und

die Freunde der Freunde

Anfang Dezember 1997 wurde bekannt, daß der Neonazi und verurteilte Rechtsterrorist Manfred Roeder am 24. Januar 1995 einen Vortrag in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese gehalten hat zum Thema "Übersiedlung von Rußlanddeutschen in den Raum Königsberg" (die Stadt heißt seit über 50 Jahren Kaliningrad!); anschließend nahm er an dem feucht-fröhlichen Gelage zur Verabschiedung eines Offiziers teil. Kaum war die Nachricht veröffentlicht, da warfen Rühe und seine Mannschaft die üblichen Nebelkerzen: Es habe sich bei der Veranstaltung um keine offizielle Lehrveranstaltung gehandelt, und der Kommandeur der Akademie habe davon nichts gewußt; man werde mit aller Entschiedenheit gegen die Einzeltäter vorgehen etc.

Doch rasch kamen immer mehr Einzelheiten ans Licht; wir erlebten einen Verteidigungsminister, der Tag für Tag zugeben mußte, daß seine Aussagen vom Vortag nicht die ganze Wahrheit waren, sondern daß sie - um es höflich in den Worten des Ministers zu sagen - seinem jeweiligen Kenntnisstand entsprachen. So war anfänglich von einer eher privaten Feier die Rede, dann von einer internen, nicht für Auszubildende der Akademie gedachten Veranstaltung mit vorwiegend "sozialem" Inhalt (Sauferei, weil ein Sanitätsoffizier verabschiedet wird), dann von völlig freiwilliger Beteiligung an einem unverbindlich angebotenen Vortrag vor dem Gelage, auf jeden Fall aber ohne Wissen der Akademieleitung - alles Halbwahrheiten, Irreführungen und Lügen.

Nach allem, was heute (12.12.1997) bekannt ist, hat sich das Ganze folgendermaßen zugetragen:

Ein Hamburger Bürger und Bekannter Roeders empfiehlt diesen einem wiederum ihm bekannten Offizier an der Führungsakademie. Weder der Hamburger Bürger noch der Offizier sind bis heute namhaft gemacht worden. Statt dessen nennt Roeder einen "befreundeten" Offizier, der den Kontakt zu Oberst Schwarzer vermittelt habe. (Das wiederum, so der Pressesprecher des Ministeriums, solle die Öffentlichkeit bitte nicht glauben, weil man einem Neonazi nicht glauben dürfe.) Dieser Offizier informiert Oberst Schwarzer, den Stabschef der Akademie, daß er einen kennt, der einen kennt, der über das Thema: "Rußlanddeutsche in Ostpreußen" einen Vortrag halten kann. Der Herr Oberst greift "arglos" die Idee auf und befiehlt zur Bildungsveranstaltung. Nach allen Gepflogenheiten solcher Institutionen ist der Veranstaltungsplan der Leitung

vorzulegen. Oberst Schwarzer erhält vor dem Vortrag Präsentationsfolien und das Redemanuskript und hat nichts zu beanstanden. Auch die Teilnehmer finden weder am Thema noch am Referenten irgendetwas auszusetzen. Und daß Königsberg seit mehr als 50 Jahren Kaliningrad heißt, fällt auch niemandem auf.

Etwa ein halbes Jahr später kommt dann doch die Identität des Referenten ans Licht. Wie dies geschehen sein soll und wer da gepetzt hat, ist bis heute unklar. Jedenfalls berichtet Oberst Schwarzer dem Akademieleiter, General Olboeter, der seinerseits die ganze Sache weiter unter Verschluß hält. Er wechselt nach Bonn und wird Leiter des Personalwesens der Bundeswehr, sein Nachfolger Lange weiß angeblich von nichts. Heute ist es Lange, der seine Vorgänger beschuldigt, spätestens Mitte 1995 bescheid gewußt zu haben.

Vorläufige Maßnahmen durch Rühe: General Olboeter wird "auf eigenen Wunsch" vom Dienst suspendiert, Oberst Schwarzer wird eilends aus Albanien zurückbeordert, wo er in einem internationalen Einsatz der Bundeswehr als Ausbilder tätig war.

Mittlerweile sind Hinweise aufgetaucht, daß auch der neue Kommandeur der Führungsakademie schon Anfang 1996, anläßlich der Amtsübergabe, von den Vorfällen in Kenntnis gesetzt wurde. Auch der MAD soll schon im Sommer 1995 von Roeders Auftritt gewußt haben (taz, 9. und 10.12.95): Die offizielle Version der Geschichte um die Einladung des Neonazis Roeder ist so in keinem Fall zu halten.

Eine Spende für "Rußlanddeutsche in Not"

Dieser hatte nämlich im Namen eines Vereins "Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk", dessen stellvertretender Vorsitzender er ist, im Sommer 1994 in Bonn per Fax eine Spende erbeten: Es ging um Material und Kraftfahrzeuge, angeblich zur Linderung der Not von Rußlanddeutschen in der Region Kaliningrad. Tatsächlich wurde unbürokratisch geholfen. Das zuständige Amt gewährte mehrere Kraftfahrzeuge (die Rede ist von mindestens drei) sowie weitere Hilfsgüter (Werkzeug). Wann dies im einzelnen geschah und was die Lieferungen wirklich umfaßten, ist derzeit nicht geklärt. Insgesamt soll es sich um einen Gesamtwert von 20.000 DM handeln. Der Marktwert der Gegenstände wird weit höher liegen, werden solche Gebrauchswerte doch buchhalterisch normalerweise vor Veräußerung auf 1 DM abgeschrieben. Roeder hat einen Teil der Ausrüstung Ende 1994 aus zwei norddeutschen Bundeswehrdepots abgeholt und sie für mehrere Wochen auf dem Gelände der Führungsakademie gelagert. Offenbar hat ein befreundeter Offizier diese Möglichkeit angeboten, wohl derselbe, der ihn dann auch an Oberst Schwarzer empfohlen hat. Der Kontakt zur Führungsakademie ist also keineswegs auf privater Schiene gelaufen, die Bundeswehr ist vielmehr in größerem Maße beteiligt als zugegeben.

Wann Roeder die Lkws wieder abgeholt hat, ist unklar. Ebenso unklar ist, ob das Material jemals in Rußland angekommen ist. Hier wird derzeit noch geforscht.

Interessant ist, wie Roeders "Gemeinschaftswerk" in den Genuß der großzügigen Spenden gelangt ist: Das Bettelfax vom Sommer 1994 wurde unmittelbar vom Verteidigungsministerium an das Außenministerium zur Begutachtung weitergeleitet, weil es eine deutsche Minderheit im Ausland betraf. Das Außenministerium erhob keine Einwände. Und spätestens hier weitet sich der Skandal aus, denn die Aktivitäten von Neonazis im ehemaligen Ostpreußen waren in der fraglichen Zeit schon mehrfach Gegenstand von parlamentarischen Anfragen. So heißt es lapidar im Verfassungsschutzbericht 1993 (erschienen im Frühjahr, gedruckt im Herbst 1994):

"Deutsche Rechtsextremisten fördern die Ansiedlung Rußlanddeutscher im nördlichen Ostpreußen deshalb mit Rat und Tat, mit Geld- und Sachspenden. Dabei tun sich besonders hervor: (...)

- der ehemalige Rechtsterrorist Manfred ROEDER mit seinem ‚Deutsch-russischen Gemeinschaftswerk - Förderverein Nord-Ostpreußen`, kurz ‚Preußenwerk` genannt."

Schon im Dezember 1993 war im Informationsblatt des Innenministeriums "Innere Sicherheit" (6/93) der Verein mit Roeders Namen als rechtsradikal vorgestellt worden; es wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dem Roeder-Verein "Deutsche Bürgerinitiative" die Förderungswürdigkeit entzogen worden war.

Doch es war nicht nur das Innenministerium, das sich 1993/94 mit Neonazi-Aktivitäten in Rußland beschäftigte. Im Sommer 1993 gab es einen Bericht der Bundesregierung über rechtsextremistische Aktivitäten in Gebieten der deutschen Minderheiten in Europa. Dazu hatte das Außenministerium alle in Frage kommenden

Botschaften befragt. In dem Bericht heißt es in bezug auf das ehemalige Ostpreußen: "Zwei Ziele (deutscher rechtsextremistischer Organisationen) scheinen dabei im Vordergrund zu stehen, nämlich zunächst aus dem Bereich der rußlanddeutschen Aussiedler das Zulaufpotential für rechtsextremistische Strömungen in Deutschland möglichst zu erweitern und ... den Aufbau einer rußlanddeutschen Autonomie im Kaliningrader Gebiet zu propagieren, bis hin zu einer wenigstens relativen sogenannten Regermanisierung des Gebietes ..."

Der Bericht endet mit dem Resümee: "Jede rechtsextremistische Aktivität in Gebieten der deutschen Minderheiten ist verhängnisvoll im Verhältnis zum Mehrheitsvolk." Damit war spätestens seit Mitte 1993 sowohl im Innen- wie im Außenministerium die Brisanz der Frage "Rechtsextremistische Aktivitäten im Gebiet von Kaliningrad" aktenkundig.

Sowohl der Führungsstab der Führungsakademie der Bundeswehr als auch die Beamten auf der Hardthöhe, die Roeders Spendenfax entgegennahmen, und die zustimmenden Beamten in Kinkels Ministerium haben also in einer Frage "versagt", die schon mehrfach zur "Chefsache" gemacht worden war. Wahrscheinlich aber kann von Versagen gar keine Rede sein: Es ist völlig undenkbar, daß irgendein "Hilfsverein für xyz" ungeprüft Spenden in diesem Umfang von der Bundeswehr bekommt, ohne Referenzen nachweisen zu müssen. Deshalb liegt der Verdacht nahe, daß Roeders Verein eben dort Fürsprecher hatte, die ihm die reibungslose Abwicklung solcher Transaktionen ermöglichten.

Speziell im Innenministerium gibt es für die Rußlanddeutschen erhebliche Etats, die vor allem vom parlamentarischen Staatssekretär Horst Waffenschmidt verwaltet werden. Ein Großteil der Gelder für die Rußlanddeutschen (mindestens 200 Mio. DM) wurde von diesem Ministerium weitergeleitet. Wenigstens 22 Mio. DM wurden bis heute nicht abgerechnet: Das gesamte Geld floß über den rechtslastigen "Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) nach Rußland, kontrolliert von Horst Waffenschmidt, der bis 1993 gleichzeitig im Verwaltungsrat eben dieses Vereins gesessen hat und der höchstpersönlich mehrfach in Rußland gewesen ist, um die Lage der Rußlanddeutschen zu begutachten. Es ist nicht vorstellbar, daß bei der Begutachtung von Spenden für die Region Kaliningrad das federführende Innenministerium nicht mit eingeschaltet wurde.

Angesichts dieser Praxis des für die Rußlanddeutschen zuständigen Innenministeriums wird sich ein Sachbearbeiter im Außenministerium kaum irgendeiner Schuld bewußt geworden sein: Seine Unbedenklichkeitserklärung setzt diese Politik gradlinig um ...

Roeders Vergangenheit

Seit Ende der 60er Jahre ist Roeder, damals noch CDU-Mitglied, als politischer Rechtsaußen-Aktivist aktenkundig. Anfangs trat er mit sogenannten "Anti-Porno-Aktionen" in Erscheinung und agierte von Bensheim aus mit seiner "Bürgerinitiative gegen moralische und politische Anarchie" (Heute: Deutsche Bürgerinitiative), der laut VS-Bericht 1993 erst im Mai 1993 die Förderungswürdigkeit aberkannt wurde. Anfang der 70er Jahre agierte Roeder zusammen mit dem ehemaligen SS-Wachmann von Auschwitz, Thies Christophersen, dem NSDAP-Wiedergründer Erwin Schönborn aus Frankfurt, der NS-Kampfgruppe Mainz der Familie Müller und allen weiteren Größen der Neonazi-Szene. Insbesondere Christophersens Hetzschrift "Die Auschwitzlüge" (1973), zu der Roeder das Vorwort schrieb, war für die neonazistische Szene der 70er Jahre ein Kristallisationspunkt.

1978 entzog sich Roeder nach mehreren Justizskandalen einer drohenden Verhaftung und setzte sich ins Ausland ab. Verhaftet wurde er 1980, als die von ihm gegründeten "Deutschen Aktionsgruppen" insgesamt sieben Anschläge auf Ausländerheime verübt hatten. Dabei waren in Hamburg zwei Vietnamesen ermordet worden. Roeder wurde als Rädelsführer zu 13 Jahren Haft verurteilt. Nach seiner Entlassung im Jahre 1990 machte er weiter wie bisher: Gemeinsam mit Michael Kühnen und Ernst-Otto Remer war er Teilnehmer eines Kongresses "Wahrheit macht frei" der NSDAP-Wiedergründer und Geschichtsrevisionisten. Das hinderte freilich das CDU-nahe "Studienzentrum Weikersheim" des ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Filbinger, nicht daran, Roeder als Teilnehmer neben Otto von Habsburg und der Brandt-Witwe Ruth Seebacher-Brandt zu akzeptieren.

Neben seinen russischen Aktivitäten machte Roeder 1996 erneut von sich reden, als er in Erfurt die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" überfiel und Plakate beschmierte. Seine "Thesen", in denen er die Verbrechen der Nazi-Wehrmacht verteidigte, konnte er in einigen Zeitungen tatsächlich veröffentlichen. "Seriöse" Blätter (auch stockkonservative wie die FAZ) hatten abgelehnt.

Remember Gladio

Es ist nicht anzunehmen, daß der jetzt gebildete Untersuchungsausschuß dazu geeignet ist, Licht ins Dunkel weiterer Ungereimtheiten zu bringen. Roeder und die Mitglieder seiner Mordbande "Deutsche Aktionsgruppen" wurden 1980 nach dem Attentat auf das Münchner Oktoberfest durch den angeblichen Einzeltäter Köhler vernommen. Es ergab sich Erstaunliches: Sowohl Roeder als auch der Bombenbauer der Truppe, Hoernle, gaben an, den Forstmeister Lembke zu kennen, der in der Lüneburger Heide kistenweise Munition und Waffen in mehreren Erdlagern verwaltete. Roeder gab damals an, mit Lembke über Anschläge auf Richter, Landräte und eine im Bau befindliche Polizeischule bei Gorleben gesprochen zu haben. Die Depots wurden erst 1981 von Forstarbeitern eher zufällig entdeckt, und erst daraufhin wurde Lembke verhaftet. Er wurde in der Nacht, bevor er mit einem aus Wiesbaden angereisten BKA-Beamten auf eigenen Wunsch reden konnte, erhängt in seiner Zelle aufgefunden.

Dieser Tod wird bis heute in Nazikreisen immer wieder mit Geheimdiensten in Verbindung gebracht. Die vorläufig letzten Depots des Forstmeisters wurden erst 1995 ausgebuddelt, als der Neonazi Peter Naumann auspackte. Dieser war der Urheberschaft für die österreichischen Briefbomben bezichtigt worden und galt in der Szene als Sprengstoffexperte. Er hatte wohl um 1980 in der Lüneburger Heide anläßlich der Sendung "Holocaust" gemeinsam mit Lembke Sendeanlagen gesprengt und später auch in Italien Anschläge verübt.

Bis heute gibt es keine Auskunft darüber, wie der Forstmeister Lembke zu den Waffen gekommen war, von denen allein 1980 mindestens 30 Kisten ausgegraben worden waren. Hartnäckig hält sich das Gerücht, daß diese Waffen mit der Nato-Konzeption "Stay Behind" in Verbindung stehen (manchmal auch als "Gladio", italienisch/lateinisch für Kurzschwert, bezeichnet). Diese Konzeption sah vor, daß bei einem Angriff des Warschauer Paktes nach Art der Nazi-Werwölfe Banden organisiert werden, für die schon in den 50er Jahren knallharte Rechtsradikale angeworben wurden.

Was nun, Herr Rühe?

Es wird eng für den gelernten Lehrer und ungedienten Obersoldaten Rühe. Viel Handlungsspielraum hat er nicht mehr. Mit Ausnahme des Bundeswehrverbands hat sich keine militärische Stimme geregt, um dem Minister zur Seite zu stehen. Es hat den Anschein, als ob die Armee nur darauf wartet, daß Rühe seine Einflußlosigkeit voll und ganz offenbart. Ob ein solcher Minister ausgetauscht wird oder bleibt, spielt für die Armee keine Rolle mehr. Zu sagen hat er ohnehin nichts (mehr).

ES.

4. Die Bundeswehr an der Geschichtsfront. Die Wehrmachtsausstellung und die Gegenoffensive der Generäle

Autor: Gerd Wiegel · Rubrik: Bundeswehr; Antirassismus, Antinationalismus; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:04

Wenn Bundeswehrsoldaten Gewaltvideos drehen, Nazilieder grölen oder Ausländer mißhandeln, verurteilen die politisch und militärisch Verantwortlichen zwar die "bedauerlichen Einzelfälle", warnen aber gleichzeitig vor "Pauschalverurteilung". Keinen Gedanken verschwenden sie daran, daß die in der Bundeswehr betriebene Traditionspflege für solche Taten mitverantwortlich sein könnte: Auf dem Fliegerhorst Büchel wird in einem "Traditionsraum" an das Wehrmachts-Jagdgeschwader 52 und seine "über 10.000 Luftsiege" erinnert; ehemalige und noch aktive Offiziere loben das "deutsche Soldatentum", dem sie "Stalins Vernichtungskrieg" gegenüberstellen.

Nachdem die Bundeswehr aufgrund der stetigen und eindrucksvollen Videoproduktionen ihres Standortes Hammelburg auch noch die letzten Reste ihres neuen, bürgernahen Image als Katastrophenhelfer zu verlieren drohte, versuchte zumindest die Regenbogenpresse, angeführt durch das Haus Burda, mittels der Verleihung des "Bambi" für die Kämpfer gegen die Fluten das etwas ramponierte Ansehen der Truppe wieder herzustellen. Währenddessen muß sich der Verteidigungsminister peinliche Fragen nach dem rechtsextremen Geist der Truppe gefallen lassen, wenngleich zumindest CDU und SPD einig sind, daß es sich bei den in den Hammelburger Videos zur Schau gestellten Einstellungen natürlich nur um "Einzelfälle" handelt.

Erklärungsbedürftig bleibt allerdings, wie die vielgelobte innere Führung so versagen konnte. Waren es doch nicht nur Wehrpflichtige, die an den erstellten Videos beteiligt waren, sondern auch deren Vorgesetzte, die hiervon wußten. Insofern ist es zwar richtig, daß die Bundeswehr ein Spiegelbild der Gesellschaft ist, die Rekrutierung ihres eigenen Führungspersonals liegt jedoch in ihrer Hand. Wie es um dieses Führungspersonal und sein Weltbild bestellt ist, zeigt beispielhaft die von aktiven und von ehemaligen Bundeswehrangehörigen vorgetragene Kritik an der Wehrmachtsausstellung.

Seit der Münchner Etappe der Wehrmachtsausstellung ist das Thema vorübergehend wieder in die Zeitungsspalten der überregionalen Presse gerückt. Auslöser für die Publicity war das Zusammenwirken von Gauweilers CSU mit neofaschistischen Kräften der NPD. Diese medienwirksame Allianz verdeckt allerdings, daß es an vielen Orten vor allem die heimischen Soldaten- und Traditionsverbände sind, die den Protest gegen die Ausstellung tragen. In den Blättchen und Gazetten dieser Gruppierungen findet sich noch ein ungebrochenes Bild der deutschen Wehrmacht, die im heroischen Kampf gegen die bolschewistische Gefahr Europa verteidigte. Maßgeblich gestaltet werden diese Blätter von ehemaligen Angehörigen der Bundeswehr, die hier ihrer rechtsextremen Weltanschauung freien Lauf lassen. Wohlgemerkt, nicht einfache Soldaten der Bundeswehr verbreiten sich hier, sondern Generale und Oberste a.D., die somit innerhalb der Truppe Vorbildfunktion hatten und für die Ausbildung der Rekruten verantwortlich waren.

Opfer von Stalins "Vernichtungskrieg"

Im Kampf gegen die Aufarbeitung der Wehrmachtsverbrechen tat sich besonders das Organ des Verbandes deutscher Soldaten e.V. (VdS), Soldat im Volk, hervor. Seit der Münchner Diskussion gab es bis in den Sommer hinein nicht eine Nummer des Blattes, in der nicht gegen die Ausstellung und ihre Macher gehetzt wurde.

So schreibt General a.D. Heinz Trettner, Generalinspekteur der Bundeswehr von 1964 bis 1966, die von Hans-Adolf Jacobson aus der Ausstellung abgeleitete Erkenntnis, daß die Wehrmacht kein Teil der Tradition der Bundeswehr sein könne, habe einzig die Funktion, "einen Keil (zu) schieben zwischen die ursprüngliche Bundeswehr, die eine ausschließliche Aufbauleistung von Tausenden von Wehrmachtssoldaten aller Dienstgrade war - einschließlich der geistigen Leistung der Inneren Führung - und die heutige Bundeswehr, die den Krieg nicht miterlebt hat." (1) Trettner hebt also gerade die Verbindung der Bundeswehr zur Wehrmacht hervor, deren "geistige Leistung" natürlich zunächst in der Tradierung eines heroisierenden und apologetischen Bildes der Wehrmacht bestand.

Generalmajor a.D. Dr. Jürgen Schreiber stellt in guter rechter Tradition gleich den Sinn der ganzen "Vergangenheitsbewältigung" in Frage. Gleich nach dem Krieg hätten die Siegermächte mit einer "Umerziehung" der deutschen Bevölkerung begonnen, wodurch die deutsche Vergangenheit zu einem einzigen "Verbrecheralbum" gemacht worden sei. Bedauert wird von Schreiber, daß es verpönt sei, "irgendwelche guten Seiten an der Entwicklung nach 1933 zu erkennen oder Abwägungen zwischen Vor- und Nachteilen vorzunehmen." (2)

Am beeindruckendsten stellt sich allerdings das Weltbild des Brigadegenerals a.D. Reinhard Uhle-Wettler dar. Dieser fühlt sich durch die Provokation der Ausstellung zu einem "Kampf an der Heimatfront" aufgerufen, in dem er dann auch entsprechend schwere Geschütze auffährt. Ein längeres Zitat mag die Weltsicht dieses ehemaligen Bundeswehrgenerals verdeutlichen:

"Der ‚30jährige Krieg` von 1914-1945 gegen Deutschland und das deutsche Volk vollendete den Aufstieg Rußlands und der Vereinigten Staaten von Amerika zu Supermächten. Die Zerstörung des Deutschen Reiches als Zentrum Europas bewirkte dessen Abstieg in die Drittklassigkeit und den Zerfall des britischen Weltreiches. Im übrigen taten die Sieger, was schon in der Antike üblich war: Sie zerstörten die Heiligtümer der Besiegten, schändeten deren Frauen, raubten, was ihnen brauchbar erschien, deportierten die Bevölkerung, erschlugen, wen sie wollten, versklavten die Gefangenen, verschickten sie in die Bergwerke oder zwangen sie zum Kriegsdienst (...). Es war die Rückkehr in die Barbarei." (3)

Die Deutschen als die eigentlichen Opfer der Weltgeschichte und insbesondere der Weltkriege - diese Sicht der Vergangenheit ist auch heute noch auf Seiten der extremen Rechten die bevorzugte Optik. Die Wehrmachtsausstellung gilt hier als ein weiteres Beispiel der "Umerziehung des deutschen Volkes", womit dieses in die "geistige Verknechtung" geraten sei und sich selbst bekämpfe. Auch die Bundeswehr laufe Gefahr, der "Integration in den pluralistischen Zeitgeist" zu verfallen. Um das zu verhindern, müsse - "wollen wir deutsches Soldatentum erhalten und in das nächste Jahrtausend hinüberretten" (4) - die Bundeswehr zu einer von parteipolitischen Einflüssen freien Berufsarmee werden, mit anderen Worten: zu einer von den politischen Vorgaben der bürgerlichen Demokratie unabhängigen Armee, die wieder zu einem bestimmenden Machtfaktor innerhalb des Staates wird. Wie Uhle-Wettler und seine Gesinnungsfreunde bei der Schulung der Truppe dem "Zeitgeist" entgegengearbeitet haben, läßt sich lebhaft vorstellen.

Wie prägend auch für nachfolgende Generationen die Einstellungen der unmittelbaren Vorgesetzten sind, ist nicht zuletzt aus dem Bereich der Justiz bekannt, deren heutige Gestalt entscheidend von den "furchtbaren Juristen" des Faschismus mitgeprägt wurde. In einer Organisation wie der Bundeswehr, die auf Befehl und Gehorsam, auf persönliche Führung und Bindung an die Vorgesetzten aufbaut, ist diese Tradierung von Werten noch sehr viel stärker zu erwarten. Welches Bild vom Nationalsozialismus kann bei jüngeren Offizieren erwartet werden, wenn ein ehemaliger Brigadegeneral von Widerstandskämpfern als von "Verrätern" spricht und noch heute den Traum der Volksgemeinschaft beschwört?

Das hier präsentierte Geschichtsbild wird allerdings nicht nur von ehemaligen, aus der Wehrmacht kommenden Bundeswehrangehörigen vertreten. Es prägt auch neueste Arbeiten von ehemaligen Mitarbeitern bundeswehreigener Forschungseinrichtungen. So legte Joachim Hoffmann, früher Direktor des militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg, 1995 ein Buch mit dem Titel "Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945" vor. Darin bestärkt er nicht nur die von ihm schon seit den frühen achtziger Jahren vertretene These eines deutschen Präventivkrieges gegen die Sowjetunion, er führt den angeblichen Vernichtungscharakter dieses Krieges auch maßgeblich auf die Rote Armee und den Bolschewismus zurück. Eine besonders pikante Note bekam die Veröffentlichung durch das Geleitwort von Dr. Manfred Kehrig, leitender Archivdirektor des Bundesarchivs-Militärarchivs Freiburg, das Hoffmanns Schrift einen bundeswehroffiziellen Anstrich verlieh. Das von den Grünen vorgebrachte Verlangen nach dienstrechtlichen Konsequenzen für Hoffmann wurde von der Regierung "geprüft", ein Ergebnis dieser Prüfung wurde jedoch nicht bekannt (5).

Hoffmann wiederholt in dieser Veröffentlichung nicht nur die Behauptung, die Wehrmacht sei am 22. Juni 1941 einem Angriff der Roten Armee nur um weniges zuvorgekommen, womit er die Propaganda der Nazis als historische Tatsache verkauft. Ziel seiner Darstellung ist, Wehrmacht und Faschismus generell vom Odium des Vernichtungskrieges zu befreien und diesen der Sowjetunion anzulasten. Nicht nur habe die Wehrmacht einen "sauberen Rock" im Krieg behalten, sie sei das eigentliche Opfer des von Stalin befohlenen

Vernichtungskrieges gewesen. Insofern paßt Hoffmanns Darstellung genau in die 1995 einsetzende Debatte um die Verbrechen der Wehrmacht, die entscheidend von der Hamburger Ausstellung angestoßen wurde. Hoffmanns Argumentation erinnert stark an neofaschistische Darstellungen, besonders wenn er die Opferzahlen von Auschwitz und anderen Vernichtungslagern herunterrechnet und auf die intensive Diskussion des "Auschwitzproblems" in "abgelegenen Publikationen" verweist (6).

Daß Hoffmanns Buch in der Jungen Freiheit beworben und angepriesen wird, wundert nicht, eher dagegen die zustimmende Besprechung von Günther Gillessen in der FAZ (7). Dieser hatte Hoffmann und die Präventivkriegsthese allerdings schon während des Historikerstreits 1986 protegiert; 1995 scheint auch Hoffmanns Nähe zur Holocaustleugnung kein Problem mehr für die FAZ zu sein.

Ein Bild der Vergangenheit, wie es Hoffmann zeichnet, findet sich auch bei den schon eingangs zitierten ehemaligen Bundeswehrgeneralen. So schreibt Trettner, der zwischen 1964 und 1966 als Generalinspekteur ranghöchster Soldat der Bundeswehr war:

"Es dürfte heute erwiesen sein, daß der Krieg gegen die Sowjetunion - anders als die Umerziehungspropaganda behauptet - in erster Linie ein nur schweren Herzens begonnener, aufgezwungener Präventivkrieg war und daß unmenschliche Formen vom ersten Tag an von den aufgeheizten sowjetischen Soldaten durch die Ermordung deutscher Kriegsgefangener am 22.6.41 in die Auseinandersetzung hineingetragen wurden." (8)

Die zitierten Aussagen von Trettner, Schreiber, Uhle-Wettler u.a. beweisen: Das Problem des Neofaschismus wird nicht nur von außen in die Bundeswehr hineingetragen, der braune Sumpf hinter den Kasernentoren gehört vielmehr zur Geschichte der Truppe.

Feindbildpropaganda

und Wehrmachtstradition

Wie schwer es auch der aktuellen Führung fällt, sich deutlich von der Vergangenheit zu distanzieren, zeigte die Affäre um das Treffen der Ritterkreuzträger in Hammelburg im Oktober. Diese von Hitler persönlich ausgezeichneten Wehrmachts- und SS-Angehörigen wurden nach einem peinlichen Hin und Her in der Kaserne in Hammelburg empfangen, und der Brigadegeneral Wulf Wedde, Kommandeur der dortigen Infanterieschule, nahm selbstverständlich am Kameradschaftsabend der Veteranen teil - in Uniform, denn schließlich habe es sich nicht um eine politische Veranstaltung gehandelt. (9)

Die Bundeswehr ist auf dem besten Weg, wieder ein wichtiges Instrument deutscher Außenpolitik zu werden. Die aus der faschistischen Vergangenheit hergeleiteten Beschränkungen sind Stück für Stück beseitigt worden. Im Umgang mit dieser Vergangenheit zeigen sich zwei Strategien, die in der Debatte um die Wehrmachtsausstellung deutlich wurden: Einerseits eine Distanzierung von dieser Vergangenheit im Bewußtsein, daß die politischen Ziele der Remilitarisierung der Außenpolitik auch so erreicht werden können und ein Festhalten an überkommenen Geschichtsbildern nur hinderlich ist (10); andererseits ein starres Beharren auf Sichtweisen, die noch ganz in der Tradition der Nazipropaganda stehen. Moderner und zukunftsweisender scheint sicherlich die erstgenannte Strategie, doch könnte es sich auch um eine Aufgabenteilung zwischen politischer und militärischer Ebene handeln. Letztere zumindest scheint für ihre Feindbildpropaganda weiterhin auf die Tradition der Wehrmacht zu setzen.

Ganz in deren Sprachduktus schreibt Oberstleutnant Reinhard Herden im Bundeswehrorgan Truppenpraxis/Wehrausbildung: "Sind Deutschland und die Bundeswehr wirklich mit aller Konsequenz bereit, sich auf Gegner einzulassen, die nichts zu verlieren haben? Sie werden auf einen Gegner treffen, der Gefallen am Töten gefunden hat, (...) der zu unbeschreiblichen Greueltaten fähig ist und seine Landsleute opfert, um zu überleben. Verrat ist ihm zur zweiten Natur geworden. (...) Ist die Bundeswehr bereit und legitimiert, dieser Bedrohung notfalls auch mit brutaler Gewalt zu begegnen?" (11)

Ein so definiertes Feindbild steht genau in der Tradition des deutschen Vernichtungskrieges, der von Teilen der Bundeswehr bis heute legitimiert wird.

Gerd Wiegel

Anmerkungen:

1) Soldat im Volk, Jg.46, Nr.4, April 1997.

2) Soldat im Volk, Jg.46, Nr.5, Mai 1997.

3) Soldat im Volk, Jg.46, Nr.6, Juni 1997.

4) Ebd.

5) Vgl. Frankfurter Rundschau, 8.3.96.

6) Vgl. Joachim Hoffmann: Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945, München 1996 (3. Auflage), S.158.

7) FAZ, 10.10.85.

8) Soldat im Volk, Jg.46, Nr.4, April 1997.

9) Vgl. Frankfurter Rundschau, 17. und 18.10. 97.

10) Vgl. hierzu Anne Jung/Michael Klundt: "Deutsche Katharsis". Über die eigentümliche Koalition von Befürwortern der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944", in: Forum Wissenschaft 4/97.

11) Zitiert nach ebd.

5. EUROPOL - (k)ein Sonderfall. Der Amsterdamer Vertrag bringt keine Demokratisierung der EU-Innenpolitik

Autor: M. Holzberger, K. Schubert · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:07

Innerhalb einer einzigen Woche wurde die EUROPOL-Konvention durch den Innen-und Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages gepeitscht. Sachverständigenanhörung? Fehlanzeige! Der federführende Innenausschuß gar hielt es nicht für nötig, sich mit dem Aufbau der Europäischen Polizeibehörde länger als eine Viertelstunde zu befassen. Das Parlament wiederum konnte nur zwischen Ja und Nein wählen. Dieses Verfahren war dem Ansehen des Bundestages nicht eben zuträglich. Und es liegt nahe zu fragen, inwieweit das mit dem Gegenstand selbst zu tun hatte - und welches Licht der Vorgang auf die europäische Integration im Bereich Innen- und Justizpolitik wirft.

Es waren nicht nur die obligatorischen Bedenkenträger in Sachen Bürgerrechte aus den Reihen der FDP - Burkhard Hirsch und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger - und die zwangsläufig auf den Plan gerufenen Datenschützer, die energisch Widerspruch anmeldeten. Auch der Generalbundesanwalt und der Deutsche Richterbund haben die EUROPOL-Konvention (in Teilen) deutlich kritisiert.

EUROPOL wird weder vom Europäischen Parlament, noch den nationalen Parlamenten der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten, weder von der Justiz, noch von der demokratischen Öffentlichkeit kontrolliert werden können, sondern mehr oder weniger nur sich selbst Rechenschaft ablegen müssen. Der Behörde liegt zudem ein streng zentralistisches Konzept zugrunde, das dem föderalen Anspruch des deutschen Polizeirechts zuwiderläuft. Und hier werden sensibelste Informationen - etwa über das Sexualleben der Betroffenen - sowohl aus polizeilichen als auch aus geheimdienstlichen Datenbeständen zusammengeführt. Das deutsche Trennungsgebot von Polizei und Nachrichtendiensten läuft so ins Leere.

Der Vertrag von Amsterdam bestätigt die Errichtung der EUROPOL-Behörde. In Art. K. 2 werden darüber hinaus "Gemeinsame Maßnahmen" angekündigt, die Kompetenzen von EUROPOL drastisch auszuweiten. EUROCOPS können demnach auch operativ eingesetzt werden. Das heißt, sie sollen nicht nur, wie bisher geplant, lediglich Informationen zusammenführen und auswerten, sondern auch polizeiliche Eingriffsbefugnisse erhalten, also operative Aktionen gemeinsamer polizeilicher Teams koordinieren und unterstützen. Außerdem können sie die nationalen Polizeien ersuchen, "in speziellen Fällen Ermittlungen vorzunehmen". Abgerundet wird die EUROPOL-Konvention durch das sogenannte Immunitäten-Protokoll, das den EUROCOPS auch bei rechtswidrigem Verhalten Straffreiheit garantieren soll.

Während aber das Übereinkommen selbst noch Gegenstand von Beratungen in den nationalen Parlamenten der Mitgliedsländer ist, werden die Kompetenzen der Behörde - via Amsterdamer Vertrag - bereits erweitert. Für die EUROCOPS werden völkerrechtlich verbindliche Handlungsmöglichkeiten geschaffen, die von dem Konventionsentwurf, der momentan in den einzelnen Volksvertretungen debattiert wird, gar nicht gedeckt sind - vorgesehen ist sogar, den EUROCOPS Straffreiheit bei strafrechtlich relevantem Verhalten zuzubilligen. Sie sollen "milieutypische Straftaten" begehen dürfen. Die Kontrollrechte der nationalen Parlamente der EU werden so ein weiteres Mal unterlaufen.

Halbherzige Vergemeinschaftung

Es scheint zur Struktur der europäischen Entwicklung in Sachen Innen- und Rechtspolitik zu gehören, daß die demokratische Öffentlichkeit dabei systematisch herausgehalten wird. Zu Beginn der Verhandlungen über die Revision des Maastrichter Vertrages haben die Regierungen der EU-Staaten allerdings vollmundig eine Demokratisierung der Union, eine Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments sowie die weitgehende "Vergemeinschaftung" der europäischen Innen- und Justizpolitik versprochen. Was blieb von diesen Ankündigungen nach dem Abschluß des Vertrages von Amsterdam?

Die Justiz- und Innenpolitik (JIP) ist in der sogenannten 3. Säule des Maastrichter Vertrages angesiedelt. Ebensowenig wie in der 2. Säule, der "Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP), gelten dort Entscheidungsregeln wie in den Europäischen (Wirtschafts) Gemeinschaften EWG, EKOS und EURATOM

(der 1. Säule). Denn die Bereiche JIP und GASP sind noch nicht "vergemeinschaftet". Die Regierungen handeln untereinander gemeinsame Standpunkte und Maßnahmen aus, die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament (EP) sind nicht beteiligt. Die angestrebte Vergemeinschaftung sollte die Politikbereiche der 3. Säule in den institutionellen Rahmen der 1. Säule überführen, um sie dem alleinigen Zugriff der Regierungen zu entziehen und die Beteiligungsrechte des EPs zu stärken.

Mit der Asyl- und Einwanderungspolitik wurde dies ansatzweise, genaugenommen aber nicht einmal halbherzig vollzogen. Sie ist nach Amsterdam aus der 3. Säule, wo sie bisher eher ein Schattendasein fristete (das Wesentliche regelt die Schengen-Kooperation), herausgelöst, doch nur unvollständig in die 1. Säule überführt worden. Der Sonderstatus der festungsartigen Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen und Migranten in der EU besteht also fort. Innerhalb von fünf Jahren will der Rat der Innen- und Justizminister nun Maßnahmen zur Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen beschließen. Die Aufhebung von EU-Binnengrenzkontrollen hätte schon 1993 (mit der Einführung des EG-Binnenmarktes) realisiert werden müssen. Jetzt wird sie wiederum um fünf Jahre verschoben und darüber hinaus an polizeiliche Ausgleichsmaßnahmen gekoppelt. Zudem wurde dem Vereinigten Königreich und Irland im "Protokoll X" des Amsterdamer Vertrages zugestanden, ihre Binnengrenzkontrollen auf unbestimmte Zeit weiterzuführen.

Nun will man innerhalb des genannten Zeitraums einheitliche Regeln für Kontrollen an den EU-Außengrenzen und für Bedingungen zur Gewährleistung von Reisefreiheit für Nicht-EU-BürgerInnen (sogenannten Drittstaatler) festlegen. Mindeststandards für Asylverfahren und für die "ausgewogene Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen verbunden sind", werden vorgesehen. Darüber hinaus hat der Rat die Aufgabe, Mindestanforderungen für die Rückführung "illegaler Einwanderer" zu definieren. Als Letztes sollen die Bedingungen vereinheitlicht werden, unter denen legal in einem EU-Staat lebende ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge in ein anderes EU-Land ziehen und dort arbeiten können. Das heißt umgekehrt: Diskriminierende Regelungen, denen zufolge lange in der Union lebende Nicht-EU-Bürger von Grundrechten ausgeschlossen bleiben, werden vorerst nicht beseitigt.

In den kommenden fünf Jahren kann der Rat in diesen Angelegenheiten nur einstimmig handeln. Auch später können die Bereiche nur dann vergemeinschaftet werden, wenn die Regierungen sämtlicher EU-Staaten zugestimmt haben. Das Europäische Parlament hat in diesem Prozeß einzig das Recht, angehört zu werden.

Schengen: "Motor der Weiterentwicklung"

Das Schengener Abkommen wurde 1985 zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und den Benelux-Staaten geschlossen. Diese Regierungen vereinbarten mit der Einführung des EG-Binnenmarktes den Abbau der Binnengrenzkontrollen. 1990 einigten sich die Staaten im "Schengener Durchführungsübereinkommen" (SDÜ) auf sogenannte Ausgleichsmaßnahmen für den Abbau der Grenzkontrollen, als da wären: quasi-militärische Sicherung der Schengener Außengrenzen, rigide Visavergabepraxis, gemeinsame Asylzuständigkeit und Asylverfahrensregelungen, enge grenzübergreifende Polizeizusammenarbeit. Das Schengener Abkommen gilt als Modell, in dem die innenpolitische Zusammenarbeit zwischen wenigen EU-Regierungen konzipiert und erprobt wird, um sie später den übrigen EU-Mitgliedstaaten aufzudrängen. Das EP blieb bei diesem exklusiven Verfahren außen vor, genauso wie die nationalen Parlamente. Das SDÜ handelten die Regierungen der Schengener Vertragsstaaten unter sich aus. Gleiches gilt für die unzähligen bindenden Beschlüsse, die der sog. Schengener Exekutivausschuß seit 1990 gefaßt hat (den sogenannten "Schengen-Aquis"). Die Parlamente wurden hierüber ebenfalls nur nachträglich und dann auch noch bruchstückhaft informiert.

Der Amsterdamer Vertrag beinhaltet ein sogenanntes Schengen-Protokoll, das die Überführung der Schengen-Kooperation in die EU-Institutionen regelt. In Art. K. 12 des Vertrages ist aber bereits die Möglichkeit für eine "flexibilisierte" polizeiliche Zusammenarbeit vorgesehen - außerhalb der EU-Strukturen! Für die engere Zusammenarbeit eines Teils der Mitgliedstaaten (sei es nun im Polizeibereich oder in der Währungspolitik) benötigen diese EU-Kernstaaten nicht wie ursprünglich vorgesehen die Zustimmung aller Mitgliedstaaten. Es reicht die qualifizierte Mehrheit. Das EP besitzt keine Mitwirkungsrechte. Im Falle einer flexibilisierten polizeilichen Zusammenarbeit müssen Nachzügler nicht nur sämtliche bisher gefaßten Beschlüsse übernehmen, sondern gegebenenfalls auch zusätzliche Auflagen erfüllen. Schengen, Prototyp eines Kerneuropa à la Schäuble, wird folglich nicht aufgelöst, sondern - im Gegenteil - institutionalisiert und auf andere Politikbereiche ausgedehnt.

Das Protokoll sieht zwecks Überführung dieser speziellen Form von Kooperation vor, daß der "Schengen-Aquis" in EU-Recht umgewandelt wird. Die nationalen Parlamente müssen mit der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrags also auch allen Beschlüssen zustimmen, die bis dato vom Exekutivausschuß bzw. von den Regierungen der EU-Staaten getroffen worden sind. Keiner dieser Beschlüsse darf abgelehnt oder auch nur verändert werden. Andernfalls muß das Mitgliedsland die Schengen-Kooperation verlassen. Doch welches Land könnte es sich leisten, diesem Verfahren nicht zu entsprechen?

Dem Vereinigten Königreich und Irland, die einen Verzicht auf Binnengrenzkontrollen entschieden ablehnen, hat man allerdings die Möglichkeit eingeräumt, lediglich die für sie günstigen Regelungen zu übernehmen (Art. C des Schengen-Protokolls). Das wird zur Folge haben, daß es insbesondere bei der Schengener polizeilichen Zusammenarbeit auf unabsehbare Zeit ein nur partiell geltendes EU-Recht gibt. Dieses "Schengen à la carte"-Verfahren wurde bislang insbesondere von der Bundesregierung strikt abgelehnt. Welchen Sinn hätte sonst der Zwang für neue Beitrittsländer, den "Schengen-Aquis" zu übernehmen?

Für die polizeiliche Zusammenarbeit werden in Zukunft die undemokratischen und nicht-vergemeinschafteten Strukturen der 3. Säule des Maastrichter Vertrages maßgebend sein. Ungeachtet dessen wollen der Bundesinnenminister und seine Länderkollegen Schengen "als Motor für eine Weiterentwicklung der EU im Bereich der Inneren Sicherheit erhalten". (1) Schengen soll den Vorstellungen des Bundesinnenministeriums zufolge innerhalb der EU ein "Sonderstatus", eingeräumt werden, es soll "ein gewisses Eigenleben führen können, um sich ungehindert durch die EU weiterzuentwickeln. "(2)

"Innere Sicherheit" -

out of control

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) soll eigentlich als europäische Gerichtsinstanz juristische Fragen entscheiden, die auch nach Ausschöpfung des nationalen Rechtswegs offen geblieben sind. Doch im Amsterdamer Vertrag ist eine doppelte Ausnahmeregelung für die richterliche Kontrolle polizeilichen Handelns vorgesehen. Zum einen wird der EuGH nur gegenüber denjenigen EU-Staaten aktiv, die dessen Zuständigkeit ausdrücklich anerkennen. Zum anderen darf der EuGH dem Amsterdamer Vertrag zufolge auch gegenüber Staaten, die seine Zuständigkeit grundsätzlich anerkannt haben, "Maßnahmen der Polizei oder anderer Strafverfolgungsbehörden für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung sowie zur Gewährleistung der inneren Sicherheit" weder auf Gültigkeit noch auf Verhältnismäßigkeit hin überprüfen. Gerade der heikle Bereich des Staatsschutzes, in dem Grundrechtseingriffe besonders häufig und mit einer unvergleichlichen Intensität möglich sind, wird so der richterlichen Kontrolle entzogen. Konsequenterweise wird daher auch im Schengen-Protokoll des Amsterdamer Vertrages (Art. B) die Zuständigkeit für Maßnahmen der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung abgesprochen.

Ähnlich wie dem Gerichtshof ergeht es auch dem Europäischen Parlament. Wie bei der kaum vergemeinschafteten Asyl- und Einwanderungspolitik kommt ihm auch bei der polizeilichen Zusammenarbeit keine legislative Funktion zu. Die EP-Abgeordneten dürfen sich im Bereich der europäischen polizeilichen Zusammenarbeit lediglich mit "Anfragen" und "Empfehlungen" an den Ministerrat wenden. Dieser "unterrichtet" das EP einmal jährlich über die Fortschritte bei der Kooperation der Strafverfolgungsbehörden. Möchte der Ministerrat im Polizeibereich Beschlüsse fassen, kommt der Legislative lediglich das Recht zu, "angehört" zu werden. Auch die nationalen Parlamente haben hier keine Kontrollfunktion. Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten können Übereinkommen und Beschlüsse fassen, ohne daß z.B. der Bundestag tätig gewesen sein müßte.

Diese Regelungen widersprechen den Vorgaben aus Art. 23 GG, wonach für die Übertragung von Hoheitsrechten verlangt wird, daß die EU "demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtet ist". Der Amsterdamer Vertrag dürfte zudem kaum den Anforderungen genügen, die das Bundesverfassungsgericht am 12. Oktober 1993 in seinem sog. "Maastricht-Urteil" aufgestellt hat. Darin verlangen die Karlsruher RichterInnen eine "demokratische Legitimation" bei der Übertragung von Hoheitsrechten.

Das höchste deutsche Verfassungsgericht schreibt: "Entscheidend ist, daß die demokratischen Grundlagen der Union schritthaltend ausgebaut werden und auch im Fortgang der Integration in den Mitgliedstaaten eine

lebendige Demokratie erhalten bleibt." (3) Von einem "schritthaltenden Ausbau der demokratischen Grundlagen" innerhalb der EU kann im Bereich der Innen- und Justizpolitik aber kaum die Rede sein.

Diese Überlegungen führen zum grundlegenden Demokratieproblem der Europäischen Union, daß durch den Amsterdamer Vertrag noch verschärft wurde: Die Regierungen der Mitgliedstaaten werden auf EU-Ebene faktisch zur Legislative und somit zu gesetzgebenden Körperschaften. Tatsächlich faßt der Ministerrat der EU die Übereinkommen, Rahmen- und übrigen Beschlüsse. Das EP und die nationalen Parlamente - also die eigentliche Legislative werden auf eine reine Statistenrolle zurechtgestutzt. Und die Judikative ist aus allen sensiblen Bereichen des Staatsschutzes, in denen eine richterliche Kontrolle dringend nötig wäre, komplett ausgeschlossen. Wer die demokratische Öffentlichkeit systematisch aus der Entwicklung einer europäischen Innen- und Justizpolitik heraushält und die Gewaltenteilung in der EU auf den Kopf stellt, der darf sich eigentlich über Politikverdrossenheit und Europamüdigkeit nicht wundern. Wer diesen Politikbereich als Geheimdiplomatie institutionalisiert, und dies auch noch als modellhaft bezeichnet, trägt selbst dazu bei, daß die vielbeschworene europäische Idee eher Anhänger verliert als gewinnt.

Mark Holzberger,

Katina Schubert

Anmerkungen:

(1) Schengen-Jahresbericht der Innenministerkonferenz, S. 34.

(2) So ein Sprecher des Bundesinnenministeriums auf einer Tagung der bündnisgrünen BAG Demokratie und Recht im Februar 1997.

(3) BVerfGE 89, 155, S. 184 ff.

Nachdruck aus: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/97

6. Blinde Passagiere: Private Abschieber arbeiten im Verborgenen

Autor: Reimer Dohrn, AG Blinde Passagiere · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:09

Die Zahl der Asylbewerber ist im 1. Halbjahr 1997 gegenüber 1993 um 76,5% zurückgegangen, bejubelt Bundesinnenminister Kanther den Erfolg seiner Abschottungspolitik, gleichzeitig fordert er Bund und Länder zu gemeinsamen Anstrengungen auf, die Zahl noch weiter zu verringern. Auch denjenigen, die den Begriff "Festung Europa" als Synonym für die Bemühungen der Länder der Europäischen Union, legale Einreise von Flüchtlingen zu unterbinden, für überzogen hielten, wird angesichts solcher Verlautbarungen deutlich, daß das Ziel der Regierenden die "Null-Migration" ist.

Der Ring "sicherer Drittstaaten", die Flughafenregelung, die Rücknahmeabkommen mit vielen wichtigen Herkunftsländern, der hochtechnisierte "Schutz der Außengrenzen" und die Regelungen des Schengener Abkommens führen - bei ständiger Perfektionierung - dazu, daß Flüchtlinge Europa nur noch unter schwierigsten und oft lebensgefährdenden Umständen erreichen können. Die Einreisemöglichkeit auf dem Seeweg ist eine der wenigen verbleibenden Möglichkeiten. Vor allem Flüchtlinge aus (west-) afrikanischen Staaten kommen als blinde Passagiere über den Hamburger Hafen in die Bundesrepublik.

Gesetze sorgen für Druck

Mit der Änderung des Ausländergesetzes 1994 hatte der Gesetzgeber u.a. die Absicht, diese Form der Einwanderung zu regeln. In der Neufassung des Gesetzes, das der legislative Ausdruck des zunehmenden Fremdenhasses in Deutschland ist, heißt es in § 73, Absatz 1: "Wird ein Ausländer, der mit einem Luft,- See- oder Landfahrzeug einreisen will, zurückgewiesen, so hat ihn der Beförderungsunternehmer außer Landes zu bringen." Diese Verpflichtung gilt für die Dauer von drei Jahren und wird nur für ein Asylbegehren oder bei Abschiebehindernissen ausgesetzt. Außerdem wird das Beförderungsunternehmen verpflichtet, den Flüchtling auf Verlangen der Grenzbehörden in das Land, das sein Reisedokument ausgestellt hat bzw. in das Abreiseland des Flüchtlings oder "einen sonstigen Staat zu bringen, in dem seine Einreise gewährleistet ist."

Im weiteren wird die Kostenverpflichtung der Beförderungsunternehmer gesetzlich geregelt. Zwar ist grundsätzlich der Flüchtling verpflichtet, alle Kosten im Zusammenhang mit seiner Einreise, Aufenthalt und Abschiebung zu tragen; (1) ist er dazu nicht in der Lage, werden diese Kosten den Transportunternehmen auferlegt. So werden den Reedereien "die Kosten, die von der Ankunft des Ausländers an der Grenzübergangsstelle bis zum Vollzug der Entscheidung über die Einreise entstehen" auferlegt.

Auf die Reedereien kommen folgende Kosten zu:

- die Reisekosten innerhalb und außerhalb der BRD bis zum Zielort, einschließlich der Kosten für Verwaltung, Unterbringung, Verpflegung und sonstiger Versorgung;

- die Kosten für die Abschiebehaft, Übersetzungskosten und damit im Zusammenhang stehende Verwaltungs-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten;

- "sämtliche durch eine erforderliche amtliche Begleitung des Ausländers entstehenden Kosten einschließlich der Personalkosten," "soweit der Beförderungsunternehmer nicht selbst die erforderliche Begleitung des Ausländers übernimmt."

Diese Rechtslage ist in allen europäischen Staaten im Prinzip ähnlich. (2) Ziel ist es, über die Verpflichtung der Kostenübernahme oder über die Verhängung von Strafgeldern Druck auf die Reedereien auszuüben. Zentrale Absicht ist, die Grenzen Europas vorzuverlegen und so die Kapitäne und Besatzungen von Schiffen zu zwingen, das Interesse an der Abschottung der reichen Staaten zu ihrem eigenen zu machen.

Auswirkungen auf die Praxis

Dieser gesetzliche Druck auf die Reedereien und Besatzungen von Schiffen hat enorme Auswirkungen auf das Schicksal der blinden Passagiere. Im wesentlichen sind dies drei Effekte:

- Alle blinden Passagiere - oder stowaways wie die Seeleute sagen -, die trotz scharfer Kontrollen während des Ladens und vor dem Auslaufen des Schiffes nicht entdeckt werden, befinden sich in Lebensgefahr. Viele stowaways verdursten, verhungern, ersticken, erfrieren oder werden in ihrem Versteck durch Ladungschemikalien vergiftet. Eine unbekannte Anzahl blinder Passagiere wird auf hoher See ermordet und/oder über Bord geworfen. Nur sehr selten werden solche Fälle bekannt. Das Risiko für die Besatzungen, daß diese Fälle ans Tageslicht kommen und die Verantwortlichen bestraft werden, ist gering. (3)

- Reedereien, Kapitäne und Seeleute können stowaways in europäischen Häfen von Bord lassen, ohne dies zu melden. Zwar ist dies strafbar, "vergißt" aber der Flüchtling den Schiffsnamen, dann ist diese Verfahrensweise ein schneller und kostengünstiger Umgang mit dem Druck des Gesetzgebers. Für den stowaway führt dies allerdings in einem eventuellen Asylverfahren zu Schwierigkeiten: Das Bundesamt erklärt regelmäßig Flüchtlinge, die angeben, als blinde Passagiere mit dem Schiff gekommen zu sein, für unglaubwürdig. Viele dieser Ablehnungen werden mittlerweile mittels Textbausteinen erstellt. (4)

- Statistisch erfaßt werden lediglich die entdeckten und gemeldeten blinden Passagiere. Allein im Hamburger Hafen kamen in den letzten sieben Jahren mehr als 1.000 blinde Passagiere an. Werden blinde Passagiere entdeckt, meldet der Kapitän schon von See aus seiner Reederei die entdeckten stowaways. Die Reederei wiederum informiert die Wasserschutzpolizei und in den meisten Fällen auch ihre Versicherung. Viele Schiffsversicherer und sog. P&I-Clubs bieten eine Versicherung der Kosten an, die durch blinde Passagiere entstehen. Die Kosten für eine begleitete Rückschiebung in afrikanische Staaten liegen bei rund 15.000 DM. Es läßt sich erahnen, daß es sich hier um einen lukrativen Dienstleistungsmarkt für die Schiffsversicherer handelt.

Abschieber arbeiten Hand in Hand

Kurz nach dem Anlegen des Schiffes kommt die Wasserschutzpolizei an Bord, um die blinden Passagiere abzuholen. Noch an Bord wird eine Befragung über Papiere und Barmittel durchgeführt. Außerdem wird direkt an Bord - also vor dem Betreten der Bundesrepublik - eine entscheidende juristische Amtshandlung durchgeführt: Die Wasserschutzpolizei erstellt einen Zurückweisungsbeschluß. Da blinden Passagieren die nötigen Einreisepapiere in Form von Visa fehlen, werden sie, bevor sie in die BRD einreisen, wegen illegaler Einreise zurückgewiesen. Nun kann der Flüchtling an Land - den Boden der BRD betreten -, ohne im juristischen Sinn eingereist zu sein.

Ebenfalls an Bord unterschreibt der Vertreter der Versicherung gemeinsam mit dem Kapitän und der Wasserschutzpolizei die Verpflichtung, mit der er die Rückführungsverpflichtung der Reederei übernimmt. So wird der Vertreter der Versicherung für die reibungslose Rückschiebung verantwortlich. Auch die stowaways unterzeichnen das Papier, allerdings glauben viele, es sei der Asylantrag.

In den meisten Fällen werden die stowaways anschließend von den Beamten in das Wasserschutzpolizeirevier gebracht. Dort wird anhand eines Formblattes, bestehend aus neunzehn Fragen, ein "Interview" durchgeführt. Name, Alter, Beruf, Grund der Einreise sollen festgestellt werden. Außerdem wird von dem stowaway eine Einverständniserklärung zur eigenen Rückschiebung per Flugzeug eingeholt. Entgegen den Bestimmungen wird diese Befragung nicht in jedem Fall von Beamten der Wasserschutzpolizei geführt. 1996, nach der Ankunft von neun liberianischen Bürgerkriegsflüchtlingen im Hamburger Hafen, stellte ein Mitarbeiter des "maritimen Dienstleisters" Claas W. Brons die Fragen. Da kein Dolmetscher verfügbar war, hat er auch gleichzeitig das Interview übersetzt. So wundert es nicht, wenn die Antworten auf die Fragen mit dem Interesse übersetzt werden, den Flüchtling so schnell wie möglich wieder loszuwerden. Welche absurden Blüten dieses Interesse erzeugen kann, zeigt das Beispiel eines liberianischen Flüchtlings. Nach dem Zweck seiner Reise gefragt, erzählte er dem Vertreter der Versicherung u.a., daß er vor seiner Flucht lange Zeit in Ghana auf der Straße gelebt habe, folglich dort auch geschlafen habe. In der "Übersetzung" wurde daraus die Antwort, daß der junge Mann nach Europa kam, um in Ruhe schlafen zu können.

Doch dies ist nur ein Aspekt der Tatsache, daß im Hamburger Hafen die Geschäftsinteressen der Versicherer mit dem Amtsgebaren der Wasserschutzpolizei aufs intimste miteinander verbunden sind. Die Beamten dienen den Reedereien auf behördlichen Formularen die Dienste eines privaten Rückschiebers an. Eine unabhängige Beratung des Flüchtlings etwa über sein Recht, Asyl zu beantragen oder ein Anwaltsbüro um Vertretung zu bitten, bleibt grundgesetzwidrig auf der Strecke.

Offensichtlich besteht ein derart vertrauensvolles Verhältnis zwischen Schiffsversicherern und Polizisten, daß die Beamten auch für die Befragung durch eine Privatperson - dem Vertreter der Versicherung - in ihren Diensträumen verantwortlich zeichnen. Nach der Befragung bei der Wasserschutzpolizei werden die stowaways zur erkennungsdienstlichen Behandlung zu Dienststellen der Polizei gefahren. Die dort gewonnenen Unterlagen werden - entsprechend den Vorschriften des Ausländergesetzes - an das Bundeskriminalamt weitergegeben. Dort werden diese Daten in einem speziellen Ausländerregister gespeichert und mit vorhandenen Daten abgeglichen.

Auch der hochspezialisierte Dienstleister Pandi Services, P&I-Club Repräsentant in Bremen und Rostock und Korrespondent in Hamburg, sammelt die Daten der stowaways. Je mehr Daten der Service in den eigenen Registern hat, um so höher die Attraktivität seiner Dienstleistung. Der Service nutzt die Anwesenheit bei der Befragung der blinden Passagiere, um deren Erfahrungen festzuhalten.

Die Reise der blinden Passagiere endet auf deutschem Boden in der Rückschiebeabteilung des Hamburger Untersuchungsgefängnisses Holstenglacis. Sie werden von den Behörden behandelt, als wären sie in der Transitzone eines Flughafens. Dort werden sie solange festgehalten, bis das Schiff, mit dem sie gekommen sind, wieder ablegt, oder bis sie ein Flugzeug in ein Land zurückbringt, für das Pandi Services ein Reisedokument organisiert hat.

Asylgesuche lassen Kosten steigen

Sowohl die Reedereien als auch die bundesdeutschen Behörden haben ein starkes Interesse daran, daß die blinden Passagiere kein Asylgesuch beantragen. Die Reederein haben sich - durch die Verpflichtungserklärung - bereit erklärt, in jedem Fall die Kosten der Rückführung noch vor dem Auslaufen des Schiffes zu hinterlegen. Bei nicht stattfindendem Asylverfahren sind die Rückführungskosten für die Reedereien jedoch geringer, denn die Schiffseigner müssen dann nicht zusätzlich für Unterbringungs- und Verwaltungskosten aufkommen, die nach der zu erwartenden Ablehnung des Asylverfahrens fällig werden. Für die öffentliche Hand entfallen bei nicht gestelltem Asylantrag die Kosten für die Dauer des Asylverfahrens.

Da die blinden Passagiere in der Regel keine anwaltliche Unterstützung haben und auch keine unabhängige Beratung bekommen, sorgen vermutlich "Verständigungsprobleme" dafür, daß nur etwa 10% der gemeldeten Blinden Passagiere in Hamburg ihren Asylantrag stellen.

Aber selbst wenn ein Anwalt die Flüchtlinge über ihr Recht, einen Asylantrag zu stellen, informiert, sind die Möglichkeiten von Pandi Services noch nicht ausgeschöpft. Ein letztes Mittel, die blinden Passagiere von ihrem Vorhaben abzubringen, ist das Versprechen von Kleidung, einer Stange Zigaretten und einem Handgeld von 50 bis 100 Dollar für diejenigen, die sofort zurückfliegen. Diese Methode funktioniert häufig. So brachten Pandi - Mitarbeiter 1995 in Rostock sechs von acht stowaways dazu, via Zürich nach Accra/Ghana zurückzufliegen, ohne Asylanträge zu stellen, zu denen der Ausländerbeauftragte der Stadt Rostock und ein Anwalt geraten hatten.

Mit guten Beziehungen schnell zu Papieren

Die reibungslose Durchführung der Rückschiebung hängt entscheidend von der Frage ab, ob und wie schnell der Versicherer Reisepapiere für den stowaway organisieren kann. Zentral ist folglich die Identitätsfeststellung und daraus resultierend die Beschaffung entsprechender Reisedokumente, denn ohne ein Paßersatzpapier ist keine "Repatriierung" möglich. Da die Reederei verpflichtet ist, den stowaway wieder an Bord zu nehmen, wenn eine Rückschiebung innerhalb der Liegezeit nicht möglich ist, muß der bevollmächtigte Agent innerhalb weniger Tage Reisepapiere und Flugtickets für die stowaways organisieren. Da die meisten Flüchtlinge ohne Papiere einreisen, geben die Schiffsversicherer ihre mündlichen Angaben an die Botschaften der Herkunftsländer weiter. Offensichtlich hat u.a. die Firma Pandi so enge Kontakte zu Botschaften afrikanischer Staaten, daß es der Botschaft möglich ist, noch am Tag der ersten Befragung der stowaways Ersatzpapiere auszustellen. So geschehen z.B. im Januar 1995 in Rostock, wo sechs von acht stowaways auf diese Weise nach Ghana zurückgeflogen wurden.

Damit die Papiere, die zur Rückführung nötig sind, möglichst schon gefertigt sind, wenn der Flüchtling im Rückschiebehafen ankommt, stellt Pandi Services den Reedereien einen Fragebogen zur Verfügung. Die dort abgefragten Daten werden nach der Befragung der blinden Passagiere durch den Kapitän an den

entsprechenden Mitarbeiter weitergegeben. In schwierigen Fällen, etwa bei Verständigungsproblemen, läßt die Firma ihre afrikanischen Honorarkräfte mit den Flüchtlingen telefonieren, um so die fehlenden Daten zu erhalten, damit bei der entsprechenden Botschaft ein Paßersatz geordert werden kann.

In jedem Fall werden dabei grundsätzliche konsularische Sorgfaltspflichten wie persönliches Erscheinen, Nachprüfen von Identitätspapieren oder Kontrolle von Daten in den Registern des Heimatlandes unterlassen. Ein Pandi - Mitarbeiter prahlte sogar damit, daß sich in den Firmenakten über stowaways Paßbilder befinden.

Für uns stellt sich die Frage, wie hoch der Preis dafür ist, daß, die Botschaften unabhängiger Staaten die Handhabung ihrer souveränen Amtshandlungen Privatfirmen eines anderen Landes überlassen. Wenn durch Zufall oder intensive Recherche Unregelmäßigkeiten ans Licht kommen, berufen sich die Verantwortlichen auf den bedauerlichen Einzelfall. Doch Tausende stowaways, die jährlich nach Europa kommen, sind keine Einzelfälle. Es handelt sich also um eine organisierte Beschaffung von Reisedokumenten, die hier zwischen privaten Dienstleistern und Botschaften abgewickelt wird.

Reimer Dohrn

AG Blinde Passagiere

Eine Postkartenserie zum Thema "Blinde Passagiere" soll die Unterstützungsarbeit finanzieren helfen. Sie kann bei der u.a. Kontaktadresse für 10.- DM bestellt werden.

Im Frühjahr 1998 soll ein Treffen Beratungsstellen und gesellschaftliche Gruppen der bundesdeutschen Küstenländer zusammenführen, um zumindest eine unabhängige Beratung der gemeldeten Blinden Passagiere einzufordern.

Im Frühjahr 1998 wird das Buch von Marily Stroux und Reimer Dohrn: "Es ist leichter, in den Himmel zu kommen als nach Europa - Blinde Passagiere" beim Verlag Brandes und Apsel erscheinen.

Kontakt:

AG Blinde Passagiere

c/o Dok-Zentrum

Wohlersallee 12

22767 Hamburg

Tel.: 040 - 430 80 30

e-mail: stroux7578@aol.com

Amnerkungen

1) Aus diesem Grund wird dem Flüchtling bei der unerlaubten Einreise sein Bargeld abgenommen. Dies wird bei einer Abschiebung mit den Kosten der Abschiebung (bis auf einen geringen Betrag) verrechnet.

2) Mit den Vereinbarungen des Schengener Abkommens sind alle Beitrittsländer verpflichtet, diese Regelungen in ihre Ausländergesetzgebung aufzunehmen. Siehe hierzu UNHCR, 1997, Zur Lage der Flüchtlinge, Bonn.

3) siehe Raf Custer, 1996, Blinde Cargo, Berchem/Belgien

4) vgl. Conny Grenz, 1996, Asyl für "blinde Passagiere"? - Ablehnungen per Textbausteinen, in: off limits, Nr.14

7. Neoliberale Wende an den Hochschulen. Umstrukturierungen im Sinne der Standortsicherung

Autor: Christian Brütt · Rubrik: Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:16

Überfüllte Seminare und Vorlesungen, Kürzungen bei oder Streichen von Fachbereichen, schlechte Betreuungsbedingungen, wenig bis kein BAföG, angedrohte Studiengebühren - kurz: miserable Studienbedingungen sind die Auslöser des studentischen Protests. Dem gegenüber stehen seit einigen Jahren hektische Reformbemühungen seitens der BildungspolitikerInnen von Bund und Ländern, die um die Begriffe Wettbewerb, Autonomie, Effizienz und vor allem Deregulierung kreisen.

Zur Zeit sind hierzulande ca. 1,9 Mio. StudentInnen eingeschrieben, von denen sich statistisch betrachtet jeweils zwei einen Studienplatz teilen. Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) spricht von einem Finanzierungsdefizit von neun Milliarden Mark im Vergleich zu 1977. In jenem Jahr einigten sich Bund und Länder auf den sogenannten "Öffnungsbeschluß", der aufgrund der Öffnung der Hochschulen bei gleichzeitigem Einfrieren der Finanzierung so zu einem Doppelschluß wurde.

Um die entstandenen Defizite auszugleichen, müßten die Länder laut HRK jährlich fünf Milliarden Mark investieren. Vom BAföG werden derzeit 15 Prozent aller StudentInnen mit durchschnittlich 630 Mark beglückt. Laut der 14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks sank der Anteil der StudentInnen aus sogenannten "unteren Herkunftsgruppen" im Zeitraum 1982 bis 1994 von 23 auf 14 Prozent. Soviel an knappen Fakten zur Situation an den Hochschulen, die von nahezu allen Beteiligten hoch und runter gebetet werden. Allerdings driften die jeweiligen Lösungsansätze weit auseinander.

Neoliberale Bildungspolitik

Der Mainstream der hochschulpolitischen Diskussion fügt sich geradezu nahtlos in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs unter dem Stichwort "Standort Deutschland" ein. Inzwischen ist es ja egal, welches Politikfeld erörtert wird: Deregulierung im Sinne von Entstaatlichung, mehr Effizienz im Sinne von mehr marktwirtschaftlicher Steuerung und mehr Autonomie im Sinne von eigenverantwortlichem Handeln der Marktakteure stecken den Rahmen der Reformdiskussionen ab - auch bezüglich der Hochschulen.

KritikerInnen beklagen in diesem Zusammenhang die schleichende Ökonomisierung der Bildungspolitik. Dabei wird so getan, als ob staatliche Bildungspolitik erst seit den neusten Reformdiskussionen etwas mit Wirtschaftspolitik zu tun habe. Ganz so ist es nicht: Als Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre von der Bildungsmisere gesprochen wurde, sah man darin auch eine Gefahr für die bundesdeutsche Wirtschaft. Einem Mangel an innovativem "Humankapital" - der "Sputnik-Schock" steckte tief in den Knochen - stand eine relevante Anzahl potentieller StudentInnen aus unteren Einkommensschichten gegenüber. Dieser Umstand beschleunigte die Geburt des 1971 implementierten Bundesausbildungsförderungsgesetztes (BAföG), wurde aber wesentlich ergänzt durch die Rede von "Bildung als Bürgerrecht".

Ebenfalls Anfang der siebziger Jahre wurde heftig über die Einführung eines Hochschulrahmengesetzes (HRG) diskutiert, das 1976 Gesetzeskraft erlangte. Damals wiesen StudentInnen das HRG als Instrument des kapitalistischen Systems zurück. Im Winter 1977/78 kam es zu einem bundesweiten studentischen Streik.

Der gravierende Unterschied zu damals liegt also nicht in der Ökonomisierung von Bildungspolitik an sich. Vielmehr wandelt sich auch in diesem Politikbereich der einstmals nach innen gerichtete keynesianische Wohlfahrtsstaat zu einem nach außen gerichteten "nationalen Wettbewerbsstaat" (Joachim Hirsch). Deregulierung kann demzufolge nicht als simple Entstaatlichung gefaßt werden, sondern als Re-Regulierung des Bildungssystems. Die Kernfrage lautet heute: Was kommt nach der Entstaatlichung? Welche Steuerungsmechanismen ersetzen die zentralstaatliche Regulation?

Die standortgerechte Dienstleistungshochschule

Mit der Deregulierung im Hochschulsystem wird ein konkretes Projekt verfolgt: die Hochschule als standortgerechtes Dienstleistungsunternehmen. Zwar ist es bislang nicht mehr als ein Modell, aber als Leitbild prägt es die Tendenz aktueller Hochschulpolitik.

Deregulierung heißt konkret, daß die Hochschulen auf der einen Seite unter dem Leitbegriff "Autonomie" aus der staatlichen Bevormundung entlassen werden. Entlassen wohin? Wer von "Autonomie" redet, sollte von "Autarkie" nicht schweigen: Die Hochschulen erhalten sogenannte Globalhaushalte, die ihnen eine umfangreiche Mittelaquisation nicht nur ermöglichen, sondern abnötigen. Eine finanzielle Grundausstattung seitens des Staates soll nicht mehr wie bisher nach Bedarf, sondern nach Leistung vergeben werden.

Hierfür wurden bereits Leistungsindikatoren erstellt: Verhältnis von StudienanfängerInnen zu AbsolventInnen, Anzahl der Publikationen (z.B. deren Seitenumfang in Fachzeitschriften); Umfang der eingeworbenen Drittmittel. Anhand dieser Indikatoren werden hochschulintern die Mittel vergeben. Mit Globalhaushalten, wie sie derzeit diskutiert und an einigen Hochschulen (Uni Oldenburg, TH Hamburg-Harburg, FH Osnabrück) erprobt werden, senkt sich der staatliche und erhöht sich der industrielle Finanzierungsanteil. Unschwer zu erraten, daß der wissenschaftliche Mainstream am besten abschließen und Marktkonformität finanziell erzwungen werden wird.

Hochschule und Demokratie

Finanzautonomie der Hochschulen samt den damit verbundenen neuen Abhängigkeiten bilden die eine Seite der Medaille. Wenn der Staat sich zurückzieht, stellt sich eine weitere Frage: Wer entscheidet wie über die Belange der Hochschulen? Innerhalb der Hochschule erfordert das Dienstleistungsmodell eine straffere, hierachischere Führung. Deshalb sollen die Hochschulleitungen und Dekanate stärkere Leitungsfunktionen erhalten. Das Modell der Gruppenhochschule, mit ihren Beteiligungsrechten der Professoren, des Mittelbaus, der Studis und sonstiger Mitarbeiter (das zwar niemals der Urquell demokratischer Verfahren in der Hochschule gewesen ist, jedoch diesbezüglich ausbaufähig wäre), muß weichen. Konsequenterweise wurden die entsprechenden Passagen im HRG-Gesetzesentwurf der Bundesregierung gestrichen.

Sehr deutlich zeigt sich dieser Strukturwandel im Verhältnis Hochschule/StudentInnen. Während die StudentInnen in der Gruppenhochschule Mitglieder derselben sind, treten sie in den Dienstleistungshochschulen im Rahmen eines Vertrages als KundInnen auf. Für die Hochschulseite besteht das Interesse, den StudentInnen ein schnelles Studium zu ermöglichen, das sie für potentielle ArbeitgeberInnen interessant macht. Denn vom effizienten, sprich: schnellen Durchschleusen der StudentInnen hängt die über Leistungsindikatoren gesteuerte Mittelvergabe ab.

Damit die Hochschulen nun nicht jede bzw. jeden als VertragspartnerIn akzeptieren muß, sollen künftig Aufnahmeprüfungen die Auswahl der StudentInnen durch die Hochschule selbst regeln - so sieht es Rüttgers HRG-Gesetzesentwurf vor. Studiengebühren würden das Vertragsmodell abrunden. Zum einen hätten die Hochschulen Interesse an zahlungskräftigen StudentInnen und die StudentInnen ein Drohmittel gegen schludrige Vertragspartnerinnen.

Darüber hinaus böten Studiengebühren einen finanziellen Zwang zu kurzen Studienzeiten - und das alles im Namen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Da sie im HRG nicht verboten werden sollen, reiben sich zumindest die Kultusminister aus Baden-Württemberg und Berlin die Hände. Berlins Wissenschaftssenator Radunski will ergänzend zu den als Verwaltungsgebühren verkappten Studiengebühren (100 Mark pro Semester) richtig zur Kasse bitten (1000 Mark pro Semester).

Der baden-württembergische Kultusminister von Trotha hat bereits Studiengebühren für sogenannte "LangzeitstudentInnen" eingeführt, will diese aber auszuweiten. Ebenso die HRK: Auf ihrem 179. Plenum im Juli 1996 haben sich die HochschulrektorInnen zwar gegen Studiengebühren ausgesprochen - allerdings nicht grundsätzlich, sondern nur unter den "gegenwärtigen Bedingungen". Unter den "gegenwärtigen Bedingungen" versteht die HRK die derzeitige Lage der individuellen Studienfinanzierung.

Die standortgerechte Dienstleistungshochschule basiert auf den Instrumenten Globalhaushalt, Auswahlverfahren, Studiengebühren. Das neoliberale Projekt ist damit jedoch noch nicht rundum beschrieben. Während die fordistische Bildungspolitik sich an der wohlfahrtsstaatlich konstruierten Normalbiographie orientierte - Ausbildung, Beruf, Rente -, lehnt sich die neoliberale Bildungspolitik am Konzept des lebenslangen Lernens an. "Lebenslanges Lernen" war ursprünglich emanzipatorisch gedacht, es wurde als Möglichkeit des Weiterbildens auch jenseits von Arbeitsmarktzwängen verstanden.

Im Rahmen neoliberaler Bildungspolitik erhält das Konzept jedoch eine gänzlich andere Bedeutung. Aus dem Angebot des "Lebenslangen Lernens" wird ein Zwang. Der doppelter Zwang, das eigene "Humankapital" zum einen ständig zu optimieren, um letztendlich auf dem Arbeitsmarkt permanent verwertbar zu sein, und zum anderen die Ausgaben dafür privat zu tragen. Arbeitslosigkeit wird in diesem Sinne nicht strukturellen Ursachen zugeordnet, sondern individuellen.

Ein solcher Diskurs definiert strukturelle Schranken in subjektive Beschränktheit um. In der Bildungspolitik manifestiert er sich an dem Streit um die abnehmende Qualität des Abiturs und deshalb notwendigen Einführung von Aufnahmeprüfungen durch die Hochschulen. Ebenso konsequent soll die akademische Ausbildung zweigeteilt werden: ein grundständiges wissenschaftsbasiertes, kurzes Studium für die Massen mit dem Abschluß "Bachelor" (BA) und ein wissenschaftliches, forschungsbezogenes Studium mit dem Abschluß "Master" (MA) für einige wenige, sprich: eine Elite.

Der Vorschlag wird seit den "Zehn Thesen" des Wissenschaftsrates zur Hochschulpolitik (1993) diskutiert und hat nun Eingang in den Regierungsentwurf zur 4. Novelle des HRG gefunden. Ob diese Trennung in BA und MA eine sozialstrukturelle nach Einkommen wird, scheint zwar offen, aber keineswegs unwahrscheinlich zu sein. Denn Studiengebühren - ob nun direkt oder als Darlehensschuld nach dem Studium zu zahlende - bieten den ersten finanziellen Zwang zu einem kurzen Studium. Eine Abfederung durch das BAföG, wie es momentan besteht, ist wenig wahrscheinlich.

Studienfinanzierung

Die Förderungsquote von derzeit 15 Prozent wird in den nächsten Jahren sinken, zumal die Bundesregierung weitere Kürzungen beim BAföG plant: 1996 stellte der Bund ca. 1,8 Mrd. Mark zur Verfügung; für 1997 sind noch 1,542 Mrd., 1998: 1,475 Mrd., 1999: 1,358 Mrd. und für 2001 nur noch 1,185 Mrd. Mark vorgesehen. Eine Erhöhung der Bedarfssätze und der Freibeträge, die die Einkommensgrenzen der Eltern bestimmen, ist damit nahezu ausgeschlossen. Wenn es also mehr Geld für BAföG geben soll, dann kann diese nur von den BAföG-EmpfängerInnen selbst kommen. Die derzeitigen Diskussion um eine Strukturreform der Ausbildungsförderungen geht genau in diese Richtung, indem zum einen die Darlehensanteile des BAföG angehoben und zum anderen ausbildungsbedingte Transfers unter Leistungsvorbehalt gestellt werden sollen.

Im Verlauf der Diskussion um eine Strukturreform zeigte sich sehr deutlich, wie das bildungspolitische Konzept des Neoliberalismus mit dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen einhergeht. Seit nunmehr zwei Jahren streiten Bund und Länder über eine Reform der individuellen Studienfinanzierung. Anlaß war ein Gesetzentwurf aus dem Bundesbildungsministerium, der eine Verzinsung des 50 %igen Darlehensanteil sowie eine Vollverzinsung der Studienabschlußförderung vorsah. Die damit erzielten Minderausgaben hätten zu einer Anhebung der Freibetrags- und Bedarfssätze verwendet werden sollen. Letztendlich hätte dieses Modell jedoch zu einer Verdoppelung der bisherigen Schuldenlast von vollgeförderten BAföG-EmpfängerInnen auf mehr als 70.000 Mark geführt.

Parallel zu diesem Vorschlag wurde seitens der Kultusministerkonferenz (KMK) an einem sogenannten Drei-Körbe-Modell gearbeitet. Dessen Ziel ist eine radikale Verkürzung des Studiums, indem die ersten sechs Semester (1. Korb) durch eine Zuschußförderungen sehr attraktiv finanziert werden sollten. Ab dem zweiten Korb (7.-10. Semester) wäre die Studienfinanzierung als unverzinsliches Darlehen, mit dem dritten Korb (Studienabschlußförderung) als verzinsliches Darlehen ausgezahlt worden.

Diese stetige Verschlechterung des Finanzierungsmodus entspricht der Trennung in BA und MA-Studiengänge. Letztendlich konnte das Modell nur deshalb nicht realisiert werden, weil steuerrechtliche Gründe dagegen sprachen. Allerdings trafen sich Bund und Länder beim Kompromiß zum 18. BAföG-Änderungsgesetz insofern, als daß eine Verkürzung der Förderungshöchstdauer (FHD) auf grundsätzlich neun Semester sowie ein verzinsliches Bankdarlehen für die Studienabschlußförderung beschlossen wurde.

Inzwischen favorisieren die Mehrheit der Länder ein "Fortgeschriebenes Drei-Körbe-Modell", das außer der Namensgebung wenige Elemente des Vorgängermodells enthält. Die Grundidee besteht in der Zusammenfassung der bisherigen staatlichen Transfers aus dem Familienleistungsausgleich - also Kindergeld, Kinder- und Ausbildungsfreibetrag - zu einem Sockel, der auch als erster Korb bzw. als "Ausbildungsgeld" an alle StudentInnen einkommens- und elternunabhängig in Höhe von ca. 400 Mark ausgezahlt werden soll. Im

zweiten Korb, der "Ausbildungshilfe" sind insgesamt 750 Mark als Darlehens- und Zuschußanteile enthalten, wobei die Darlehenskomponente jedoch überwiegt. Denn die ersten 400 Mark werden grundsätzlich als Darlehen ausgezahlt. Der dritte Korb ist in Form eines unverzinslichen Bankdarlehens als Studienabschlußförderung gedacht.

Eine weitere repressive Komponente ist mit den Folgen von nichterbrachten Leistungsnachweisen verbunden. Sie wird zum einen als "Reformvorschlag" unter den Namen "Bayernmodell" diskutiert; zum anderen ist sie bereits in das "Fortgeschriebene Drei-Körbe-Modell" integriert. Die Idee lautet schlichtweg: Leistungsnachweise für alle. Wie bisher beim BAföG sollen künftig die direkten und indirekten staatlichen Transfers des Familienleistungsausgleichs eingestellt werden, wenn die StudentInnen nach dem vierten Semester (evtl. bereits nach dem zweiten Semester) keine Leistungsnachweis erbringen oder wenn sie die FHD überschreiten.

Daß die FHD ohnehin an den durchschnittlichen Studienzeiten vorbeigeht und daß längere Studienzeiten nicht grundsätzlich individuell bedingt sind, wird dabei nicht berücksichtigt. Der "Normalstudent" aus bayrischer Sicht entspringt demnach einer wohlsituierten "Keimzelle der Gesellschaft", sprich: Familie, ist finanziell durch das Elternhaus und/oder das BAföG ausreichend abgesichert, studiert an einer Hochschule, die allen, die es wollen, ein Studium von durchschnittlich neun Semestern ermöglicht und sich nicht mit Verzögerungen wie politischer Arbeit, Kindererziehung oder Krankheit aufhält - vom Streiken ganz zu schweigen.

Alle anderen, die nicht diesen Normalitätsannahmen entsprächen, wären schlichtweg mittellos. Denn Sozialhilfe könnten sie nicht beziehen. Entweder müßten sie für ihren vollen Lebensunterhalt während des Studiums jobben oder ihr Studium abbrechen. Von dieser Regelung wären zum heutigen Zeitpunkt ungefähr 190.000 StudentInnen betroffen, da sie nach dem BAföG nicht mehr grundsätzlich förderungsfähig sind.

Die Umstrukturierung der Hochschulen zu standortgerechten Dienstleistungsunternehmen und die Instrumentalisierung der Bildungspolitik im weltweiten Kampf der Standorte werden von der Mehrzahl der heute streikenden StudentInnen nicht als Kernprobleme betrachtet. Aber je länger der Streik dauert, desto häufiger werden diese Zusammenhänge auch von jenen StudentInnen diskutiert, denen es zuvor ausschließlich um mehr Geld vom Staat und mehr Zeit von den ProfessorInnen ging. Politisierung und Kritik schärfen sich in sozialen Kämpfen - und das gilt auch für den studentischen Sektor.

Christian Brütt

Kommentar zur StreikKritik

Zehntausende StudentInnen auf den Straßen deutscher Hochschulstädte. Aufruhr? Kampf? Widerstand? Eine neue StudentInnenbewegung? Revolution? Oder doch nur mehr Geld für ein akademisches Kuschelkissen im Elfenbeinturm, um ausgeruht und wohlvorbereitet dem Verdrängungskampf auf dem Arbeitsmarkt entgegenschreiten zu können?

Aus der Perspektive der neoliberalen Bildungspolitik betrachtet, wirken die studentischen Proteste eher systemkonform, wenn sie mehr Geld, Bildung für alle und sogar lebenslanges Lernen einfordern. Denn gerade diese Forderungen treffen ja auf wohlwollende Anerkennung sowie wild zustimmendes Kopfnicken. Erstaunlich schnell sind deshalb KritikerInnen zu hören, die "den Studenten" unpolitisches Agieren vorwerfen.

Doch was sind "die StudentInnen"? Eines sicherlich nicht: eine homogene Masse. Ihre oftmals einzige Gemeinsamkeit besteht in einem kleinen Zettel mit dem Aufdruck "Studentenausweis". Ansonsten reicht das studentische Spektrum von linken BasisdemokratInnen über Konservative bis hin zu den faschistoid Rechten. Dementsprechend finden sich jene, die schlichtweg mehr Geld für Hochschulen und BAföG fordern neben denen, die die Rede vom "Standort D" beim Wort nehmen und Bildung als unabdingbare Zukunftsinvestition einklagen.

Wen wunderts? Warum sollten mehr als fünfzehn Jahre neoliberaler Politik ausgerechnet an StudentInnen vorbei gegangen sein? Woher sollen ausgerechnet StudentInnen ein linkes politisches Bewußtsein haben, wenn der Trend in den Hochschulen eher nach rechts schwappt? Nach wie vor finden sich in der StudentInnenschaft mehr radikale Linke als sonstwo in der Gesellschaft. Dementsprechend wird auch in den Hochschulen der Kampf gegen eine neoliberale Hegemonie geführt. Der Streik bietet hierfür eine gute Gelegenheit, das eigene Aktionsfeld jenseits des akademischen Alltags näher zu betrachten.

Sicherlich - es gibt viel zu kritisieren. Und die Kritik sollte keineswegs aus Angst vor Demoralisierung eingestellt werden. Doch anstatt sich auf politischen Lorbeeren auszuruhen - wie derzeit die Mehrzahl der sogenannten 68er - kann der Streik als Teil eines Kampfes gegen das bestehende System verstanden werden.

Selbst wenn die meisten StudentInnen nach dem Streik weiterhin an ihrer privaten kapitalistischen Karriere stricken werden, werden einige mehr als zuvor übrig bleiben, die nicht mit der Standort-D-Politik einverstanden sind und sich dagegen wehren. Warum also hört das Denken in Widersprüchen ausgerechnet bei der Bewertung des studentischen Streiks auf?

Christian Brütt

8. Arbeitslosen-Halbzeit

Autor: Kt. · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:29

Annähernd zwei Jahre ist es nun her, daß Bundesregierung und Gewerkschaftsspitzen im Januar 1996 zusammenkamen, um uns die Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 zu verheißen. Vier Jahre Zeit hatten sie sich dafür ausgebeten, also ist jetzt gerade Halbzeit und damit Gelegenheit zu einer Zwischenbilanz.

Erste Feststellung: Im Januar 1996 lag die offiziell registrierte Arbeitslosenzahl etwas unterhalb von 4 Millionen. Für Winter/Frühjahr 1998 wird ein Überschreiten der 5-Millionen-Marke für möglich gehalten. Eine wohl eher überoptimistische Prognose, die in der FAZ vom 20.11.97 veröffentlicht wurde, nimmt einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit von jetzt 10 Prozent (Jahresdurchschnitt) auf 9,1 Prozent im Jahr 1999 an. Man beachte die Vergleichszahlen für 1995 und 1996: 8,2 bzw. 8,9 Prozent! Mindestens ein Drittel und wahrscheinlich sogar annähernd die Hälfte der Betroffenen sind bereits Langzeitsarbeitslose, d.h. seit mindestens einem Jahr ohne Job.

Zweite Feststellung: Der weitere Anstieg der Arbeitslosigkeit seit dem Halbierungsschwur vom Januar 1996 erfolgte erwartungsgemäß und vorprogrammiert. Denn die politischen Maßnahmen der Bundesregierung forcieren die ökonomisch ohnehin indizierte Vernichtung von Arbeitsplätzen und die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Ein paar Stichworte:

- Stellenabbau im öffentlichen Dienst. U.a. Verlust von etwa 100.000 Arbeitsplätzen durch die "Gesundheitsreform"

- Heraufsetzung des Rentenalters und Streichung der Vorruhestandsregelung

- Massive Kürzung der für ABM-, Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen zur Verfügung gestellten Mittel

- Senkung der Fehltage wegen Krankheit durch Verschlechterung der Lohnfortzahlung, gleichbedeutend mit dem Überflüssigwerden von mindestens 200.000 Arbeitsplätzen

- Starker Kaufkraftverlust besonders bei den Beziehern niedriger Einkommen, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, mit langfristigen Rückwirkungen auf Handel, Handwerk und andere Wirtschaftszweige

Dritte Feststellung: Der anhaltende Anstieg der Arbeitslosigkeit kann in keiner Weise als kurzfristige Begleiterscheinung einer insgesamt positiven Entwicklung interpretiert werden. Es gibt für eine Tendenzwende auf dem Arbeitsmarkt nicht einmal minimale Indizien.

Vierte Feststellung: Ein Umdenken bei den Verantwortlichen ist nicht in Sicht. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda, hat nur den Zeitrahmen ein bißchen gedehnt und behauptet jetzt, eine Halbierung der Arbeitslosenzahl innerhalb von fünf Jahren sei realistisch. (FR, 21.7.97) - Bundeskanzler Kohl behauptet sogar, er wolle am Ziel der Halbierung bis zum Jahr 2000 festhalten. (Mopo, 13.10.97)

Zu stolz für McDonalds

Unterstellt man den wirtschaftlich und politisch Herrschenden die grundsätzliche Absicht, die Arbeitslosigkeit erheblich einzuschränken oder zumindest die Tendenz zu ihrer Ausweitung umzukehren, so sind sie an diesem Ziel in den letzten zehn Jahren total gescheitert. Unterstellt man ferner, daß es tatsächlich wirtschaftliche und soziale Rezepte gäbe oder gegeben hätte, dieses Ziel zu erreichen oder ihm wenigstens näher zu kommen, so hätten diese Herrschaften es allesamt verdient, wegen Unfähigkeit in Tateinheit mit dummem Herumgerede zum Teufel gejagt zu werden.

Die Arbeitslosigkeit ist in diesen Jahren zum Gegenstand eines absurden Pseudo-Diskurses geworden. Das Thema steht unter den Sorgen der Menschen ganz obenan, muß also ständig in irgendeiner Form politisch und publizistisch "behandelt" werden. Die einfache, ehrliche Antwort, er wisse auch keinen Rat und vielleicht sei das Problem absehbar überhaupt nicht zu lösen, kommt für einen Politiker, Manager oder Medienmenschen selbstverständlich von vornherein nicht in Frage. Also beschuldigt man sich gegenseitig der Blockade - weil die jeweilige Gegenseite dem eigenen angeblichen Erfolgsrezept nicht folgt -, und erklärt gelegentlich die Arbeitslosen selbst zur Ursache des Problems. Teils wollen sie gar nicht wirklich arbeiten, weil

sich bekanntlich von 1.000 oder 1.200 Mark Arbeitslosenhilfe ganz herrlich faul und angenehm leben läßt. Teils sind sie einfach nicht in der Lage, den Anforderungen des modernen Berufslebens zu genügen. Und teils sind sie aufgrund der falschen deutschen Einstellung zu Dienstleistungsberufen zu stolz, um für 10,50 Mark brutto bei McDonalds die Tüten über die Theke zu reichen oder für einen noch geringeren Stundenlohn durch Deutschland zu touren, um abwechselnd bei der Spargel-, Apfel- und Weinernte auszuhelfen. Hochbezahlte Wissenschaftler machen daraus allen Ernstes ein "mentales Problem".

Tatsächlich deuten sämtliche Faktoren darauf hin, daß die Schere zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren noch weiter als heute schon auseinanderklaffen wird. Die diversen "Job-Wunder", die angeblich in den USA, Großbritannien und den Niederlanden im Laufe des letzten Jahrzehnts vollbracht worden sein sollen, erweisen sich im wesentlichen als Propagandamärchen. Nicht nur, weil diese "Wunder" mit schweren sozialen Nachteilen erkauft wurden, sondern weil sie mutmaßlich überhaupt nicht oder jedenfalls nicht in einem relevanten Umfang stattgefunden haben. Zum allergrößten Teil verdanken sie sich der List der Statistik. Wenn auf der einen Seite Hunderttausende von de facto Arbeitslosen aus der Statistik herausfallen, weil sie keine Unterstützungsleistungen mehr erhalten, und auf der anderen Seite selbst minimalste Jobs von ein paar Stunden als Arbeitsplatz gerechnet werden, lassen sich die erwünschten Resultate leicht erzielen. Wahrscheinlich liegt auf dem Gebiet bloßer Rechenkunststücke auch die einzige Zukunft der versprochenen Halbierung der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Schweineberg

Das traditionelle deutsche Sozialversicherungssystem kann in einer größeren Krisensituation wie der gegenwärtigen als staatlich subventionierte massenhafte Vernichtung von Arbeitskraft interpretiert werden - vergleichbar der Vernichtung von landwirtschaftlicher "Überproduktion". Ähnlich wie diese besteht ein wesentliches Ergebnis darin, daß der Preis des Produkts, dessen Angebot die Nachfrage übersteigt, stabilisiert wird. In diesem Fall nicht der Preis von Schweinehälften, sondern der der menschlichen Arbeitskraft, also der Arbeitslohn samt den Rahmenbedingungen wie Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Kündigungsschutz usw. Insbesondere gilt das für die niedrig qualifizierten und bezahlten Arbeiten, weil diese für Arbeitslose tendenziell noch am ehesten zugänglich sind. Das Sozialversicherungssystem dient also objektiv genau demjenigen unteren Segment der Bevölkerung am meisten, das sich vermutlich am leichtesten gegen "faule Arbeitslose" und "Sozialbetrüger" aufputschen läßt.

Nehmen wir mal einen Moment an, es gelänge, ungefähr zwei Millionen Menschen in den Arbeitsmarkt zurückzuholen, wie mit dem Halbierungsschwur vor zwei Jahren angekündigt. Dann würde sich zwangsläufig der Druck auf den Preis der menschlichen Arbeitskraft erhöhen, sofern nicht in gleicher Höhe tatsächlich eine zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskraft entstünde. Das aber glaubt und behauptet im Ernst wohl niemand.

Der negative Effekt auf allgemeines Lohnniveau und Arbeitsbedingungen würde sich selbstverständlich erheblich verstärken, wenn zwei oder auch drei Millionen Menschen mit ökonomischer und sozialer Gewalt in den Arbeitsmarkt hineingepreßt würden. Nämlich indem sie vor die Alternative gestellt würden, entweder die schlechtbezahltesten Jobs ohne Absicherung anzunehmen oder keine Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfe mehr zu erhalten. Eine solche forcierte "Job-Offensive" würde das gesamte Niedriglohnniveau zusammenbrechen und praktisch auf den Sozialhilfesatz abstürzen lassen.

Genau diese Art von Arbeitsmarktpolitik wird seit mehreren Jahren von den Wirtschaftsliberalen lautstark propagiert, argumentativ aufgerüstet mit der (falschen) Behauptung, ein solches Vorgehen habe sich bereits in den USA oder auch in Großbritannien als wahre "Job-Maschine" ausgewirkt.

Nun kann allerdings nicht ernsthaft bestritten werden, daß in den USA allein in den letzten Jahren Millionen von neuen Jobs entstanden sind, und tatsächlich nicht nur im Niedrigstlohnbereich. Reinhard Stransfeld hat in der FR vom 9. April 1997 vorgerechnet, wie das zustandekommt. Laut Statistik ist die Zahl der Beschäftigten in den USA von 1983 bis 1995 um 24,1 Millionen gewachsen. Im gleichen Zeitraum ist aber auch die amerikanische Bevölkerung um 29 Mio. gewachsen; davon entfallen 24,4 Mio. auf den erwerbsfähigen Teil. Allein um das Beschäftigungsniveau von 1983 zu halten, wären also mehr als 24 Mio. neue Jobs erforderlich gewesen. Da andererseits durch Rationalisierungen, Stillegungen, Umstrukturierungen und Pleiten über 40 Mio. Arbeitsplätze verlorengingen, ergibt sich brutto eine Gesamtzahl von fast 70 Mio. neuen Arbeitsplätzen. Bedenkt man die Revolutionierung der Computertechnik gerade in diesem Zeitraum, so ist klar, daß sicher

mehrere Millionen Jobs auch in diesem Bereich entstanden sind. Das ergibt aber netto noch kein "Job-Wunder", sondern eben nur ungefähr den Erhalt des alten Beschäftigungsniveaus, bei gesunkenen Reallöhnen und zunehmender sozialer Unsicherheit für die Mehrheit der Beschäftigten.

Japaner ohne Putzfrau

Die Behauptung der Wirtschaftsliberalen, daß niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen die Nachfrage der Unternehmer nach Arbeitskraft erhöhen, also zu Neueinstellungen führen, ist, bezogen auf die Volkswirtschaft insgesamt, evident falsch. Insbesondere mit niedrig qualifizierten Arbeitskräften - und darum geht es tatsächlich in erster Linie, wenn von der "Wiedereingliederung" von Arbeitslosen die Rede ist - ist der Markt bereits weitgehend gesättigt bzw. tatsächlich schon übersättigt.

Selbstverständlich ist das eine relative Feststellung. Im "Stern" vom 11. Dezember jammert ein japanischer Unternehmensberater: "In Düsseldorf gibt es 8000 Japaner, und alle suchen eine Haushälterin oder einen Fensterputzer - aber sie kriegen keine." - In Wirklichkeit besteht das Problem nur darin, daß vielen Leuten, die gut bis sehr gut verdienen, die Tränen kommen, wenn sie einer Putzfrau 15 Mark Stundenlohn zahlen sollen.

Was heute an Niedriglohnmodellen, "Einsteigerlöhnen" für Langzeitarbeitslose usw. usf. öffentlich erörtert und propagiert wird, läuft praktisch ausschließlich auf Verdrängungskonkurrenz hinaus: Ersetzung von schlecht bezahlten Arbeiterinnen und Arbeitern durch noch schlechter bezahlte. Ersetzung von schlecht bezahlten, aber immerhin festangestellten Vollzeitkräften durch beliebig einsetzbare Teilzeitkräfte ohne Absicherung oder durch Schein-Selbständige. Nachdem man vor allem in Ostdeutschland glücklich einen Großteil der Frauen aus dem regulären Arbeitsleben hinausgeworfen und in sogenannte "geringfügige Beschäftigungsverhältnisse" ohne soziale Absicherung abgedrängt hat, kann man heute im Namen der armen Frauen, die sich schließlich ein bißchen was zuverdienen müssen, gegen die Abschaffung dieser überaus ausbeuterischen Beschäftigungsform polemisieren.

Durch Niedriglöhne entstehen, insgesamt betrachtet, keine neuen Jobs, und schon gar nicht solche, die eine Brückenfunktion zur Wiedereingliederung in den regulären Arbeitsmarkt haben könnten. Ihre Wirkung für die Verwertungsbedingungen der Ware Arbeitskraft sind ausschließlich negativ. Dennoch ergreift der Wahn, Niedriglöhne könnten zumindest partiell ein sinnvolles arbeitsmarktpolitisches Instrument sein, offenbar immer breitere Kreise auch der SPD, der Gewerkschaften und der Grünen. Unterschiedliche Formen von offener Zwangsarbeit werden erprobt, ohne daß sich Ansätze von Protest dagegen bilden.

Das große Thema der dauerhaften Massenarbeitslosigkeit, auf das es offensichtlich gescheite Antworten nicht gibt, verleitet folgerichtig zu allen möglichen Dummheiten. Ein Blick in die "taz" der letzten Monate bietet eine wahre Blütenlese an Schnapsideen, Platitüden und Unverschämtheiten, unter denen die Namen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern prangen, die sich wahrscheinlich irgendwie doch der Linken zurechnen.

Ein Psychoanalytiker spricht den Langzeitarbeitslosen und schwer Vermittelbaren pauschal die "Alltagskompetenzen" ab, "die sie überhaupt erst für die Arbeitswelt von morgen befähigen würden". Er erklärt daher die Idee einer Qualifizierung dieser Menschen für eine "Überforderung", möchte sie auf "einfache Tätigkeiten" festlegen und fordert als Zückerli für diese eine "staatliche Aufwertung und Wertschätzung" ein, die selbstverständlich nicht eintreten wird. (taz, 18.3.97)

Eine Volkswirtin läßt ein "Plädoyer für eine Politik der Muße" vom Stapel und preist das "Ende der Arbeitsgesellschaft" als Eintritt ins paradiesische Zeitalter. (taz, 22.11.96) Die Wirklichkeit ist aber ganz im Gegenteil, daß der Zerfall der traditionellen Arbeitsgesellschaft einen Verlust und nicht etwa einen Gewinn an "Muße" bedeutet. Oder welche "Muße" bleibt beispielsweise der jungen Mutter, die jeden Tag zwischen zwei oder drei weit auseinander gelegenen Haushalten oder Firmen hin und her fahren muß, um durch eine Ansammlung von unsicheren Putzjobs das Notwendigste zum Leben zu verdienen? Der Zwang, mehrere Jobs nebeneinander auszuüben, weil einer allein einfach nicht zum Leben reicht, macht für die große Mehrheit der Betroffenen das Leben durchaus nicht bunt und abwechslungsreich, sondern nur stressig.

Viele Linke sind offenbar daran gewöhnt, das Nebeneinander von Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe, diversen "schwarzen" oder auch legalen Neben- oder Zwischenjobs und eigeninitiativer, selbstbestimmter Arbeit als nicht nur erträglich, sondern eigentlich sogar ganz angenehm zu empfinden. Dagegen ist im Prinzip nichts

einzuwenden. Schlecht ist nur, wenn diese eigene Befindlichkeit sie unsensibel gegenüber der Tatsache macht, daß dieses Dasein für die große Mehrheit der Betroffenen bei weitem nicht so selbstbestimmt und produktiv wie für sie selbst ist.

Teilung der Arbeit

Das Motto, man müsse "die Arbeit teilen", erfreut sich bis in die Linke hinein einer gewissen Beliebtheit. Erwartungsgemäß tun sich dabei Politiker, Funktionäre und Wissenschaftler hervor, die tatsächlich so gut verdienen, daß sie sich ein Leben mit 70 oder auch 50 Prozent ihres heutigen Einkommens immer noch ganz komfortabel vorstellen können. Die Parole strömt daher von vornherein Arroganz und Realitätsferne aus.

Unvermeidlich bedeutet "Teilung der Arbeit" in erster Linie eine enorme Ausdehnung der Teilzeitarbeit, das heißt jener Jobs, von denen allein die überwiegende Mehrheit der Betroffenen gar nicht leben kann. Das ergäbe am Ende wahrscheinlich rein statistisch sehr viel weniger Arbeitslose, aber auf der anderen Seite auch sehr viel mehr Menschen, die sich im Kampf um die Teilzeitjobs (von denen die meisten mehrere nebeneinander benötigen) gegenseitig in Grund und Boden konkurrieren.

Außerdem kann man manche Jobs tatsächlich teilen, andere aber nicht. Ein Lehrer zum Beispiel kann seine Stundenzahl reduzieren, eine Kassiererin im Supermarkt (zumindest theoretisch) auch. Schon bei einer Sekretärin, die mehr als mechanische Schreibarbeit leistet, würde es schwierig, wenn plötzlich Schlag 13 Uhr "Wachablösung" wäre. Nicht zufällig geht der Trend heute eher zu einer Ausdehnung als zu einer Kürzung der Arbeitszeiten.

Außerdem: Die große Masse der Arbeitslosen bildet in ihrem Qualifizierungsquerschnitt kein Abbild der Arbeitsgesellschaft, sondern es überwiegen ganz stark die geringer Qualifizierten. Daher käme die "Teilung der Arbeit" in erster Linie dort in Frage, wo weder besondere Qualifikationen noch Einarbeitungszeiten erforderlich sind. Es ginge also, realistisch betrachtet, vor allem darum, die ohnehin unter Druck stehenden gering qualifizierten, schlecht bezahlten Sektoren der Arbeitsgesellschaft verschärft unter das Joch der Teilzeitarbeit zu zwingen. Dies für eine arbeitspolitisch sinnvolle Maßnahme zu halten, ist schon grotesk.

Allerdings kann man den Dummschwätzern einen Reichtum an Phantasie wahrlich nicht absprechen. Daher liest man immer wieder auch hinreißende Geschichtchen über "Job-Sharing in der Chefetage", als würde sich da irgendein zukunftsträchtiges Modell anbahnen. Im allgemeinen kann man aber davon ausgehen, daß es sich dabei um Jobs handelt, die zwar maßlos hoch dotiert sind, aber im Grunde keine spezielle Qualifikation erfordern, wie etwa das Amt eines Senators oder eines Bürgermeisters. Eine solche Person kann sich auch schon mal vier Wochen mit Grippe ins Bett legen oder in irgendein schwarzes Loch fallen, ohne daß es überhaupt bemerkt wird, während bereits ein zweitägiges Fernbleiben ihrer Sekretärin eine mittlere Katastrophe hervorruft.

Die Massenarbeitslosigkeit wird uns, aller Voraussicht nach, in den nächsten Jahren erhalten bleiben. An diesem Punkt zeigt sich ein seltsamer Widerspruch: Individuell ist der Sachverhalt der Mehrheit der Menschen bewußt - soweit man den Meinungsumfragen glauben darf. Die Tatsache ist aber offensichtlich im durch die Medien veröffentlichten Bewußtsein noch nicht angekommen, und ebenso noch nicht in der Kultur, von der Politik ganz zu schweigen.

Eine "Zukunft der Arbeitswelt", in der ein großer Teil der Menschen zwischen zwei oder sogar drei (zumindest teilweise "schwarzen") Jobs hin und her pendelt, um die zum Leben erforderliche Summe zusammenzukriegen, ist notwendigerweise eine Welt der auf die Spitze getriebenen Vereinzelung und des besinnungslosen Kampfes aller gegen alle. Eine linke Politik, die diese Vereinzelung gezielt aufbricht und die der Millionenmasse von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen eine Art von gemeinsamem Gesicht gibt, steht immer noch aus.

Eine schlichte Plakette "Ich bin arbeitslos" wäre bereits eine Idee. Werbe-Experten, mit denen ich darüber sprach, entgegneten mir, daß kaum jemand bereit wäre, sich auf diese Weise zu "outen". Genau da liegt das Problem.

Kt.

9. Studis im Streik

Autor: Gerd Riemann, Stefan Waterkamp - Kieler Uni Linke · Rubrik: Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:24

Uni-Streik bundesweit 1997: über 100 Hochschulen im Ausstand, 40.000 Studis demonstrieren am 27.11. in Bonn, 160.000 Studis, Schülerinnen und Azubis sind am 4.12. beim bundesweiten Aktionstag auf der Straße, hunderttausende Studierende im Streik, täglich Aktionen, Demonstrationen, etc.

1968-1977-1989-1997 - circa alle zehn Jahre erlebt die bundesrepublikanische Öffentlichkeit Uni-Streiks. Doch dieses Mal scheint alles anders zu sein: Noch nie war die Beteiligung in der Studierendenschaft so groß wie beim 97er "Lucky Streik". Noch nie erfreuten sich streikende Studis so vieler FreundInnen in Politik, Wirtschaft und Medien.

Die verantwortlichen PolitikerInnen haben vollstes Verständnis für "ganz normale Studenten, die nicht für die Weltrevolution, sondern für ihre Leistungschancen kämpfen". Die bürgerlichen Medien berichten über die furchtbaren Studienbedingungen und schlußfolgern, daß es dringend einer am Markt ausgerichteten, modernisierten Bildung bedürfe. Der Präsident der Frankfurter Börse spendet Studierenden, die zur Börse zogen, um die Solidarität der Wirtschaft einzufordern, 26 neue Computer. KapitalistInnenchef Hundt zeigt Verständnis für den studentischen Unmut und fordert im selben Atemzug Studiengebühren. Beim "Lucky Streik" sind die ProfessorInnen dieses Mal auch voll dabei und freuen sich, daß die Studis für die bessere Ausstattung der Hochschulen streiken.

Diese massiven Umarmungstendenzen der Herrschenden gegenüber den Studis lassen sich zweifelsfrei als repressive Toleranz (Marcuse) deuten, allerdings gab es derartiges bei den vergangenen Uni-Streik-Bewegungen nicht und das auch nicht ohne Grund. Der 97er Protest kommt in weiten Teilen unpolitisch und rein ständisch orientiert daher. In vielen Fachbereichen der Kieler Universität zum Beispiel wurden Forderungskataloge erstellt, die nicht über die Wiederbesetzung von vakanten Stellen, mehr Bücher und Beseitigung von baulichen Mängeln hinausgingen. Auf Demonstrationen zeigen Transparente, auf denen Bildung zum Standortfaktor und "einzigem Rohstoff der Nation" wird, daß sich der Großteil der Studierenden in seinen Protesten innerhalb der vorherrschenden neoliberalen Logik bewegt und diese nicht sprengen will. Ein anderer Teil ersetzt gleich die Inhalte bloß durch Form, z.B. mit Transparenten wie "Protest-Veranstaltung Uni-Kiel" oder "Streik".

Auch ist der Willen vieler Studis zu erkennen, jeder Form von Konfrontation mit Politik und Gesellschaft auszuweichen. Es wird sich bemüht, Verständnis und breite Solidarität zu erheischen.

Diese unter vielen Studierenden verbreiteten Einstellungen brauchen eigentlich nicht zu verwundern. Der Großteil von ihnen stammt inzwischen wieder aus bessergestellten Elternhäusern und ist finanziell von diesen abhängig. Nach dem Studium winkt aber selbst diesen nicht mehr der sichere, gutbezahlte Traumberuf, es droht vielmehr der Abstieg in das akademische Proletariat. Wer sich noch ein Stück von dem kleinen Kuchen abschneiden möchte, meint, konform, brav, flexibel und kritiklos daherkommen und schnell studieren zu müssen. Extreme Individualisierung und Leistungsdenken sind ein Resultat.

Die Umarmungsversuche und folgenlosen Solidaritätsbekundungen aus der Politik haben allerdings bei den Streik-AktivistInnen langsam aber sicher das Gefühl aufkommen lassen, nur hingehalten und verarscht zu werden. Was bei dem noch aktiven Teil der Studierenden zu einer Verschärfung des Protestes geführt hat. So hat die Zahl der VollversammlungsteilnehmerInnen in Kiel zwar deutlich (von 3.000 auf 1.500 - damit für Uni-Vollversammlungen aber immer noch sehr gut besucht) abgenommen, es ist bei dieser verkleinerten Protestbasis aber zugleich eine stetige Radikalisierung von Protestform und -inhalt festzustellen.

2.000 Bochumer Studierende blockierten Autobahnabfahrten, in Frankfurt versuchten SchülerInnen und Studis, unter "Hier sitzt die Kohle, her mit der Kohle"-Rufen, in die Deutsche Bank einzudringen, 100 von ihnen zogen vor die Börse und zertrümmerten dort alte Computer als "Dankeschön" für die Vereinnahmungsversuche seitens der Wirtschaft. In Kiel beteiligten sich in der ersten Streik-Woche 30 Studis an einer Straßenblockade, in der zweiten waren es 90, die die größte Straßenkreuzung blockierten.

Neben der Erkenntnis, daß Protest nur zu etwas führen kann, wenn er stört und in das gesellschaftliche Leben eingreift, sind auch wahrnehmbare inhaltliche Fortschritte zu erkennen. Auf der ersten Kieler Vollversammlung, die den Streik beschloß, ging es nur um die miesen Studienbedingungen. Der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang wurde nur von Linken hineingetragen. Jetzt auf der dritten Streik-Vollversammlung zeigte eine studentischen Film-AG ein Video, in dem auf die Milliardengewinne der Deutschen Bank und das angeblich fehlende Geld eingegangen wurde. Gefordert wurde eine gerechte Verteilungspolitik. Auf breite Zustimmung im Auditorium stießen auch die sozialpolitischen Forderungen der Kieler Studierenden, die u.a. eine Umverteilung von oben nach unten ebenso enthalten, wie die nach dem Ende der Diskriminierung von Nicht-EU-Studierenden.

Das Treffen der streikenden Unis hat nun beschlossen, daß am 17.12.97, dem nächsten bundesweiten Aktionstag, die dezentralen Demonstrationen zusammen mit SchülerInnen, Azubis und Gewerkschaften stattfinden werden, um gemeinsam "Sozialstaats- und Bildungsmord" entgegenzutreten.

Damit hat der "Lucky Streik" immerhin zu einer gewissen Politisierung und einer sehr beachtlichen Mobilisierung in der Studierendenschaft geführt. Allerdings ist es fraglich, ob sich die Streiks in der bisherigen Form auch im neuen Jahr fortsetzen werden. Die Angst, ein Semester zu verlieren, hat ja schon an einigen Unis zum Ende des Streiks geführt. Damit die Proteste aber nicht Gefahr laufen, bloß ein Strohfeuer zu sein, wird für Mitte Januar ein Kongreß in Berlin vorbereitet, der der Protestbewegung inhaltliche Konturen geben soll.

Gerd Riemann, Stefan Waterkamp (Kieler Uni Linke - KUL)

10. Wer nicht arbeit, soll auch nicht essen! Sozialhilfe und der Zang zur Arbeit

Sozialhilfe und der Zwang zur Arbeit

Autor: Harald Rein · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:15

"Arbeitsfähige sollen generell zur Arbeit für die Gesellschaft antreten." (Horst Seehofer, Focus 1/95)

Schon vor dem EU-Beschäftigungsgipfel im November 1997 in Luxemburg kündigten die Regierungschefs Jospin und Blair an, was sie unter einer Lösung des Arbeitslosenproblems verstehen.

Allen Langzeiterwerbslosen in der EU soll künftig innerhalb von zwölf Monaten "ein Neuanfang" geboten werden. Entweder in Form eines Jobs oder durch die Gewährung einer staatlichen Fördermaßnahme.

Damit meinten sie nicht existenzsichernde Arbeitsplätze, sondern "Qualifizierungsangebote", von denen niemand weiß, ob sie jemals nachgefragt oder gebraucht werden. Auch zählen Arbeitsgelegenheiten, entweder als gemeinnützig-erzwungene oder sozialversicherungspflichtig, Variante dazu. Beide Varianten sind im Niedriglohnbereich des Dienstleistungssektors angesiedelt. Im Mittelpunkt dieser arbeitsmarktpolitischen Konzepte steht ironischerweise die "Pflicht zur Solidarität". Was darunter zu verstehen ist, zeigen Beispiele aus Großbritannien. In der Arbeitslosenregion Yorkshire wird getestet, ob Obdachlose als Soldaten ein "besseres" Bild abgeben. Auch werden staatliche Arbeitsbataillone von ehemals SozialhilfebezieherInnen zusammengestellt, um in der Landschaftspflege "kreativ" zu werden. Rund 50000 Langzeitarbeitslose erhalten in England eine Umschulung zum Babysitter.

Die Frage, ob Europas Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Zwang zur Arbeit hieße, beantwortete der derzeitige Ratsvorsitzende der EU Jean-Claude Juncker mit einem deutlichen "Ja". Die Debatte ahnend führte er weiter aus: "Ich weiß, demnächst heißt es, ich wollte einen neuen Arbeitsdienst schaffen."(1)

Arbeit?, Arbeit?, Arbeit?

Formierung durch Arbeit, so heißt die Leitdevise der meisten europäischen Länder. Unter dem Begriff Arbeit wird in den Ansätzen zumeist nicht die Sicherung einer Existenz verstanden, sondern Arbeit wird zu einer Disziplinierungsmaßnahme. Durch Arbeit sollen Betroffene in Bewegung gehalten werden, Zwangsdienste sollen gesellschaftsfähig werden. Das Primat des Sozialstaates wandelt sich zum Primat des autoritären Rechtsstaates: wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.

Dies soll im weiteren am Beispiel der "Hilfe zur Arbeit" im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) erläutert werden. (siehe Grafik)

Wenn im folgenden von "Hilfe zur Arbeit" gesprochen wird, sind diejenigen "Hilfen" gemeint, die unter den Begriffen Arbeit mit Mehraufwandsentschädigung bzw. Pflichtarbeit oder Arbeit nach der Entgeltvariante bekannt geworden sind. Nach § 18 BSHG muß grundsätzlich jeder Hilfebezieher seine Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhaltes für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen einsetzen. Ist dies aus subjektiven oder objektiven Gründen nicht möglich, soll das zuständige Sozialamt dem Hilfebezieher Arbeitsgelegenheiten anbieten oder selbst schaffen. Diese umfassen Möglichkeiten sozialversicherungspflichtiger, aber schlecht bezahlter Tätigkeiten (= Entgeltvariante § 19.1 und § 19. 2: Alt. 1 BSHG) und Angebote des Arbeitsersatzes in Form von "gemeinnützigen Tätigkeiten", ohne das Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden (= Mehraufwandsvariante § 19. 2: Alt.2 BSHG).

In diesen Arbeitsverhältnissen kommen lediglich die allgemeinen Regelungen des Arbeitsschutzes zur Anwendung. Weder die Bestimmungen des Arbeitsrechts, noch der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung kommen zur Geltung. So werden Mitbestimmungsrechte und die Sozialversicherungspflicht ausgehebelt. Der Hilfebezieher bleibt im Sozialhilfebezug und erhält zusätzlich 1-3 DM Mehraufwandsentschädigung pro abgeleisteter Arbeitsstunde. Hat das Sozialamt Zweifel an der Arbeitsbereitschaft des Sozialhilfebeziehers, kann zwecks "Gewöhnung an Arbeit" oder "Überprüfung der Arbeitsbereitschaft" die Pflichtarbeit verordnet werden (§ 20 BSHG).

Im Mittelpunkt der Kritik an den Regelungen steht deren Zwangscharakter. Seit Juli 1996 verpflichtet der Gesetzgeber das Sozialamt bei Ablehnung von "Hilfe-zur-Arbeit"-Angeboten durch den Sozialhilfebezieher, dessen Sozialhilfe um 25% zu kürzen. Bei weiterem Weigerungsverhalten ist eine gänzliche Streichung möglich.

Schon im August 1995 hatte das Seehofer-Ministerium in einer Pressemitteilung verlauten lassen, daß eine Reform der Sozialhilfe u.a. drei Ziele beinhalten muß:

- die Sozialhilfe müsse "zielgenauer den wirklich Bedürftigen zugute" kommen,

- die "Ausgabensteigerung (sei) zu begrenzen" und

- die "Wiedereingliederung arbeitsloser Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt" zu erreichen.

...aber die Kommunen sparen

Für Kommunen und Städte stellt sich in Zeiten, in denen die Anzahl der SozialhilfebezieherInnen kontinuierlich steigt, die Frage nach Wegen zur Reduzierung der Sozialhilfeausgaben. Diese Kostenreduzierung wird, nach den bisherigen Erfahrungen, erreicht:

- durch Einsparung von kommunalen Planstellen und Austausch mit "gemeinnützigen" Arbeitern,

- durch verschärfte Anwendung der "Hilfe-zur-Arbeit"-Paragraphen, hier insbesondere die Mehraufwandsvariante, mit dem Ziel, SozialhilfebezieherInnen aus dem Leistungsbezug zu drängen und

- durch die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsgelegenheiten mit der Perspektive des Erwerbs eines Anspruches auf Arbeitslosengeld und somit einer Kostenverlagerung auf die Bundesanstalt für Arbeit.

Ein Zusammenhang zwischen der Zunahme von Pflichtarbeit und dem Stellenabbau im öffentlichen Dienst kann nicht belegt werden, da es keine statistischen Erhebungen dazu gibt. Dennoch liegt die Vermutung nahe, daß einzelne Städte sich dieser Einsparmethode bedienen. In gewissen Umfang "nachgewiesen" werden konnte dies in Frankfurt/M. für die Jahre 1980 bis 1984. In dieser Zeit erlebte die Pflichtarbeit in Frankfurt/M. einen Nachkriegsrekord. Die Anzahl der monatlich Vermittelten verdoppelte sich von durchschnittlich 275 auf durchschnittlich 516 Vermittelte. Gleichzeitig reduzierte die Stadt Frankfurt Planstellen für Arbeiter vor allem in städtischen Betrieben, in denen Pflichtarbeiter beschäftigt waren. Jeder 20. Arbeitsplatz ging in diesem Bereich verloren. So wurden etwa im Sport- und Badeamt von 1980 bis 1984 20 Stellen abgebaut, gleichzeitig wurden bis 1984 50-60 PflichtarbeiterInnen vermittelt. Im Friedhofs- und Bestattungswesen gab es einen Abbau von 23 Stellen, während bis 1984 40 PflichtarbeiterInnen vermittelt wurden.

Nach Angaben des Deutschen Städtetags gab es 1993 ca. 55 000 Vermittlungen zur "gemeinnützigen" Arbeit nach §19.2: Alt.2 oder §20 BSHG. Diese Zahl stieg 1996 auf fast 100 000 Einsätze.(2)

SozialhilfebezieherInnen wird so ziemlich alles zugemutet: für ein paar Mark in der Stunde müssen sie auf Sportplätzen Unkraut jäten, auf Friedhöfen Hilfsdienste erledigen oder in Badeanstalten Umkleidekabinen säubern. Besondere Merkmale dieser Tätigkeiten sind:

- der Lohn ist nicht existenzsichernd,

- es besteht kein arbeitsvertraglich begründetes Arbeitsverhältnis,

- es werden keine Sozialversicherungsbeiträge bezahlt,

- es besteht kein Berufsschutz,

- die Betroffenen verbleiben im Sozialhilfebezug und

- die Tätigkeit wird mit Sanktionsgewalt durchgesetzt.

Daß unter solchen Bedingungen ein Teil der SozialhilfebezieherInnen auf Sozialhilfe verzichtet oder erst gar nicht beantragt, dürfte nachvollziehbar sein. Auf dieses "Einspar"potential spekulieren aber hochverschuldete Städte.

In Berlin ließ der damalige Sozialsenator Ulf Fink bereits 1982 ausrechnen, daß die Stadt jährlich 4,5 Millionen DM sparen könnte, wenn 500 SozialhilfebezieherInnen auf ihre Hilfe verzichteten. Die verschärfte Anwendung der Pflichtarbeitsparagraphen in der Zeit vom Juli 1983 bis August 1984 hatte zur Folge, daß von 23.278 SozialhilfebezieherInnen, die zur Arbeit aufgefordert wurden, rund 7% ihren Anspruch verloren bzw. auf Unterstützung verzichteten. In rund 5% der Fälle wurde die Sozialhilfe für einen Monat gekürzt. (3) Alleine die Streichung und der Verzicht auf Sozialhilfe führten zu Einsparungen in Höhe von 14,3 Millionen DM.

Das Sozialamt Frankfurt/M. vermittelt seit 1996 vermehrt SozialhilfebezieherInnen an Zeitarbeitsfirmen. Die Entlohnung in diesen Firmen ist so niedrig, daß von seiten des Sozialamtes für ein halbes Jahr ein Zuschuß von 275 DM monatlich gezahlt wird. Arbeit zu jedem Preis und zu jeder Bedingung ist hier die maßgebliche Prämisse. Aus diesem Grund lehnt die überwiegende Zahl der SozialhilfebezieherInnen solcherart Angebote ab. Für die Stadt Frankfurt ist dies aber ein lukratives Sparmodell: Von 1115 angeschriebenen Personen lehnten 685 die Arbeit ab. 205 Personen erhielten eine Kürzung der Sozialhilfe, während 480 SozialhilfebezieherInnen die Sozialhilfe ganz gestrichen wurde. Trotz der Zuschüsse wurden 8,64 Millionen DM eingespart. (4)

In Lübeck müssen alle Antragsteller von Sozialhilfe seit September 1996 Pflichtarbeit verrichten, sofern keine gesundheitlichen Einschränkungen vorliegen. Die FAZ bejubelte "Lübecks konsequenten Kampf für Beschäftigung und gegen Finanznot ". (5) Seit September 1996 wurden 11 Millionen DM an Sozialhilfeausgaben eingespart. Die Medien begleiten diesen "modellhaften Versuch" mit diskriminierenden Berichten. Besonders gegen junge Arbeitslose, die "sich im Alkohol- oder Drogenrausch verlieren, Spielhallen bevölkern und den Rest ihrer Energie in Kriminalität umsetzen" wird gehetzt. (6) Zwar distanzieren sich die Verantwortlichen vom Arbeitszwang (7), doch werden bei der "kontrollierten Hilfe" mittels Sanktionsdrohungen bestimmte Arbeitsformen erzwungen. Ob es für die weitere berufliche Zukunft von Nutzen ist, in Badeanstalten den Abfluß zu säubern, spielt dabei keine Rolle. Will der Sozialhilfebezieher nicht die Hilfe zum Lebensunterhalt als minimale Existenzsicherung verlieren, muß er zur Arbeit antreten.

Trotzdem unterwerfen sich rund 27% der Betroffenen nicht diesem Credo. Dazu gehören u.a. Obdachlose/Durchreisende sowie Personen, die nur vorübergehend überbrückende Sozialhilfe beantragen wollten.

Wenn es darum geht die SozialhilfebezieherInnen in Bewegung zu halten, ist die Phantasie manche Sozialamtsleiter grenzenlos. In vielen Städten und Gemeinden gibt es nicht nur die Mehraufwandsvariante oder die Entgeltvariante, sondern es findet eine Verzahnung beider Einsatzmöglichkeiten statt. Eine sozialversicherungspflichtige Arbeit wird nur möglich, wenn "gemeinnützige" Arbeit - mit einer bis drei DM Stundenlohn - vorgeschaltet wird.

Erfolge?

Das hehre Ziel der "Wiedereingliederung arbeitsloser Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt" wird sowohl von der Bundesregierung als auch von den Kommunen vollmundig verkündet. Besonders die Entgeltvariante (gemeint sind die §§19.1 und §19.2 1.Alt. BSHG) soll dafür die Voraussetzungen schaffen. Allerdings steht diesem Anspruch die Realität entgegen. 1996 fehlten in Deutschland rund 7 Millionen Arbeitsplätze, gleichzeitig stieg die Anzahl der Langzeiterwerbslosen bzw. SozialhilfebezieherInnen. Schon 1995 waren ca. 1 Million Menschen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Weiterbildungsmaßnahmen und Lohnkostenzuschüsse Ost/West. Zusammen mit den "Hilfen zur Arbeit" nach Entgeltvariante oder in einer Mischkonstruktion bilden sie das Gerüst der existierenden Beschäftigungsprojekte. Eines wird schon hier deutlich, die Wirkung öffentlich geförderter Beschäftigung muß relativiert werden.

Und ein weiteres fällt auf: zwar loben sich alle Arbeitsprojekte in ihren Publikationen, gerade wenn sie auf tariflicher Grundlage existieren, doch selten sind überprüfbare Daten zum tatsächlichen Integrationserfolg zu finden. "Solche Untersuchungen sind bislang immer noch die Ausnahme; wo sie vorliegen, ermöglichen sie überdies meist nur Aussagen über den kurzfristigen Verbleib. Mittel- und langfristige Einschätzungen zur Wirkung der Maßnahmen sind somit kaum möglich." (8)

Daß es mit den Integrationserfolgen der Projekte nicht sehr weit sein kann, läßt sich beispielhaft an der Stadt Frankfurt belegen.

In der zentralen kommunalen Beschäftigungsgesellschaft Frankfurts, der Werkstatt Frankfurt, arbeiteten 1996 rund 900 Personen in befristeten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Ziel soll "die Eingliederung oder Wiedereingliederung in das Erwerbsleben" sein. Nach internen Angaben der Werkstatt werden jährlich zwischen 3 bis 5 % der dort Tätigen in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt, im besten Fall also 45 Personen.

Ein weiteres Problem stellt die Bezahlung in solchen Einrichtungen da. Auch wenn von tariflicher Bezahlung die Rede ist, handelt es sich in den meisten Fällen um Sondertarife. Diese, mit Zustimmung der Gewerkschaften, abgeschlossenen Verträge zeichnen sich durch besonders geringe Entgelte aus. Die niedrigste Gehaltsstufe bei der Werkstatt Frankfurt betrug 1996 1690 DM netto im Monat. Nach Ablauf des Arbeitsvertrages über 18 Monate bekommt ein Lediger mit Steuerklasse 1 neun Monate Arbeitslosengeld in Höhe von 1.100 DM und danach Arbeitslosenhilfe in Höhe von 980 DM. Sein Sozialhilfeanspruch beträgt bei einer durchschnittlichen Miete von 900 DM und anteiligem Kleidergeld rund 1500 DM. Das heißt, trotz des Erwerbs eines Anspruches auf Arbeitslosengeld ist diese Person auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Die Intention der Kommune soziale Kosten auf den Bund umzuschichten, ist also nur teilweise erfolgreich.

Fazit

Auch wenn die "Hilfe zur Arbeit" in Ausnahmefällen für Einzelne eine Alternative darstellt, hat sie gesamtgesellschaftlich keinerlei arbeitsmarktpolitische Relevanz. Statt der Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen, gibt es ein symbolisches Handeln. In diesem Sinn erfüllen die Beschäftigungsprojekte und -gesellschaften eine nützliche Funktion.

"Die Projekte und Maßnahmen (vor allem in den neuen Ländern mit breiter Beteiligung von Kirchen und Gewerkschaften) haben gewollt oder ungewollt Einfallstore zur Deregulierung der gesamten Arbeitsverhältnisse geschaffen: seien es Beschäftigungsfirmen, AB-Maßnahmen, § 249h AFG oder BSHG-§-19-Stellen, überall wurden Tarife unterlaufen, schlechtere Extra-Tarife geschaffen und Arbeits(zeit)bedingungen verschärft. Fast nahtlos finden diese Sonderbedingungen mittlerweile Eingang in Tarifverhandlungen und Arbeitskämpfe der Einzelgewerkschaften: Sondereinstiegstarife für Arbeitslose, Lohnverzicht für Maßnahmen der ‚Beschäftigungssicherung` usw." (9)

"Hilfe zur Arbeit" nach dem BSHG, als disziplinarisches Mittel oder als schein-beschäftigungswirksame Kraft ist Bestandteil einer autoritären Krisenbewältigungsstrategie. Durch den verschärften Arbeitszwang soll klargemacht werden, jede Arbeit ist zumutbar und muß akzeptiert werden. Wer dies nicht billigt, wird mit dem Entzug materieller Mittel bestraft und gesellschaftlich ausgegrenzt.

Diese Entwicklung wird selbst vom Liberalen Ralf Dahrendorf in einer Analyse der 'Globalisierung und ihrer sozialen Folgen' erkannt: "Die zumindest teilweise auf der Globalisierung beruhenden Veränderungen in der Arbeitswelt führen zu einem Verlust an sozialer Kontrolle. Wachsende Tendenzen, diese durch Zwang (Arbeitsdienst) zu ersetzen, sind bereits unverkennbar." (10)

Harald Rein

November 1997

Anmerkungen:

1) vgl. DIE ZEIT vom 24.10.97.

2) vgl. Deutscher Städtetag 1997.

3) aus: H. Hartmann, 1984, Die Praxis der Hilfe zur Arbeit nach dem BSHG.

4) vgl. FAZ vom 24.4.1997.

5) siehe FAZ vom 27.5.1997.

6) vgl. Kieler Nachrichten, Mai 1997.

7) siehe FAZ 27.5.97.

8) L. Böckmann-Schewe/A. Röhrig, 1997, "Hilfe zur Arbeit", Hans-Böckler-Stiftung.

9) vgl. M. Bättig, 1996, Creaming of the poor..., Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg.

10) siehe DIE ZEIT vom 14.11.1997.

"Hilfe zur Arbeit", +, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +

§ 18

- Vorrang der Arbeitskraft vor Sozialhilfe

- wer keine Arbeit findet ist zur Annahme einer Arbeitsgelegenheit verpflichtet

- Zuschüsse an Unternehmer oder SozialhilfebezieherInnen bei Arbeitsaufnahme, +, +, +, +, +, +, +, +, nach dem

Bundessozialhilfegesetz

(BSHG), +, +, +

, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +

, § 19.1

- Schaffung von Arbeitsangelegenheiten

- nicht zusätzlich,, nicht gemeinnützig

- sozialversicherungspflichtig

- Tariflohn, +, +, +, , , , § 19.2 (1.Alt.)

- gemeinnützige und (in der Regel)

zusätzliche Arbeit

- sozialversicherungspflichtig

- ortsübliches Arbeitsentgelt, +, +, +,

, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +

, , § 19.2 (2.Alt.)

- gemeinnützige und (in der Regel) zusätzliche Arbeit

- kein Arbeits- oder Beschäftigungsverhältnis,, nicht sozialversichert

- Hilfe zum Lebensunterhalt und Mehraufwandsentschädigung (1-3,- DM/Std.), +, +, +, +, +, +, +, , ,

, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +, +

§25

Wer sich weigert,, zumutbare

Arbeit oder Arbeitsgelegenheiten zu leisten,, erhält eine 25%ige

Kürzung der Sozialhilfe., +, +, +, § 20

- besondere Arbeitsgelegenheit

- zur Prüfung der Arbeitsbereitschaft bzw. bei "Entwöhnung" von Arbeit

- diese muß nicht zusätzlich oder gemeinnützig sein

- "therapeutische" Hinführung zur Arbeit

- Hilfe zum Lebensunterhalt und Mehraufwandsentschädigung (1 bis 3,- DM/Std.), +, +, +, +, +, +, +, +

Bei weiterer "Uneinsichtigkeit"

kann eine gänzliche Streichung erfolgen., +, +, +, +, +, Gemeinnützig sind Arbeiten,, die dem Allgemeinwohl und nicht Privatpersonen dienen,, zusätzlich ist die Arbeit,, die "Sonst nicht,, nicht in diesem Umfang oder nicht zu diesem Zeitpunkt verrichtet werden würde." (Zusammenstellung Harald Rein), +, +, +, +, +, +

11. Südphilippinen - vom Frieden zum Fortschritt? Ein Jahr nach dem Friedensabkommen bleiben die Hoffnungen gedämpft

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:20

Es war schon verblüffend, was da vor surrenden Kameras und im gleißenden Scheinwerferlicht einer verblüfften Öffentlichkeit am 2. September 1996 geboten wurde: Der seit knapp 30 Jahren amtierende Rebellenchef Nur Misuari reckte gemeinsam mit hohen Vertretern just jener Regierung Siegesfäuste und Harmoniehände in die Höhe, die er zuvor bis aufs Messer bekämpft hatte. Nach knapp dreijährigen Verhandlungen waren die Emissäre der Republik der Philippinen (GRP) und der "Moro Nationalen Befreiungsfront" (MNLF) übereingekommen, eine gemeinsame Friedensregelung für die seit einem Vierteljahrhundert von Krieg und Gewalt gezeichnete Region zu unterschreiben. Präsident Fidel V. Ramos (er war als Chef der berüchtigten "Philippine Constabulary/Integrated National Police" eine wichtige Stütze der Marcos-Diktatur) sah auf dem Höhepunkt des Krieges gegen die Moros (1) plötzlich die Morgendämmerung eines dauerhaften Friedens und einer vielversprechenden Regionalentwicklung heraufziehen.

Unter Teilnahme zweier Gesandter der "Organisation der Islamischen Konferenz" (OIC) sind die philippinische Regierung und die MNLF übereingekommen, den jahrzehntelangen Bürgerkrieg zu beenden, der nahezu 120.000 Tote und mehrere zehntausend Flüchtlinge gefordert hat. Während eines feierlichen Staatsaktes im Malacanang-Palast vollzogen Ramos und der MNLF-Vorsitzende Nur Misuari im September einen Schulterschluß und setzten ihre Unterschriften unter das Friedensabkommen. Es war vorher in der indonesischen Hauptstadt Djakarta paraphiert worden und soll fortan das am 23. Dezember 1976 in Libyen ausgehandelte "Tripolis-Abkommen" ersetzen.

Wie sehr Misuari gewillt war, den Mindanao- und Moro-Konflikt zu deeskalieren, zeigte schon seine Bereitschaft, die Hauptverhandlungen in Djakarta zu führen - ausgerechnet unter der Schirmherrschaft des indonesischen Präsidenten Suharto. Suharto ist mittlerweile der dienstälteste Despot in Südostasien und wird von der arg geschundenen Opposition in seinem Land eher als Henker gehaßt denn als Friedensmakler geschätzt.

Kernpunkte des Friedensabkommens

Zentraler Punkt des Friedensabkommens war die Einrichtung eines "Südphilippinischen Rates für Frieden und Entwicklung" (SPCPD). Dieses fünfköpfige Gremium ist aus dem Vorsitzenden (in diesem Falle Misuari), seinem Vize sowie je einem Vertreter der muslimischen, christlichen und indigenen Bevölkerungsgruppen (Lumad) zusammengesetzt. Der SPCPD ist für die politische und wirtschaftliche Verwaltung der 13 Provinzen (2) und neun Städte zuständig, wie sie im Tripolis-Abkommen für Autonomie vorgesehenen sind.

Der SPCPD ist aber nur ein Übergangsrat, dem eine "Beratende Versammlung" zur Seite steht. Diese Versammlung umfaßt 81 Mitglieder und wird aus Provinzgouverneuren, Bürgermeistern und von der MNLF vorgeschlagenen Vertretern von Nicht-Regierungsorganisationen in den entsprechenden Regionen gebildet. Die MNLF stellt insgesamt 44 Personen. Die "Beratende Versammlung" ist Konsultations- und Diskussionsforum und steht dem SPCPD mit Rat und Tat bei. Drei Jahre lang sollen der SPCPD und die Konsultativversammlung existieren, sofern nicht der Präsident des Landes ihre Dauer aufgrund öffentlichen Interesses verlängert.

Die OIC soll sämtliche Schritte in Richtung Autonomie observieren und für internationale Unterstützung der Friedens- und Entwicklungszone werben. Während der Übergangszeit soll die noch unter Präsidentin Aquino geschaffene "Autonome Muslimische Mindanao-Region" (ARMM) fortbestehen. Sie soll erst im Rahmen eines Plebiszits abgeschafft beziehungsweise modifiziert werden; dann soll auch der Charakter der neuen Autonomieregelung sowie ihr Geltungsbereich endgültig festgelegt werden.

Last but not least sollen 7.500 Mann der "Bangsa Moro Army" (BMA) - das ist der bewaffnete Arm der MNLF - in die Streitkräfte ("Armed Forces of the Philippines"/AFP) und die Nationalpolizei der Philippinen integriert werden. Die ehemaligen BMA-Kämpfer sollen im Gebiet des SPCPD als Sicherheitskräfte fungieren.

Viel Kritik, wenig Lob

Eitel Freude mochte ob dieser Friedensregelung allerdings nicht aufkommen. Einflußreiche Geschäftsleute und Großgrundbesitzer mitsamt ihren paramilitärischen Schergen fürchteten den Verlust von politischer Macht und Pfründen, vor allem, daß der einträgliche "Barterhandel" versiegen könnte. Diesen Tauschhandel mit den südlichen Nachbarn Malaysia und Singapur organisierten Großagrarier und Geschäftsleute gemeinsam mit hochrangigen Militärs. Sie führten denn auch die Phalanx der Unzufriedenen an und schürten Ängste vor dem Friedensabkommen, wobei sie von Teilen des konservativen katholischen Klerus unterstützt wurden.

Kritik am Friedensabkommen kam auch aus der "Abu Sayyaf-Gruppe" (3) und aus der "Moro Islamischen Befreiungsfront" (MILF) unter Hashim Salamat. Diese Gruppierungen, die als islamisch-fundamentalistisch eingestuft werden, monierten die Kompromißbereitschaft Misuaris. Tatsächlich hat der MNLF-Vorsitzende eine Wandlung vom Kämpfer zum Kandidaten der Ramos-Partei Lakas-NUCD (4) vollzogen. Ausgerechnet auf der Plattform von Lakas-NUCD ist Misuari bei den Kommunalwahlen im September 1996 zum Gouverneur der Sulu-Region und Chef der ARMM avanciert.

Bisher sind die Abu Sayyaf-Gruppe und die MILF von ihrer Forderung nach einem unabhängigen Moro-Staat offiziell nicht abgerückt. Am 14. November wurde zwar in Marawi City zwischen der Regierung und der MILF ein Gewaltverzichtsabkommen vereinbart; trotzdem ist nicht auszuschließen, daß innerhalb der MILF jene Leute Aufwind bekommen, die in einem Friedensvertrag einen Ausverkauf der Moro-Interessen sehen: In den vergangenen Monaten ist es mehrmals wieder zu Kämpfen zwischen Regierungstruppen und MILF-Verbänden gekommen.

Auch etliche namhafte JournalistInnen haben keinen Hehl daraus gemacht, daß sie den Friedensdeal ablehnen. Andere MedienkollegInnen wiesen zu Recht auf das Problem hin, daß ein Plebiszit, das erst drei Jahre nach Unterzeichnung des Friedensvertrags durchgeführt wird, unerwünschte Ergebnisse haben könnte: Dann nämlich könnte der Geltungsbereich des SPCPD bzw. das im Tripolis-Abkommen angepeilt Gebiet eventuell verkleinert werden.

Tatsächlich hat die MNLF-Führung ein weitgehendes Zugeständnis gemacht, als sie ihre ursprüngliche Forderung fallengelassen hat, derzufolge unmittelbar nach Vertragsunterzeichnung eine provisorische Regierung (qua exekutivem bzw. präsidialem Erlaß) geschaffen werden sollte. Auch auf ein Referendum unmittelbar nach dem Friedensabkommen wurde verzichtet. Dieses Zugeständnis trägt allerdings den politischen und demographischen Realitäten Rechnung: Die christliche Bevölkerung dürfte dort, wo sie die Mehrheit stellt, schwerlich eine muslimische Minderheitenherrschaft akzeptieren.

Prekärer Frieden

Die beiden Hauptakteure Ramos und Misuari scheinen ihre Ziele erreicht zu haben: Ramos wollte sich als Friedensapostel präsentieren. Ein Arrangement mit der MNLF unter Misuari versprach ungleich kalkulierbarer zu sein als Verhandlungen mit Abu Sayyaf und/oder der MILF. Misuari seinerseits hatte bewußt auf die "Ramos-Karte" gesetzt. Denn der Ex-General verfügt über weitaus größeren Rückhalt im Militär als beispielsweise die ehemalige Präsidentin Aquino; er kann wahrscheinlich die Offiziere in Schach halten. Überdies war ein Element von Kriegsmüdigkeit (5) ebenso wenig zu verkennen wie Misuaris unausgesprochenes Ansinnen, als südphilippinischer Arafat in die Geschichte einzugehen.

Ramos und Misuari einte außerdem ein gemeinsames Interesse: Beide erhofften sich von einer Friedensregelung verstärkte Wirtschaftshilfen und Kapitalinvestitionen aus islamischen Staaten. Misuari hat etliche Jahre seines Exils im Nahen und Mittleren Osten zugebracht (u.a. in Libyen, Ägypten, Saudi-Arabien und Pakistan). Er kann sich der Unterstützung durch die OIC sicher sein, die seit den siebziger Jahren die Verhandlungen zwischen Manila und den Moros begleitet hat. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß Misuari den Präsidenten im März diesen Jahres zeitweilig auf seinem Staatsbesuch in Indien und Bangladesch sowie im Mittleren Osten begleitet hat.

Sicherlich trägt das Friedensabkommen unter den gegebenen Bedingungen zur Deeskalation des langjährigen bewaffneten Regionalkonflikts bei. Es liefert (Teil-) Antworten auf einige, jedoch beileibe nicht auf alle drängenden Fragen. Ungeklärt ist unter anderem, wie die BMA-Truppen in die AFP ("Armed Forces of the Philippines") eingebunden werden können. Bislang sind davon gut 1.100 Personen betroffen. Vielfach sorgt die

Frage für Zündstoff, wer als Ex-BMA-Kämpfer klassifiziert wird und was mit jenen Kommandanten und ihren Untergebenen geschieht, die nicht für die Eingliederung in die AFP vorgesehen sind. Etliche ehemalige Kämpfer fühlen sich im Stich gelassen und fragen sich, wofür sie viele entbehrungsreiche Jahre lang gekämpft hat.

Strittig ist auch, ob "freigesetzte" AFP-Kontingente gegen rivalisierende Moro-Gruppen sowie in den Einflußgebieten der Kommunistischen Partei (CPP) und ihrer Guerilla, der "Neuen Volksarmee" (NPA), zu Kampfeinsätzen eingesetzt werden.

Auch wichtige finanzielle Fragen wurden in dem Abkommen nicht geregelt. Wie soll in den SPCPD-Regionen die Wirtschaft angekurbelt werden? Woher sollen die dafür notwendigen Gelder kommen, und in welcher Höhe sollen sie fließen?

Schließlich war und ist Misuaris Rolle und Stellung unter den Moros keineswegs unumstritten: Misuari ist ein Tausug aus der Sulu-See, und die Tausug bilden gemeinsam mit den Samal die Hauptkraft der MNLF. Die von der MNLF abgespaltene MILF hingegen hat in Maguindanao, im Kernland Mindanaos, ihre Hochburg und ihr Hauptrekrutierungsgebiet. Die MILF beziehungsweise die Ethnie der Maguindanao waren stets größeren kolonialen Einflüssen als ihre südlichen Nachbarn ausgesetzt, sie haben stärker als diese unter organisiertem Landraub christlicher Siedler und den Verwerfungen der inneren Kolonisierung gelitten. Sie würden es vorziehen, daß die AFP gänzlich aus ihrer Region abzöge, als daß die MILF in die Regierungstruppen integriert würde.

MNLF-Chef Misuari

verliert Anhänger

Reichlich ein Jahr nach dem Friedensschluß bleibt die Lage im Süden in vielfacher Hinsicht prekär. Während Ramos bei jeder sich bietenden Gelegenheit seine Friedensrolle betont hat, ist Misuari zunehmend zur Zielscheibe der Kritik geworden. Langjährige Weggefährten haben zunächst darüber hinweggesehen, daß das Friedensabkommen wesentlich aufgrund seines Vorpreschens zustande gekommen ist. Sie waren überzeugt, daß zumindest spürbare soziale und wirtschaftliche Verbesserungen eintreten würden. Heute jedoch machen selbst engste Freunde und Berater Misuaris keinen Hehl daraus, daß sie sich übergangen fühlen. Und kompetente Wirtschafts- und Verwaltungskader der MNLF haben sich enttäuscht von ihm abgewandt. Entsprechend haben bislang nicht einmal die eigenen Führungsgremien - vor allem das Zentralkomitee der MNLF - das Friedensabkommen formell abgesegnet.

Was ökonomische Hilfeleistungen betrifft, sind Misuari und der SPCPD von den Zuwendungen der Zentralregierung abhängig. Bisher haben sie aber keine nennenswerten Geldsummen aus Manila zur eigenen Verfügung erhalten. Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen im Süden des Landes nutzt die Regierung dafür, bekannt zu geben, daß sie sich der Entwicklung im Süden verpflichtet fühlt; jeden bescheidenen Erfolg bucht sie auf ihr eigenes Konto. Der SPCPD hingegen gilt mittlerweile als ein Debattierklub, in dem viel geredet, aber kaum etwas bewegt wird.

Konturen eines regionalen Wachstumsdreiecks?

Mit der Beendigung des Regionalkonflikts sollten - so jedenfalls sahen es Ramos und Misuari - endlich die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um das Wachstums- und Entwicklungsgefälle zwischen dem Norden und dem Süden des Archipels zu verringern. 1994 ist bereits ein Plan zur Schaffung eines regionalen Wachstumspols verkündet worden. Das umständliche Namenskürzel "BIMP-EAGA" steht für "Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen - Ostasiatische Wachstumsregion".

Diesem Konzept zufolge soll Mindanao ökonomisch enger mit den indonesischen Provinzen Sulawesi und Kalimantan, den ostmalaysischen Regionen Sabah und Sarawak sowie mit dem erdölreichen Sultanat Brunei verbunden werden. Das könnte Ramos' bisher erfolglosem Plan "Philippines 2000" (Senkung der Armutsrate und Erhöhung des Durchschnittseinkommens auf 1.000 US-Dollar im Jahr, Andocken an die "Tigerstaaten") ein zusätzliches Fundament geben. BIMP-EAGA soll nach philippinischen Vorstellungen eins jener sogenannten wirtschaftlichen Wachstumsdreiecke werden, wie sie beispielsweise - mit mehr oder minder nennenswertem Erfolg - in Singapur, Sumatra und im malaysischen Johore Bahru, im Grenzgebiet Myanmars (Birmas), Thailands, Laos' und (Süd-)Chinas sowie mittlerweile auch im Norden Nordkoreas, in den

ostsibirischen Städten Wladiwostok/Nachodka und dem Osten der VR China existieren. Das freilich setzt zumindest ein verbindliches Regelwerk juristischer, administrativer und (außen)handelspolitischer Leitlinien voraus.

BIMP-EAGA könnte sich als vielversprechender Versuch erweisen, die regionalen Handelszentren stärker zu vernetzen. An Ressourcen, Expertisen und hochgesteckten Absichtserklärungen mangelt es nicht. Sollten sich die Erwartungen erfüllen, daß die Sulu-See reiche Ölvorkommen birgt (Probebohrungen sollen alsbald durchgeführt werden), stünden die Chancen nicht schlecht, der Region zu einem Entwicklungsschub zu verhelfen. Noch ist man allerdings über die Planung bi- bzw. multilateraler Entwicklungsvorhaben nicht hinausgekommen. Infrastruktur und intra- sowie interregionale Kommunikation lassen einiges zu wünschen übrig. Erst langsam entstehen neue Flug- und Schiffsverbindungen.

Man darf gespannt sein, was von philippinischer Seite und von philippinischen PräsidentschaftskandidatInnen (Manila ist bereits fünf Monate vor den Präsidentschaftswahlen im Wahlfieber) unternommen wird, um dem ambitionierten BIMP-EAGA-Konzept zum Durchbruch zu verhelfen.

Rainer Werning

Anmerkungen:

1) Ausführlich zur Moro-Problematik: Rainer Werning, US-Imperialismus auf den Philippinen - Der Mindanao-Konflikt, Münster 1983 und ders., Der Moro-Widerstand und die Rambos von Zambo, in: Frankfurter Rundschau, 5.8.96.

2) Nachdem im Jahre 1992 die Provinz Südcotabato geteilt wurde, beläuft sich die Zahl der für Autonomie vorgesehenen Provinzen in den Südphilippinen nunmehr auf 14 statt, wie seinerzeit im Tripolis-Abkommen festgelegt, auf 13.

3) Vieles spricht dafür, daß sich dahinter unzufriedene Ex-AFP-Mitglieder bzw. Elemente des philippinischen Geheimdienstes verbergen. Mit spektakulären Entführungen und Anschlägen auf öffentliche Einrichtungen hat Abu Sayyaf in der Vergangenheit wiederholt auf sich aufmerksam gemacht und damit die Lage in der Region zu destabilisieren versucht.

4) Lakas-NUCD = Stärke - Nationale Union der Christdemokraten.

5) Vgl. On Talking Terms: Government revives parley with Moro rebels, in: Far Eastern Economic Review (Hongkong), 20.6.96, sowie A Peace Deal with Misuari?, in: Asiaweek (Hongkong), 28.6.96.

12. Das langsame Sterben des Dinosauriers. Der Zerfall der PRI und Mexikos Abschied von der "versteinerten Revolution"

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:17

Mit "Der menschenfreundliche Menschenfresser" überschrieb Octavio Paz Anfang der 70er Jahre einen Essay, in dem er die Anatomie des mexikanischen Staates und seines "politischen Armes", der seit 1929 regierenden Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), analysierte. (1) In ihm sieht er im PRI-System weder eine Parteiendemokratie, noch eine Militärdiktatur, sondern ein Regime des bürokratisierten Klassenkompromisses. Das ist lange her. Paz hat sich mittlerweile an die Seite der Macht gestellt, und das PRI-System mutierte seit Anfang der 80er Jahre zum Sachverwalter der alleinigen Interessen einer schmalen Elite. Was 1910 als erste soziale Revolution des 20. Jahrhunderts begann, endet heute mit dem unaufhaltbaren Zerfall der Staatspartei, dem versteinerten und korrupten Erbe der Revolution. Das Jahrhundert der Mexikanischen Revolution ist vorbei, Oppositionskräfte nehmen immer größeren Raum ein, und die zugespitzten sozialen Widersprüche zerreißen das Land zusehends.

Vielleicht kann man den Umbruch nur verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie Mexiko noch vor zwanzig Jahren regiert wurde. Eine allmächtige Staatspartei kontrollierte Gesellschaft, Medien, politische Organisationen und beherrschte das Land mit ihrem Konzept der "repressiven Integration". Sozialen und politischen Protest hielt sie nieder durch kleine Konzessionen, große Gesten, die Korruption seiner Protagonisten und, wenn die Integration versagte, durch die Ausschaltung der führenden Aktivisten. Die PRI, das war der große Dinosaurier, der aus einer Allianz lokaler Revolutionscaudillos hervorgegangen war, die das Land nach langem Bürgerkrieg befrieden wollten. Politisch reaktionär war das Regime nur in bezug auf Bürgerrechte und demokratische Freiheiten, in sozialer Hinsicht aber bot der Dinosaurier den MexikanerInnen ein angenehmeres Leben als es vielen LateinamerikanerInnen vergönnt war. Und außenpolitisch positionierte sich das Regime an der Seite der nationalen Befreiungsbewegungen Lateinamerikas gegen die reaktionären Diktaturen der Militärs anderer Länder und gegen den mächtigen Nachbarn mit seinen imperialen Ansprüchen im Norden.

Bewegung im

Jurrasic Park

Doch in den letzten Jahren kam Bewegung in den Jurrasic Park des PRInosauriers. Der zapatistische Aufstand Anfang 1994 katapultierte Mexiko auf einmal als Unruheherd in die Weltpresse, wo rebellierende Kleinbauern vom Militär niedergeschlagen werden. Und in diesen Tagen übernimmt mit Cuauhtémoc Cárdenas zum ersten Mal ein linksoppositioneller Politiker die Regierungsgewalt im strategisch wichtigen Hauptstadtdistrikt Mexiko DF. Oft wird nun vom "Demokratisierungsprozeß" gesprochen, den das Land durchlaufe. Hoffnung macht sich breit. Wer aber von oberflächlicher Betrachtung Abschied nimmt, wird schnell erkennen, daß hier eher der Wunsch Vater des Gedankens ist. Den Zerfall der PRI-Kontrolle mit einer Demokratisierung der Gesellschaft gleichzusetzen, greift zu kurz. Es handelt sich vielmehr um einen vielgesichtigen Wandlungsprozeß, dessen einzige Konstante seine Widersprüchlichkeit ist. Einerseits entstehen neue und größere Freiräume, andererseits aber kommt es zu gesellschaftlicher Desintegration, Der Formierung neokorporativistischer Beziehungen und neuen Kontrollmechanismen, die nicht sympathischer sind als die alten.

Das offensichtlichste Phänomen der gefährlichen Desintegration ist der Anstieg sozial und politisch motivierter Gewalt. An der Nordgrenze zu den USA liefern sich Mafiaclans, die um die Kontrolle des Drogenmarktes konkurrieren, tägliche Showdowns. Der Alltag in Tijuana etwa läßt die Fiktionen von Blade Runner und Mad Max real werden. In der Hauptstadt-Metropole sind bewaffnete Raubüberfälle in öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf der Straße mittlerweile unspektakuläre Normalität. Gleichzeitig weisen die Statistiken einen deutlichen Anstieg von Menschenrechtsverletzungen mit politischem Hintergrund aus. 563 Aktivisten allein der linksorientierten PRD (Partei der Demokratischen Revolution) sind seit ihrer Gründung 1988 von Polizei, Militär, Weißen Garden oder Killern umgebracht worden, davon fast die Hälfte in den letzten drei Jahren unter dem Regime Präsident Zedillos. (2) Im gleichen Zeitraum sind 67 Journalisten ermordet worden, nach

Kolumbien die höchste Zahl in Lateinamerika. (3) Ungezählt sind die Inhaftierten, Gefolterten und Ermordeten der zahlreichen sozialen und politischen Oppositionsgruppen außerhalb der PRD. Allein die Mitgliedsgruppen der an einer traditionellen Linken orientierten FAC-MLN (Breite Front zum Aufbau der Nationalen Befreiungsbewegung) beklagen über 500 politische Gefangene, und in Chiapas ermorden Paramilitärs täglich rebellierende Campesinos und Indígenas. Dabei bleiben die meisten Morde ungesühnt, obwohl die Verantwortlichen bekannt sind. Rubén Figueroa Alcocer beispielsweise, der ehemalige Gouverneur von Guerrero und zweifelsfreie Drahtzieher des Massakers an 17 oppositionellen Bauern in Aguas Blancas, kann in Mexiko-Stadt seelenruhig seinen Geschäften nachgehen. Als im September Pierre Sané, Präsident von Amnesty International, Präsident Zedillo einen alarmierenden Bericht über die Menschenrechtssituation übergeben wollte, wurde ihm brüsk die Türe gewiesen.

Die Brutalisierung der sozialen und politischen Beziehungen durchdringt die gesamte Gesellschaft, wobei die ungehemmtesten Protagonisten nicht nur der politischen, sondern auch der sozialen Gewalt ohne Zweifel die Eliten und der Staatsapparat selbst sind. Am deutlichsten wird dies am Beispiel des Drogenhandels, der in Mexiko mittlerweile zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen zählt. Mitte Februar kam beispielsweise ans Tageslicht, daß General González Rebollo, oberster Chef der nationalen Drogenfahndung, auf der Gehaltsliste von Amado Carrilo Fuentes, einem der wichtigsten Drogenbarone stand. Diese Allianz ist symptomatisch, denn kein ernsthafter Beobachter Mexikos wird abstreiten, daß Militär- und Polizeiapparate, genauso wie eine große Anzahl von hohen Regierungsfunktionären und Politikern in das lukrative Geschäft mit den Drogen verstrickt sind, wenn sie es nicht sogar kontrollieren. (4)

Bereichert Euch!

Auch die Privatisierungspolitik seit Beginn der 80er Jahre zeichnet sich durch die kriminelle Energie der Eliten aus. Unter der Administration von Carlos Salinas zwischen 1988 und 1994 wurden 160 staatliche Unternehmen privatisiert, darunter befanden sich Stahlwerke genauso wie Bergbauunternehmen oder Fluglinien. Am Beispiel der Telefongesellschaft TELMEX läßt sich deutlich machen, wie die PRI-Eliten die politische Kontrolle über den Privatisierungsprozeß nutzen, um ihre eigenen Taschen zu füllen. TELMEX wurde zum lächerlichen, bewußt unterbewerteten Preis von 1,7 Milliarden US-Dollar an den Salinas-Freund und -Geschäftspartner Carlos Slim verkauft. Kurze Zeit nach der Privatisierung waren die TELMEX-Aktien an der Börse 12 Milliarden US-Dollar wert und Carlos Slim wird heute mit einem Privatvermögen von 6,1 Milliarden US-Dollar als reichster Mann Lateinamerikas gehandelt. (5) Privatisierung als Raubüberfall auf öffentliches Eigentum, die Straßenkriminalität nimmt sich dagegen aus wie dilettantischer Kinderkram. Der Klassenkompromiß ist aufgelöst.

Hier wird deutlich, wo die eigentlichen Ursachen des Zerfalls der PRI-Macht liegen. Bestimmt nicht im politischen Willen zu einer Demokratisierung, sondern vielmehr im Verlust von Integrationsmöglichkeiten, nachdem 15 Jahre neoliberale Politik die Grundlagen des sozialen Paktes der Mexikanischen Revolution ausgehebelt haben. Während der Dinosaurier in seinen besten Jahren die hohe Staatsquote an Produktionsmitteln und die progressiven Möglichkeiten der Verfassung von 1917 nutzte, um die Mexikaner mit Land, Arbeit und Tortillas zu versorgen, folgt die durch IWF und Weltbank diktierte Politik der PRI-Eliten seit der Schuldenkrise von 1982 nur noch einer Maxime: "Bereichert Euch!"

Dabei sind es sehr wenige, die absahnen, während eine große Mehrheit marginalisiert wird. Eine Gruppe von 183.000 Individuen - 0,2% der Gesamtbevölkerung - verfügt in Mexiko über 51% des gesamten Bruttosozialproduktes. Ihre Profite sind größer als das gesamte Budget des Staates für alle öffentlichen sozialen Ausgaben. (6) Gleichzeitig ist die Kaufkraft des Mindestlohns seit 1982 um beinahe 70% gefallen, und die durchschnittlichen Reallöhne gingen zwischen 34% in der Industrie und 27,5% in der Maquila zurück. (7) Die Reform am Artikel 27 der Verfassung schnitt außerdem den Kleinbauern jede Aussicht auf eine Landreform ab, während sich gleichzeitig der sogenannte Neolatifundismo, also neuer Großgrundbesitz, breit macht. Nach dem Peso-Crash vom Dezember 1994 sind auch große Teile des davor noch relativ prosperierenden Mittelstands in die Verarmung gestürzt, so daß die Einkommenspyramide heute ein riesiges Fundament mit einer Nadelspitze darstellt. Die wirtschaftliche Erholung nach dem Krisenjahr 1995, in dem Mexiko die schärfste Rezession seit den 30er Jahren aushalten mußte, bringt bisher keine sozialen Verbesserungen oder Lohnerhöhungen.

"Kartell des Südosten" und "Deserteure"

Die neoliberale Umstrukturierung ist nicht nur mit einer radikalen Privatisierungspolitik und der Vertiefung des Abgrundes zwischen den sozialen Klassen verbunden, sondern mit zwei weiteren bedeutsamen Aspekten: Einerseits dem fortschreitenden Verlust nationaler Souveränität durch Weltmarktöffnung, das Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) und der wachsenden Abhängigkeit von ausländischem Kapital. Die Politik der mexikanischen Regierung erfüllt heute die Funktion der Wahrnehmung der Interessen transnationaler Konzerne und geostrategischer Interessen der USA, ganz anders als zu Zeiten des Gründers der modernen PRI, des Präsidenten Lázaro Cárdenas (1934-40). Und andererseits koppeln sich die Dynamiken der regionalen Entwicklungen immer deutlicher voneinander ab. Während die an bestimmte Regionen gebundenen Maquila- und Tourismussektoren boomen, werden andere Regionen, insbesondere die indigen geprägten Gebirgszonen, zu ausgepowerten Wastelands, die dem völligen Niedergang preisgegeben sind. Raubbau und die Überflutung mit billigen Agrarprodukten dank NAFTA haben hier die kleinbäuerliche Wirtschaft ruiniert.

Das Auseinanderbrechen der PRI ist nichts weiter als die Widerspiegelung des Desintegrationsprozesses der Gesellschaft. Innerhalb der Partei selbst haben sich verschiedene Fraktionen herausgebildet, die teilweise sich widersprechenden Interessen folgen. Da ist einerseits das "Kartell der Gouverneure des Südostens", in dem sich die mit dem alten, mittlerweile in Irland lebenden Präsidenten Carlos Salinas verbundenen Regionalfürsten der südöstlichen Bundesstaaten alliiert haben. Sie stehen für ein hartes Durchgreifen gegen die Oppositionen. Roberto Madrazo, der amtierende Gouverneur von Tabasco, hat mit einem von langer Hand geplanten Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen in seinem Staat im Oktober deutlich gemacht, daß sie jedes Milligramm Macht verteidigen werden. Daneben, als deutlichster Konterpart, hat sich in der Grupo Galileo eine Strömung formiert, der zahlreiche Abgeordnete angehören, die für ein Ausloten von Verständigungsmöglichkeiten mit der PRD und der rechten PAN (Partei der Nationalen Aktion) stehen. Über den Fraktionen steht Präsident Zedillo mit seiner Gruppe, der versucht, die zentrifugalen Kräfte in seiner Partei zusammenzuhalten. Aber es mehren sich die "Deserteure" unter den regionalen PRI-Machthabern, die samt ihrem Troß aus klientelistischen Beziehungen in eine der Oppositionsparteien eintreten.

Demokratisierung oder Neokorporativismus?

Als Indizien für einen Demokratisierungsprozeß werden oft die gewachsenen politischen Spielräume genannt. Die PRD hat den DF gewonnen, die klerikalkonservative PAN regiert einige Bundesstaaten im Norden. Seit dem 6. Juli ist die PRI nun auch mit einem mehrheitlichen Oppositionsblock im Abgeordnetenhaus konfrontiert, Wahlen sind nicht mehr nur Rituale zur Bestätigung des PRI-Kandidaten. Von der Studentenbewegung 1968, über die Entstehung der Stadtteilbewegungen nach dem Erdbeben 1985, die Proteste gegen den Wahlbetrug 1988 und die Formierung der PRD bis zum zapatistischen Aufstand 1994 und den Wahlen am 6. Juli dieses Jahres reichen die Etappen des Verlustes der politischen Kontrolle der PRI. Dieser Prozeß wurde begleitet von der Entstehung unabhängiger und kritischer Medien zuerst im Printbereich, dann im Radio und zuletzt auch im Fernsehen. Bei dieser Analyse wird aber ausgeblendet, daß viele der Oppositionen, die alten Funktionsmechanismen des PRI-Systems reproduzieren und die Gesellschaft zunehmend militärisch und nicht politisch kontrolliert wird.

So ist der Charakter der PRD durchaus zwiespältig. Ihre Wurzeln hat die Partei einerseits in einer PRI-Abspaltung, die unter Führung von Cuauhtémoc Cárdenas, Sohn des legendären Lázaro Cárdenas, die Mutterpartei verlassen hat und sich gegen ihre neoliberale Politik wandte. Andererseits sind die alte Kommunistische Partei, ehemalige Trotzkisten und Maoisten sowie zahlreiche soziale Bewegungen in der Partei aufgegangen. Mit dem Parteivorsitzenden Manuel López Obrador und Cárdenas, dem neuen Bürgermeister von Mexiko-Stadt, stehen zwei Figuren im Vordergrund, die eher für die Verbindung mit sozialen Bewegungen und Mobilisierung der Basis stehen, aber gleichzeitig die unverkennbaren Züge paternalistischer, populistischer Caudillos der alten PRI-Schule tragen. Nach dem Wahlsieg vom 6. Juli ist die PRD überdies zu einer realen Machtoption in einigen Bundesstaaten und für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 geworden. So wundert es nicht, daß es die PRI-Deserteure an die neuen Futtertröge drängt. Ein bekanntes Beispiel dafür ist etwa Dante Delgado, ehemaliger Gouverneur von Veracruz, der für seine korrupte Amtsführung berüchtigt war und nun auf dem PRD-Ticket die erneute Kandidatur anstrebt. Dabei handelt es sich keinesfalls um einen Einzelfall.

Die Basis der PRD ist vielerorts offen pro-zapatistisch, vor allem dort, wo sie von der Repression durch lokale PRI-Größen bedrängt wird, wie in Oaxaca und Guerrero. Aber dort, wo die PRD an der Macht ist, entwickeln

sich häufig neokorporativistische Strukturen, die an alte Zeiten erinnern. Überdies kommen die programmatischen Aussagen der PRD oft über Wunschvorstellungen und Absichtserklärungen nicht hinaus. Cárdenas wurde beispielsweise kürzlich gefragt, ob er sich als "Antiimperialist" bezeichnen würde, worauf er antwortete: "Selbstverständlich". Im nächsten Satz sagte er aber, daß er das NAFTA-Abkommen befürworte und lediglich modifizieren wolle. Wie das zusammenpaßt, bleibt sein Geheimnis. Es ist zu befürchten, daß die PRD auf alte klientelistische Kontrollmechanismen zurückgreifen wird, sobald sie an der Macht ist. Grund für solche bösen Vorahnungen bieten Teile der mit der PRD verbundenen sozialen Bewegungen in den Stadtvierteln der Hauptstadt, die nach dem Erdbeben von 1985 als hoffnungsvolle Basisorganisationen begannen und mittlerweile oft von der Korruption zerfressen sind.

Die PAN als rechtsgerichtete Oppositionspartei fügt sich, was ihr wirtschaftliches Programm angeht, reibungslos in den neoliberalen Kurs der PRI ein. Nachdem sie sich lange Zeit als saubere Alternative zu PRI und PRD profilierte, ist der Lack nach Korruptionsskandalen in den von ihr regierten Bundesstaaten ab. Die PAN als demokratische Alternative zur PRI zu benennen, ist so, als ob man behauptete, Opus Dei und die katholische Kirche seien basisdemokratische Bürgerinitiativen. Die PAN repräsentiert den konservativen bis offen reaktionären Flügel eines Teils des Mittelstandes und der Oberschichten, die sich insbesondere durch ihren Rassismus gegen die indianische Bevölkerung auszeichnen.

Linke in der Defensive

Wichtige Impulse für den fortschreitenden Zerfall der PRI gingen von den Rebellen der EZLN (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) in Chiapas aus, doch die anfängliche Dynamik der Bewegung ist längst verloren gegangen. Dafür sind zwei Faktoren verantwortlich: Einerseits die Militarisierung der Aufstandsregion und die Führung eines "Kriegs niedriger Intensität", der die zapatistische Basis brechen und demoralisieren soll. Andererseits die mangelnde Bereitschaft der als "Zivilgesellschaft" bezeichneten Sektoren auf nationaler Ebene, sich den Zapatismus zu eigen zu machen und eine gemeinsame Oppositionsbewegung aufzubauen. So bleibt die EZLN auch nach der Gründung der zivilen Frente (FZLN) eine regional beschränkte Kraft, die zudem in einen schwierig zu führenden Verteidigungskrieg verwickelt ist. Ihre Forderungen beschränken sich heute vornehmlich auf Demilitarisierung und die Erfüllung des "Abkommen für indianische Rechte und Kultur." Vom ursprünglichen gesamtmexikanischen Projekt ist aufgrund der ungünstigen Kräfteverhältnisse wenig übriggeblieben. Eine Perspektive könnte der Zapatismus als linke, basisdemokratische Opposition gegen eine PRD an der Macht gewinnen. Aber momentan geht es für die Zapatistas eher um das tägliche Überleben als um die Zukunft.

Mit der FAC-MLN ist auf der Linken eine dritte Kraft entstanden, die aber wie der Zapatismus lediglich regionale Bedeutung hat. Die mitgliederstärksten Organisationen, die sich in der FAC-MLN koordinieren, sind in den südlichen Bundesstaaten und der Hauptstadt angesiedelt. Sie stellen legitime soziale Forderungen, aber dabei bleibt es. Von ihnen geht ebenfalls kein mobilisierendes politisches Projekt aus, das in Mexiko momentan eine breitere Anziehungskraft entfalten könnte. Dasselbe gilt für die EPR (Revolutionäre Volksarmee), die in letzter Zeit versucht, mit Kommuniqués auf sich aufmerksam zu machen, während sie von bewaffneten Aktionen absieht. Der Ton ihrer Erklärungen hat sich deutlich verändert. So fordert die EPR die Einheit der Linken, hat die Wahl Cárdenas im DF begrüßt und schmückt ihre Kommuniqués jetzt auch mit poetischen Nahuatl-Versen, obwohl sie letztes Jahr in einem Seitenhieb auf die ihrer Ansicht nach zu zivilgesellschaftlich orientierte EZLN noch erklärt hatte, daß man mit "Gedichten keine Kriege gewinnen kann". Die EPR-Basis ist von der Repressionswelle am härtesten getroffen worden, ihre militärische Struktur konnte die Bundesarmee aber nicht zerschlagen. So bleibt sie momentan eine Guerilla im Wartestand.

Mexiko befindet sich in einer schwierigen Phase des Umbruchs, in der es an Aufbruchstimmung mangelt. 15 Jahre Neoliberalismus haben eine soziale Verwüstung hinterlassen, in der die Menschen vor allem eines im Sinn haben: Wie kann ich bis morgen überleben? In dieser Situation politischen Protest zu formieren, ist äußerst schwierig, ganz zu Schweigen von einer gesellschaftlichen Alternative. Sicher, das PRI-System zerfällt unter dem Druck der gesellschaftlichen Widersprüche, Freiräume entstehen, aber auch Menschenrechtsverletzungen und Militarisierung nehmen zu. Die exorbitanten Ausgaben für die Armee machen deutlich, wie Teile der Herrschenden mit einer zu radikalen Opposition umzugehen gedenken. Noch windet sich die Mutter-Saurierin PRI in Agonie, die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 könnten zum endgültigen Todesstoß werden. Unter den gegebenen Bedingungen werden den "Menschenfresser" dann möglicherweise eine ganze Schar von Mutanten im Taschenformat und gar nicht netten Baby-Sauriern

beerben, die ihrerseits einen brutalen Kampf um die Macht ausfechten. Hoffnung ist nie fehl am Platz, aber zu denken, daß das Ende der PRI-Herrschaft den Beginn mexikanischer Glückseligkeit markieren könnte, kann sich als eine große Fata Morgana erweisen.

Boris Kanzleiter

Anmerkungen:

1) Octavio Paz: Der menschenfreundliche Menschenfresser. Geschichte und Politik 1971-1980, Frankfurt a.M. 1981.

2) Proceso, Nr. 1091, 28.9.97.

3) Excelsior, 12.11.97.

4) Vgl.: "Drogenhandel und Filz in Tabasco. Mexiko oder ein Land wird geplündert" von Jaime Aviles, Ex-Chefredakteur La Jornada, in Le Monde Diplomatique, August 1996.

5) Vgl.: Carlos Marichal: The rapid rise of the neobanqueros. Mexico's new financial elite. In: NACLA, Vol. XXX, No. 6, May/June 1997.

6) Latin America in the age of the billionaires. In: NACLA, Vol. XXX, No. 6, May/June 1997.

7) La Jornada Laboral, 25.9.97.

13. Spanischer Zentralstaat setzt auf Konfrontation. 7 Jahre Haft für die Führung von Herri Batasuna

Sieben Jahre Haft für die Führung von Herri Batasuna

Autor: Soli-Komitee Ramos Vega · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:35

Die "antibaskische" Stimmung nutzen - dieser Empfehlung der Regierung ist Spaniens Justiz nun nachgekommen. Am 1. Dezember verkündete der Oberste Gerichtshof sein Urteil im Prozeß gegen die Mesa Nacional, das Führungsgremium von Herri Batasuna (HB): Sieben Jahre Haft, Entzug der BürgerInnenrechte während der Haftzeit sowie eine Geldstrafe von umgerechnet 6.000 DM für jede/n der 23 Angeklagten. Ihr Delikt: Sie wollten die kostenlose Sendezeit von HB während des Wahlkampfes im Frühjahr 1996 dazu nutzen, einen Friedensvorschlag der ETA ausstrahlen zu lassen. Das ist, so das Urteil, "Zusammenarbeit mit einer bewaffneten Vereinigung".

Mit diesem Urteil beraubt die spanische Justiz eine legale Partei ihres gesamten Führungsgremiums. Am 5. und 6. Dezember wurden die 23 Verurteilten von spanischen Sicherheitskräften in Haft genommen. Da sich die 23 geweigert hatten, freiwillig in den Knast zu gehen, stürmten vermummte Polizeieinheiten unter Einsatz von Schlagstöcken und Gummigeschossen die Parteibüros von HB in Donosti/San Sebastian und Bilbao. Dabei prügelte die baskischen Polizei auch auf DemonstrantInnen ein, die sich vor den Parteibüros versammelt hatten.

Wie nicht anders zu erwarten, kam es in den Tagen nach der Urteilsverkündung im ganzen Baskenland zu teilweise militanten Demonstrationen und Sabotageaktionen. Mehrere Banken und Parteilokale sowie Privatautos baskischer Polizisten wurden in Brand gesetzt. Bei einem gescheiterten Anschlag auf einen Stadtratsabgeordneten der konservativen Partido Popular (PP) am 5. Dezember in Donosti/San Sebastian wurde dessen Leibwächter angeschossen.

Repression statt Verhandlungen

Verurteilt wurden die Mitglieder der HB-Führung, weil sie ein Video zeigen wollten, auf dem ETA einen Friedensvorschlag unterbreitet. ETA hatte diesen bereits im April 1995 unter dem Namen "Demokratische Alternative" veröffentlicht. Darin heißt es u.a.: "Um den bewaffneten Konflikt zwischen dem Baskenland und dem spanischen Staat zu überwinden, muß in zwei Punkten mit dem spanischen Staat eine Übereinkunft erzielt werden: erstens, die Anerkennung des Baskenlandes, und das heißt Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes und der territorialen Integrität. Zweitens, daß die Ergebnisse des demokratischen Prozesses, der sich im Baskenland entwickeln muß, respektiert werden, welche dies auch immer sein mögen. Dafür ist eine Generalamnestie unbedingt notwendig, und es muß außerdem sichergestellt werden, daß die bewaffneten Kräfte Spaniens keinerlei Einfluß auf diesen Prozeß ausüben können. Wenn der spanische Staat diesen Punkten zustimmt, wird ETA einen sofortigen und unbefristeten Waffenstillstand verkünden. Das ist unser Friedensvorschlag."

Der Inhalt des Videos, auf das sich die Anklage stützte, ist (zumindest in Auszügen) längst der baskischen Öffentlichkeit bekannt. Die "Demokratische Alternative" liegt in Gewerkschaftsbüros, Bars und anderen öffentlichen Orten aus - allerdings ohne ETA-Emplem. Für die Verbreitung des Vorschlags hat HB gesorgt, um eine breite Debatte darüber in Gang zu setzen. Daneben bemühte sich die Partei um internationale Vermittler zwischen ETA und dem spanischem Staat. Der argentinische Friedensnobelpreisträger Perez Esquivel stand, auf Bitten von HB , zwei Jahre lang sowohl mit der ETA-Verhandlungskommission als auch mit der - damals sozialdemokratisch geführten - spanischen Regierung in direktem Kontakt, bis die neue konservative Regierung, nach dem Wahlsieg der PP 1996, die Tür für eine Verhandlungslösung zuschlug.

Noch nie hat HB soviel von Frieden gesprochen, noch nie so große Anstrengungen unternommen, um den bewaffneten Konflikt durch Verhandlungen zu beenden wie 1997. Doch zugleich wurde HB in einem solchen Ausmaß und mit einer solchen Selbstverständlichkeit wie noch nie zuvor als "politischer Arm der ETA" denunziert. Und noch nie, seit Franco im Baskenland die Stierkampfarenen mit Gefangenen füllte, sind so viele BaskInnen unter dem Vorwurf des "Terrorismus" festgenommen worden wie dieses Jahr. Allein im ersten Halbjahr waren es über 1.000 Menschen (1996 408 Personen).

Verurteilung um jeden Preis

Aus der Verbreitung eines Friedensvorschlag den Vorwurf der "Unterstützung von Terrorismus" abzuleiten war eine schwierige Aufgabe für die Richter des Obersten Gerichtshofs. Nur so konnten sie die Regierungsvorgabe umsetzten, die die Verurteilung der HB-Führung verlangte. Nicht verwunderlich, daß sie einige Anstrengungen unternehmen mußten, um den Schein der Rechtsstaatlichkeit zu wahren. Und so verfielen die Richter auf die Idee, daß in diesem Fall das Verbrechen nicht in dem, was gesagt wird, sondern in dem, was nicht gesagt wird, bestehe. In den Worten des Gerichts: nicht die "Demokratischen Alternative", sondern die "Alternative zur Alternative" sei strafbar, nicht der Inhalt, sondern die "visuelle Nachricht". Auf dem Video, das wohlgemerkt niemals im spanischen Fernsehen gesendet wurde, sind nämlich vermummte ETA-Kämpfer, eine baskische Fahne mit ETA-Anagramm und drei Pistolen zu sehen, was die Richter interpretieren läßt: "ETA hat Attentate, Entführungen und Erpressungen zu ihrem alltäglichen Handlungsmuster gemacht, um mit der Drohung des so entstandenen Terrors ihre ideologischen Vorstellungen durchzusetzen. Die Präsenz der Waffen in der politischen Auseinandersetzung und ihre visuelle Heiligsprechung als ‚unterstützende Argumente` für den sogenannten ‚Friedensvorschlag` ist strafbar." Das ist der Kernsatz der Urteilsbegründung.

Auf einer Pressekonferenz bewertete der selbst vom Urteil betroffene HB-Sprecher Floren Aoiz den Richterspruch als Provokation gegen das Baskenland. Er sei "ein Schlag ins Gesicht all derer in der baskischen Gesellschaft, die gehofft hatten, daß es möglich werde, einen Weg zu beschreiten, die Situation der Konfrontation, wie sie jetzt besteht, durch eine andere zu ersetzen". Und er prophezeite, daß "das Urteil (...) harte Konsequenzen nach sich ziehen" wird, "weil es Bedingungen für die Zukunft setzt und weil die baskische Gesellschaft eine klare Antwort darauf geben wird".

Während die Staatsanwaltschaft aufgrund dieser Worte ein neues Ermittlungsverfahren einleitete, stimmte die Mehrheit der baskischen Parteien und Organisationen der Einschätzung des HB-Sprechers zu: Die bürgerlich-nationalistische PNV und der baskische Regierungspräsident Arzalluz, die sozialdemokratische Eusko Alkartasuna (EA), die Friedensorganisation Elkarri, die beiden baskischen Gewerkschaftsdachverbände LAB und ELA und auch die gesamtspanische Linkskoalition Izquierda Unida lehnten das Urteil ab. Die baskischen Parteien und Organisationen bewerteten bei allen politischen Differenzen den Prozeß beinahe wortgleich als ein Tribunal gegen das Baskenland und ein Hindernis für eine friedliche Lösung des Konfliktes. Karlos Garaitotxea, Vorsitzender der EA, verglich den Urteilsspruch sogar mit dem "Prozeß von Burgos", in dem 1970 das Franco-Regime zehn angebliche ETA-Aktivisten zum Tode verurteilte.

Strategie der Spannung

Die oppositionelle PSOE und die Regierungspartei PP, aber auch die PDNI, die Demokratische Partei der Neuen Linken, begrüßten das Urteil gegen HB. Welche kompromißlose Haltung die Regierung Aznar und seine konservative Partei einnehmen, zeigt ein erst kürzlich in egin veröffentliches internes PP-Dokument. "Der Kampf gegen ETA" soll "Haupttrumpf" des nächsten Wahlkampfes sein. Damit will PP an die Strategie anknüpfen, mit der es ihr gelungen war, der Protestbewegung gegen ETA nach der Erschießung des PP-Stadtrats Miguel Angel Blanco eine immer deutlichere "antibaskische" Stoßrichtung zu geben und eine massive spanisch-nationalistische Stimmung im Land zu erzeugen.

Die Partei, heißt es in dem Papier, soll versuchen, den "baskischen Nationalismus (zu) schwächen und ihm Schaden (zu)zufügen", um "aus der antibaskischen Stimmung in der spanischen Gesellschaft politisches Kapital zu schlagen". Gleichzeitig soll die Bevölkerung "ermutigt werden, sich die Werte der spanischen Identität, die mit dem früheren Regime verbunden und deshalb ungerechterweise verleumdet werden, wieder anzueignen".

Wie zur Bestätigung des PP-Papiers zwangen am Tag der egin-Veröffentlichung zwei spanische Polizisten mit vorgehaltenen Waffen Kneipengäste in Donosti/San Sebastian die Franco-Hymne "Cara al sol" zu singen. Drei Tage später forderten 3.500 Faschisten auf einer Demonstration an Francos Todestag die "Ausbeutung Spaniens durch das Baskenland und Katalonien" zu beenden.

Während die Madrider Regierung auf Krieg setzt, hat ETA mit einer Erklärung die Voraussetzung für eine erneute größere Bewegung für die Verlegung der Gefangenen ins Baskenland geschaffen. Nur einige Tage vor dem HB-Urteil kündigte ETA an, "alle für die Gefängnisfront vorgesehenen Aktionen auszusetzen". Alle baskischen Parteien begrüßten diesen Schritt. Die Stellungnahme der Madrider Regierung war allerdings sehr

klar: "Die Gefängnispolitik ist Teil des Kampfes gegen den Terrorismus. Wer der Regierung den Krieg erklärt, muß mit einer kriegerischen Antwort rechnen".

Für den 13. Dezember hatten HB, die Gewerkschaften LAB und ELA sowie die Friedensorganisation Elkarri zu einer Großdemonstration und für den 15. Dezember zu einem zweistündigen Generalstreik im Baskenland gegen das Urteil aufgerufen. Die Aktionen wurden aber nach der Ermordung des PP-Gemeinderats José Luis Caso am 11.12. in Irún kurzfristig abgesagt. Obwohl sich bislang niemand zu der Tat bekannte, macht die Regierung in Madrid ETA dafür verantwortlich. Statt der Solidaritätskundgebungen für HB kommt es nun wieder im Baskenland zu Demonstrationen für ein "Ende der Gewalt", also gegen ETA. Die Möglichkeiten, die ETA mit ihrer Erklärung eröffnet hatte, sind somit fürs erste verspielt. Sollte es sich herausstellen, daß tatsächlich ETA für das Attentat verantwortlich ist, so hätte sie selber einen großen Beitrag zur Isolierung der baskischen Linken geleistet.

Das Urteil ebenso wie das interne PP-Dokument und die Haltung in der Gefangenenfrage zeigen, daß der spanische Staat nicht an einer politischen Lösung des Konflikts im Baskenland interessiert ist. Stattdessen betreibt er eine hysterische "Anti-Terrorismus-Kampagne" und schürt weiter "antibaskische" Ressentiments in der spanischen Gesellschaft. Das Ziel ist die Isolierung und Kriminalisierung der baskischen Linken.

Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega und mb., Berlin, 13.12.1997

14. Das mißratene Kind der GUS-Familie. Weißrußlands Präsident Lukaschenko erfreut sich steigender Beliebtheit

Weißrußlands Staatspräsident Lukaschenko erfreut sich steigender Beliebtheit

Autor: Amelie Lanier · Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:01

Wenn in den letzten Jahren etwas über Weißrußland zu hören war, so handelte es sich meistens um Meldungen über Demonstrationen und deren gewaltsame Auflösung, Ausweisung und Behinderung der Vertreter westlicher Organisationen und Diplomaten und ähnliches, das auf ein schlechtes Verhältnis zwischen Regierung und Opposition hinweist. Kein Zweifel: In Weißrußland geht es nicht wirklich demokratisch zu. Es fehlen allerdings auch jene Berichte über allgegenwärtige Armut, die seit Jahren am laufenden Band über Rußland, die Ukraine usw. geliefert werden. Weder gibt es Klagen über galoppierende Inflation in Weißrußland, noch über deren "Bekämpfung" durch monatelanges, jahrelanges Nichtzahlen der Gehälter und Pensionen. Ebenso auffallend ist das Fehlen jeglicher Nationalitätenkonflikte in einem Land, in dem immerhin über 20% der Bevölkerung Minderheiten - Russen, Polen, Ukrainern, Litauern und sogar Tataren - angehören.

Es scheint so zu sein, daß Demokratie und Marktwirtschaft in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ohne diese Begleiterscheinungen nicht zu haben sind. Entweder ein Staatschef präsentiert sich als "Reformer" und bekennt sich zur "offenen Gesellschaft" und zur Privatisierung - dann werden deren Folgen, mit einem "leider" versehen, für notwendig erklärt -, oder er hält so weit wie möglich am Althergebrachten fest und nimmt dafür eine schlechte Presse in Kauf.

Letzteres ist die Praxis Alexander Lukaschenkos, des "starken Mannes" Weißrußlands.

Weißrußland und Rußland

Lukaschenko betont immer wieder, daß er als einziger der damaligen weißrussischen Führung gegen die Auflösung der SU gestimmt habe. Die von ihm angestrebten und abgeschlossenen Kooperations-, Unions- und Zollabkommen mit Rußland und anderen Staaten bezeichnet er immer wieder als unvollkommenen Ersatz für die "leider nicht mehr mögliche" Wiederherstellung der SU. (1) Damit ist das Spannungsverhältnis umrissen, das zwischen Rußland und Weißrußland besteht: Hier geht es - einzigartig innerhalb der GUS - nicht um einen partikularen Nationalismus, der sich gegen den Einfluß Rußlands abschirmen will, sondern um einen Gegensatz in der Handhabung des Verhältnisses zwischen Staat und Volk, ökonomisch wie politisch. Lukaschenko würde auch im Inland gerne wieder die Zustände einrichten, wie sie vor der Wende bestanden haben. Da er weiß, daß dies am Widerstand sowohl des Westens als auch der GUS scheitern würde, über die er sich aus militärischen und ökonomischen Gründen nicht hinwegsetzen kann, folgt seine Innenpolitik einem Zickzackkurs zwischen diktatorischen Bestrebungen und demokratischen Zugeständnissen.

Die Vereinigung mit Rußland scheitert inzwischen in erster Linie an der Ablehnung Rußlands. Im September verkündete Boris Nemzov, die Integration der beiden Staaten wäre so absurd wie diejenige Nord- und Südkoreas oder diejenige Kubas und Floridas, da "sich ihre ökonomischen Grundlagen unterscheiden." (2) Lukaschenko ist beinahe schon "ein unerwünschter Ausländer" (3) in Rußland. Sein für Oktober geplanter Besuch in zwei russischen Provinzstädten wurde auf Weisung Jelzins verboten. (4) Denn im Unterschied zu der von Sjuganov und Schirinovski repräsentierten sowjetnostalgischen und nationalistischen russischen Opposition ist Lukaschenko aktiver Politiker und als solcher in seinem Land weder so erfolglos noch so unbeliebt, daß die russischen Reformer nicht eine gewisse Beispielwirkung befürchten müßten - angesichts der Zustände, die sie ihrer eigenen Bevölkerung bereiten. Mit solchen Reiseverboten - im Vorjahr gab es ein ähnliches gegen den Besuch der Region Kaliningrad - wird gleichzeitig die erklärte Bemühung Lukaschenkos hintertrieben, auf regionaler Ebene Barter-Abkommen (geldlose Tauschgeschäfte; Anm. ak) auszuhandeln und Märkte für weißrussische Erzeugnisse zu erschließen.

Aus verschiedenen Gründen kann und will Rußland aber nicht mit Weißrußland brechen. Der erste ist militärischer Natur. Lukaschenko hat immer wieder betont - und in dieser Frage hat er wenige Kontrahenten in

seinem Land - daß er ein Gegner der NATO-Osterweiterung ist, daß Weißrußland nie in ein antirussisches Bündnis eintreten würde, sondern sich als Schutzwall gegen jeden möglichen Aggressor Rußlands versteht.

Schließlich passieren 70% der russischen Rohstoff-Ausfuhren (5) und ein sicherlich auch großer Teil der russischen Einfuhren weißrussisches Territorium, es ist tatsächlich so etwas wie ein "Fenster zum Westen". (6)

Die Umarmung, mit der die weißrussische Führung - übrigens nicht erst seit der Machtübernahme Lukaschenkos - die russische Föderation bedenkt, hat seinen Grund in der Wirtschaftsstruktur des Landes. Nach dem Zweiten Weltkrieg, gestützt auf den militärischen Schutzschirm der Warschauer-Pakt-Staaten, wurden von der sowjetischen Führung die Bedenken gegen die Unsicherheit dieser Grenzregion aufgegeben und Weißrußland von einer Agrar- zu einer Industrieregion gemacht. Gleichzeitig verfügt Weißrußland praktisch über keine Rohstoffe. Somit ist das Land extrem abhängig vom Außenhandel, und seine traditionellen Rohstoffquellen und Absatzmärkte liegen nun einmal in Rußland.

Auf die von anderen osteuropäischen Staaten praktizierte Gepflogenheit, um jeden Preis mit der EU und den USA Handel treiben zu wollen, ist die weißrussische Führung bisher nicht verfallen, auch nicht unter Lukaschenkos Vorgänger Schuschkjewitsch. Erstens gab es kaum Vorläufer im Sinne des Ost-West-Handels, zweitens war das Interesse des Westens an weißrussischen Erdäpfeln, Maschinen oder Rüstungsgütern nie groß. Drittens ist in Weißrußland - sicher auch als Ergebnis des Aufbaus nach 1945 - weder bei der Regierung noch bei der Bevölkerung antirussischer Nationalismus feststellbar, der auf die Suche nach Paten in der westlichen Welt gehen würde. Wenn die weißrussische Führung doch westlichen Institutionen Avancen macht, dann deshalb, weil das Verhältnis zu Rußland sich aus den oben beschriebenen Gründen nicht so gestaltet, wie es die Wirtschaft des Landes erfordern würde.

Die Erblast der SU: Kuropaty und Tschernobyl

Dabei hätten die Bewohner Weißrußlands gute Gründe, der sowjetischen Vergangenheit ablehnend gegenüberzustehen. Im Mai 1988 wurde in einem Wald bei Kuropaty (in der Nähe von Minsk) ein Massengrab entdeckt, in dem schätzungsweise 250.000 Opfer des Stalinschen Terrors der 30er Jahre verscharrt worden waren. Die von dem Entdecker dieses Grabes, dem späteren Oppositionspolitiker Zenon Poznjak, angeleierte Debatte über das sowjetische Erbe hat jedoch nicht die von ihm beabsichtigten Ergebnisse gebracht: Obwohl die Enthüllungen Poznjaks auf beträchtliches Interesse der Bevölkerung stießen, sind die Leute in Weißrußland offenbar weniger als in anderen Gegenden der ehemaligen SU bereit, mit dem Verweis auf den Terror der Stalin-Zeit alle Leistungen dieses Staates bezüglich Produktion, Versorgung und Bildung für nichtig zu erklären. Zumal Weißrußland mit dem Westen noch schlechtere Erfahrungen verbindet: Das Land war vom Anfang bis zum Ende des Großen Vaterländischen Krieges Kriegsschauplatz. Die Wehrmacht ging mit besonderer Grausamkeit gegen die weißrussischen Partisanen vor, die sich ihrerseits bemühten, die Nachschubwege der Deutschen nach Möglichkeit zu unterbinden. Ein Viertel der weißrussischen Bevölkerung starb durch Repressionen, Kriegshandlungen und den Völkermord an den Juden.

Die Vergangenheitsbewältigung folgt daher dem Muster der Tagespolitik: Die Identifikation mit Rußland und der Sowjetmacht erscheint als das kleinere Übel.

Eine schwere Hypothek für Weißrußland sind die Folgen des Reaktorunglücks im ukrainischen Tschernobyl. Weißrußland war aufgrund der Grenznähe des Kraftwerks und der Windverhältnisse davon stärker betroffen als die Ukraine. Nach den Standards westlicher Staaten, die selbst AKWs betreiben und eine gewisse "zumutbare" Strahlenbelastung einkalkulieren, sind 20% des Landes so stark verstrahlt, daß sie praktisch unbewohnbar sind und vor allem landwirtschaftlich nicht mehr genutzt werden dürften. Eine Stillegung dieser Flächen konnte und kann sich Weißrußland aber nicht leisten, so daß ungefähr die Hälfte dieses Gebietes bewohnt und genutzt wird wie zuvor. (7) Die dort angebauten Lebensmittel werden landesweit verkauft. In der offiziell gesperrten "Todeszone" haben sich zudem in den letzten Jahren illegal Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten der ehemaligen SU angesiedelt, die offenbar den langsamen Strahlentod dem schnellen Umgebracht-Werden vorziehen. (8)

Privatisierung gestoppt

Daß die Einführung des Privateigentums irgendeines der Probleme der weißrussischen Wirtschaft lösen soll, mag weder Lukaschenko noch die Mehrheit der weißrussischen Parlamentsabgeordneten einsehen. Probleme

gibt es genug: Der Produktionsrückgang betrug z.B. allein 1993 15% gegenüber dem Vorjahr, was immer noch das beste Resultat innerhalb der GUS war. (9) Ferner will Rußland für seine Lieferungen von Öl, Gas, Eisenmetallen u.a. zwar Dollars sehen, es hat aber geringe Neigung, die weißrussischen Erzeugnisse für harte Währung zu übernehmen. Immer wieder wird von der russischen Firma Gazprom kurzfristig der Gashahn zugedreht und dadurch ein Teil der Industrie Weißrußlands sowie die Heizungen vieler Haushalte lahmgelegt, zuletzt im Dezember 1996. Nachdem die Schulden Weißrußlands 1993 von Rubel in US-Dollar umgewandelt wurden, und Weißrußland im Februar 1996 im Rahmen einer generellen Schuldenstreichung auf alle Aktiva aus der Sowjetära verzichtet hatte, wofür seine Schulden für Energieträger gestrichen wurden, ist allein die Schuld für Gasrechnungen angeblich bis Anfang 1997 wieder auf 295 Millionen US-Dollar gestiegen. (10)

Weißrußland hat unter der vorigen Regierung wie viele andere GUS-Staaten ein Privatisierungsprogramm mit Bezugsscheinen eingeführt. Deren Ausgabe begann 1994, aber niemand weiß heute so recht, was er damit tun soll. Die Begeisterung Lukaschenkos für diese vor seinem Amtsantritt begonnene Privatisierung war gering. Nur ein Viertel der Bezugsscheine sollte überhaupt gegen Anteilsscheine an Unternehmen eintauschbar sein. (11) Auch diese "Aktien" kommen nicht so recht voran, da die Umwandlung der Betriebe in Aktiengesellschaften mit geringem Einsatz betrieben wird. Die bisher gebräuchlichste Form der Privatisierung ist die Übergabe der Betriebe an die in ihnen beschäftigten Arbeiter. (12)

Die Bezugsscheine sollten ausdrücklich nicht, wie in Rußland oder Tschechien, der Bereicherung von Finanzspekulanten dienen: "Im März 1995 hat ... Lukaschenko die Privatisierung ... ein weiteres Mal gestoppt und die Überprüfung aller Investmentfonds angeordnet." Alle Privatunternehmen mußten sich gegen eine gesalzene Gebühr neu registrieren lassen. Die seit der Wende neu zugelassenen Banken sind seit Lukaschenkos Amtsantritt praktisch zu Filialen der Staatsbank definiert worden (13), sie dürfen nicht mit Wertpapieren spekulieren. Der Handel mit der weißrussischen Währung ist streng limitiert, die Wechselkurse werden von der Nationalbank festgesetzt. Personen, die keinen Wohnsitz in Weißrußland haben, dürfen überhaupt keine Geld- und Kreditgeschäfte mehr betreiben. (14)

Diese Maßnahmen haben die USA und die EU seit langem erbost und zum Einstellen diverser "Hilfen" bewogen. Zuletzt waren sie ein Grund für die Ablehnung Rußlands, eine Währungsunion mit Weißrußland einzugehen. Der Hauptangriff auf das geschlossene Währungssystem Weißrußlands erfolgt inzwischen durch russische Politiker und Banken, die die Abhängigkeit des Landes und die Verträge mit ihm dafür nutzen wollen, das politische und wirtschaftliche Ärgernis, das es für sie darstellt, aus der Welt zu schaffen. Mit anderen Worten: Es stört die russische Führung, daß der Staatschef eines Nachbarlandes sich in Worten und Taten gegen die in Rußland selbst durchgeführten Reformen stellt und dadurch beweist, daß es auch anders geht.

Es gibt Pläne der weißrussischen Regierung, den Leuten ihre Bezugsscheine gegen Bargeld oder gegen Staatsanleihen wieder abzukaufen - und damit die Sache aus der Welt zu schaffen. (15) Außerdem wurden in den letzten Jahren Läden, die sich im Eigentum der Gemeinden befanden, an Private verkauft. Auch diese "kleine Privatisierung" soll nach dem Willen Lukaschenkos möglichst gestoppt bzw. kanalisiert werden: Geschäfte sollen nur an staatliche Betriebe verkauft werden dürfen, die darin ihre eigenen Produkte anbieten. Oder sie sollen durch Private vom Staat gemietet werden. (16) Nach Versorgungsmängeln bei Lebensmitteln im vergangenen Winter wurde der Zwischenhandel mit Lebensmitteln verboten. Nur die Produzenten, also Vertreter der Kolchosen oder Lebensmittelkombinate, dürfen auf den Märkten verkaufen. Mit diesen Maßnahmen sollen Preiserhöhungen verhindert und die Inflation gebremst werden. (17)

Die Devise "Bereichert euch!" ist offensichtlich in Weißrußland nicht Staatsprogramm. Lukaschenko und seine Gefolgsleute sehen ihre Aufgabe nicht darin, einigen Subjekten die Anhäufung von Vermögen zu ermöglichen, während der Rest der Bevölkerung durch die Finger schaut. Wissenschaftler, Kulturschaffende, Lehrer und Ärzte werden in Weißrußland, wie man aus der Zeitung immer wieder erfährt, zwar "gegängelt" und zensiert - aber sie werden auch bezahlt und in ihren Dienstverhältnissen belassen. Arbeiter klagen zwar über ihre niedrigen Löhne - aber sie erhalten welche. Das Nichtauszahlen von Gehältern kommt inzwischen zwar auch in Weißrußland vor, weil manche Betriebe seit Monaten still stehen, stellt aber noch immer die Ausnahme dar.

Wie lange diese Politik noch durchgehalten werden kann, weiß niemand - es hängt nämlich nur zu einem geringen Teil von der weißrussischen Regierung ab.

Weißrußland und der Westen

Es ist auch heute nicht so, daß Weißrußland dem westlichen Kapital prinzipiell den Eintritt verwehren würde. Lukaschenko machte dieses Jahr verschiedene Reisen ins Ausland, die dem erklärten Zweck dienten, ausländisches Kapital ins Land zu holen. Die ersehnten Investoren drängen jedoch nicht gerade in dieses Land. Das hat sicherlich einerseits mit den von Investoren stets beklagten "administrativen Hindernissen" zu tun, die ihnen in den Weg gelegt werden - schrankenlose Freiheiten im Umgang mit Land und Leuten will die weißrussische Regierung auch den ausländischen Kapitalisten nicht einräumen.

Das hauptsächliche Hindernis besteht aber darin, daß Weißrußland von IWF und Weltbank "wegen mangelnden Reformwillens" als nicht kreditwürdig eingestuft wird. Beide Institutionen haben 1995 ihre Kreditoperationen gegenüber Weißrußland eingestellt. (18) Im Juli dieses Jahres haben Deutschland, Österreich und die Schweiz ihre bereits gewährten Kredite an Weißrußland gestoppt. (19) Die OSZE und der Europarat erkennen die von Lukaschenko - immerhin nicht wie seinerzeit in Rußland mit Waffengewalt - verfügte Auflösung des Parlamentes nicht an und bestreiten damit praktisch der weißrussischen Regierung ihre Legitimität.

Solche Maßnahmen internationaler Organisationen und einzelner Staaten sind Eckdaten für einen privaten Kapitalisten, wenn er die Welt als Anlagesphäre betrachtet. Sie weisen ihn darauf hin, wie dieses Land politisch betrachtet und behandelt wird und wie sicher oder unsicher seine Investitionen dort sind. Dabei geht es zuallerletzt darum, daß ein von ihm gekaufter oder gegründeter Betrieb von der Regierung plötzlich enteignet werden könnte. Das Risiko für den Investor liegt gar nicht im Land selbst, sondern außerhalb, bei den Staaten, die das Weltgeschehen bestimmen. Es bedeutet nämlich, daß die von ihm im Land erzeugten und für den Export vorgesehenen Waren mit Einfuhrbeschränkungen in Devisenländer belegt werden könnten, wie dies in den letzten Jahren mit den Erzeugnissen Jugoslawiens, Kubas oder des Irans geschehen ist. Es bedeutet ferner, daß im Land gemachte Gewinne nicht ohne weiteres in eine andere Währung transferiert werden können. Damit ist so ein Land im Rennen um Investoren ziemlich abgeschlagen.

Dies ist der Grund, warum Lukaschenko nicht überhaupt mit den genannten Institutionen bricht, sondern ständig weiter Verhandlungen führt und Versprechungen macht, in naher Zukunft die Bedingungen von Weltbank, OSZE, Europarat usw. zu erfüllen. Da er gleichzeitig an seiner staatlich-dirigistischen Wirtschaftspolitik festhält, nützen ihm diese Lippenbekenntnisse nichts, sondern werden als das eingestuft, was sie sind: unernst.

Regierung und Opposition

Es bietet sich das Bild einer Regierung, die gerne das Rad der Zeit zurückdrehen würde, aber weiß, daß dies nicht geht. Ein Staatschef, der mit allen Mitteln versucht, Land und Leute vor den schädlichen Wirkungen der Marktwirtschaft zu bewahren, aber für dieses Ziel über sehr beschränkte Mittel verfügt. Lukaschenko entdeckt als einziger Staatsmann der GUS, daß die Souveränität eines Staates nichts wert ist, wenn ihre Grundlage und ihr Zweck nur darin bestehen, sich als Konkursverwalter der eigenen Ökonomie zu betätigen und ihre Elemente, die Betriebe, um jeden Preis an Privatpersonen loszuschlagen. Er stellt an den Folgen der unter Schuschkjewitsch begonnenen Privatisierung fest, daß diese nicht, wie allerorten behauptet wird, der Erneuerung und Modernisierung der Produktion dient, sondern ihrer Zerstörung. Lukaschenko und seine Regierung begnügen sich nicht mit der formellen Anerkennung, die die Politiker anderer GUS-Republiken so erfreut, wenn sie bei internationalen Organisationen aufgenommen werden und bei NATO-Treffen und ähnlichen Veranstaltungen mit dabei sein dürfen. Die weißrussische Regierung beharrt darauf, daß die Souveränität über einen Landstrich dafür dienen muß, aus dem Land etwas zu machen und aus eigener Kraft etwas in der Welt darzustellen, nicht nur durch ausländische Garantien und Anerkennung. Deswegen verwirft Lukaschenko den von allen anderen osteuropäischen Staaten eingeschlagenen Kurs und präsentiert sich als Nostalgiker der Sowjetmacht.

Im Umgang mit der Opposition versucht er, seinen mangelnden außenpolitischen und ökonomischen Spielraum durch innenpolitische Härte zu kompensieren. Die Drangsalisierung seiner Gegner ist nicht Ausdruck von Lukaschenkos Macht, sondern seiner Schwäche: Es nützt nun einmal nichts gegen Produktionsrückgang, Strahlenverseuchung und Gasschulden, wenn man Demonstranten prügeln und Telefone sperren läßt oder Ausreiseverbote verhängt.

Es ist übrigens auffallend, daß die Opposition bei der Bevölkerung selbst wenig Sympathien besitzt. Umgekehrt ist Lukaschenko der einzige Politiker in Osteuropa, der es sich leisten kann, seine Politik mit Referenden bestätigen zu lassen, und dem seine in- und ausländischen Kritiker zähneknirschend zugestehen müssen, daß er sich bei seinen Untertanen großer und ständig steigender Beliebtheit erfreut. (20)

Unter den Kritikern Lukaschenkos gibt es z.B. einen Dichter, der ein Gedicht veröffentlicht: "Tötet den Präsidenten!" (21); einen Schriftsteller, der Lukaschenko vorwirft, er betreibe die Zerstörung "der Nation, des Nationalbewußtseins und der Kultur" (22); einen Oppositionspolitiker, der in den USA um Asyl ansucht und von dort - vor allem mit dem Vorwurf, Lukaschenko betreibe den Ausverkauf der Nation an Rußland - gegen die weißrussische Regierung hetzt; schließlich die Organisation des "Philanthropen" Soros, dessen erklärtes Ziel das "Öffnen" postsowjetischer Gesellschaften ist, nicht zuletzt für den Kapitaltransfer; dann ausländische Diplomaten, die an regierungsfeindlichen Demonstrationen teilnehmen; schließlich russische Journalisten, die nachweisen wollen, daß diese Regierung nicht einmal die Staatsgrenzen überwachen kann, also ihre Souveränitätsrechte ungenügend wahrnimmt.

Solche Leute müssen als Kronzeugen für die diktatorischen Bestrebungen des "Stalinisten" Lukaschenko herhalten. Lukaschenkos Vorwurf, sie seien alle Agenten des Auslandes, erscheint insofern überzeugend, als ihre Tätigkeit eigentlich nur im Ausland Echo und materielle Unterstützung findet.

Amelie Lanier, Wien

Anmerkungen:

1) Österreichische Militärische Zeitschrift 4/96, S. 450

2) Open Media Research Institute (OMRI, Internet-Nachrichtendienst von Radio Free Europe/Radio Liberty) 29.9.97

3) Moskovskije Novosti, zitiert nach: OMRI 10.10.97

4) OMRI 2.10.97

5) OMRI 13.10.97

6) OMRI 2.9.97

7) Dirk Holtbrügge, Weißrußland, S. 110 (Beck 1996)

8) ebd., S. 30

9) Belarus, Economy. Internet-Dienst für Weißrußland, 1994

10) OMRI 6.1.97

11) Minsk Economic News, April 1997. "Campaign reaches a dead end". Internet-Seite.

12) ebd.

13) Holtbrügge, Weißrußland, S. 76

14) OMRI, 4.8.97

15) Minsk Economic News, ...

16) ebd.

17) OMRI 30.1.97

18) OMRI 25.6.97

19) OMRI 10.7.97

20) osteuropa 10/11, 1997, S. 1048

21) OMRI 16.6.97

22) OMRI 28.7.97

15. Vom Faulpelz zum Musterschüler. Italiens Ulivo besiegt die Rechten und schafft Ordnung

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:19

Vor genau vier Jahren sorgten die italienischen Kommunalwahlen fast weltweit für Aufsehen: In Rom und Neapel kamen die Neofaschisten des MSI bei der Wahl des Stadtoberhauptes in die Stichwahl und scheiterten nur knapp. In Rom erreichte MSI-Sekretär Gianfranco Fini im zweiten Wahlgang 46%; Alessandra Mussolini, Enkelin des "Duce", kam in Neapel auf 45%. Damit nicht genug, erklärte Medienzar Silvio Berlusconi öffentlich seine Sympathie für die Neofaschisten und kündigte seinen Einstieg in die Politik an. Ein Vierteljahr später gewann der von ihm angeführte Rechtsblock Polo per le libertà die Parlamentswahl. Nicht nur in der Linken wurde die Gefahr eines neuen Faschismus beschworen.

Daß die diesjährigen Teil-Kommunalwahlen (15 Mio. Wahlberechtigte) ein Comeback der Rechten einleiten könnten, schien von vornherein aussichtslos. Der Sieg der Mitte-Links-Kandidaten des Ulivo stand in den meisten größeren Städten fest. Er fiel sogar noch klarer aus als vorausgesagt: In Rom gewann Bürgermeister Francesco Rutelli mit 60,5% schon im ersten Wahlgang, ebenso wie die Amtsinhaber Antonio Bassolino (73%) in Neapel und Massimo Cacciari (64,6%) in Venedig. Auch in den beiden größten Städten Siziliens, Palermo und Catania, setzten sich die Kandidaten des Ulivo schon im ersten Wahlgang durch. In Genua dagegen siegte der Ulivo-Kandidat erst in der Stichwahl. Die Kandidaten des rechten Polo eroberten im ersten Anlauf nur vergleichsweise unbedeutende Städte (Brindisi, Latina, Chieti, Macerata, Agrigento). Die Lega Nord stellt wie bisher den Bürgermeister in Varese und Alessandria.

Die Mitte-Links-Regierung sitzt nach dem Votum fest im Sattel; auch Rifondazione Comunista (RC), die "Linksopposition in der Regierungsmehrheit", kann zufrieden sein. Sie gewann in Rom, Venedig und Genua leicht hinzu, während sie in Neapel Stimmen einbüßte. RC-Sekretär Fausto Bertinotti machte erwartungsgemäß sein Taktieren während der Regierungskrise (vgl. ak 407) für den Aufschwung mitverantwortlich.

Eine genauere Analyse zeigt allerdings, daß die Parteien des Ulivo vor allem von der Schwäche der Rechten profitierten, die ihre Wähler von 1993 nur zum Teil mobilisieren konnten. Wegen der gesunkenen Wahlbeteiligung erreichten die Mitte-Links-Kräfte einen höheren Stimmenanteil, sie gewannen aber kaum WählerInnen hinzu. Die klaren Siege in Rom, Neapel und Venedig sind zudem vor allem auf die Popularität der drei Bürgermeister zurückzuführen und lassen sich nicht einfach auf die nationale Ebene hochrechnen. Wichtigster Garant für die Stabilität der Regierung ist die anhaltende Schwäche des Rechtsblocks, der de facto ohne Führer dasteht. Daß Berlusconi nicht noch einmal Spitzenkandidat des Polo sein wird, ist schon länger klar. Gianfranco Fini, eine Zeitlang vorschnell als Berlusconis "Kronprinz" gehandelt, ist bis auf weiteres allenfalls als starker Mann hinter den Kulissen vorstellbar.

Was den Rechten fehlt, ist ein "charismatischer Leader" aus der bürgerlichen Mitte. Der ehemalige Staatsanwalt Di Pietro, Italiens populärster Politiker, wird das ebensowenig sein wie der von Berlusconi umworbene FIAT-Präsident Romiti. Rechtspopulist Di Pietro hat sich für den Ulivo entschieden, und der FIAT-Chef schließt jede parteipolitische Betätigung aus.

Eine Rechtsverschiebung des Parteienspektrums könnte, im Bündnis mit dem Polo, die neue Sammlungsbewegung um den ehemaligen Staatspräsidenten Cossiga bewirken. Die von ihm zusammengeführten alten Männer der christdemokratischen und der sozialistischen Partei müßten sich allerdings beeilen, wenn sie noch einmal eine Rolle in der großen Politik spielen wollen.

"Ordnung schaffen"

In einem Gastbeitrag für die FAZ (5.12.) warb Ministerpräsident Romano Prodi um Anerkennung für die Politik seiner Regierung. Für die "Sonderbehandlung" Italiens innerhalb der EU äußert er Verständnis: "Italien ist wie jener Schüler, der jahrelang gefaulenzt und dementsprechend schlechte Noten bekommen hat und der nun mehr leisten muß als die anderen, um sich ein ‚Ausreichend` zu erobern." Italien sei zu dieser Sonderleistung bereit: "Wir arbeiten hart, um Ordnung zu schaffen in unserem Haus ..." Ordnung vor allem in den Staatsfinanzen - zu Lasten der Rentner, der öffentlich Bediensteten und der übrigen Nutznießer "zahlloser

Privilegien in unterschiedlichen Berufsgruppen". Ordnung aber auch an der Grenze und vor der eigenen Haustür: bei der "heiklen und schwierigen" Militäroperation in Albanien und bei der "Repatriierung" albanischer Armutsflüchtlinge.

Während Kanther noch nörgelt, Italien müsse sich "mehr anstrengen, um seine Außengrenzen abzusichern" (FR, 21.11.), verspricht Prodi auch hier energisches Durchgreifen: Sein Land sei "sich der Verantwortung bewußt, die ihm aus der Tatsache erwächst, daß seine Grenzen heute auch die Grenzen ganz Europas sind". Und da die mehrere Tausend Kilometer lange Meeresküste, wie auch Kanther weiß, nicht lückenlos zu überwachen ist, greift Italiens Grenzschutz eben etwas später: Anfang Dezember wurden Hunderte der etwa 5.000 in Notunterkünften untergebrachten AlbanerInnen von der Polizei abtransportiert und per Schiff oder Flugzeug nach Albanien gebracht. Betroffen waren vor allem Menschen, die mit spektakulären Aktionen für ihr Bleiberecht eingetreten waren. (Nach Angaben der Repubblica vom 2.12. befanden sich fast 600 Flüchtlinge im Hungerstreik, andere hatten sich verbarrikadiert oder leisteten passiven Widerstand.) Bis Mitte Dezember sollen alle 5.000 AlbanerInnen Italien verlassen haben - entgegen Prodis früherer Zusicherung, niemand werde gewaltsam außer Landes gebracht.

Mit der Abschiebeaktion griff der italienische Staat dem neuen Ausländergesetz vor, das an das Schengener Abkommen angepaßt ist. Während aufgegriffene "illegale Ausländer" bisher 14 Tage Zeit hatten, um in ein Land ihrer Wahl auszureisen, werden sie künftig sofort in das Land abgeschoben, aus dem sie eingereist sind. Eine Aufenthaltserlaubnis gibt es nur für AusländerInnen, die Wohnung und Beschäftigung nachweisen können - diese Ausnahmeregelung ermöglicht die Einreise osteuropäischer und afrikanischer SaisonarbeiterInnen, die in der Landwirtschaft dringend gebraucht werden.

Die Abschiebeaktion von Anfang Dezember dient vor allem drei Zwecken: sie schreckt weitere albanische EinwanderInnen ab (im laufenden Jahr kamen nicht mehr als 17.000 albanische Flüchtlinge nach Italien); sie testet die Reaktion der italienischen Öffentlichkeit (Grüne und Kommunisten protestierten, Teile der Massenmedien hetzten); und sie beweist den "Lehrern" in der EU, daß der ehemals "schwierige Schüler" Italien mit allen Mitteln das Klassenziel erreichen will.

Italien ist und bleibt ein schönes Land, ein ideales Ziel für Bildungsreisen und Erholungsurlaub; wir privilegierten "EU-Bürger" brauchen bei der Einreise nicht mal mehr unseren Ausweis vorzuzeigen. Wer sich im nächsten Sommer am Strand der Adria tummelt, sollte auf Überraschungen gefaßt sein, die der Urlaubsstimmung abträglich sind: Dort verläuft Europas Außengrenze.

Js.

16. Land unter am Horn von Afrika. Deutschsomalische Freundschaft - keine Freundschaft fürs Leben

Die deutsch-somalische Freundschaft - keine Freundschaft fürs Leben

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Somalia · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:26

Gegenwärtig ist durch eine große Regen- und Flutkatastrophe in Ostafrika, die vielen Menschen in Kenia, Äthiopien und vor allem Somalia das Leben gekostet hat, diese Region der Welt in die Schlagzeilen der Presse geraten. Somalia, das seit dem Sturz des Diktators Siad Barre zu Beginn der neunziger Jahre in Auflösung begriffen ist und nur noch durch große Hungersnöte und Katastrophen, durch die tausendende von Menschen umkommen, Aufmerksamkeit auf sich zieht, ist ansonsten seit Jahren kein Thema mehr. Das war nicht immer so: In der Vergangenheit wurde Somalia durchaus viel Beachtung geschenkt und auch die offiziellen Beziehungen waren viele Jahre keine außenpolitische Nebensache: westliche und östliche Regierungen warben lange Zeit um die Gunst der herrschenden Clique. Der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik war die Hauptstadt Mogadischu "gut vertraut". Mogadischu stand für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, für eine "Erfolgs- Story" bei der Zusammenarbeit mit einem Despoten in der Dritten Welt.

Mogadischu 1977

Vor 20 Jahren, im Oktober 1977, stürmte eine Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes - die GSG-9 - auf dem Flugplatz der somalischen Hauptstadt Mogadischu ein von einem palästinensischen Kommando entführtes Flugzeug. Sie erschoß drei der vier Entführer und befreite die Passagiere. Mit der Geiselnahme sollte der Forderung der Entführer des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer nach Freilassung von zwei türkischen und elf deutschen Gefangenen (u.a. die RAF-Mitglieder Baader, Ensslin und Raspe) Nachdruck verliehen werden. Stunden nach der Erstürmung des Flugzeuges in Mogadischu waren die in Stuttgart-Stammheim einsitzenden RAF-Mitglieder tot; einen Tag danach fand man Schleyer ermordet auf. Der nicht offiziell ausgerufene, aber tatsächlich bestehende Ausnahmezustand in der Bundesrepublik fand damit sein Ende, und "Deutschland (hatte) im somalischen Staatspräsidenten (...) einen Freund gewonnen", so der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD).

Mit dem somalischen Staatspräsidenten, dem Diktator Siad Barre, wurde ein Mann offiziell zum Freund erkoren, der sich nicht allein durch die Genehmigung des GSG-9-Einsatzes der Sympathie der deutschen Regierung sicher sein konnte. Möglich wurde die Genehmigung des GSG-9-Einsatzes durch Siad Barre erst durch einen kurz zuvor vollzogenen Wechsel bei der damals weltpolitisch entscheidenden Frage: der Ost- oder West-Orientierung eines Landes. 1976 hatte sich Somalias Nachbarland Äthiopien vom Westen ab- und der Sowjetunion zugewandt. In der Folge wurden alle US-amerikanischen Militärberater des Landes verwiesen und Äthiopien schloß die westlichen Militärbasen bzw. überließ sie sowjetischen Experten. Somalia wiederum hatte 1977 die sogenannte Ogaden-Offensive gegen das von Aufständen geschwächte äthiopische Mengistu-Regime begonnen. Dafür hatte es sich, nach der gerade vollzogenen "Ost-Orientierung" Äthiopiens, die Unterstützung des Westens gesichert und brach die engen Beziehungen zur Sowjetunion ab.

(Aus-)Rüstung

für einen Freund

Trotz "sozialistischer Orientierung" hatte Somalia allerdings schon vor 1977 bei finanziellen Zuwendungen und Ausrüstungshilfen des Westens einen Spitzenplatz unter den Ländern Afrikas inne. Auf diese Weise konnte "auch in der schlimmsten Zeit", so die konservative Frankfurter Allgemeine Zeitung, "als die Fachleute der DDR den Staatssicherheitsdienst aufbauten (...), der Westen einen Fuß in der Tür halten" (FAZ 12.2.86). Ab 1977, als Siad Barre zum Freund des Westens avancierte, wurde als Belohnung für die "richtige Politik" die militärische Unterstützung deutlich erhöht: Erhielt Somalia im Drei-Jahres-Programm vor 1977 Militär- und Polizeiausrüstung für 8,9 Mio. Mark, so steigerte sich diese ab diesem Jahr auf 15 Mio. Mark. Die

Genehmigung des GSG-9-Einsatzes trug in der Bundesrepublik zur Akzeptanz dieser großzügigen Unterstützung Siad Barres maßgeblich bei.

Binnen kurzer Zeit rangierten die USA und die BRD bei der Bewilligung von Entwicklungshilfegeldern, Militär-, Ausrüstungs- und Polizeihilfen auf den ersten beiden Plätzen. Dabei war natürlich den westlichen Geberländern auch klar, daß neben den direkt erfolgten Militärhilfen, in Anbetracht eines enorm hohen Anteils der Militärausgaben am Staatshaushalt, ein erheblicher Teil der bewilligten Entwicklungshilfegelder (bis Anfang der achtziger Jahre rund 600 Mio. Mark) auch der militärischen Aufrüstung Somalias gedient haben dürften. Denn welche Prioritäten in Somalia unter Siad Barre gegolten haben, wird nicht nur durch die zu dieser Zeit bestehenden Rüstungsausgaben im Staatshaushalt ersichtlich: mit 30% den vierthöchsten in Afrika. Auch bei einem anderen Indikator in dieser Frage, der Zahl des Streitkräftepersonals im Verhältnis zu den Beschäftigten im Gesundheitswesen, wird deutlich, daß Barres Macht sich wesentlich auf militärische Macht stützte. Der Vergleich der bei den Streitkräften und der im Gesundheitswesen Beschäftigten geht zwar in fast allen Ländern der Erde zuungunsten des Gesundheitswesens aus, aber das Mißverhältnis war viele Jahre am Horn von Afrika unereicht: 50:1. Zu dieser Zeit weltweit nur übertroffen von Äthiopien, das es gar zu einem Verhältnis von 120:1 brachte.

Dafür "glänzte" Somalia unter Siad Barre in anderer Hinsicht. Hinter den Maghreb-Staaten und der Republik Südafrika stand das Land, was die Ausrüstung der Armee betrifft, an vorderster Stelle in Afrika. Dabei verfügt Somalia nicht einmal über eigene Waffenfabriken. Anders als im Nachbarland Äthiopien und anderen afrikanischen Ländern, wo zumindest Kleinwaffen und Munition produziert werden, sind die Waffen in Somalia auf jeden Fall von außen ins Land gekommen. Doch mit den sowjetischen, später dann mit den US-amerikanischen und westdeutschen Waffen konnte das Militär-Regime in Mogadischu eine der schlagkräftigsten Armeen Ostafrikas aufbauen.

Aufstände, Kriege

und Waffen ohne Ende

1963, nur drei Jahre nach der Gründung des Staates Somalia, dem Zusammenschluß von Britisch- und Italienisch-Somalialand (Französisch-Somalialand wurde der eigenständige Staat Dschibuti), erhielt das Land von der Sowjetunion einen ersten großen Waffenkredit von 35 Mio. Dollar. In enger Zusammenarbeit mit Moskau baute Somalia eine Armee von 60.000 Soldaten auf, und in der nordsomalischen Hafenstadt Berbera entstand ein strategisch wichtiger Luftwaffen- und Marinestützpunkt. 1969 stürzte der Offizier Siad Barre den Ministerpräsidenten Hussein, setzte aber noch einige Jahre die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion fort. In der Zeit bis 1977 gab es verschiedene Grenzstreitigkeiten mit den Nachbarländern. Schon kurz nach seiner Gründung hatte Somalia territoriale Ansprüche auf Gebiete in Kenia und Äthiopien angemeldet. Es kam immer wieder zu Gefechten an der Grenze. Die heftigsten Kämpfe lieferten sich somalische und äthiopische Truppen in der von Somalia beanspruchten südostäthiopischen Region Ogaden. Dort eskalierten die Grenzverletzungen und kleineren Auseinandersetzungen 1977 zu einem offenen Krieg.

Der Versuch Siad Barres, die Ogaden-Region dem von verschiedenen Aufständen geschwächten äthiopischen Mengistu-Regime zu entreißen, wurde durch eine massive Intervention der Sowjetunion zugunsten Äthiopiens verhindert. Auf diese Weise kam es zu dem Wechsel bei den Ost-West-Orientierungen der beiden afrikanischen Ländern. Die mit sowjetischer Hilfe gebauten Häfen in Berbera und Mogadischu waren danach bedeutende US-Stützpunkte. Das US-Verteidigungsministerium honorierte die Neuorientierung des somalischen Diktators mit großzügigen Hilfen für die Streitkräfte des Landes: Es bewilligte jährlich umfangreiche Waffenlieferungen.

Als Anfang der achtziger Jahre vom Ogaden aus operierende Rebellenverbände der SDSF (Demokratische Rettungsfront Somalias) gegen die Militärdiktatur in Somalia aktiv wurden, intervenierte Washington sofort: Mit einer Luftbrücke versorgte die USA den somalischen Diktator mit großen Mengen Waffen, mit denen es dem ins Wanken geratenen Staatschef gelang, die Rebellen zurückschlagen. Danach kam es immer wieder zu Kampfhandlungen an den Grenzen, aber auch im Landesinneren. Das Jahr 1988 bedeutete für große Teile der Bevölkerung einen traurigen Höhepunkt der Unterdrückung. Nach Schätzungen von Hilfsorganisationen fanden etwa 50.000 Menschen den Tod, als nordsomalische Städte von Flugzeugen aus bombardiert und in Schutt und Asche gelegt wurden. Über 400.000 Menschen ergriffen damals die Flucht und vergrößerten noch

das ohnehin zur traurigen Normalität gewordene Flüchtlingselend am Horn von Afrika. Etwa 2,5 Millionen vor Verfolgung und Hunger fliehende Menschen wandern zwischen den Ländern Somalia, Dschibuti, Äthiopien, Sudan und Kenia hin und her.

Fallengelassener "Freund"

Nachdem im Zuge der Auflösung der Ost-West-Konfrontation für die westlichen Länder ehemals militärstrategisch wichtige Punkte (die der Sowjetunion keinesfalls überlassen werden sollten) völlig an Bedeutung verloren, sank Siad Barres Stern sehr schnell. Der Westen kürzte drastisch seine Zuwendungen, und er wandte sich in seiner Not an Libyen. Hier erhielt er, nach Angaben der britischen Monatszeitschrift New Africa, neben konventionellen Waffen auch Giftgase, die dann im von aufständischen Gruppen beherrschten Nordsomalia zum Einsatz gekommen sein sollen.

Neben der Anlehnung an Libyen suchte zu dieser Zeit Barre sein Heil in modernen Methoden der Herrschaftssicherung. Als amnesty international 1989 erstmals ins Land durfte, kamen einige politische Häftlinge frei und Siad Barre verkündete, er strebe die Zulassung politischer Parteien und die Herstellung demokratischer Verhältnisse an. Barre hatte extra die auf Public Relations spezialisierte US-amerikanische Beraterfirma "Black Manafort" eingeschaltet und sich dort Tips geben lassen. Dennoch: Die für das europäische und nordamerikanische Publikum initiierten PR-Aktionen, zu denen auch Goodwill-Touren nach Washington, London und Rom gehörten, vermochten nicht mehr, die - aus Barres Sicht - verhängnisvolle Entwicklung aufzuhalten: Zahlungsrückgänge aus Washington; eine am Boden liegende Wirtschaft (die Summe der Hilfslieferungen überstieg deutlich die Menge der aus eigener Kraft erwirtschafteten Devisen); schließlich die Gründung neuer Oppositionsbewegungen.

Im Jahr 1990 erhoben sich im Süden des Landes drei Oppositionsbewegungen (USC, SPM und OSM) gegen Siad Barre und Anfang 1991 konnte der über 20-jährigen Herrschaft des somalischen Diktators, der zuletzt als "Bürgermeister von Mogadischu" verspottet wurde, ein Ende gesetzt werden.

Somalia heute

Dennoch markiert die Vertreibung Barres aus Mogadischu im Januar 1991 keinen Neubeginn, der einen Weg aus der von Vertreibung, Hunger und Tod geprägten Situation in diesem Land wies. Im Gegenteil: Die Hinterlassenschaft Barres, eines vom Westen fallengelassenen Freundes, ist ein erbarmungsloser Bürgerkrieg zwischen den großen Clans des Landes (Darod, Hawiye, Issak), einigen Unterclans und diversen Banden, die im Kampf die einzige Chance zum Überleben sehen. Die Loyalität zu den Clans ist heute das zentrale Strukturmerkmal Somalias, was in den Kämpfen nach Barres Vertreibung Anfang der neunziger Jahre besonders blutig zu Buche schlug. Für den von Barre 1969 gestürzten, ehemaligen Ministerpräsident Abdirazak Hayi Hussein, keine überraschende Entwicklung: "Stammesfehden sind das Vermächtnis einer 21-jährigen Diktatur, die nach der Maxime Teilen und Herrschen verfuhr" (FR 5.4.91). Eine Situation, die allerdings nicht nur ein afrikanischer Despot zu verantworten hat: Maßgeblich daran Anteil hatte hier auch die Außen- und Sicherheitspolitik der USA und Bundesrepublik, deren Interesse darin bestand, die militärische Absicherung der Macht einer auf Zusammenarbeit mit dem Westen setzende Militärdiktatur zu gewährleisten; das galt zumindest solange, wie die Länder des Südens in Ost- und West-Orientierungen einsortiert werden konnten. Heute "taugen" diese oft nur noch als Beispiele dafür, wie nötig es ist Krisenreaktionskräfte aufzustellen und "Friedenstruppen" zu entsenden, mit denen die "Bürgerkriege" (das Vermächtnis der gestürzten Diktatoren in Ländern der sogenannten Dritten Welt) befriedet werden sollen. Es ist kein Zufall, daß Volker Rühe Somalia zu dem Beispiel erkoren hatte, wo die Bundeswehr erstmals "out-of-area" "Verantwortung übernehmen" sollte. Daß die Entsendung der Bundeswehr nach Somalia zu einem völligen Fiasko wurde (Motto: außer Spesen nichts gewesen), hat danach in der öffentlichen Diskussion meist nur unter dem Kostenaspekt eine Rolle gespielt: die Verantwortung des Westens oder die nach dem Sturz Barres viel zu spät eingeleiteten Hilfsmaßnahmen für die Zivilbevölkerung, blieben als Themen außen vor, obwohl Hilfsorganisationen frühzeitig auf das Desaster in Somalia hinwiesen. Dabei hatte sogar der damalige UN-Generalsekretär erstaunlich offene Worte gefunden: Mit der Kritik, der Weltsicherheitsrat und die Öffentlichkeit richteten ihr Interesse vollkommen auf "den Krieg des reichen Mannes" auf dem Balkan, beklagte er die zunehmende Ignoranz gegenüber der schier hoffnungslosen Lage in vielen afrikanischen Ländern und den sich dort abspielenden Tragödien.

Somalia, das ist ein Land, aus dem uns seit einiger Zeit nur Meldungen von Hungers-, Flüchtlings- und aktuell Flutkatastrophen erreichen. Da ist es auch kein Trost, daß nach der Teilung der Welt in Ost und West, eine schon lange auch bestehende Teilung in Nord und Süd deutlicher zutage tritt und "daß diese Teilung der Welt (...) auf die Dauer für alle zur Katastrophe wird" (FR 16.9.92). Es ist das grausame Kalkül der "Politik des Nordens", dafür zu sorgen, daß die direkten Folgen der von hier mitinitiierten Katastrophen uns möglichst nur am Rande tangieren: Fernsehbilder, die bei einigen Mitleid und Spendenbereitschaft, und steigende Flüchtlingszahlen, die bei vielen den Ruf nach mehr Abschottung auslösen. Da paßt es ins Bild, daß die Anerkennungsquote für somalische Flüchtlinge in der Bundesrepublik 1990 noch über 10% betrug, und ein Jahr später waren es gerade noch 2,5%.

Die aktuell von der Flutkatastrophe betroffenen Menschen sind vielerorts von den Wassermassen eingeschlossen. Sie haben nun nicht einmal die Chance zur Flucht, die im übrigen ohnehin zu 99% nur in die Nachbarländer führt.

Thomas W. Klein, 28.11.1997

17. Handlanger der chilenischen Militärjustiz. Schweizer Behörden wollen politischen Aktivisten ausliefern

Autor: Komitee P. Ortiz · Rubrik: Schweiz; Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:22

Am frühen Morgen des 4. September 1997 überfiel ein schwerbewaffnetes Spezialkommando der Züricher Kantonspolizei eine Wohnung in der Nähe von Zürich. Die BewohnerInnen wurden von der Polizei im Schlaf überrascht, der chilenische Staatsbürger Patricio Ortiz wurde verhaftet und wie ein Schwerverbrecher abgeführt. Er sitzt seitdem im Flughafengefängnis Zürich-Kloten in Auslieferungshaft.

Der 33 jährige Patricio Ortiz gehört zum Umfeld der chilenischen Guerillaorganisation Frente Patriótico Manuel Rodriguez (FPMR). Am 30. Dezember 1996 war er mit drei weiteren Genossen in einer spektakulären Aktion aus dem Hochsicherheitsgefängnis C.A.S. in Santiago de Chile geflohen.

Ein Kommando der FPMR hatte zuvor einen Hubschrauber entführt und den Piloten gezwungen, zu dem mitten in einer Militärgarnison liegenden Gefängnis zu fliegen. Die Gefangenen, die gerade auf dem Dach des Gefangnisses "Hofgang" hatten, kletterten über eine Strickleiter in den Hubschrauber, der dann in einem Stadion am Rande der Stadt landete, wo bereits gestohlene Fluchtautos warteten. Bei dieser Aktion wurde niemand verletzt, von den Beteiligten fehlt seitdem jede Spur.

Militärjustiz und Folter

Anfang der 80er Jahre konstatierte die Kommunistische Partei Chiles (PC) "das Fehlen einer militärischen Organisation des Volkes, die in der Lage ist, die Selbstverteidigung der Bevölkerung zu organisieren und gezielte Schläge gegen den Repressionsapparat zu führen". 1983 von Mitgliedern der PC gegründet, begreift sich die FPMR als "bewaffneter Arm des Volkes". Nach kurzer Zeit allerdings entfernte sich die FPMR politisch von der PC.

Über die Grenzen Chiles hinaus wurde die FPMR durch ihren fehlgeschlagenen Anschlag auf Pinochet im September 1986 bekannt. Während des "Überganges zur Demokratie" spaltete sich die FPMR. Ein Flügel hält weiterhin am bewaffneten Kampf fest und hat bis heute mehrere Aktionen vor allem gegen Folterer aus der Zeit der Diktatur durchgeführt.

Patricio Ortiz war am 28. Februar 1991 zusammen mit seinem Bruder und anderen mutmaßlichen Mitgliedern der FPMR verhaftet worden. Dabei kam es zu einer Schießerei, bei der ein Polizist getötet wurde. Direkt nach seiner Festnahme wurde er von den Beamten schwer gefoltert. Anschließend mußte er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort fand unter dem Eindruck der Folter auch seine einzige richterliche Vernehmung statt.

Ortiz hat niemals ausgesagt, auf den Polizisten geschossen zu haben. Auch ein ballistisches Gutachten hält es für zweifelhaft, daß der tödliche Schuß aus seiner Waffe kam. Wegen erwiesener Folterungen sprach ihn 1991 ein ziviles Gericht von dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der FPMR frei. Trotzdem blieb er weiter in Haft. Er wurde der Militärjustiz überstellt. 1992 unternahm dann Ortiz mit sieben anderen politischen Gefangenen seinen ersten Fluchtversuch, bei dem sein Bruder erschossen wurde. Er überlebte nur durch Zufall mit mehreren Kugeln im Leib.

1995 verurteilt ihn dann ein Militärgericht in einem nicht öffentlichen Verfahren zu zehn Jahren Haft wegen "Körperverletzung mit Todesfolge". Die Verurteilung stützte sich lediglich auf Fotoidentifikationen, obwohl sein Anwalt damals nachweisen konnte, daß unter den Fotos, die den Zeugen vorgelegt wurden, keines von Patricio Ortiz war.

Trotzdem wurde eine Verfassungsbeschwerde wegen der begangenen Rechtsbrüche abgewiesen, auch die Folterer wurden niemals belangt. In einem Schreiben an die chilenische Regierung erwähnte der Sonderbeauftragte für Menschenrechtsfragen bei den Vereinten Nationen ausdrücklich den Fall von Patricio Ortiz als Beispiel für die Menschenrechtsverletzungen der chilenischen Polizei und besuchte ihn auch 1995 in Chile im Gefängnis.

Keine Auslieferung!

Nach seiner Flucht im Dezember 1996 tauchte Patricio Ortiz in der Schweiz wieder auf. Seine Ankunft war zuvor dem dortigen Bundesamt für Flüchtlingswesen am 6. Juni 1997 von seiner in der Schweiz lebenden Schwester angekündigt worden. 10 Tage später stellte sie einen Antrag auf Asyl für ihren Bruder, der am 17. Juli in die Schweiz einreiste und sich vier Tage später ordnungsgemäß bei der Aufnahmestelle Kreuzlingen meldete. Dort wiederholte er sein Asylgesuch, worauf er unter Meldeauflagen entlassen wurde.

Noch bevor seine Schwester das erste Asylgesuch gestellt hatte, war jedoch schon Interpol Santiago vertraulich vom Schweizer Bundesamt für Polizeiwesen über die bevorstehende Ankunft von Patricio Ortiz unterrichtet worden. Damit ja nichts schief ging, half die Schweizer Polizeibehörde sogar bei der Abfassung des Auslieferungsgesuches. Sie rieten den Chilenen, daß das Auslieferungsgesuch von der Regierung und nicht von der Militärjustiz gestellt werden sollte. Außerdem sei es besser, wenn es eine Garantie enthalte, daß Patricio Ortiz nach der Auslieferung menschenrechtskonform behandelt werde. Als das Gesuch dann wunschgemäß aus Chile eintraf, konnte die Polizei endlich losschlagen und Ortiz verhaften.

Doch woher wußten die schweizerischen Sicherheitsbehörden überhaupt von seiner Ankunft , wenn doch das Bundesamt für Flüchtlingswesen behauptet, niemanden über die Einreise informiert zu haben? Offensichtlich hat sich die Polizeibehörde in der Datei bedient, in der die Daten der Asylsuchenden gespeichert werden - natürlich ohne Zugriffsberechtigung und unter Verletzung des Datenschutzgesetzes.

Das Urteil des Militärgerichtes von 1995 ist die Grundlage für das Auslieferungsbegehren Chiles. Gleichzeitig ist dieses Urteil, die Folterungen und die Androhung eines neuen Verfahrens vor dem Militärgericht wegen der bewaffneten Entführung bei der Flucht aus dem Gefängnis die Begründung für den Asylantrag Ortiz.

Zwischen der Schweiz und Chile gibt es keinen Staatsvertrag über Auslieferungen. Laut internationalem Recht muß eine Auslieferung allein schon deswegen abgelehnt werden, wenn das Auslieferungsersuchen auf einem Abwesenheitsurteil basiert und im Verfahren die Mindestrechte des Angeklagten und der Verteidigung nicht gewahrt worden sind. Wenn Patricio Ortiz politisches Asyl erhält, ist laut Schweizer Recht das Auslieferungsverfahren beendet. Das Bundesamt für Flüchtlinge kann ihn nur für asylunwürdig erklären, wenn es das Militärgerichtsurteil anerkennt und damit die Menschenrechtsverletzungen ignoriert.

Inzwischen schlägt das Verfahren auch in Chile Wellen. Der Sonderbeauftragte der chilenischen Regierung für die Verfolgung der am 30. Dezember 1996 aus dem Hochsicherheitsgefängnis ausgebrochenen politischen Gefangenen hat der Sprecherin der chilenischen Solidaritätsbewegung für Patricio Ortiz die Verhaftung angedroht, falls sie weiterhin öffentlich seine Freilassung aus der Auslieferungshaft fordert. Er drohte, sie der Mitgliedschaft in einer verbotenen bewaffneten Organisation (FPMR) und der Beteiligung an der Flucht von Patricio Ortiz anzuklagen.

Infos: Komitee "Freiheit für Patricio Ortiz", Postfach 8721, CH-8036 Zürich

18. Schwerer Rückschlag für die Teamsters. Nach dem UPS-Streik greift der Staat die US-Transportgewerkschaft an

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:12

In den USA ist das Streikrecht gesetzlich verankert. Nur gewinnen darf mensch einen Streik nicht. Diese Lektion soll jetzt wohl der Transportgewerkschaft International Brotherhood of Teamsters eingebleut werden. Mitte November zwang die US-Regierung den linken Teamster-Präsidenten Ron Carey zum Rücktritt. Damit werden die jüngsten Reformen in der US-Gewerkschaftsbewegung weit zurückgeworfen.

Im August hatte die Teamster-Gewerkschaft mit einem erfolgreichen landesweiten Streik gegen den Paket-Giganten UPS weltweit Schlagzeilen gemacht (siehe ak 405). Rund 185.000 gewerkschaftlich organisierte LagerarbeiterInnen und Lkw-FahrerInnen legten zwei Wochen lang die Arbeit nieder und setzten damit spürbare Lohnerhöhungen und eine schrittweise Umwandlung von Teilzeit- in Vollzeit-Stellen durch.

Wegen der Uneinheitlichkeit der UPS-Belegschaft (viele Teilzeitjobber, extreme Einkommensunterschiede) galt eine solidarische Streikfront "eigentlich" als unmöglich. Aber die Teamster-Führung hatte den Streik fast ein Jahr lang strategisch vorbereitet und die Mitglieder lange im Voraus mobilisiert. Deswegen gab es - anders als bei den meisten anderen großen Arbeitskämpfen der vergangenen 20 Jahre - dieses Mal fast keine StreikbrecherInnen. Wegen der breiten öffentlichen Sympathie für die Ziele der Streikenden wagte die Clinton-Regierung nicht, den Streik wegen einer "Gefährdung der nationalen Interessen" zu verbieten und beschränkte sich auf eine Vermittlerrolle. Nach zwei Wochen (und einer halben Milliarde Dollar Verluste) mußte UPS nachgeben.

Aber der Gegenschlag ließ nicht lange auf sich warten. Wenige Tage nach dem Tarifabschluß bei UPS annullierte ein Gericht die Wahl des Teamster-Präsidenten Ron Carey vom Dezember 1996. Die Neuwahlen wurden für das kommende Frühjahr angesetzt - wobei Carey nach dem UPS-Erfolg als haushoher Favorit galt. Die Begründung für die Annullierung: Im gewerkschaftsinternen Wahlkampf hatte es finanzielle Unregelmäßigkeiten gegeben (siehe unten). Mitte November wurde noch draufgesattelt: Bei der Neuwahl darf Carey nicht mehr antreten.

Das Ganze entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Ohne staatliche Intervention wäre Carey wohl nie Teamster-Präsident geworden. Jahrzehntelang galt die Transportgewerkschaft als besonders korrupt und als von der Mafia kontrolliert. Innergewerkschaftliche Oppositionelle waren in Lebensgefahr. Unter dem Druck von Gerichtsurteilen und staatlichen Ermittlungen in den 80er Jahren ließ sich die damalige Teamster-Führung auf eine Direktwahl des neuen Gewerkschaftspräsidenten ein - unter amtlicher Aufsicht. Bis dahin wurden die Teamster-Bosse auf pompösen Delegiertenkonferenzen ohne nennenswerte demokratische Kontrolle bestimmt. Unterstützt von der linken Basisorganisation "Teamsters for a Democratic Union" gewann der frühere UPS-Fahrer Ron Carey im Dezember 1991 überraschend diese erste Direktwahl.

In den folgenden Jahren setzte Carey - zum Teil unterstützt von der amtlichen Aufsichtsbehörde - allmählich wichtige innergewerkschaftliche Reformen durch. Er entmachtete besonders korrupte Funktionäre, kürzte die geradezu obszönen Spitzengehälter und andere Privilegien für mittlere und höhere Funktionäre und ermöglichte eine größere Beteiligung der Gewerkschaftsbasis. Deswegen mobilisierte die "Alte Garde" der Teamsters alle Kräfte und stellte einen zugkräftigen Gegenkandidaten auf: Jimmy Hoffa Jr., den Sohn eines legendären Teamster-Führers (1). Bei der zweiten Direktwahl im Dezember 1996 siegte Carey nur äußerst knapp: mit 226.000 gegen 210.000 abgegebenen Stimmen (bei insgesamt rund 1,4 Millionen Teamster-Mitgliedern).

Geldwäsche im Wahlkampf

In diesem Wahlkampf kam es nun zu einigen finanziellen Unregelmäßigkeiten. Laut Gesetz dürfen die Kandidaten für ihren aufwendigen Wahlkampf nur zweckgebundene Spenden von Teamster- Mitgliedern verwenden - aber kein Geld von "außen" und keine normalen Mitgliedsbeiträge. Careys Leute schleusten aber

über verschiedene Umwege (u.a. fingierte Honorare und Spendenkonten der Demokratischen Partei) mehrere hunderttausend Dollar Mitgliedsbeiträge in Careys Wahlkampfkasse.

Dies war nicht nur illegal, sondern für einen Kandidaten, der für eine "saubere" Gewerkschaft eintritt, auch politisch verheerend. Allerdings: Bei allem Glaubwürdigkeitsverlust ist dieser "Skandal", der in der US-Presse seit Monaten für Schlagzeilen sorgt, doch allenfalls ein Skandälchen - verglichen damit, daß Careys Vorgänger innergewerkschaftliche Machtkämpfe noch mit Mordbefehlen austrugen. Und: Careys konservativer Herausforderer Hoffa hatte für seinen Wahlkampf 1996 mehr als doppelt so viel Geld zur Verfügung (3,8 Mio. gegenüber 1,7 Mio. Dollar) und behauptet allen Ernstes, der Großteil dieser Summe sei in Beträgen von unter hundert Dollar eingegangen - durch T-Shirt- oder Kuchen-Verkauf etc. Für solche kleinen Beträge müssen keine Quittungen vorgezeigt werden. Daher kümmert sich bisher auch keine Aufsichtsbehörde darum, woher Hoffa seine Millionen bekam.

Die Ermittlungen gegen Careys Wahlkampfmanager begannen bereits im Frühjahr. Von Anfang an verlangten Hoffa, verschiedene konservative Kongreßabgeordnete und das Wall Street Journal Careys Rücktritt. Erst im Herbst sollen nun Beweise dafür aufgetaucht sein, daß der Teamster-Chef persönlich über die Machenschaften seiner Manager informiert war - deswegen wurde er am 17. November für die Neuwahl disqualifiziert. Damit gilt Hoffa Jr. nun als haushoher Favorit - ob es eineN linkeN GegenkandidatIn geben wird, ist noch offen. Damit besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß die Reformen bei den Teamsters wieder zurückgedreht werden, und daß diese Gewerkschaft wieder zu Korruption und Sozialpartnerschaft zurückkehrt, statt auf Konfrontation und Mitgliedermobilisierung zu setzen.

Ende November folgte der nächste Schlag: Die New Yorker Staatsanwaltschaft wird ab sofort das 80-Millionen-Dollar-Jahresbudget der Teamsters kontrollieren - selbstverständlich nur um sicherzustellen, "daß die Gewerkschaftsgelder ausschließlich zum Nutzen der Mitglieder verwendet werden" (Int. Herald Tribune, 26.11.).

Gewerkschaftsfeinde im US-Kongreß

Was manche unter dem "Nutzen der Mitglieder" verstehen, läßt sich zur Zeit im US-Senat beobachten. Dort wollen die Republikaner das sogenannte "Gesetz zum Schutz der Löhne" (Payroll Protection Act) verabschieden. Damit soll verboten werden, daß Gewerkschaften ihre Mitgliedsbeiträge "für politische Zwecke" ausgeben.

Dies ist als Racheakt für die massive Intervention des Gewerkschafts- Dachverbandes AFL-CIO in die Kongreßwahlen von 1996 zu verstehen. Damals hatten die Gewerkschaften insgesamt rund 35 Millionen Dollar ausgegeben, um u.a. mit Fernsehspots die Wiederwahl von bestimmten besonders gewerkschaftsfeindlichen Abgeordneten zu verhindern - allerdings nur mit mäßigem Erfolg.

Zusätzlich läßt der stockreaktionäre Senator Orrin Hatch Anhörungen für ein geplantes "Gesetz gegen Gewerkschaftsgewalt" (Freedom from Union Violence Act) veranstalten. Damit sollen effektive Streikposten praktisch unmöglich gemacht werden.

Schlag gegen AFL-CIO

Wegen ihrer korrupten Strukturen waren die Teamsters jahrelang vom Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO ausgeschlossen. In den 70er Jahren gingen die Teamsters teilweise mit gewalttätigen Schlägertrupps gegen andere Gewerkschaften (beispielsweise die der mexikanischen LandarbeiterInnen in Kalifornien) vor. Als einzige größere Gewerkschaft unterstützten die Teamsters in den 80er Jahren sogar den erzreaktionären Präsidenten Ronald Reagan.

Erst nach Careys Amtsübernahme kehrten die Teamsters Anfang der 90er Jahre in den Dachverband AFL-CIO zurück. Dort gehört die Transportgewerkschaft seither zu den Reformkräften - gegen die "ständische" Interessenvertretung vieler FacharbeiterInnen-Gewerkschaften, für innergewerkschaftliche Demokratie und für die Organisierung von neuen Branchen mit hohem Frauen- und "Farbigen"-Anteil.

Vor zwei Jahren gab es auch an der Spitze des AFL-CIO einen Richtungswechsel. Nach heftigen Auseinandersetzungen wurde die konservative bisherige Führung abgewählt; neuer AFL-CIO-Präsident wurde John Sweeney, der bis dahin die Dienstleistungsgewerkschaft SEIU geleitet hatte. Ohne die Unterstützung der

Teamster-Führung wäre dieser Umschwung unmöglich gewesen. Seither macht der Dachverband durch neue kämpferische Aktionen und Kampagnen von sich reden (siehe ak 407).

Allerdings darf man sich von den Machtwechseln an der Gewerkschaftsspitze nicht zuviel versprechen. So wurde auch unter Sweeney der Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrads noch nicht gestoppt. 1996 verlor der AFL-CIO weitere 92.000 Mitglieder (von gut 15 Mio.) - während die Zahl der Arbeitsplätze in den USA um mehrere Millionen zunahm. Nur noch etwa 14,5 Prozent aller Lohnabhängigen in den USA sind gewerkschaftlich organisiert; in der Privatwirtschaft sind es sogar weniger als zehn Prozent. Es ist zu hoffen, daß der Sieg gegen UPS im vergangenen August der gesamten Gewerkschaftsbewegung Auftrieb gegeben hat.

Umso sicherer ist es, daß Kapital und Staat ihre Angriffe gegen die Gewerkschaften fortsetzen werden. Schon fordert die New York Times (28.11.97) den Rücktritt auch des AFL-CIO-Generalsekretärs Rich Trumka. Der frühere Chef der militanten Bergarbeiter-Gewerkschaft UMW gilt als der kämpferischste Kopf in der AFL-CIO-Führung. Der Vorwurf der New York Times: Trumka weigert sich, bei den staatlichen Ermittlungen gegen Careys Geldwaschanlage als Zeuge auszusagen.

Michael Hahn

4.12.97

Anmerkung:

1) Siehe auch den Hollywood-Spielfilm "Hoffa" mit Jack Nicholson (ca. 1990). Hoffa Senior verschwand Mitte der 70er Jahre unter nie geklärten Umständen. Angeblich liegt er unter der Mittellinie des berühmten Meadowland-Stadions in New Jersey begraben.

19. Göttingen: Wie alles anfängt. Zur Initiative "Kein Mensch ist illegal"

Autor: Kein Mensch ist illegal, Göttingen · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:34

Die Initiative "Kein Mensch ist illegal" wurde auf der diesjährigen Documenta u.a. mit dem Ziel gestartet, sich von dem in den Medien oft benutzten Begriff "Illegalität" zu verabschieden (siehe ak 405). Dieser Begriff schafft ein falsches Bild von dem, was Leben ohne Papiere bedeutet. Oft werden Menschen, die sich ohne Papiere in der BRD aufhalten, in Bezug gebracht mit "organisierter Kriminalität" und ähnlichen diffamierenden Gleichsetzungen. Daß tatsächlich alle Nichtdeutschen ohne festen Aufenthaltsstatus von Illegalisierung bedroht sind, wird geflissentlich übersehen. Den Hunderttausenden Menschen ohne Aufenthaltsstatus in der BRD soll durch die Kampagne wieder ein Gesicht gegeben werden.

Ein weiteres Ziel der Kampagne ist es, die in den letzten Jahren stark in die Defensive geratene flüchtlingspolitische Debatte aus ihrem Schattendasein zu bringen. Fünf Monate nach dem Start der Initiative "Kein Mensch ist illegal" haben wir in Göttingen den Eindruck, daß die ersten kleinen Erfolge die Hoffnung rechtfertigen.

Die Resonanz auf die Initiative, das Thema "Leben ohne gültige Papiere" in die Öffentlichkeit zu tragen, war in Göttingen erfreulich groß. Dies kam für uns unerwartet und ist mit eine Motivation, an dieser Stelle davon zu berichten.

Schon bald, nachdem der Aufruf auf der Documenta verabschiedet war, fand sich in Göttingen ein Kreis von Aktiven aus kirchlichen bis autonomen Flüchtingsunterstützergruppen zusammen. Bis dahin hatten sich VertreterInnen dieses Spektrums höchst selten an einen Tisch gesetzt. Ob dies mit "Berührungsängsten" oder mehr oder weniger berechtigten Vorbehalten zu begründen ist, läßt sich aus unserer Sicht schwer rekonstruieren. Sicherlich waren die unterschiedlichen Motive, in der Migrationspolitik mitzumischen, eine Ursache für die oft nur sporadische Zusammenarbeit. Und das, obwohl die Erfahrungen der unterschiedlichen Gruppen doch sehr ähnlich sind. Gerade in der Unterstützungsarbeit für Illegalisierte trifft dies zu. Die Schwierigkeiten, eine medizinische Grundversorgung zu organisieren, oder Versuche, Aufenthaltstitel durchzusetzen, sind für alle ähnlich. Egal, ob es sich um Kirchenasyl oder Initiativen wie das "Projekt Zuflucht" handelt. Wir denken, daß diese Erfahrungen zu dem Bedürfnis geführt haben, mit einer gemeinsamen Kampagne auch an die lokale Öffentlichkeit zu treten. So gibt es eine gute Basis der Zusammenarbeit. Diese begründet sich aber dadurch, daß die Ziele der Initiative von allen Beteiligten grundsätzlich getragen werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Diese Zusammenarbeit findet auf zwei Ebenen statt: Zum einen wird die Initiative "Kein Mensch ist illegal" in die Göttinger Öffentlichkeit getragen. Zum anderen machen wir uns konkrete Gedanken über die Unterstützung von Menschen, die in Göttingen illegalisiert leben.

Im Mittelpunkt unserer bisherigen Öffentlichkeitsarbeit steht die Unterstützung der bundesweiten Anzeigenkampagne. Immerhin ist es uns gelungen, sowohl ein breites Spektrum von Initiativen als auch von Privatpersonen - von SozialhilfeempfängerInnen über Professoren bis zu Gewerkschaftsfunktionären - zur Unterstützung der Initiative zu gewinnen. So war es möglich, in der örtlichen Tageszeitung eine Anzeige zu schalten, um den lokalen Bezug der Initiative herzustellen.

Eine weitere Form der Öffentlichkeitsarbeit sind Veranstaltungen zum Thema Unterstützung von Illegalisierten. In diesem Rahmen haben wir eine Veranstaltung mit Roland Wanitschka, Gewerkschafter aus Eisenach, und der Schweizer Flüchtlingsunterstützerorganisation "Aktion abgelehnter Asylbewerber" (AAA) organisiert. Wir hatten auch die Möglichkeit, im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der Göttinger Studierendenvertretung ("48-Stunden-Uni") die Initiative vorzustellen.

Veranstaltungen

Roland Wanitschka wurde wegen Fluchthilfe am 27. April 1997 zu 30 Tagen Haft in Dänemark verurteilt. Er hatte einer kurdischen Familie zur Weiterreise nach Dänemark geholfen. In der BRD wurde der Asylantrag der

Familie abgelehnt, obwohl der Vater in der Türkei bereits inhaftiert und gefoltert worden war. Die Motive der Fluchthilfe wurden selbst vom Gericht als rein humanitäre Gründe zum Schutz von Menschen eingeschätzt. Nach der Haft wurde Roland Wanitschka nochmals vom BGS verhört, und sein Arbeitgeber beantragte eine außerordentliche fristlose Kündigung. Diese wurde zwar vom Verwaltungsgericht aus formalen Gründen aufgehoben, aber es ist, so Wanitschka, "noch unklar, was weiterhin in der BRD gerichtlich auf uns zu kommt." Sein Bericht über aktive Fluchthilfe führte zur Diskussion über die Rolle der Gewerkschaften in der Flüchtlingspolitik.

Eine andere Form der Unterstützungsarbeit wird von der Schweizer Organisation AAA gemacht. Die AAA wurde gegründet, als die Schweizer Regierung die erste großangelegte Abschiebeaktion Mitte der 80er Jahre plante. Auf ein Inserat meldeten sich 200 Personen, die bereit waren, Menschen zu verstecken. Trotz der sich ständig verschlechternden Bedingungen kann AAA in rund 30% der Fälle Wege finden, Illegalisierten Papiere zu verschaffen. Die weiteren 70% unterstützt AAA bei der Heimreise oder Weiterreise. Ein neueres Projekt von AAA ist eine "Arbeitsvermittlung" für Illegalisierte. Über die Konstruktion einer Form von Arbeitsvermittlung werden die Illegalisierten an ausgesuchte Unternehmen vermittelt, die sie für längere Zeit anfordern und 20 Franken Stundenlohn zahlen.

Die Arbeit der AAA wird vor allem ehrenamtlich erledigt, natürlich ist AAA auf Spenden angewiesen. Der jährliche Finanzbedarf von rund 200.000 Franken wird durch einen Spenderkreis aufgebracht.

Diese Veranstaltungen führten zu einer Diskussion, an der unterschiedliche politische und gesellschaftlicher Gruppen beteiligt sind. So wird zur Zeit ein Konzept erarbeitet, das die Möglichkeiten der Unterbringung von Illegalisierten verbessern soll. Dazu gehört, sich über Modelle zur Geldbeschaffung Gedanken zu machen und die medizinische Versorgung besser zu gewährleisten. Andere wichtige Bereiche wie Schulversorgung, Ausbildung und Arbeit sind bislang nur angedacht. Alle Beteiligten sehen aber die Notwendigkeit, sich mit diesen zentralen Fragen des Lebens ohne gültige Aufenthaltspapiere auseinanderzusetzen.

Ein Manko der Initiative ist, daß im Moment die Zusammenarbeit mit MigrantInnen oder ihren Organisationen fehlt. Das wird sich aber hoffentlich im nächsten Jahr ändern, der Kontakt zu den MigrantInnenorganisationen wird gesucht.

Kein Mensch ist illegal, Göttingen

Bundesweite Kontaktadressen:

Postadresse:

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration

Gneisenaustr. 2a

10961 Berlin

Wer den Aufruf (siehe ak 405) unterstützen möchte, überweise DM 20,- (Einzelpersonen)/DM 50,- Gruppen/Initiativen etc. auf das Konto der FFM, Stichwort: Kein Mensch ist illegal"; Kto. Nr. 61 00 24 264, Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Anfragen per Telefon und Fax an:

Büro antirassistischer Initiativen

Mo 10-12 Uhr und Di 18-21 Uhr

0172 - 8910825 (sonst Anrufbeantworter)

Fax: 0561 - 713458, adressieren an "Kein Mensch ist illegal"

Anfragen über e-mail: grenze@ibu.de

Homepage: http://www.contrast.org/ borders

20. "... Hoffnung schöpfen aus unserem Kampf." Liverpooler Frauen beteiligen sich aktiv am Hafenarbeiterstreik (Interview)

Rubrik: Frauen; Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:30

Seit September 1995 streiken die Liverpooler Docker gegen die Einführung von Tagelöhnerarbeit. Anhand eines provozierten Konfliktes wurden ca. 500 Kollegen von der Mersey Docks and Harbour Company (MDHC) rausgeschmissen. Die Betroffenen kämpfen seitdem für ihre Wiedereinstellung.

Dabei standen die Kollegen von Anfang vor immensen Problemen: Ihre Gewerkschaft erkennt offiziell den Streik nicht an. (1) In den englischen Häfen gibt es keine Solidaritätsstreiks, so daß die Docker auf die internationale Solidarität angewiesen sind. Außer der Wiedereinstellung geht es für die Streikenden darum, daß ihnen ihre betrieblichen Rentenansprüche voll garantiert werden. Bisher hat es zwei internationale Hafenarbeiter-Aktionstage gegeben. An einem haben sich einige ÖTV-Kollegen aus Bremerhaven kurzzeitig beteiligt, Kollegen aus verschiedenen Häfen haben Geld gesammelt. Außer verbalen Bekundungen verhält sich die ÖTV-Führung jedoch still.

Die Ehefrauen und Mütter der streikenden Docker haben die Unterstützergruppe "Women of the Waterfront" (WoW) gebildet. Auf Einladung der Euromarsch-Initiativen unternahmen zwei Vertreterinnen von WoW, Dorothy Langan und Teresa Ledden, eine Rundreise durch die BRD. Anläßlich einer Solidaritätsveranstaltung in Hamburg am 12.11., die von der Gruppe Blauer Montag, dem Euromarsch HH und von KollegInnen aus Einzelgewerkschaften organisiert wurde, konnten Willi Bartels und Lars Stubbe ein Interview mit den beiden Frauen für uns führen.

ak: Ihr seid nach Deutschland gekommen, weil Ihr um Solidarität werben und über den Kampf in Liverpool informieren wollt. Wie ist es eigentlich zu dem Arbeitskampf gekommen?

Women of the Waterfront: Die Auseinandersetzung begann im September 1995 damit, daß 80 junge Leute, die bei Torside, einer 1991 von MDHC neu gegründeten Firma, beschäftigt waren, rausgeschmissen wurden. Das Management hatte sich entschlossen, sich nicht an die ursprünglich ausgehandelten Arbeitsbedingungen und Löhne zu halten. So begann der Streik. Nach der Entlassung der 80 jungen Kollegen versuchten diese, dagegen anzugehen. Es ist ihnen nicht gelungen, ihre Gewerkschaft dafür zu mobilisieren. Deshalb haben sie sich als Streikposten vor die Tore der MDHC gestellt. Als die älteren Arbeiter zur Arbeit kamen, weigerten sie sich, diese Streikpostenkette zu durchqueren. Mein Sohn ist einer von den 80 Hinausgeschmissenen, und mein Mann, der seit über 30 Jahren als Docker im Hafen arbeitet, weigerte sich ebenfalls, die Streikposten zu passieren.

Eine Woche später versuchten die Leute wieder zur Arbeit zu gehen. Aber die Situation war so, daß die Polizei sie zurückstieß und sie nicht auf das Gelände hinaufließ. Das Management von MDHC sagte: "Mit Euch wollen wir nie wieder etwas zu tun haben. Ihr sollt nie wieder für uns arbeiten!"

Nachdem die 500 Docker nun allesamt hinausgeschmissen worden waren und den ersten Schock verarbeitet hatten, haben sie ihren Mut und ihre Kraft zusammengesammelt, um auf verschiedene Art und Weise die Solidarität von KollegInnen zu gewinnen. Inzwischen waren sie in über 40 Ländern, sie waren sowohl in den Häfen als auch in anderen Städten dieser Länder und haben Europa, Japan, Amerika, Australien und noch viele andere Länder bereist.

Warum seid Ihr auf die Idee gekommen, andere Länder über Euren Kampf zu informieren?

Wir müssen uns in England an eine sehr strikte Gewerkschaftsgesetzgebung halten, die von der Thatcher-Regierung durchgesetzt wurde. In diesem Rahmen sind zum Beispiel gewerkschaftliche Solidaritätsaktionen sehr stark eingeschränkt. Gewerkschaften, zu denen wir Kontakt aufgenommen haben, versuchen, das ihnen Mögliche zu tun. Man muß allerdings auch bedenken, daß Liverpool, als der Streik ausbrach, der letzte gewerkschaftlich organisierte Hafen war. In ganz England gab es keine gewerkschaftlich organisierten Häfen mehr, so daß von daher eine Solidarisierung sehr schwer herzustellen war.

Wie war die Unterstützung von anderen Gewerkschaften?

Ich muß sagen, daß die Unterstützung der Gewerkschaften anderer Länder sowohl auf der materiellen, der finanziellen als auch auf der moralischen Ebene absolut überragend war. Insbesondere dann, wenn sie aus Solidarität mit uns "Arbeit nach Vorschrift", Boykotts oder auch Streiks gemacht haben.

Hintergrund des Konfliktes ist offenbar der Angriff von Regierung und Unternehmern auf die gesicherten Beschäftigungsverhältnisse der Hafenarbeiter. Was ist in dieser Hinsicht in Liverpool geschehen?

1989 ist das staatliche Beschäftigungssystem, das in den Häfen eine Festeinstellung für alle Hafenarbeiter garantierte, abgeschafft worden. Nur in Liverpool ist es gelungen, Tagelöhnerarbeit zu verhindern. Wir gehen davon aus, daß das Management von Anfang an das Tagelöhnersystem einführen wollte und unsere Männer in eine Falle gelockt hat. Sie wußten, daß die Männer niemals eine Streikpostenkette durchqueren würden. So haben sie einen Konflikt herbeigeführt, bei dem zu erwarten war, daß die entlassenen Kollegen aus einem anderen Betriebsteil eine solche Kette stellen würden.

Die Gewerkschaften können praktisch nicht mehr streiken oder versuchen, in den Konflikt einzugreifen, weil ihnen durch die Thatcher-Regierung Fesseln angelegt wurden ...

Im Prinzip ist es ein Problem der Hierarchie der Gewerkschaftsbürokratie. Letztlich ist es natürlich so, daß die Männer die Gewerkschaft bilden. Die Männer sind die Gewerkschaft, sie stellen sie dar, sie sind 30 bis 40 Jahre organisiert. Wir haben eine Gewerkschaftsführung, die sehr hierarchisch organisiert ist, und diese Hierarchie setzt sich durch. Es ist eine Schande, daß nach 30 bis 40 Arbeitsjahren im Hafen so mit den Männern verfahren wird, und die Gewerkschaft sie nicht beschützt.

Es ist ungewöhnlich, daß die Ehefrauen und Schwestern in den Konflikt eingreifen. Wie ist es dazu gekommen?

Ungefähr eine Woche, nachdem die Auseinandersetzung begann, haben einige Frauen dazu aufgerufen, daß alle Frauen sich zusammensetzen und eine eigene Unterstützergruppe bilden sollen. Das haben wir getan und veranstalten jetzt regelmäßige Treffen, immer mittwochs, zu denen ein Großteil der Frauen kommt. Auf diesem Treffen entscheiden wir dann über die Aktionen, die wir unternehmen, um unsere Männer zu unterstützen. Diese Aktionen reichen von Informationsfahrten, Aufklärungsveranstaltungen über Geldsammelaktionen bis hin zur Unterstützung der Streikpostenkette und "Besuchen" bei Streikbrechern oder sogar Direktoren.

Von Filmen, die man jetzt hier in Deutschland sieht, "Brassed off" z.B., hat man das Gefühl, daß es in England durchaus gang und gäbe ist, daß viele Frauen mit einsteigen und manchmal radikaler sind als ihre Männer. Stimmt das?

Bei mir ist es so, daß ich vier Kinder habe und als Hausfrau kaum aus dem Haus gekommen bin. Wir haben ein klassisches Leben geführt bis zu dem Punkt, als ich auf diese Reise gegangen bin. Mein Mann hat mir die ganze Zeit gesagt, ich solle bloß nicht fahren. Es ist so, daß sich hier jeden Freitagmittag um 13 Uhr die Docker treffen, um dann über das weitere Verfahren des Kampfes zu beschließen. Von einem anderen Treffen bin ich abends erst um 20 Uhr nach Hause gekommen. Mein Mann hat ganz entrüstet zu mir gesagt: "Es ist gar kein Brot im Hause!" Ich habe darauf geantwortet: "Du bist 45 Jahre alt. Geh doch hin und kauf dir ein Brot, wenn du Brot haben willst." Ich denke, daß viele Männer, viele der Docker, es nicht gern sehen, daß die Frauen sich selber organisieren und an solchen Veranstaltungen teilnehmen.

Die Frauen haben die klassischen Kampfformen der Männer um Elemente erweitert, die es bisher in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen noch nicht gab: Besuche zu Hause beim Direktor z.B. ...

Es ist im Prinzip so, daß wir eigenständig entscheiden, was wir machen wollen, aber natürlich in Abstimmung mit den Männern. Wir sagen immer, was wir planen, und bisher haben sie nicht gesagt, wir sollten eine bestimmte Sache sein lassen. Die Geschichte, zum Haus des Direktors zu gehen, muß man eben so sehen: Sie haben den Ärger vor unsere Haustür gebracht, und wir tragen ihn praktisch zum Verursacher zurück. Im Prinzip glauben die Bosse, daß sie etwas Besseres sind und daß sie ganz hoch oben stehen. Aber ich denke, wir sind alle menschliche Wesen, und keiner hat mehr Rechte als der andere.

Sprechen die Direktoren mit Euch, oder holen sie gleich die Polizei?

Nein, sie rufen die Polizei.

In dem Dock, in der Company arbeiten andere Leute zu Tagelöhnerbedingungen. Sind das in Euren Augen Streikbrecher?

50 Mann haben damals, beim Beginn des Streiks, die Streikpostenkette durchbrochen und sind wieder arbeiten gegangen. Wir nennen sie die "alten" Streikbrecher, und sie sind diejenigen, die dann die "neuen" Streikbrecher anlernten. Für uns sind sie alle Streikbrecher. Einer von ihnen hat im Lokalradio erzählt, daß er und die anderen vorher gar nicht arbeitslos gewesen seien. Viele von ihnen kommen direkt von "Drake International". Das ist eine Firma, die speziell in Streikauseinandersetzungen eingreift und Streikbrecher in Form von Zeitarbeitern zur Verfügung stellt.

Hat sich unter der neuen Regierung etwas verändert? Bekommt ihr öffentlich mehr Unterstützung, oder merkt man gar nichts davon?

Nein, noch hat sich gar nichts geändert. Es ist so, daß die Regierung 14% der Anteile der MDHC hält und daß wir schon wußten, daß sich unter der konservativen Regierung überhaupt nichts tun würde. Wir hatten natürlich gehofft, daß sich vielleicht unter der Labour-Regierung etwas verändern würde. Im Prinzip hält sich auch die Blair-Regierung an die von den Konservativen eingerichteten Anti-Gewerkschafts-Gesetze.

Ähnliche Tendenzen gibt es in allen europäischen Ländern. Die Regierungen senken die Standards. Wie seht ihr die Perspektive europaweit?

Wenn wir in andere Länder gehen und dort mit den Leuten vor Ort reden, dann sehen wir, daß sie dieselben Probleme haben. Entlang dieser Probleme tun sich auch Kämpfe auf. Aus unserem Kampf schöpfen viele Menschen Hoffnung. Dazu können wir nur sagen, wir machen an diesem Punkt weiter, und wir werden diese Linie weiterverfolgen. Was sich daraus ergibt, das muß man dann sehen.

Wodurch kann man Euren Kampf unterstützen?

Im Prinzip brauchen wir moralische, praktische und finanzielle Unterstützung, damit dieser Streik weiterläuft. Ich denke, daß die Solidarität der Männer, der Frauen und auch der Kinder es ermöglicht hat, den Streik eine so lange Zeit aufrechtzuerhalten.

Spendenkonto der IG Medien, Ortsverein Hamburg. Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ: 200 101 11, Kto.-Nr.: 12 900 231 00, Stichwort: Flying Picket, Kontakt und weitere Informationen: 040/2858-513 (IG Medien).

Anmerkung:

1) Da die Docker bereits rausgeflogen waren, bevor sie eine (gesetzlich vorgeschriebene) Urabstimmung abhalten konnten, sagt die Gewerkschaftsführung, daß der Streik nicht "offiziell" sei. Würde die Gewerkschaft den Streik offiziell anerkennen, wäre es theoretisch möglich, daß die Regierung ihre Fonds einzöge. Die Gewerkschaftsführung ist nicht begeistert von dem Konflikt und hat darum gegen den Willen der Streikenden zweimal Urabstimmungen angesetzt. Diese werden nicht von der Gewerkschaft, sondern von einem "unabhängigen" Institut durchgeführt. Dabei sollten sie über das "Angebot" der MDHC abstimmen, welches aus einer Abfindung von 28.000 Pfund sowie 28 Arbeitsplätzen für 500 Kollegen bestand. Bei der letzten Urabstimmung (9/97) wurden die 80 Torside-Beschäftigten nicht mit einbezogen. Dennoch bestand das Ergebnis darin, daß 2/3 der Streikenden sich mit der Weiterführung des Kampfes einverstanden erklärt haben. Da ihr "Angebot" abgelehnt wurde, erklärt die MDHC den Streik nun für beendet.

21. "Ich ertrage es nicht länger, wehrlos zu sein!" Die Frauenpeschmerga-Einheit der PUK

Die Frauenpeschmerga-Einheit und die Frauenpolitik der Patriotischen Union Kurdistans

Autor: Andrea Fischer-Tahir · Rubrik: Frauen; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:25

Im Morgengrauen ist es noch fast still. Nur wenige Autos rasen über die Hauptstraße von Suleimaniya. Vor einem Restaurant steht ein älterer Mann, nur mit einer arabischen Gallabiya (1) bekleidet, und wartet. Da treten sie aus dem Tor heraus: eine nach der anderen. Einige der Frauen gähnen und reiben sich die Augen. Ein junges Mädchen hüpft auf der Stelle, um sich zu erwärmen. Dann treten sie auf dem Bürgersteig an, die zwanzig Frauen der dritten Abteilung. Unter den Kommandorufen einer jungen, kräftig gebauten, kurzhaarigen Frau stehen sie stramm und rühren sich, drehen sie sich nach links und nach rechts, exerzieren schließlich die Hauptstraße hinauf. Der Mann vor dem Restaurant verfolgt sie mit neugierigen Blicken. An den Fensterscheiben eines vorbeifahrenden Busses drücken sich mehrere Männer die Nasen platt. "Peschmerga-Einheit der Frauen" steht in grünen Lettern über dem Eingangstor zum Stützpunkt: Die Patriotische Union Kurdistans (PUK) hat eine bewaffnete Fraueneinheit.

Kuestan Muhammad Abdullah, die Verantwortliche des Frauenbataillons, sitzt mir gegenüber und erzählt: Nachdem am 31. August 1996 die irakische Armee gemeinsam mit der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK) in Erbil einmarschiert waren und hunderte arabischer, kurdischer und turkmenischer Oppositioneller ermordet wurden, hatte die PUK sich zur kampflosen Aufgabe Suleimaniyas entschlossen und zog sich in die Grenzregion zurück. Schon wenige Wochen später kehrte sie ebenso kampflos nach Suleimaniya zurück. Als Antwort auf die Gründung einer Regierung durch die DPK in Erbil, an der auch die Kommunistische Partei Kurdistans (KP), die Islamische Liga sowie die Assyrische Bewegung beteiligt sind, bildete die PUK in Suleimaniya eine Regierung, an der sich zunächst die Sozialdemokratische Partei Kurdistans (SPK), die Konservative Partei und die Partei der Werktätigen beteiligten. Die Kollaboration einer kurdischen Partei mit dem Baath-Regime gilt aus Sicht der PUK und ihrer Verbündeter als "großer Verrat an den Märtyrern" des kurdischen Befreiungskampfes. Für Kuestan und andere Frauen, die in den politischen und administrativen Strukturen der PUK arbeiten, wurde es höchste Zeit, an die eigene Bewaffnung zu denken.

"Es war in den letzten Jahren immer dasselbe. Die Männer kämpften und wir Frauen warteten ab oder versorgten sie. Ich ertrug es nicht länger, wehrlos zu sein! Deshalb habe ich persönlich Celal Talebani gebeten, eine Fraueneinheit zu gründen."

So verbreitete eine Gruppe um Kuestan im November 1996 den Aufruf an die Frauen, eine bewaffnete Einheit zu gründen. Im Dezember kamen erstmals 60 Frauen zusammen. Ihre Zahl wuchs rasch auf 300 an. Die ersten Frauen erhielten eine einmonatige Ausbildung, bei der die theoretische Bildung im Vordergrund stand. Der PUK-Ideologe Mulla Baxtiyar (2) hielt Vorträge über Geopolitik, militärische Ausbildung und das Peschmergawesen, weitere männliche und weibliche Funktionäre hielten Seminare ab über die Frauenbewegung sowie über Geschichte und Ideologie der westeuropäischen Sozialdemokratie. Die Frauen erlernten den Umgang mit leichten Waffen und Panzerfäusten. Auf langen Tagesmärschen trainierten sie den Ernstfall. Die PUK stattete die Frauen mit Kalaschnikows, Kleidung und Turnschuhen aus. An Decken jedoch mangelt es im Stützpunkt. Und bislang auch an Büchern.

Auffällig ist, daß in der Fraueneinheit das Alter zwischen 20 und 30 Jahren unterrepräsentiert ist. Die unverheirateten Frauen sind 18 Jahre oder knapp darüber, die anderen sind reife Frauen, Frauen mit erwachsenen Kindern, die bereits Jahre vor dem Aufstand 1991 in der Bewegung aktiv gewesen waren. So wie Kuestan gibt es zahlreiche städtische Frauen, die im Widerstand gekämpft hatten. Politisiert durch den Vater, der vor der Niederlage Mulla Mustafas in der DPK Mitglied war, beeinflußt von einem Bruder, der sich in den 80er Jahren der PUK anschloß, beteiligte sich die Studentin für Sport und Erziehung seit 1984 an den Aktivitäten der illegalen Stadtstrukturen. Treffen organiseren und schützen oder Nachrichten übermitteln, waren ihre hauptsächlichen Aufgaben. 1990 mußte sie in den Untergrund gehen. Zur damaligen Zeit harrten die PUK-Peschmerga, zurückgeschlagen durch die Anfal-Offensiven 1988, im iranischen Exil aus. Auf Nachfragen, erzählt Kuestan, daß sie sich für die PUK, genauer gesagt, ihren linken Flügel, die marxistische

Komala entschloß, weil zum einen ihr Bruder dort Mitglied war, sie zum anderen überzeugt davon war, daß "die PUK sich für eine Lösung der Klassenfrage und der Frauenfrage einsetzte". Davon ist sie heute noch überzeugt. Den derzeit durch die PUK propagierten sozialdemokratischen Weg nach westeuropäischem Vorbild hält sie für zeitgemäß. Kuestan arbeitet tagsüber hauptamtlich im Hauptstützpunkt der PUK, abends geht sie meist in den Frauenstützpunkt. Dort legt sie ihr schwarzes, weißgepunktetes Kleid ab und schlüpft in die Peschmergakleidung.

Ein anderes typisches Schicksal wird durch Haure (Genossin) Gauhar verkörpert. Ihr eigentlicher Name ist Aftau. Ihr faltiges Gesicht macht es der Beobachterin schwer, ihr Alter zu schätzen.

"Als ich fünfzehn war, bat ich meinen Bruder, mich zu den Peschmerga mitzunehmen. Unser Haus war durch das Regime zerstört worden. Ich konnte mir nichts sinnvolleres vorstellen, als für die Peschmerga zu sorgen, Essen zu kochen und Wäsche zu waschen."

Sie war das einzige Mädchen in der Einheit. Wenn Frauen aus der Stadt kamen und sich den Peschmerga anschließen wollten, wurde dieses - wenn es keine konkrete Gefahr für die Frauen in der Stadt gab - meistens abgelehnt. Aftau war über die Politik der PUK, die keine Frauen rekrutieren wollte, zwar unzufrieden, konnte jedoch nichts dagegen tun. Aftau blieb bei den Peschmerga, wo sie sich sicher fühlte. Bis zu den Anfal-Offensiven. Sie wurde gefangengenommen und blieb bis zum Aufstand 1991 in Suleimaniya inhaftiert.

Während wir reden, tauschen wir Zigaretten aus. Irgendwann breche ich das Gespräch mit ihr ab, weil sie sich nicht mehr konzentrieren kann. Die Folter und die Jahre der Haft haben tiefe Spuren hinterlassen. Die Erfahrung von Ohnmacht war für Aftau der Hauptgrund, sich für die Gründung einer bewaffneten Fraueneinheit einzusetzen.

Nach der morgendlichen Exerzierübung und leichter sportlicher Betätigung sitzen die Frauen im Garten und warten auf den Tee. Ich sitze bei den älteren Frauen, unter denen Heiterkeit aufkommt, als ich mein jugendliches Alter preisgebe. Nada Xan klopft mir mütterlich auf die Schultern und teilt mir mit, ihr Sohn sei ebenso alt wie ich. Als ich frage, wie ihre Familie zu Nadas Betätigung steht, erzählt sie:

"Mein Mann unterstützt mich. Wir sind beide Lehrer und haben jahrelang für die PUK gearbeitet. Aber meine Kinder, und vor allem meine Schwiegertochter machen mir Vorhaltungen. Sie sagen, in meinem Alter sei es beschämend." Nada lacht und schüttelt ihre hennarotgefärbten Haare. "Weißt du, am Anfang kam ich schon immer mit der Peschmerga-Kleidung zum Stützpunkt. Auf dem Basar hielt mich ein Verkäufer an und fragte, ob ich von der iranischen Komala sei. Ich sagte: ‚Nein!` ‚Bei der PKK?`, fragte er. Ich sagte: ‚Nein! Ich bin bei der PUK.` Da rief er erstaunt aus: ‚Nein, wirklich!`"

Die anderen Frauen lachen ebenfalls. Ich stelle mir diese Begebenheit vor und denke an Vorgesternabend, als ich bei einer kurdischen Familie saß und wir gemeinsam Nachrichten sahen. Die SPK ging im Frühling - aus Gründen tiefer Feindschaft mit der DPK - ein Bündnis mit der PKK ein. Die DPK kämpfte seit Mai gemeinsam mit der türkischen Armee gegen die PKK, die in Irakisch Kurdistan über eigene Stützpunkte verfügt. Ausdruck des Bündnisses ist, daß die SPK abendlich die soranisprachigen Nachrichten von MED-TV ausstrahlt. Die älteren Frauen der Familie riefen beim Fernsehen mehrmals erstaunt aus: "Das sind ja alles Mädchen!" Während die wissend tuenden Männer weise nickten und sagten: "Ja, ja. Die haben viele Mädchen."

Die iranisch-kurdische Komala rekrutierte schon Ende der 70er Jahre zahlreiche Frauen. In den irakisch-kurdischen Bewegungen waren nur wenige Frauen in den Einheiten der Peschmerga zu finden, und nur selten waren sie direkt an Kampfhandlungen beteiligt. Beispielhaft ist die Christin Margret George, die in den 60er Jahren in der DPK kämpfte. Die Umstände ihres Todes sind bis heute umstritten. Gemunkelt wird, daß ihre Popularität bei dem DPK-Führer Mulla Mustafa Barzani auf Mißfallen stieß.

In der Irakischen KP und in der PUK gab es zahlreiche Frauen, die meist für politische Aufgaben und für die Versorgung eingesetzt wurden. In den Memoiren des PUK/Komala-Politikers Naushirwan Mustafa ist nachzulesen, daß er selbst gegen die Rekrutierung von Frauen war. Die "konservativen Bauern" hätten diese Neuerung nicht verstanden und die PUK wäre Gefahr gelaufen, ihre "Volksverbundenheit" zu verlieren. Denn nach chinesischer Weisheit sollte sie sich wie ein Fisch im Wasser bewegen ... Und über die iranisch-kurdische Komala hörte ich einmal einen alten PUK-Peschmerga lachend sagen: "Ach, die Komala

und die Frauen. Die machen den ganzen Tag nichts anderes als lesen. Kein Wunder, daß sie keinen Erfolg haben."

Auch über das PUK-Frauenbataillon wird viel gelacht. In Südkurdistan scheint es gesellschaftlicher Konsens, daß erstens politischer Widerstand in den Stadtstrukturen weniger bedeutend war als der Kampf der bewaffneten Peschmerga, und daß zweitens nur Männer Peschmerga sein können. Die Frauen im Stützpunkt nehmen die Vorurteile scheinbar gelassen hin. Daß sie nicht so gelassen sind, zeigte ein Vorfall vor wenigen Wochen. Die Frauen wurden an einem Check-point an der Straße nach Kirkuk eingesetzt, um Fahrzeuge und Ausweise zu kontrollieren. Ein Fahrer pöbelte die Frauen an, er wollte seinen Ausweis "keinem Mädchen" zeigen. Mit Waffengewalt wurde er belehrt, daß auch in Südkurdistan Frauen bis dahin als typische Männerarbeit geltende Funktionen auszuüben gedenken. "Es gibt große Vorurteile uns gegenüber", sagt Kuestan. "Auch im Politbüro werden Witze über uns gemacht. Aber die Männer müssen sich an neue Zeiten gewöhnen."

Linke KritikerInnen der PUK sehen in dem neuen Frauenbataillon eher eine Propagandaangelegenheit, denn eine tatsächliche Wende in der PUK-Frauenpolitik. So betont Ashti Talebani von der Kirkuk-Abteilung der kurdischen KP, daß vor dem Aufstand vor allem seine Partei für Frauen offenstand. Die PUK würde nun Frauen rekrutieren, um erstens zu verhindern, daß junge Mädchen zur PKK gingen und zweitens davon abzulenken, daß viel existenziellere Forderungen von Frauen zu erfüllen wären. Ähnlich urteilt Wezira Celal, die Mitte der 80er Jahre die PUK verließ, weil diese vom 1976 deklarierten sozial-revolutionären Programm abrückte. "Den Frauen soll das Gefühl gegeben werden, sie würden ernst genommen. Die Bewaffnung von Frauen bedeutet jedoch nicht ihre gesellschaftliche Emanzipation."

Und Shirin, eine Frauenrechtlerin und Aktivistin des Menschenrechtsvereins sagt: "Die PUK sollte sich lieber für die Abschaffung der Polygamie und des Frauentauschs sowie die willkürliche Tötung von Frauen ‚aus Gründen der Familienehre` einsetzen."

Kuestan und Aftau vom Frauenbataillon sehen das anders. Ihrer Meinung nach engagiert sich die PUK in diesen Fragen. Und ein Erfolg des Aufstands von 1991 sei es, daß Frauentausch, die Tötung von Frauen aus "Gründen der Moral" sowie die Polygamie abgenommen hätten. Die Wahrheit ist bislang nicht wirklich ermittelt worden. Frauenorganisationen angefangen bei den ArbeiterkommunistInnen, über PUK, KP bis hin zu den Islamischen Schwestern, der Frauenorganisation der Islamischen Liga, reden von einer Verschlechterung des rechtlichen Status von Frauen seit dem Aufstand 1991, bedingt durch die katastrophale wirtschaftliche Lage. In der Tat hatte das irakische Regime in den 70er Jahren im Sinne nationaler Mobilisierung und Modernisierung den Frauen weitgehende Rechte eingeräumt. Die Bildung von Mädchen wurde gefördert, ebenso die Berufstätigkeit der Frauen, insbesondere während des Golfkriegs in den 80er Jahren. Das Arbeitsgesetz schützte Schwangere und Mütter. Ein Teil der Regelungen ist auch heute noch in Kurdistan in Kraft. Allerdings fehlt die finanzielle Basis, um eine Sozialpolitik abzusichern. Statistisch läßt sich nicht ermitteln, ob Frauentötung, Polygamie und Frauentausch nach dem Aufstand zugenommen haben. Nicht an Parteipolitik gebundene Recherchen und empirische Untersuchungen fehlen. Abgesehen davon ist ein Vergleich mit der Zeit vor dem Aufstand nicht möglich, da im Feuer des Aufstands das eine oder andere Amt geplündert worden oder in Flammen aufgegangen war. Die nicht übersehbare wirtschaftliche Krise und eine damit verbundene Hausfrauisierung sind jedoch nicht wegzureden. Frauenorganisationen diskutieren in Suleimaniya seit geraumer Zeit über einen Entwurf zur Änderung des Personenstandsgesetzes. Ergebnis der Diskussion kann nach Ansicht von BeobachterInnen jedoch nur sein, daß diese Frauenorganisationen die Schranken von Parteipolitik überwinden und in Sachen Frauenrechte enger zusammenarbeiten werden. Tatsächliche Gesetzesänderungen scheinen aussichtslos. Nicht nur deshalb, weil die Regierung von Suleimaniya so wenig Legitimität besitzt wie die der DPK in Erbil, sondern vor allem auch deshalb, weil die PUK damals wie heute nach Bündnispartnern sucht, die über politischen Einfluß und abrufbare militärische Stärke verfügen, wie z.B. tribale und auch religiöse Autoritäten. Abgesehen von diesen traditionellen Autoritäten ist es der Politische Islam, den die PUK als Gefahr für die kurdische Gesellschaft und ihre eigene Macht sieht. Die PUK versucht heute eine direkte Konfrontation mit der Islamischen Bewegung Kurdistans (IBK) zu vermeiden und bezog sie im August '97 mit in ihre Regierung ein. Zum Schrecken linker Intellektueller und verschiedener Frauenorganisationen wurde ein Mitglied der militanten IBK Justizminister. Gegen die erfolgreiche Missionierung von IBK und Islamischer Liga unter den Bewohner/inn/en in den vom irakischen Regime errichteten collective towns und unter der pauperisierenden städtischen Mittelschicht powert die PUK mit dem

Bau eigener Moscheen. Außerdem setzt sie auf Kulturpolitik. So sollen im Fernsehen verstärkt Filme mit Kritik am Politischen Islam gezeigt werden. Den städtischen Frauen sollen Schwimmhallen, Turnhallen und Gartencafés gebaut werden.

Linke KritikerInnen kommentieren diese Politik mit Blick auf Algerien und die Auseinandersetzungen zwischen einer längst entrevolutionierten FLN und dem Politischen Islam mit Verständnis. Die Konfliktlinien, die sich aus der Konfrontation mit dem Politischen Islam sowie mit einer traditionellen Gesellschaft und deren zähen Eliten ergeben und die in einem Spannungsfeld zwischen regionalen und globalen Machtinteressen einerseits und dem kurdischen Eigenständigkeitsbestreben andererseits verlaufen, bedeuten für die südkurdischen Frauen, daß gesellschaftliche Emanzipation noch in weiter Ferne liegt. Kuestan und Haure Gauhar aber sehen die derzeitige Situation, d.h. die Abwesenheit des Bagdader Regimes und die bisher erreichte kurdische Eigenständigkeit, als ein Stück Befreiung und Fortschritt an. Und auf ihre Weise wollen sie Frauen zu mehr Selbstbewußtsein verhelfen.

"Wenn Frauen lernen, sich zu wehren, anstatt sich nur auf den Schutz durch Männer zu verlassen, haben sie auch den Mut, mehr soziale und politische Rechte einzufordern."

Andrea Fischer-Tahir, KAHINA

Bildungs- und Informationszentrum

Naher- und Mittlerer Osten e.V./ Leipzig

Anmerkungen:

1) Arabisches knöchellanges und langärmeliges Männerhemd

2) Mulla Baxtiyar hatte Mitte der 80er Jahre innerhalb der Komala eine illegale marxistische Gruppe (la-i ors) aufgebaut, wurde daraufhin jahrelang unter PUK-Arrest gestellt. la-i ors vereinigte sich später mit der Partei der Werktätigen (Zahmetkêsân). Mulla Baxtiya kandidierte im Mai 1992 für die Partei der Werktätigen und ging schließlich wieder zur PUK zurück. Er gilt als einer der wichtigsten Ideologen der PUK.

3) Die PUK ist Mitglied der Sozialistischen Internationale

4) Frauentausch: Eheform besonders in ländlichen Regionen, bei der zwei Familien zwei Frauen, d.h. oft zwei Männer ihre Schwestern quasi tauschen. Der Brautpreis ist extrem gemindert. Im Falle der Scheidung des einen Paares kann der Mann seine Schwester zurückverlangen.

22. Zwischen Streitsucht und Langeweile. Bündnisgrüne präsentieren sich als regierungswillige Kraft

Bündnisgrüne präsentierten sich in Kassel als regierungswillige Kraft

Autor: A.D./mb. · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:21

Keine beschaulichen Herbsttage, sondern Streit bescherte der Oktober den Bündnisgrünen. Der 1. Entwurf des Bundestagswahlprogramms für 1998, das unter Federführung des Bundesvorstands (BuVo) erarbeitet worden war, ließ die Führungsriege der Realos in Rage geraten.

Der Monat November brachte dann allgemeine Zufriedenheit. Auf der Bundesversammlung in Kassel (14.-16.11.) stand Sachpolitik im Vordergrund - und vor allem das Bemühen, sich als zukünftige Regierungspartei im Bund zu profilieren.

"Das Wahlprogramm '98 wird vielleicht das wichtigste in der Geschichte der Partei. Zum ersten Mal besteht die reale Chance, die Ausgangsbasis für die Beteiligung an einer Regierungskoalition auf Bundesebene zu definieren", so umriß Gunda Röstel, die Speerspitze der Realos im BuVo, die Bedeutung, die dem Papier in der Partei beigemessen wird. (schrägstrich, 11-12/97) Was Joschka Fischer auf der Kasseler Bundesversammlung als "Fehlstart" bezeichnete, die heftige Diskussion um das Wahlprogramm, entzündete sich vor allem am Abschnitt zur Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch an einzelne Passagen im wirtschaftspolitischen Teil.

Die Realos schäumten, daß sei ein "Regierungsverhinderungsprogramm". Fischer prophezeite einen "Absturz", falls die Partei bei diesem Programm bliebe. "Dabei stand im Entwurf des Programms nur", formulierte der Spiegel genüßlich, "was eigentlich schon immer in grünen Wahlprogrammen stand, und sogar milder als früher: daß die Nato irgendwann einmal aufgelöst und der Benzinpreis verdreifacht werden müsse ... Projekte, die im Realo-Deutsch als ‚die ganze alte Hamburger K-Gruppen-Scheiße` geführt werde." (Spiegel, 46/97)

Bekanntlich sind Vertreter aus "alten Hamburger K-Gruppen" nicht mehr sehr zahlreich bei den Bündnisgrünen vertreten. Vielleicht deshalb reichen heute schon allgemeine Aussagen wie die, die Kohl-Regierung "predigt - einer Sekte gleich - den Kapitalismus als Erfüllung der Geschichte", daß die Realos empört aufschreien, das seien "Klassenkampfparolen", und solche hätten im grünen Programm nichts zu suchen.

Gleiches gilt nach ihrer Meinung auch für Forderungen, die Vermögenssteuer in einer Höhe von 1 Prozentpunkt wieder einzuführen und den Steuersatz für Vermögen über zwei Millionen Mark nach einem progressiven Tarif bis zu 2,5 Prozent zu erhöhen. Der in der Vergangenheit schon des öfteren mit schwarz-grünen Ambitionen in Erscheinung getretene Fritz Kuhn, Fraktionschef der baden-württembergischen Grünen, ereiferte sich: "Dieses Programm mit seinem linken Verbalradikalismus lasse ich mir nicht bieten. Wenn wir den Wirtschafts- und Finanzpolitischen Teil umsetzten, kommt es zur größten Kapitalflucht aller Zeiten." (Focus, 20.10.97) Und die mit ihrem Steuerreformkonzept zu everybody's darling avancierte Christine Scheel, finanzpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, ergänzte: "In der Partei tummeln sich leider immer noch zu viele Traumtänzer, die selbstverliebt auf der grünen Linie der 80er Jahre verharren - anstatt auch einmal den Wirtschaftsexperten der 90er zuzuhören." (ebd.)

Selbst die Forderung einer Benzinpreiserhöhung - eigentlich das grüne Essential - auf knapp 5 Mark innerhalb von acht Jahren war umstritten. Nachdem Joschka Fischer aber überraschend in dieser Frage Unterstützung für den Programmentwurf signalisierte, war kein Wort mehr in dieser Sache zu hören.

Der "Maximo Leader" der Partei will hier nämlich "einen kräftigen Kontrapunkt" gegen den potentiellen Spitzenkandidaten der SPD, Gerhard Schröder, setzen, "dem bereits zwanzig Pfennig, die die CDU gefordert hat, zuviel sind". (taz, 30.10.97)

Prüfstein Außenpolitik

Auch wenn Ludger Volmer beschwor: "Wir kommen ja schließlich aus der Friedensbewegung, deshalb haben wir unsere Identität auch im außenpolitischen Bereich" (Spiegel, 44/97) - spätestens seitdem die Mehrheit der Bundestagsfraktion den Bundeswehreinsatz in Bosnien unterstützte, besteht diese "Identität" nicht mehr in konsequentem Antimilitarismus bzw. Pazifismus.

Im Wahlprogramm sind mehrere Punkte umstritten: die Halbierung der Bundeswehr auf 150.000 Soldaten innerhalb von vier Jahren; langfristig die Abschaffung der Armee und der NATO; das Nein zur Osterweiterung der NATO.

Fischer machte klar, um was es im Kern geht: "Wenn wir nicht bereit sind, als Regierungspartei zu den vertraglichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland nach Geist und Buchstabe zu stehen, - und dazu gehört die NATO -, dann sollten wir das Regieren besser lassen." (taz, 30.10.97) Schon wurde in der NATO-Frage ein fauler Kompromiß geschlossen. Mittlerweile heißt es nicht mehr, die NATO solle "aufgelöst" werden; jetzt soll sie "durch ein System der kollektiven Sicherheit abgelöst" werden. (taz, 17.11.97)

Schon kurz nach den ersten hitzigen Reaktionen der Realos hatte Jürgen Trittin eingelenkt und die innerparteiliche Irritation um den Programmentwurf der "Schnelle der Schlußredaktion" zugeschrieben. Daraufhin setzten Realos und Parteilinke alles daran, die Wogen zu glätten. Für eine "Versachlichung der Debatte" trat Gunda Röstel ein. (taz, 29.10.97) "Auf keinen Fall", so Fritz Kuhn, "dürfen auf dem Parteitag im März, auf dem das Parteiprogramm verabschiedet wird, zwei Züge aufeinander zurasen." (Spiegel, 44/97) Alle Seiten müßten noch vor der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Kassel klärende Gespräche führen, regte Kerstin Müller an. So geschah es auch. Noch vor der Bundesversammlung in Kassel setzten sich Bundestagsfraktion und Bundesvorstand zusammen.

Die Reihen geschlossen

Als sei das alles nicht bekannt, wurde in den Medien allenthalben der Eindruck erweckt, als sei in Kassel der showdown zwischen Realos und Parteilinken zu erwarten. Vor allem ein Duell zwischen Fischer und Trittin wurde herbeigeschrieben. Nichts hätten die Medien lieber gesehen als die Fortsetzung des Streits auf der Bundesversammlung. Statt dessen wurde in Kassel der innerparteiliche Schulterschluß geprobt und sachpolitische Profilierung betrieben. Brav teilte Joschka Fischer in seiner umjubelten Rede gegen die Bundesregierung und die SPD aus. Da fehlten weder der Hinweis, daß seine Partei schließlich aus der Gegnerschaft zum damaligen SPD-Kanzler Helmut Schmidt entstanden sei, noch hämische Worte über Lafontaine und Schröder. Zur innerparteilichen Programmdebatte schlug er versöhnliche Töne an. Die Basis dankte dieses Bemühen um Integration mit standing ovations - ein Novum auf grünen Parteitagen.

Was Fischer zum Programm sagte, war doppelbödig. Zwar gestand er eigenes Fehlverhalten bei der Diskussion in den vorangegangenen Wochen ein, aber inhaltlich nahm er nichts zurück: "Mit der Außenpolitik können wir die Wahl nicht gewinnen. Aber wir können sie wegen der Außenpolitik verlieren." Eine rot-grüne Koalition in Bonn werde kein Zuckerlecken, warnte er die Basis und machte sie darauf aufmerksam, daß ein solches Bündnis viel Kompromißbereitschaft verlange und Abstriche von Illusionen fordern werde. Denn: "Wir können im Fall von Rot-Grün nicht von einem Sonderparteitag zum anderen laufen."

Zum konfliktlosen Verlauf der BDK trug auch Trittin seinen Teil bei. In seiner Eröffnungsrede stellte er klar, er wolle hier die Partei nicht polarisieren, sondern - ganz bescheiden - nur die zweite Geige spielen. Das tat er dann auch, als er nach Fischer das Podium betrat, um den Antrag des Bundesvorstandes zur sozialen Grundsicherung zu begründen - sehr zur Enttäuschung der anwesenden Journalisten.

Grüner Gestaltungswille

So konnte die Bundesversammlung wieder einmal die neue bündnisgrüne Leidenschaft zur detailverliebten Gestaltungsarbeit unter Beweis stellen. Verabschiedet wurde ein Konzept der sozialen Grundsicherung, das in weiten Teilen nicht dem Vorschlag einer "verschlimmbesserten Sozialhilfe" von Andrea Fischer, sozialpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, folgt. Vielmehr hat sich in Kassel eine linke Variante des grünen Modells durchgesetzt, die maßgeblich von Grünen aus NRW formuliert wurde und als Vorschlag des BuVo zur Abstimmung stand.

Beschlossen wurde, daß zukünftig die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zugunsten einer allgemeinen Grundsicherung ersetzt werden sollen. 800 Mark (plus zehn Prozent für ältere und behinderte Menschen)

sollen demnach deutsche und nicht-deutsche Anspruchsberechtigte bekommen, zuzüglich der Übernahme der Wohnkosten. Jedem weiteren Haushaltsmitglied stehen 560 Mark zu. Konkret heißt das, Grundsicherung sollen alle bekommen, deren Einkommen und Vermögen unter dem festgesetzten Existenzminimum liegen (also u.a. auch Bezieher niedriger Renten), alle erwerbsfähigen Bezieher werden in die Arbeitsförderung der Arbeitsämter einbezogen, die Miete wird im Prinzip in voller Höhe übernommen, das Lohnabstandsgebot gestrichen. Der Antrag des BuVo war im Grundsatz unumstritten, zumal die Realo-Forderung einer Arbeitspflicht für Grundsicherungsempfänger nicht Teil des Leitantrags war.

In der Arbeitsmarktpolitik hatte sich schon im Vorfeld der BDK ein Konflikt zwischen der zu den Realos zählenden Bundestagsabgeordneten Marie-Luise Beck und ihrer linken Kollegin Annelie Buntenbach abgezeichnet. Frau Beck forderte den Abschied vom Ziel der Vollbeschäftigung und verlangte statt dessen weitgehende Flexibilisierungsmaßnahmen. Ihre Kontrahentin trat hingegen für einen "neuen Typ von Vollbeschäftigung" ein, der die "existenzsichernde Teilhabe" an Arbeit für alle gewährleisten soll. Um dies zu ermöglichen, sei die gezielte öffentliche Förderung ökologisch und sozial sinnvoller Arbeit notwendig.

Auf der BDK wurde nun ein Kompromiß zwischen den Vorstellungen von Beck und Buntenbach beschlossen. "Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in Verknüpfung mit dem ökologischen Umbau" wurde als Leitlinie festgelegt, dabei wird am Ziel der Vollbeschäftigung festgehalten. Wegen den vielfältiger und individueller werdenden Erwerbsbiographien müsse diese aber neu definiert werden. Mittel hierfür seien Umverteilung und Neudefinition von Arbeit, Arbeitschaffen durch die Verzahnung von Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, eine "ökologische Innovationsoffensive" und "aktive Arbeitsmarktpolitik". Wo die Vorstellungen der Grünen konkretisiert wurden, fällt auf, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen weniger neue Rahmenbedingungen setzen, als sich zunehmend an die Marktbedingungen anschmiegen.

Europa: Schluß mit lustig

Die zelebrierte Parteitagsharmonie verlor etwas an Glanz, als die europapolitischen Tagesordnungspunkte aufgerufen wurden. Bei der Frage, wie die Bündnisgrünen bei der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages abstimmen sollen, konnte - nach intensiven nächtlichen Verhandlungen - am Sonntag doch noch ein Kompromiß gefunden werden. Für die Parteilinken hatte Claudia Roth den Amsterdamer Vertrag grundlegend kritisiert. Mit ihm würde es nicht - wie angekündigt - zu einem Ausbau der Demokratie in Europa kommen. Ganz im Gegenteil, so Roth, hinter den schönen Fassaden unverbindlicher Absichtserklärungen würden die Mauern der Festung Europa aufgestockt und die EU nach innen wie nach außen aufgerüstet. Die Ablehnung des Amsterdamer Vertrages wurde allerdings auf Druck der Realos verwässert, die Nachverhandlungen im Rahmen eines "erweiterten konstitutionellen Prozesses" forderten. Durch solche Nachverhandlungen sollen insbesondere die parlamentarische Kompetenz und die Bürgerrechte ausgebaut werden.

In der Beurteilung der EURO-Einführung war in Kassel kein Kompromiß möglich. Der BDK lagen drei Anträge vor. Daniel Cohn-Bendit empfahl ein emphatisches Ja zum EURO. Vor dem Hintergrund der von Deutschland entfachten Weltkriege komme dies einer antifaschistischen Tat gleich. Das vom BuVo vorgelegte Kompromißpapier unterschied sich von dem Realo-Antrag durch eine deutlich formulierte Kritik an den Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrags. Bei ihnen müsse es aber nicht bleiben. Vielmehr sei es, so Trittin für den BuVo, möglich, die Währungsunion im Sinne einer ökologischen Nachhaltigkeit und einer europäischen Beschäftigungspolitik zu flankieren. Um diese sozial-ökologische Reformperspektive nicht zu verhindern, sei ein grünes Ja zur fristgerechten Einführung des EURO notwendig.

Überraschend konnte sich in einer Kampfabstimmung der Antrag der Parteilinken durchsetzen, der von Frieder Otto Wolf eingebracht worden war. Hoffnungsfroh wurde darin die Erwartung formuliert, daß sich mit der neuen rot-rot-grünen Regierung Frankreichs doch noch eine sozialökologisch verträgliche Einführung des EURO realisieren ließe. Der entscheidende Unterschied zum BuVo-Antrag lag darin, offenzulassen, wie sich die Grünen verhalten, falls die in die Regierung Jospin gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt werden.

Zittert die Bourgeosie?

Da haben sich die Bündnisgrünen nun alle Mühe gegeben, ihre Regierungsfähigkeit zu beweisen. Auch Jürgen Trittin: "Wir haben keine Diskussion über die Regierungsfähigkeit mehr nötig. Wir regieren in vielen Kommunen und in fünf Bundesländern. Und wir regieren besser als die meisten anderen" - die FAZ, das Hausblatt der Bourgeoisie, war auch dadurch nicht zu überzeugen. Oder vielleicht doch? Zwar versucht die FAZ, einen

Widerspruch zwischen grüner Basis und den Funktionären der Partei zu konstruieren, doch das wirkt gezwungen: "Die Grünen, alle Grünen, nicht nur die Bonner Spitzenpolitiker, sollten sich überlegen, ob sie wirklich regieren wollen und können oder ob sie sich nicht lieber noch eine Weile etwas vormachen. Gemütlicher ist das letztere. Fischer, Trittin, aber auch amtierende Landesminister wie Höhn und Vesper in Nordrhein-Westfalen wissen, wieviel Kohle man schlucken muß, wenn man auf der Regierungsbank sitzt ... Als die Delegierten in Kassel Fischer, dem fleischgewordenen Regierungsanspruch, zujubelten zum Zeichen, daß sie mitmachen wollen, wußten sie gar nicht, was sie taten." (FAZ, 17.11.97)

Vorsicht ist angebracht, wenn die FAZ wohlmeinende Ratschläge gibt und auf einmal das mündige Parteimitglied entdeckt, wo sie ansonsten doch auf politische Teilhabe und Mitsprache einen feuchten Kehricht gibt. Warum die FAZ solche Töne anschlägt, verwundert. So wie sich die Grünen in Kassel präsentiert haben, muß das Kapital keine Befürchtungen haben. Von ihnen ist nicht mehr zu erwarten als ein marktkonformes Modernisierungsprojekt. Dabei - das sollte nicht vergessen werden - ist es durchaus offen, ob es eher in eine neoliberale Variante umkippt oder Möglichkeiten öffnet, die im Interesse der von der kapitalitischen Umstrukturierung Betroffenen genutzt werden könnten.

A.D./mb., Berlin, 12.12.97

23. "Verlorner Posten im Freiheitskriege". Zum 200. Geburtstag Heinrich Heines

Autor: ef. · Rubrik: Geschichte; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:23

"Wer sich an das bloße Wort hält, dem wird es leicht werden, in meinen Bereichen eine Menge von Widersprüchen und Leichtsinnigkeiten oder gar einen Mangel an ehrlichem Willen herauszuklauben; wer aber den Geist meiner Mitteilungen auffaßt, wird die strengste Einheit der Ansichten, eine unwandelbare Liebe für die Sache der Menschheit und ein Beharren in meinen demokratischen Grundsätzen, überall erblicken."

(Vorrede zur Lutezia)

Seit seinen Lebzeiten bis vor wenigen Jahren gab es Streit um Heine. Er wurde angefeindet und politisch verfolgt; seine Schriften waren ständig der Zensur unterworfen. Seine Angriffslust und sein Spott gegen den Untertanengeist stellten eine einzigartige Provokation dar. Für den bekannten nationalliberalen Historiker Treitschke war Heine ein "undeutscher und unselbständiger Schöpfer eines krankhaften Zwitterstils zwischen Poesie und Prosa." Während des Nationalsozialismus durfte seine Loreley nur unter Verschweigen des Autorennamens gedruckt werden. Und bis vor wenigen Jahren stritt man sich darüber, ob "Heinrich Heine" ein passender Name für die Düsseldorfer Universität sei.

Heine heute

Heute ist er ein "toter Hund", seine Schriften werden nur noch als Steinbruch für Zitate verwendet. Man läßt sich sein Nest nicht mehr von einem Heine beschmutzen. Seine traditionelle Rolle "als Pfahl in unserem Fleische" (Franz Sandvoß) scheint ausgespielt. Selbst das Auto-Korrektur-Programm meines Computers kapituliert vor dem Namen "Heine". Mit stoischer Gelassenheit verwandelt es regelmäßig "Heine" in "Heinz". Und Lothar Beier ist uneingeschränkt recht zu geben, wenn er von einem "vergleichsweise spröden Heine-Jahr" spricht. Die Feuilletons spulen bemüht ihr Pflichtprogramm runter. Rudolf Augstein (Spiegel vom 1.12.97) verweist genüßlich auf Heines Bettgeschichten. Er erinnert an die Auseinandersetzungen mit dem schwulen klerikal-konservativen Dichter Platen einerseits und mit Ludwig Börne andererseits. Auseinandersetzungen, die von Heine in der Tat unterhalb der Gürtellinie geführt wurden, wenn er z.B. die "menage a troys" Börnes mit Jeanette Wohl und ihrem Mann genüßlich als "entweihte Ehe" denunzierte. Aber über die Hintergründe erfährt man bei Augstein wenig. Ihm gelingt es sogar, Heine als deutschen Dichter ("Er war ein deutscher Dichter") zu reklamieren, ohne zu erwähnen, daß dessen Kritik an der bei den deutschen Intellektuellen damals grassierenden Germanomanie kaum schärfer ausfallen konnte.

Auf dem Büchermarkt sieht die Lage nicht viel besser aus. Allenfalls das voluminöse Werk "Der Zweck des Lebens ist das Leben selbst. Heinrich Heine" von Jan-Christoph Hauschild und Michael Werner (Kiepenheuer und Witsch) ist zu erwähnen. Ansonsten überwiegen Aphorismen-Sammlungen, etwa die bei der Büchergilde Gutenberg erschienene Sprüchesammlung "Heinrich Heine: Mit scharfer Zunge. 999 Aperçus und Bonmots." Wer immer einen guten Spruch auf Lager haben will, der ist hier gut bedient.

Dabei handelt es sich bei Heinrich Heine m.E. um den wichtigsten deutschsprachigen Schriftsteller des 19. Jahrhunderts, der ein Werk voller Brillanz hinterlassen hat. Ein Werk, das noch heute vielfach durch seine Dichte, Tiefenschärfe und Weitsicht fasziniert. Heine war von seinen hellseherischen Fähigkeiten überzeugt. Liest man seine Werke, wäre man fast geneigt, das zu glauben (s. Kasten). Aber Heine ist auch ein Autor, der ständig zum Widerspruch herausfordert. Er gilt als der Prototyp des zerrissenen Menschen. "Zerrissenheit" wurde vor allem durch Heine selbst zu einem Modewort der jungdeutschen Bewegung. Detlef Claussen sieht in ihm den Inbegriff des "unglücklichen Bewußtseins".

Zerrissenes Leben

Die Rahmendaten sind schnell erzählt. Heine wurde am 13. Dezember 1797 als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Düsseldorf geboren. Eine Banklehre in Hamburg im Bankhaus seines Onkels und Geldgebers Salomon Heine und ein Jura-Studium verliefen erfolglos. Aufgrund der gescheiterten Judenemanzipation sah er sich - wie so viele andere jüdische Intellektuelle - 1825 genötigt, zum Christentum überzutreten (siehe hierzu auch ak 205, "Antisemitismus in der Romantik"). Vor allem die Veröffentlichung seines "Buch(s) der Lieder" im Jahre 1827 machte ihn mit einem Schlag bekannt. Er wurde zum Vorbild der

jungen Generation. Die politische Verfolgung, die wegen der Zensur eingeschränkten Arbeitsmöglichkeiten und die Faszination, die die französische Juli-Revolution von 1830 auf ihn ausübte, veranlaßten Heine, 1831 nach Paris überzusiedeln. 1840 veröffentlichte er "Ludwig Börne. Eine Denkschrift".

1843 bricht Heine zu seiner ersten Deutschland-Reise seit seinem Weggang ins Pariser Exil auf. Er beginnt mit seiner Arbeit an "Deutschland. Ein Wintermärchen". Im selben Jahr lernt er auch Karl Marx kennen. Lähmungserscheinungen machen sich in den folgenden Jahren immer stärker bemerkbar. Ab Mai 1848 kann Heine nicht mehr ausgehen. Die letzten acht Jahre bis zu seinem Tod am 17. Februar 1856 verbringt er schwerkrank in seiner "Matratzengruft". Trotz größter körperlicher Leiden ist seine schriftstellerische Produktivität bis zuletzt ungebrochen.

Heine als Schriftsteller

Heine lebte in einer Umbruchsituation. Dies galt in mehrfacher Hinsicht. Der Kapitalismus und seine Marktgesetze durchdrangen immer größere Bereiche des Alltagslebens. Die ständisch-feudalistische Wirtschaftsordnung befand sich auf dem Rückzug. Politisch fanden diese Veränderungen aber keine Entsprechung. Die in der Heiligen Allianz des Wiener Kongresses triumphierenden absolutistischen Kräfte konnten sich politisch gegenüber dem Liberalismus und erst recht gegen den Republikanismus durchsetzen.

Die Tode Beethovens (1827), Hegels (1831) und Goethes (1832) markierten auch geistesgeschichtlich eine Zäsur. Die vorausgehenden Jahrzehnte waren durch das Spannungsfeld von klassizistisch-humanistischen Idealen ("Alle Menschen werden Brüder") und romantischem Denken geprägt. Scharfsinnig erkannten viele Romantiker, daß die Wolfsgesetze des kapitalistischen Marktes die gesellschaftlichen Verhältnisse umwälzten. Sie versuchten vor diesen Entwicklungen zu flüchten, indem sie ihre Wünsche und Hoffnungen von einer heilen Gesellschaft rückwärts auf ein von ihnen selbst konstruiertes Bild vom Mittelalter warfen, in dem das deutsche Volk angeblich noch nicht zerrissen, sondern mit sich selbst identisch war.

Für Heine gab es dieses Entweder-oder nicht. Er leugnete die Leistungen eines Goethe oder Lessing keinesfalls. Ein ungebrochenes Anknüpfen an die Traditionen der Aufklärung war ihm jedoch nicht mehr möglich. Für ihn war klar, daß man die bürgerliche Ordnung, wie noch von der Aufklärung propagiert, uneingeschränkt nicht mit dem Reich der Vernunft gleichsetzen kann, weil sie sich immer mehr als das Reich des Profits darstellte. Auch den Lebenstraum der Romantiker hat er nie geträumt, sondern deren Mythen und Illusionen gnadenlos aufgedeckt. Dabei bediente er sich vielfach der Stilmittel des traditionellen Volksliedes und der romantischen Lyrik, um diese dann mit zahlreichen - oft ironischen - Elementen zu brechen.

Heine verweigerte sich literarisch in jeder Hinsicht der Tradition. Wollten die Romantiker den Widerspruch zwischen Wirklichkeit und Poesie zugunsten der letzteren auflösen, so wollte Heine sich gerade diesem Widerspruch aussetzen. An Heine kann man den Beginn der literarischen Moderne festmachen. Er repräsentiert einen neuen Schriftstellertypus, den des Berufsschriftstellers. Die materielle Voraussetzung dafür liefert der "Strukturwandel der Öffentlichkeit", der sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzog. Das Entstehen zahlreicher Zeitungen ermöglichte den Schriftstellern gewisse Freiräume. Begleitet war dies von der Neubestimmung der politisch-sozialen Rolle des Zeitschriftstellers, der im Gegensatz zum "Dichter" des klassisch-humanistischen und romantischen Zeitalters sich nun selbst die Aufgabe stellte, die Zeitinteressen zu erkennen und den Fortschritt zu befördern. Vor allem die Vertreter des "Jungen Deutschland" - neben Heine zählen dazu vor allem noch Wienbarg, Mundt, Gutzkow, Laube und Immermann - versuchten die neuen Möglichkeiten des Pressewesens zu nutzen. Dabei bedienten sie sich oft neuer Stilmittel (z.B. das Essay), mit denen sie die Prosa von ihren klassischen Formen befreien wollten.

Auch Heine wies seiner Tätigkeit als Berufsschriftsteller eine wichtige öffentliche Funktion zu, die er je nach Gelegenheit als "Sprechamt", "Öffentliches Tribunat" oder als "Prophetenamt" bezeichnete. Als Heine 1831 nach Paris übersiedelte, geschah dies nicht überstürzt, sondern er tat dies als Auslandskorrespondent einer großen deutschen Zeitung.

Judentum und Napoleonismus

Heine gehörte der ersten jüdischen Generation in Deutschland an, die nicht mehr vom Ghetto geprägt war. Der jüdische Ritus und die jüdische Tradition übten auf ihn keinerlei Anziehungskraft aus. Er war gewillt, sich in die bürgerliche Gesellschaft zu integrieren und sich zu akkulturieren. Die progressive Judengesetzgebung war für

Heine vor allem das Werk eines Mannes: Napoleons. In ihm sah er denjenigen, der die Juden aus den Ghettos befreit hatte. Für die lebenslange Verehrung Napoleons ist hier neben Hegels Geschichtsphilosophie und dem Saint-Simonismus (s.u.) eine materielle Grundlage zu suchen.

Napoleon war für ihn nie, wie für den Großteil der deutschen Intellektuellen, der Eroberer und Unterdrücker, sondern immer der legitime Erbe der französischen Revolution, der personifizierte "Weltgeist zu Pferde", wie Hegel Napoleon bei seinem Einmarsch in Berlin bezeichnete. Die Napoleon-Schwärmerei kannte für Heine keine Grenzen: Er war für ihn die "menschgewordene Revolution", der "weltliche Heiland": "Napoleon - er war nicht von jenem Holz, woraus man die Könige macht, - er war von jenem Marmor, aus dem man die Götter macht", schrieb Heine. Napoleon verkörperte für ihn den Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit: Napoleon, der neue Messias und Paris das neue säkularisierte Jerusalem, in dem die neue Religion der Freiheit verkündet und verwirklicht wird. Bei der Bewunderung des Korsen ging es ihm nicht unbedingt um dessen konkrete Taten, sondern um das, was er repräsentierte. "Ich preise nie die Tat, sondern nur den menschlichen Geist." Und Napoleons Geist, das waren für ihn "die Interessen der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderschaft, der Wahrheit und der Vernunft, welche zu Waterloo die Schlacht verloren", während "servile Knechtschaft und die Lüge triumphierten." Zu recht sah er in dem patriotischen Enthusiasmus, der mit "allerhöchster Bewilligung" beim Tode Napoleons in Deutschland emporbrandete, die Vorboten einer unheilvollen Deutschtümelei.

Kampf dem deutsch- tümelnden Ureichelfraßtum

Zeit seines Lebens galt Heines publizistischer Kampf der Deutschtümelei und dem Nationalismus. In der Germanomanie eines Fichte, Arndt oder des Turnvater Jahn sah er einen Rückfall hinter bereits erreichte aufklärerische Positionen. "In dem vielseitigen, kosmopolitischen Deutschland, in dem Lande, das die Humanität am ersten und tiefsten gefühlt hat, just da entstand eine schwarze Sekte, die von Deutschtum, Volkstum und Ureichelfraßtum (Heine macht sich hier über die romantische Wald- und Naturmythologie lustig, für die die Eiche als Inbegriff deutscher Kultur galt, Anm. ef.) die närrischsten Träume ausheckte und durch noch närrerische Mittel auszuführen gedachte." Er wandte sich damit gegen die altdeutsche Bewegung des Turnvater Jahn, die sich in dunkle altdeutsche Tracht kleidete, um damit ihre Gegnerschaft zu Frankreich und dem bunten "welschen Tand" zu demonstrieren.

Heine wußte auch, daß sich die Deutschtümelei nicht nur gegen Frankreich, sondern auch gegen die Juden nach innen richtete. Er wußte, daß ein Jude immer der "nie abzuwaschende Jude" bleibt, selbst wenn er sich taufen ließ. Wie eine Reihe jüdischer Intellektueller, etwa Börne oder Eduard Gans, der Nachfolger auf dem Hegel-Lehrstuhl, trat auch Heine 1825 zum Christentum über; nicht aus Überzeugung, sondern weil angesichts der Rücknahme der fortschrittlichen Judendekrete die Taufe das "Entreebillett zur europäischen Kultur" darstellte.

Heine begreift als einer der allerersten, daß mit der Romantik ein Formwandel des Antisemitismus stattgefunden hat: weg vom althergebrachten religiösen Antijudaismus, hin zu einem rassisch-biologisch argumentierenden Antisemitismus (s. dazu ausführlich ak 205). Heine spürte frühzeitig, daß der Eintritt der Juden in die bürgerliche Gesellschaft mißglückt war. Ein Eintritt ohne Anerkennung, ein Eintritt, dem ein politischer Unterwerfungsakt vorausgeht in Form des Assimilationszwanges; d.h. es bestand der Zwang, Christ zu werden, um Deutscher werden zu können.

Und Heine wußte schließlich auch, daß der Judenhaß in Deutschland eine breite Basis hatte; dies machte ihm einen unhinterfragt positiven Bezug auf das Volk und die nationalrevolutionäre Opposition nicht möglich. Prägend waren für ihn die antijüdischen Hep-Hep-Bewegungen von 1819 (siehe ak 405) und vor allem das Wartburgfest von 1817. Dort war neben dem napoleonischen Code civil das Buch Germanomanie des jüdischen Schriftstellers Saul Ascher mit den Worten: "Wehe über die Juden, so da festhalten an ihrem Judentum und wollen über unser Volkstum und Deutschtum schmähen und spotten", verbrannt worden. Heines Verse im Almansor von 1820: "Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen", lesen sich als prophetische Vorwegnahme der zukünftigen Entwicklung. Seine Erfahrungen faßte er in folgenden Worten zusammen: "Obschon ich aber in England ein Radikaler und in Italien ein Carbonari (politischer Geheimbund, entstanden um 1807, dessen Ziele die Unabhängigkeit Italiens und eine liberale Verfassung waren, Anm. ef.) bin, gehöre ich doch nicht zu den Demagogen in Deutschland, aus dem zufälligen und geringfügigen Grunde, daß bei einem Siege dieser letzteren einige tausend jüdische Hälse, und just die besten, abgeschnitten werden."

Heine haßte die Nationalisten, "die nur Rasse und Vollblut und dergleichen Roßkammgedanken (Blödsinn, Unsinn, Anm. ef.) im Kopf tragen." Er sah, wohin diese Blut-und-Boden-Mystik der Nationalisten führte. "Sie können genau den Abstammungsgrad bestimmen, der dazu gehörte, um bei der neuen Ordnung der Dinge aus dem Weg geräumt zu werden." Der Haß auf die Germanomanen bedeutete aber nicht, daß er Deutschland gehaßt hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Er litt oft an seinem politischen und sprachlichen Exil. Nur im Exil weiß man, was Vaterlandsliebe ist, "mit all ihren süßen Schrecken und Kümmernissen." Er sehnte sich nach der Möglichkeit, wieder Deutschland besuchen zu können. "Muß wieder atmen deutsche Luft, damit ich nicht ersticke."

Heine glaubte nicht, daß sich die verarmte Bevölkerung automatisch den Fortschrittlichen anschließen würde. Im Gegenteil. Die Deutschtümler haben nach Heine "jene mächtigen Formeln", womit man "den rohen Pöbel beschwört, die Worte: ‚Vaterland, Deutschland, Glaube der Väter usw.` elektrisieren die Volksmassen noch immer weit sicherer als die Worte: ‚Menschheit, Weltbürgertum, Vernunft der Söhne, Wahrheit`...!"

Sein Verhältnis zu den "Volksmassen" ist äußerst ambivalent. Selbstverständlich sieht er die Notwendigkeit der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die von der Bevölkerung getragen werden muß. Gleichzeitig hat er eine große Furcht "vor dem Greuel einer Proletarierherrschaft". Heine war es unbegreiflich, daß Börne es liebte, "die schlimmsten Mistdüfte einzuschnaufen und sich im plebejischen Kot zu wälzen." Bei ihm ist eine regelrechte körperliche Aversion gegen einen all zu engen Kontakt mit der Bevölkerung zu spüren: "Ich würde mir die Hand waschen, wenn mich das souveräne Volk mit seinem Händedruck beehrt hätte." Unter den gegebenen Umständen war das Volk für Heine nicht in der Lage, sich selbst zu regieren. Es bestand vielmehr die Gefahr, daß es sich zu einem bösen, grausamen und häßlichen Tyrannen entwickelt. Genauso, wie nicht jeder zum Schriftsteller bestimmt ist, ist nicht jeder zum Regieren in der Lage. Eine Umwälzung benötigt deshalb für Heine einen charismatischen Führer, der sich selbstlos an die Spitze der Volksmassen setzt.

Das theoretische Fundament für diese Position ist Heines Saint-Simonismus. Der Saint-Simonismus war vor allem nach der Juli-Revolution von 1830 in Frankreich eine bedeutende politische Bewegung. Nach seiner Übersiedlung nach Paris machte sich Heine viele saint-simonistische Ideen zu eigen. Der Saint-Simonismus wollte eine Rangordnung des Talents, der Leistung und des Verdienstes; er verstand sich als pantheistische Genußreligion; an der Spitze des Gemeinwesens soll ein genialer Mann stehen, der sich mit seiner ganzen Autorität in den Dienst des Fortschritts stellt. Heine sehnte sich einen neuen Messias herbei, der aber nun nicht mehr - wie sein historisches Vorbild - "auf einem Esel, sondern auf einem Dampfwagen seinen segensreichen Einzug halten wird."

Gerade in Deutschland vermißte er einen solchen genialen Mann wie Napoleon oder solche "Bergprediger", wie sie die französische Revolution mit Saint Just oder Robespierre hatte, die Heine bewunderte, auch wenn er deren Massenhinrichtungen verachtete. Nur einmal konnte er sich für einen deutschen Oppositionellen begeistern: für Ferdinand Lassalle, dem späteren Begründer des ADAV (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein), eine der Vorläuferorganisationen der Sozialdemokratischen Partei. Er war für Heine der ersehnte neue Messias. Seine Mischung aus Bonapartismus und Aristokratismus, die sich in der "Diktatur der Einsicht" verbanden, faszinierte Heine.

Nach Walter Grab handelt es sich beim Saint-Simonismus um eine sozial-aristokratische Staatsauffassung, um eine Meritokratie der Tüchtigen und Talentierten. Diese Meritokratie ist aber nur legitim, wenn sie sich ihrer sozialen Verantwortung bewußt ist und dementsprechend handelt. Der Staat muß seiner Verpflichtung gegenüber den Schwachen nachkommen.

Gerade das aber leistet der real existierende Staat nach Heine nicht. Er kommt der berechtigten Forderung nach materiellem Wohlergehen für alle nicht nach. Heine war neben Büchner der erste, der die sozialen Dimensionen des hereinbrechenden kapitalistischen Zeitalters erkannte. Bereits im Trauerspiel William Ratcliff von 1823 brodelt bei ihm "die große Suppenfrage". Tom, einer der Protagonisten des Stückes, teilte die Menschen "in zwei Nationen, die sich wild bekriegen; nämlich in Satte und in Hungerleider". Nur wenn das Volk nicht mehr Hunger leidet, ist auch eine politische Emanzipation möglich, denn "seine Bosheit kommt vom Hunger."

Das bekannteste Gedicht gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist sicherlich Heines Werk Die schlesischen Weber. Hintergrund war ein Hungeraufstand in Langenbielau und Peterswaldau im Jahre 1844. Der dreifache

Fluch, den die Weber in Deutschlands Leichentuch weben, bezieht sich auf die Losung "Mit Gott für König und Vaterland", mit dem die Bevölkerung in den anti-napoleonischen "Befreiungskriegen" mobilisiert wurde:

Im düstern Auge keine Träne,

Sie sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne:

Deutschland, wir weben dein Leichentuch,

Wir weben hinein den dreifachen Fluch -

Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten

In Winterskälte und Hungersnöten;

Wir haben vergebens gehofft und geharrt,

er hat uns geäfft und gefoppt und genarrt -

Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,

den unser Elend nicht konnte erweichen,

der den letzten Groschen von uns erpreßt

Und uns wie Hunde erschießen läßt -

Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem falschen Vaterlande,

Wo nur gedeihen Schmach und Schande,

Wo jede Blume früh geknickt,

Wo Fäulnis und Moder den Wurm erquickt Wir weben, wir weben!

Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht,

Wir weben emsig Tag und Nacht

Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch,

Wir weben hinein den dreifachen Fluch

Wir weben, wir weben!

Heines Weigerung, allzu große Hoffnungen in die verarmte Bevölkerung oder die diversen Oppositionsgruppen zu setzen, traf sich z.T. durchaus mit Marx, der 1852 die Haltung vieler Oppositioneller folgendermaßen kritisierte: "Während wir die deutschen Arbeiter speziell auf die unterentwickelte Gestalt des deutschen Proletariats hinweisen, schmeichelt ihr aufs plumpste dem Nationalgefühl und dem Standesvorurteil der deutschen Handwerker, was allerdings populärer ist. Wie von den Demokraten das Wort Volk zu einem heiligen Wesen gemacht wird, so von Euch das Wort Proletariat." (MEW 8, S. 412f.)

Heine und die fortschrittliche Opposition

Heine schließt sich niemals einer oppositionellen Strömung an. Im Gegenteil: Er wahrt Distanz und kritisiert deren politische Illusionen aufs schärfste. Dies gilt sowohl für die Hambacher Schloß-Bewegung, für die Opposition des Vormärz als auch für die Protagonisten der Revolution von 1848.

Die 20er Jahre empfand Heine als Jahre voller "bleierner Langeweile". Die reaktionären Karlsbader Beschlüsse von 1819 hatten ihre Wirkung nicht verfehlt. Nichts als "Stagnation, Lethargie und Gähnen." In diesen Jahren war der deutsche Michel in einen Riesenschlaf verfallen, aus dem ihn selbst der

Kanonendonner der französischen Julirevolution - für Heine ein Ereignis, das "unsere Zeit gleichsam in zwei Hälften auseinandersprengt" - nur kurz aufwecken konnte. Während die Franzosen ihre Träume in die Tat umsetzten, gelang den Deutschen dies nur auf der Ebene des Geistes durch die idealistische Philosophie eines Hegel, eines Fichte oder eines Schelling. Auf der Ebene der Realpolitik wurde das Motto "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" treu befolgt.

Gerade in den Jahren nach der Juli-Revolution zeigte sich für Heine die politische Ohnmacht der deutschen Oppositionellen. Den Kreis von deutschen Emigranten, der sich in Paris um Börne gebildet hatte, bezeichnete er als einen Kreis des "politischen Wahnsinns". Die Anführer des Hambacher Festes wie Börne, Wirth oder Siebenpfeiffer waren für ihn nur "kleine Hündchen, die in der Arena umherspringen und sich beißen, während tausende von Zuschauern auf ihren hohen Kreisbänken sitzen und die Ankunft jener Gladiatoren erwarten, die in jener Arena den Todeskampf kämpfen werden."

Hambach war für Heine der letzte Termin, an dem es möglich gewesen wäre, eine allgemeine Umwälzung zu erzielen. "Jene Hambacher Tage waren der letzte Termin, den die Göttin der Freyheit uns gewährte." Aber in Hambach war kein Gladiator dabei. "Wenn man die Menschen ansieht, mit denen eine Revolution gemacht werden soll, so schmilzt einem der Mut." Fassungslos reagiert er, als er erfuhr, warum von Hambach kein Signal zur politischen Tat ausging. Die Mehrheit der Anwesenden stimmte mit der Begründung "man sey nicht kompetent" dagegen. "Oh Schilda, mein Vaterland", war seine sarkastische Reaktion.

In den 40er Jahren, der Hochzeit der politischen Lyrik, kritisiert er den "unfruchtbaren Pathos" oppositioneller Dichter vom Schlage Ferdinand Freiligraths, Hoffmann von Fallerslebens oder Georg Herweghs, die sich mit "Todesverachtung in einen Ozean von Allgemeinheiten" stürzen. Deren Tendenzpoesie schien ihm allzu prosaisch-bombastisch zu sein. Besonders die Rhein-Hysterie von 1840 erweckte bei ihm ungute Gefühle. Die Außenpolitik Frankreichs befand sich damals in der Krise. Dies versuchte man dadurch zu kompensieren, daß man die Grenze zu Deutschland in Frage stellte und die Rheingrenze als natürliche Grenze propagierte. Dies hatte eine Welle national-chauvinistischer Lyrik zur Folge:

"Es braust ein Ruf wie Donnerhall

wie Schwertgeklirr und Wogenprall

Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein

Wer will des Stromes Hüter sein?

Lieb Vaterland magst ruhig sein:

fest steht und treu die Wacht am Rhein."

Neben Max Schreckenburgers "Wacht am Rhein" sei hier noch an Nikolaus Beckers "Der deutsche Rhein" erinnert:

"Sie sollen ihn nicht haben

den freien deutschen Rhein

ob sie wie gier`ge Raben

sich heiser dar`nach schrei`n."

In Heines Deutschland. Ein Wintermärchen werden die bedeutungsschweren Verse sogar dem deutschen Rhein zuviel. In Caput V führt Vater Rhein darüber Klage, wie schwer ihm die Verse von Nikolaus Becker im Magen liegen.

Das Scheitern der 48er Revolution führte er auf subjektive Grunde zurück. Heine warnte davor, zu große Hoffnungen auf die Einsicht der reaktionären Kräfte zu setzen, nur weil sie aus Konzilianz einige Oppositionelle zu Märzministern ernannt hatten. Einen anderen Grund für das Scheitern der 48er Bewegung sieht er darin, daß der deutsche Michel wieder einmal dem "sündenergrauten Geschlecht" der Burschenschaftler und Deutschtümler gefolgt war. Diesen Untertanengeist sowohl der 48er als auch der Hambacher Schloß-Bewegung war ihm nur Hohn und Spott wert:

"Der Deutsche, er wird gemütlich bleiben

Sogar im terroristischen Treiben

der Deutsche wird die Majestät

Behandeln stets mit Pietät",

bemerkt er spöttisch in dem Gedicht "1640-1793-???". Im Gegensatz zu den Engländern und Franzosen, die mit ihren Königen kurzen Prozeß machten, wird dereinst in Deutschland der Monarch noch "untertänigst guillotiniert." Das Volk, im Gedicht in der Person des Kutschers dargestellt, vergießt dabei noch Tränen. An einer anderen Stelle verdeutlicht Heine noch einmal die unterschiedliche Einstellung, die die drei Völker zur Freiheit haben. "Der Engländer liebt die Freiheit wie sein rechtmäßiges Weib; der Franzose liebt die Freiheit wie seine erwählte Braut; der Deutsche liebt die Freiheit wie seine alte Großmutter."

Heine und Börne

Heine und Börne waren die beiden literarischen und politischen Köpfe ihrer Zeit. Nach anfänglichen gegenseitigen Sympathien entfremdeten sie sich immer stärker, bis sie sich zum Schluß nur noch haßten und verabscheuten. Hierfür gab es eine Reihe von Gründen. Auf Heines Napoleonverehrung wurde bereits hingewiesen. Dagegen sah Börne in Napoleon die despotische Seite der bürgerlichen Gesellschaft. Vor allem aber Heines Distanz zu den realen politischen Bewegungen machte ihm Börne, dem gefeierten Helden des Pariser Exils, zum unerbittlichen Feind. "Heine ist ein verlorener Mensch. Ich kenne keinen der verächtlicher wäre. Nicht die Verachtung, die sich mit dem Hasse paart, kann man gegen ihn hegen, sondern die Verachtung, die sich mit Bedauern verbindet ... Er (Heine, Anm. ef) hat den schlechten Judencharakter, ist ganz ohne Gemüt und liebt nichts und glaubt nichts. Seine Feigheit würde man keinem Weibe verzeihen", schreibt er im Brief vom 13.2.1832 an seine Freundin Jeanette Wohl.

Heine ist in den Augen Börnes ein charakterloser Schuft. Es ist schon bemerkenswert, daß Börne hier mit Heines schlechtem Judencharakter argumentiert. Er selbst mußte sich ja selbst oft gegen antisemitische Anfeindungen wehren. "Sooft sich meine Feinde in Gefahr sehen, an Börne Schiffbruch zu erleiden, werfen sie ihren Notanker Baruch (der jüdische Geburtsname Börnes, Anm. ef) aus." Börnes Vorwürfe gipfeln in der Behauptung, Heine würde gegen Bezahlung Spitzelzuträgerdienste leisten.

Heine hielt dagegen. Börnes falscher Patriotismus mache ihn blind für die politischen Gegner. Eine Bespitzelung sei bei Börne gar nicht nötig. Ein Spion müsse sich bei ihm nur besonders patriotisch geben, schon schenke ihm Börne sein ganzes Vertrauen.

Wie sah Heine sich selbst? In dem Gedicht Enfant perdu, zu lesen auf seinem Grabstein, faßt er seinen eigenen Lebensweg als einen Kampf ohne Hoffnung, als ein unbesiegtes Scheitern zusammen:

"Verlorner Posten in dem Freiheitskriege

Hielt ich seit dreißig Jahren treulich aus

Ich kämpfe ohne Hoffnung, daß ich siege,

Ich wußte, nie komm ich gesund nach Haus.

/.../

Der Posten ist vakant! - Die Wunden klaffen -

Der eine fällt, die andern rücken nach -

Doch fall ich unbesiegt, und meine Waffen

Sind nicht gebrochen - Nur mein Herze brach."

ef.

"... im Übermute des Freiheitsrausches"

Um einen Eindruck von Heines Sprachgewalt zu vermitteln, sei im folgenden ausführlich ein zusammenhängendes Stück aus Heines Schrift "Religion und Philosophie in Deutschland" dokumentiert. Es handelt sich dabei um seine Schlußbemerkungen. Mit den Naturphilosophen ist Schelling gemeint, der mit seiner Natur- und Identitätsphilosophie einen überragenden Einfluß auf die deutschen Romantiker ausübte. Seine Philosophie enthält bereits in nuce viele antisemitische Elemente. Heine gelingt es immer wieder, mit größter Sensibilität literarische und philosophische Positionen auf ihre realpolitischen Implikationen zu durchleuchten.

"Doch noch schrecklicher als Alles wären Naturphilosophen, die handelnd eingriffen in eine deutsche Revolution und sich mit dem Zerstörungswerk selbst identifizieren wurden. Denn wenn die Hand des Kantianers stark und sicher zuschlägt, weil sein Herz von keiner traditionellen Ehrfurcht bewegt ist; wenn der Fichteaner mutvoll jeder Gefahr trotzt, weil sie für ihn in der Realität gar nicht existiert: so wird der Naturphilosoph dadurch furchtbar sein, daß er mit den ursprünglichen Gewalten der Natur in Verbindung tritt, daß er die dämonischen Kräfte des altgermanischen Pantheismus beschwören kann, und daß in ihm jene Kampflust erwacht, die wir bei den alten Deutschen finden, und die nicht kämpft, um zu zerstören, noch um zu siegen, sondern bloß um zu kämpfen.

Das Christentum - und das ist sein schönstes Verdienst - hat jene brutale, germanische Kampfeslust einigermaßen besänftigt, konnte sie jedoch nicht zerstören, und wenn einst der zähmende Talisman, das Kreuz, zerbricht, dann rasselt wieder empor die Wildheit der alten Kämpfer, die unsinnige Berserkerwut, wovon die nordischen Dichter soviel singen und sagen. Jener Talisman ist morsch, und kommen wird der Tag, wo er kläglich zusammenbricht. Die alten steinernen Götter erheben sich dann aus dem verschollenen Schutt, und reiben sich den tausendjährigen Staub aus den Augen, und Thor mit dem Riesenhammer springt endlich empor und zerschlägt die gotischen Dome.

Wenn ihr dann das Gepolter und Geklirre hört, hütet Euch, ihr Nachbarskinder, Ihr Franzosen, und mischt euch nicht in Geschäfte, die wir zu Hause in Deutschland vollbringen. Es könnte euch schlecht bekommen. Hütet Euch, das Feuer anzufachen, hütet Euch, es zu löschen. Ihr könnt Euch leicht an den Flammen die Finger verbrennen. Lächelt nicht über den Phantasten, der im Reiche der Erscheinungen dieselbe Revolution erwartet, die im Gebiete des Geistes stattgefunden. Der Gedanke geht der Tat voraus, wie der Blitz dem Donner. Der deutsche Donner ist freilich auch ein Deutscher und ist nicht sehr gelenkig, und kommt etwas langsam herangerollt; aber kommen wird er, und wenn Ihr es einst krachen hört, wie es noch niemals in der Weltgeschichte gekracht hat, so wißt: der deutsche Donner hat endlich sein Ziel erreicht. Bei diesem Geräusche werden die Adler tot aus der Luft niederfallen, und die Löwen in der fernsten Wüste Afrikas werden die Schwänze einkneifen, und sich in ihren königlichen Höhlen verkriechen. Es wird ein Stück aufgeführt werden in Deutschland, wogegen die französische Revolution nur wie eine harmlose Idylle erscheinen möchte.

Jetzt ist es freilich ziemlich still: und gebärdet sich auch dort der Eine oder Andere etwas lebhaft, so glaubt nur nicht, diese würden einst als wirkliche Akteure auftreten. Es sind nur die kleinen Hunde, die in der leeren Arena herumlaufen und einander anbellen und beißen, ehe die Stunde erscheint, wo dort die Schar der Gladiatoren anlangt, die auf Tod und Leben kämpfen sollen. Und die Stunde wird kommen. Wie auf den Stufen eines Amphitheaters werden sich die Völker um Deutschland herumgruppieren, um die großen Kampfspiele zu betrachten. Ich rate Euch, Ihr Franzosen, verhaltet Euch alsdann sehr stille, und bei Leibe! hütet Euch, zu applaudieren. Wir könnten Euch leicht mißverstehen und Euch, in unserer unhöflichen Art, etwas barsch zur Ruhe verweisen; denn wenn wir früherhin, in unserem servil verdrossenen Zustande, Euch manchmal überwältigen konnten, so vermöchten wir es noch weit ehr im Übermute des Freiheitsrausches. Ihr wißt ja selber, was man in einem solchen Zustande vermag, - und ihr seid nicht mehr in einem solchen Zustande.

Nehmt Euch in acht! Ich meine es gut mit Euch, und deshalb sage ich Euch die bittere Wahrheit. Ihr habt von dem befreiten Deutschland mehr zu befürchten, als von der ganzen Heiligen Allianz mitsamt allen Kroaten und Kosaken. Denn erstens liebt man Euch nicht in Deutschland, welches fast unbegreiflich, da ihr doch so liebenswürdig seid, und Euch bei Eurer Anwesenheit in Deutschland soviel Mühe gegeben habt, wenigstens der bessern und schönern Hälfte des deutschen Volkes zu gefallen. Und wenn diese Hälfte Euch auch liebte, so ist es doch eben diejenige Hälfte, die keine Waffen trägt, und deren Freundschaft Euch also wenig frommt.

Was man eigentlich gegen Euch vorbringt, habe ich nie begreifen können. Einst, im Bierkeller zu Göttingen, äußerte ein junger Altdeutscher, daß man Rache an den Franzosen nehmen müsse für Konradin von Staufen,

den sie zu Neapel geköpft. Ihr habt das gewiß längst vergessen. Wir aber vergessen nichts. Ihr seht, wenn wir mal Lust bekommen, mit Euch anzubinden, so wird es uns nicht an triftigen Gründen fehlen. Jedenfalls rate ich euch, daher auf Eurer Hut zu sein. Es mag in Deutschland vorgehen, was da wolle (...) haltet Euch gerüstet, bleibt ruhig auf Eurem Posten stehen, das Gewehr im Arm. Ich meine es gut mit Euch, und es hat mich schier erschreckt, als ich jüngst vernahm, Eure Minister beabsichtigten, Frankreich zu entwaffnen.

Da Ihr, trotz Eurer jetzigen Romantik, geborne Klassiker seid, so kennt ihr den Olymp. Unter den nackten Göttern und Göttinnen, die sich dort, bei Nektar und Ambrosia, erlustigen, seht ihr eine Göttin, die, obgleich umgeben von solcher Freude und Kurzweil, dennoch immer einen Panzer trägt und den Helm auf dem Kopf und den Speer in der Hand behält.

Es ist die Göttin der Weisheit."

24. Staatsterror und Propaganda. Zur Geschichte des Faschismus, Teil 3: Die Innenpolitik zwischen 1922 und 1934

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:08

Im zweiten Teil unserer Serie ging es um den Aufstieg des Faschismus zur Macht, den Terror gegen die sozialistische Arbeiterbewegung und den legendenbeladenen "Marsch auf Rom", der in Wahrheit gar nicht stattfand. Am 31. Oktober 1922 wurde Mussolini durch König Vittorio Emanuele III. zum Ministerpräsidenten ernannt. Er blieb Regierungschef bis zum 25. Juli 1943, als er durch eine Palastrevolte gestürzt wurde. Thema des dritten Teils ist die faschistische Innenpolitik bis Mitte der dreißiger Jahre: die parlamentarische Phase bis 1926, die Festigung der Diktatur durch Terror und Propaganda und die Vorbereitung imperialistischer Expansion durch die Autarkiepolitik des "Korporativismus".

Mit Mussolinis Ernennung zum Ministerpräsidenten hatte der italienische König, in Übereinstimmung mit den alten Eliten, eine politische Kraft an die Regierung gebracht, die gegenüber ihren liberalen und konservativen Vorgängerinnen aus Sicht der Herrschenden einen wesentlichen Vorteil besaß: Sie hatte Massen organisiert, die gegen mutmaßliche Staatsfeinde und für den Erhalt des Kapitalismus und der Monarchie jederzeit mobilisierbar waren. In dem seit 1919 andauernden Bürgerkrieg hatten sie durch Terror und mit Duldung oder gar Unterstützung durch die Staatsorgane die Arbeiterbewegung besiegt. Die Ernennung der neuen Regierung sollte diesen Sieg dauerhaft sichern. Der liberale Historiker Federico Chabod zitiert einen Großindustriellen, der seine Erwartungen so ausdrückte: "Wir wollten keine Diktatur; alles was wir von Mussolinis Regierung erwarteten, war die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Lande. Danach wären wir zum alten System zurückgekehrt." (1)

Auch die bürgerlichen Politiker vom Schlage Giolittis gaben sich der Illusion hin, sie könnten den Faschismus "benutzen". Als sie ihren Irrtum erkannten, war es für eine Korrektur zu spät. Die "parlamentarische Phase" des Faschismus dauerte - bei großzügigster Auslegung des Wortes - bis November 1926. Als der mittlerweile 86jährige Giolitti im März 1928 gegen die im neuen Wahlgesetz vorgesehene Einheitsliste protestierte, war die linke Opposition bereits verboten, ihre Führer im Exil, in der Verbannung oder im Gefängnis.

Die parlamentarische Phase

In der neuen Regierung waren die Faschisten in der Minderheit. Neben Mussolini, der als Ministerpräsident auch das Außen- und das Innenministerium übernahm, gehörten ihr drei weitere Mitglieder der faschistischen Partei (PNF) an. Je zwei Minister stellten die Volkspartei (PPI), die Sozialdemokraten und die Nationalisten (Associazione Nazionalista Italiana). Hinzu kamen zwei Parteilose, ein Liberaler und ein Mitglied der Demokratischen Partei. Am 16. November 1922 stellte Mussolini diese Regierung der Abgeordnetenkammer vor. In seiner Rede verband er versöhnliche Töne mit Drohungen. Er werde Italiens internationale Verpflichtungen akzeptieren und im Innern Ruhe und Ordnung herstellen, die Bürgerrechte achten und im Interesse des gesamten Volkes regieren. Während er seine bisherige "maßvolle Zurückhaltung" bei der Machtübernahme herausstellte, drohte er im gleichen Atemzug mit diktatorischen Maßnahmen: "Ich hätte diese öde Halle hier zum Hauptquartier meiner Erschießungskommandos machen, das Parlament auflösen und eine rein faschistische Regierung bilden können. Das alles hätte ich, wie gesagt, tun können, ich habe es jedoch, zumindest vorläufig, nicht tun wollen." (2)

Die bürgerliche Opposition erteilte Mussolini die von ihm verlangten Vollmachten zur Durchführung einer Finanz- und Verwaltungsreform - teils aus Angst vor seinen Drohungen, teils aus Überzeugung. So proklamierte der Liberale Giovanni Amendola "die Pflicht aller, die Bemühungen der neuen Regierung zu unterstützen, soweit sie darauf abzielt, Ordnung, Disziplin, Finanzen und Wirtschaft wiederherzustellen." (3) Derselbe Amendola, Vater des späteren Kommunisten und Partisanen Giorgio Amendola, starb 1926 an den Folgen eines faschistischen Attentats.

Auch die Linke zeigte sich der neuen Situation nicht einmal analytisch gewachsen: Die Führer der linken Parteien - Nenni (PSI), Serrati (linker Flügel des PSI, ab 1924 PCI) und Bordiga (PCI) - behaupteten

übereinstimmend, mit dem Machtantritt der Faschisten habe sich nichts verändert. Lenin ermahnte die italienischen Genossen am Rande des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale (KI) im November 1922 zwar zur Anwendung der Einheitsfronttaktik; insgesamt war aber auch die KI nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben.

Als eine der ersten erkannte Clara Zetkin den Ernst der Lage. In ihrem Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der KI im Juni 1923 warnte sie davor, im Faschismus "lediglich eine militärische Erscheinung" zu sehen: "Vergessen wir nicht, daß der Faschismus in Italien, ehe er durch Akte des Terrors das Proletariat niederschlug, einen ideologischen und politischen Sieg über die Arbeiterbewegung errungen hatte ..." Gleichzeitig erklärte sie den Kampf gegen den Faschismus zur "Sache des ganzen Proletariats." (4)

Die unverdrossenen Vertreter des "Weiter so wie bisher" wurden allerdings erst allmählich durch den Fortgang der Ereignisse sichtbar widerlegt. Anfangs war von der vielbeschworenen faschistischen "Revolution" wenig zu spüren; der Weg in die offene Diktatur, die keinerlei Opposition mehr zuließ, dauerte mehrere Jahre. Mussolinis Regierung setzte auf Kontinuität und bemühte sich, die Erwartungen der Herrschenden zu erfüllen: "Wirtschaft, Arbeit, Disziplin" - in diesem Slogan faßte der Ministerpräsident die Politik seiner Regierung zusammen, die sofort daranging, die "unternehmerische Initiative" von allen Restriktionen zu befreien.

Zu diesem Zweck schaffte sie schon am 11. November das Gesetz über die Namensnennung auf Wertpapieren ab; am 14. November wurden die Untersuchungsverfahren gegen Kriegsgewinnler eingestellt und das Staatsmonopol für Versicherungen aufgehoben; auch die staatliche Streichholzfabrikation und das Telefonnetz wurden privatisiert; abgeschafft wurden die Erbschaftssteuer, die Dividendensteuer und die Vermögenssteuer. Das Einkommen der Werktätigen sank durch Massenentlassungen, Erwerbslosigkeit und die Ausweitung der Einkommenssteuer auch auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst und in der Landwirtschaft. Die Pachtzinsen wurden erhöht, ländliche Kooperativen abgeschafft und das Visocchi-Dekret widerrufen, das im September 1919 die Besetzung unbebauten Bodens legalisiert hatte.

Gleichzeitig wurden die demokratischen Rechte eingeschränkt und die Repression gegen die Gegner des Faschismus verschärft. Im Januar 1923 wurde die Miliz (Milizia Volontaria per la Sicurezza Nazionale) gegründet, die den Mitgliedern der faschistischen Kampfbünde ein Auskommen verschaffte und sie an der Ausübung der Staatsgewalt beteiligte. Schon Anfang 1923 bestand sie aus 200.000 Mann; durch die Verlängerung des Wehrdienstes und Neueinstellungen bei der Polizei (Carabinieri) hatte der Staat ca. 700.000 Mann unter Waffen. Im März schlossen sich die Nationalisten dem PNF an, einen Monat später warf Mussolini die beiden der Volkspartei (PPI) angehörenden Minister aus seinem Kabinett. Eine Pressekampagne gegen den PPI-Führer Don Sturzo und offener Terror gegen ihre Büros schwächten die Partei der Katholiken so sehr, daß sie fortan keine Rolle mehr spielte.

Im Juli 1923 billigten beide Kammern des Parlaments (Abgeordnetenhaus und Senat) eine Wahlrechtsreform, die den Weg in den Ein-Parteien-Staat beschleunigte. Auch die früheren Ministerpräsidenten Giolitti, Orlando und Salandra stimmten für das Wahlgesetz, das der stärksten Partei automatisch zwei Drittel der Parlamentssitze verschaffte. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Faschisten, entsprechend dem Wahlergebnis von Mai 1921, in der Abgeordnetenkammer lediglich 35 Sitze (von insgesamt 510).

Im April 1924 wurde nach dem neuen Modus gewählt. Mussolini gelang es, eine Reihe prominenter Nichtfaschisten, darunter Salandra und Orlando, für eine rechte Einheitsliste zu gewinnen, die fast 4,9 Mio. Stimmen bekam. Die Opposition brachte es auf knapp 2,4 Mio. Stimmen, war aber in mehreren Regionen des Nordens stärker als die Rechten, die dank des neuen Wahlgesetzes 374 Sitze gewannen. Davon gingen 260 an Mitglieder der faschistischen Partei. Die Opposition (Volkspartei, Sozialisten, Demokraten, Kommunisten, Republikaner und die Liste Giolitti) verfügte über insgesamt 160 Mandate.

Die Matteotti-Krise

Im Wahlkampf hatten die faschistischen Sturmtrupps massiv Gewalt gegen Oppositionelle angewendet, Kandidaten verprügelt und Wähler eingeschüchtert. Der Sozialist Antonio Piccinini war aus seiner Wohnung verschleppt und ermordet worden. Bei der Auszählung der Stimmen kam es zu Fälschungen. Diese Vorfälle brachte der sozialistische Abgeordnete Giacomo Matteotti am 30. Mai 1924 im Parlament zur Sprache. Bevor das Wahlergebnis bestätigt werden könne, müsse eine genaue Untersuchung stattfinden, verlangte er.

Matteottis Rede löste einen Sturm der Entrüstung aus. Mussolini rief, an die Linksparteien gewandt, in den Saal: "Man sollte euch alle erschießen!" Einige Tage später war Matteotti verschwunden - von Faschisten entführt und ermordet, wie sich später herausstellte. Seine Leiche wurde erst am 16. August gefunden; ob Mussolini den Mordbefehl gab oder nur die Bildung einer Geheimorganisation anregte, die bei Bedarf Antifaschisten "Lektionen" erteilen sollte, konnte nie mit letzter Sicherheit geklärt werden. Zwei der Täter arbeiteten im Presseamt des von Mussolini geleiteten Innenministeriums.

Matteottis Verschwinden empörte große Teile der Bevölkerung im gesamten Land. Die Regierung wankte, Faschisten verbargen ihre Parteiabzeichen. Mussolinis Erklärungen waren defensiv; selbst die führenden Kapitalisten gingen auf Distanz - weil die Regierung offensichtlich Ruhe und Ordnung nicht länger garantieren konnte. In der Zeitschrift des Unternehmerverbandes Confindustria waren warnende Worte zu lesen, die die Erwartungen der Kapitalisten sehr gut zum Ausdruck brachten: "Solange der Faschismus ein Element der Ordnung, der Ruhe, der Möglichkeit zu ausgeglichener, gewinnbringender Arbeit ist, wird die Industrie auf seiten der Regierung stehen. Sollte der Faschismus aber zu einem - wenn auch indirekten - Element der Unordnung werden und sollte es zu Erschütterungen, tumultuarischen Manifestationen und unbesonnenen Streiks kommen, würde sie unsere Zustimmung nicht länger finden." (5)

Während die Kapitalisten einen neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung befürchteten, erkannten die Kommunisten die Chance, die Regierung zu stürzen. Ihre Mailänder Zeitung L'Unità erschien mit der Schlagzeile "Nieder mit der Mörderregierung!". Antonio Gramsci, der gerade erst aus Moskau nach Italien zurückgekehrt war, schrieb am 22. Juni in einem Brief an seine Frau, Julia Schucht: "... plötzlich, als es niemand erwartete - am wenigsten die Faschisten, die mit hundertprozentiger Sicherheit glaubten, ihre Macht sei grenzenlos - brach der Vulkan aus, und ein ungeheurer glühender Lavastrom ergoß sich über das Land und riß die ganze faschistische Brut mit sich. (...) Der Faschismus wurde in die Isolation getrieben und seine Führer von Panik ergriffen, während die Mitläufer das Weite suchten." (6)

Die Hoffnungen auf einen Sturz des Faschismus hielten allerdings nicht lange an. Die Opposition zog nach Matteottis Verschwinden aus dem Parlament aus und bildete den Block des "Aventin". Zu wirksamen Maßnahmen war der Aventin allerdings nicht in der Lage; der Vorschlag des PCI, zum politischen Generalstreik aufzurufen, wurde abgelehnt. Statt dessen verabschiedete man Protesterklärungen - nichts als "lautstarke Nörgelei" und "lästiges Geschwätz", wie Mussolini höhnte. Gestützt auf die "intransigente" Strömung um Roberto Farinacci, erholte sich die faschistische Partei langsam wieder und ging vor allem auf dem Lande zur Gegenoffensive über.

Die Schwäche der Opposition überzeugte auch die vorübergehend schwankenden Unternehmer, daß es ratsam sei, die Regierung weiter zu stützen. Vatikan und Monarchie standen ohnehin hinter Mussolini, der am 3. Januar 1925 die Regierungskrise mit einer neuen Provokation beendete. Vor dem Parlament übernahm er die Verantwortung für den Mord an Matteotti und erklärte: "Wenn der Faschismus eine Verbrecherbande ist, dann bin ich eben der Anführer dieser Verbrecherbande." (7) Für die kommenden 48 Stunden kündigte er das Ende der "Rebellion" an. Er hielt Wort: Innerhalb von drei Tagen gab es nach offiziellen Angaben des Innenministeriums 655 Haussuchungen und 111 Verhaftungen "subversiver Elemente"; 95 "politische Zirkel" und 25 "subversive Organisationen" wurden aufgelöst, 150 öffentliche Lokale geschlossen.

Die Oppositionsparteien des Aventin kehrten nicht ins Parlament zurück. Die Kommunisten hatten den Aventin schon im November verlassen, als dessen Tatenlosigkeit offenkundig geworden war. Fast zwei Jahre lang standen sie den Faschisten und ihren Verbündeten in der Abgeordnetenkammer allein gegenüber.

Die Diktatur festigt sich

In den folgenden Monaten wurde zum einen die faschistische Partei reorganisiert. Ihr Sekretär wurde der "Extremist" Farinacci, der in der Krise treu zu Mussolini gehalten und mit seinen von einer revolutionären "zweiten Welle" träumenden Horden entscheidend zum Überleben der Regierung beigetragen hatte. Gleichzeitig wurde eine Reihe von Dekreten und Gesetzen erlassen, die sog. leggi fascistissime ("total faschistische Gesetze"), mit denen die verbliebenen Freiheitsrechte weiter eingeschränkt wurden. Regierungsfeindlichen Rechtsanwälten und Journalisten konnte nun Berufsverbot erteilt werden; der öffentliche Dienst wurde von mutmaßlichen Antifaschisten gesäubert; die Bürgermeister (sindaci) wurden nicht mehr gewählt, sondern durch die podestà ersetzt, die von der Regierung ernannt wurden; die in Italien

einflußreichen Freimaurerlogen wurden verboten. Im Dezember 1925 wurden die Befugnisse des Regierungschefs ausgeweitet: "Vom König ernannt und abgesetzt", war er nun vom Vertrauen des Parlaments unabhängig und bestimmte sogar dessen Tagesordnung - die parlamentarische Maskerade des Regimes war spätestens mit diesem Gesetz vollends lächerlich geworden.

Der Ein-Parteien-Staat wurde allerdings erst Ende 1926 Wirklichkeit. Ein Attentat auf Mussolini - eines von vielen - lieferte den Vorwand für terroristische Sondergesetze. Alle antifaschistischen Parteien wurden verboten, ihre Führer, darunter Antonio Gramsci, verhaftet. Im Juni 1928 wurde Gramsci zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 27. April 1937 starb er im Krankenhaus an den Folgen der Haft.

Nicht nur der im November 1926 geschaffene Staatsgerichtshof, der Gramsci verurteilt hatte, wütete gegen die Antifaschisten; die örtlichen Präfekturen konnten Oppositionelle nun ohne Prozeß in die Verbannung (auf die Inseln oder ins Gebirge) schicken. Die neugegründete politische Polizei (OVRA) war eine wirksame Waffe gegen die illegale Arbeit des PCI. 1927 waren 2.000 Kommunistinnen und Kommunisten, ein Drittel aller Parteimitglieder, in Haft.

Mit den Ausnahmegesetzen von Ende 1926 war der Aufbau der offen terroristischen Diktatur abgeschlossen, die von den Propagandisten des Faschismus stolz als stato totalitario ("totalitärer Staat") bezeichnet wurde. Auf den "Hitzkopf" Farinacci folgte als Sekretär des PNF der "Gemäßigte" Augusto Turati (bis Oktober 1930). Auf weitere Gesetzesverschärfungen konnte bis 1931 verzichtet werden, als ein neues Strafgesetz erlassen wurde. Gleichzeitig wurde das PNF-Parteibuch zur Voraussetzung für eine Lehrtätigkeit an den Universitäten; ganze elf von 1.200 Dozenten verweigerten sich. Zwei Jahre später, am 1. Juni 1933, wurde die Parteimitgliedschaft für alle öffentlich Bediensteten obligatorisch.

Besondere Anstrengungen unternahm das Regime bei der Organisierung der Kinder und Jugendlichen. Seit 1926 wurden schon Achtjährige im Opera nazionale Balilla indoktriniert und paramilitärisch gedrillt.

Vom Wirtschaftsliberalismus zum Korporativstaat

In seiner berühmten Rede über den Faschismus und die Einheitsfront der Arbeiterklasse zitierte der bulgarische Kommunist Georgi Dimitroff im August 1935 den als richtungweisend gedachten Satz des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, der Faschismus sei "die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals." An anderer Stelle formulierte Dimitroff noch knapper: "Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst." (8)

Für den italienischen Faschismus - nur davon handelt diese Artikelserie - ist das schlicht falsch. Der Kommunist Giulio Aquila hat in einer längeren Analyse des "Faschismus an der Macht" schon Anfang 1923 klar gezeigt, wo die mächtigsten Anhänger und größten Profiteure des Faschismus zu suchen waren: "Nur die Schwerindustrie mit ihren Nationalisten ..., deren Interessen eine ‚scharfe`, d.h. imperialistische Politik verlangen, die in erster Linie gegen den englischen und amerikanischen Imperialismus gerichtet ist, stand und steht unbedingt zum Faschismus." (9) Diese Gruppierungen forderten nicht nur eine Ankurbelung der Rüstungsindustrie, sondern auch die Sanierung "ihrer" Banken (die nicht einfach als herrschendes "Finanzkapital" vom angeblich untergeordneten "Industriekapital" getrennt werden dürfen). Mussolinis Regierung kam beiden Forderungen nach, allerdings nicht als reiner "Büttel des Kapitals", sondern als Vermittler zwischen verschiedenen Interessengruppen. Dazu gehörten neben den Großagrariern auch die kleinbürgerlichen "Mittelschichten" und Teile des Proletariats, die die Massenbasis des Faschismus bildeten.

Natürlich profitierte das Großkapital in besonderem Maße. Gramscis Definition des Faschismus als Herrschaft eines "agrarisch-industriellen Blocks" und die von ihm verfaßten Thesen zum PCI-Parteitag in Lyon (Januar 1926) drücken das recht gut aus: "Auf ökonomischem Gebiet wirkt der Faschismus als Instrument einer Industrie- und Agraroligarchie, um die Kontrolle über alle Reichtümer des Landes in den Händen des Kapitalismus zu vereinen." (10)

Aufgabe des Staates war es, die Rahmenbedingungen zu schaffen. "In der ökonomischen Frage sind wir Liberale im klassischen Sinne des Wortes", hatte Mussolini vor der Machtübernahme versichert. (11) Das war nicht gelogen. Die spätere Standard-Entschuldigung der Unternehmer, das Regime hätte sie genauso drangsaliert wie den Rest der Bevölkerung, ist völlig haltlos. Neben den erwähnten unternehmerfreundlichen Gesetzesänderungen von 1922/23 sicherte die Mussolini-Regierung dem Kapital langfristig optimale

Verwertungsbedingungen, indem sie die organisierte Arbeiterbewegung zerschlug, das Streikrecht abschaffte, die Löhne senkte und die Arbeiter disziplinierte.

Die Kapitalisten entschieden sich bei der Wahl ihrer "Tarifpartner" eindeutig für die faschistischen Gewerkschaften, die in Konkurrenz zu den bestehenden, sozialistisch dominierten Gewerkschaften aufgebaut worden waren. Im Oktober 1925 sicherte der Unternehmerverband Confindustria dem faschistischen Gewerkschaftsbund das Verhandlungsmonopol auf seiten der Arbeiter. Während die faschistischen Gewerkschaften im April 1926 per Gesetz zum Staatsorgan erhoben wurden, gab Confindustria sich selbst den Beinamen "faschistisch"; ihre führenden Funktionäre traten der faschistischen Partei bei. Die alten Gewerkschaften der sozialistischen Arbeiterbewegung lösten sich auf.

In dem von Alfredo Rocco eingebrachten Gesetz vom 3. April 1926 wurde die "Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit" neu aufzubauenden Staatsorganen anvertraut: den "Korporationen" unter Leitung eines eigenen Korporationsministeriums. Ihre Aufgabe sollte es sein, "die Produktion zu koordinieren und besser zu organisieren." Die Korporationen der einzelnen Branchen wurden allerdings erst 1934 aufgebaut. Der "Korporativismus" blieb jahrelang eine Propagandaformel, ebenso wie die am 30. April 1927 mit viel Getöse verkündete Carta del Lavoro ("Charta der Arbeit"): "Im ‚Offiziellen Anzeiger` veröffentlicht, war das Dokument gleichwohl weder ein Gesetz noch ein Dekret, sondern einfach ein Manifest, dessen 30 Absätze vage Prinzipien formulierten, deren Umsetzbarkeit unklar blieb." (12) Während die faschistische Partei die Staatsorgane auf allen Ebenen okkupierte, gab die Verkündung entsprechender Gesetze dem einen legalen Anstrich. So wurde im März 1928 eine gängige Praxis nachträglich legalisiert: die Bevorzugung arbeitsloser Faschisten bei der Stellenvergabe.

Der Übergang zu staatlicher Wirtschaftslenkung vollzog sich erst ab 1934, als das Gesetz über die Korporationen erlassen wurde. In einer Ansprache an die 22 Korporationen nannte Mussolini im November desselben Jahres den Zweck seiner Politik - Autarkie als Voraussetzung von Machtpolitik, Krieg eingeschlossen: "Nach außen hin ist es die Aufgabe des korporativen Systems, für einen Machtzuwachs der Nation, im Hinblick auf ihre Expansionsbestrebungen in der Welt, Sorge zu tragen." (13) Die zahlreichen Sympathisanten des faschistischen Korporativismus in den demokratischen Staaten - der prominenteste war Winston Churchill - kannten die damit verbundene expanisonistische Zielsetzung. Die heutigen Bewunderer Mussolinis, die ihm die "Überwindung des Klassenkampfes" als historisches Verdienst anrechnen, ließen sich auch durch die katastrophalen Folgen dieser Politik nicht eines Besseren belehren.

Daß der Korporativismus die Wirtschaftskrise überwunden hätte, ist im übrigen eine Legende. Die gesamte Wirtschaftspolitik des Faschismus, auch die der "liberalen" Phase, verschärfte die sozialen Gegensätze und stieß Millionen ins Elend. Nach den offiziellen Angaben des Regimes sank der Durchschnittslohn von einem für 1928 gesetzten Index von 100 auf 71,8 im Jahre 1934. Nach Berechnungen von Federico Chabod lagen die Lohneinbußen gar zwischen 50% und 70%. Allein in der Landwirtschaft waren 1933 336.000 Menschen arbeitslos. Die Industrieproduktion ging zwischen 1929 (Index 100) auf 81 (1932) zurück.

1934 gab es offiziell insgesamt 961.000 Erwerbslose; von den Arbeiterinnen und Arbeitern waren 21% erwerbslos. Hier liegt einer der materiellen Gründe für die hemmungslose Agitation gegen die Frauenarbeit. Nach wie vor war für viele die Emigration der einzige Ausweg. Die Kolonialpolitik (die in einer der nächsten ak-Ausgaben behandelt wird) wurde ganz offen mit dem Überangebot an Arbeitskräften begründet. Auch sie konnte das Problem nicht lösen. Zwischen 1937 und 1943, nach der Eroberung Äthiopiens, zogen etwa 500.000 Italienerinnen und Italiener zur Arbeit nach Deutschland.

Propaganda und Konsens

Es ist in Italien üblich geworden, den Zeitraum zwischen 1929 und 1936 als "Jahre des Konsenses" zu bezeichnen. Die Formulierung geht zurück auf den Mussolini-Biographen und Geschichtsrevisionisten Renzo De Felice (vgl. ak 407), der damit apologetische Zwecke verfolgt: Der Terror der Faschisten vor und nach 1922, die Ausschaltung jeglicher Opposition im November 1926, die Unmöglichkeit, "Dissens" öffentlich zu artikulieren, kommen in seiner Formel nicht vor. Gleichwohl stimmt es, daß das Regime spätestens seit 1929 massenhafter Zustimmung sicher sein konnte. Der Konsens hatte zwar den Terror zur Voraussetzung, er war aber auch Ergebnis einer geschickten Politik, die Propaganda, einige wenige soziale Zugeständnisse und die Fähigkeit zum Kompromiß verband.

Ein besonders wichtiges Ergebnis kluger Bündnispolitik war die Aussöhnung des Regimes mit dem Vatikan, durch das der Faschismus die ungeteilte Loyalität der Katholiken erwarb. In den 1929 nach jahrelangen Verhandlungen geschlossenen Lateranverträgen wurde der Vatikan als souveräner Staat anerkannt und erhielt eine Entschädigung für seine an den italienischen Nationalstaat verlorenen Gebiete. Vor allem aber wurde der Katholizismus zur alleinigen Staatsreligion erklärt; auch an den weiterführenden Schulen wurde der Religionsunterricht eingeführt. Im Unterschied zu seinen Vorgängern hatte Mussolini einen seit 1871 bestehenden Konflikt beseitigt: die Feindschaft des Vatikan gegenüber dem italienischen Nationalstaat, der das päpstliche Territorium auf wenige Quadratkilometer verkleinert hatte. Nach Abschluß der Lateranverträge im Februar 1929 lobte Papst Pius XI. Mussolini als "Mann der Vorsehung".

Wo immer dieser Mann in der Öffentlichkeit auftrat - und er ließ kaum eine Gelegenheit aus - waren die Medien zur Stelle, um sein Wirken in Wort, Bild und Ton festzuhalten. Auf Fotos erschien er als kraftstrotzender Alleskönner: als Reiter, Schwimmer, Skiläufer, Schütze, Motorradfahrer, Flieger und - vorzugsweise mit freiem Oberkörper - als Land- und Bauarbeiter. In seiner medialen Allgegenwärtigkeit darf Mussolini als Vorläufer moderner Politikvermarktung gelten. Frühzeitig erkannte er die manipulativen Möglichkeiten des Radios und der Wochenschauen. 1926 wurde das Pressebüro des Regierungschefs gegründet, aus dem später das Ministerium für Presse und Propaganda entstand. Die Produktion der Wochenschauen wurde vereinheitlicht, und 1927 erhielt die Rundfunkanstalt EIAR das Monopol.

Da Radiogeräte noch nicht sehr verbreitet waren, organisierte die faschistische Partei Veranstaltungen auf Plätzen, in Schulen und Gaststätten, bei denen das Wort des Duce via Radio die Massen erreichte. Die Kampagne zur Steigerung der Weizenproduktion wurde als "Schlacht um den Weizen" inszeniert, die Trockenlegung der Pontinischen Sümpfe als Feldzug gegen die Malaria. Groteske Züge hatte der Rückgriff auf das "Römertum" aus den Zeiten von Kaiser Augustus.

Die aufwendigste Kampagne war die "demographische Schlacht", mit der die Geburtenrate gesteigert werden sollte. Hier wurden alle Register gezogen: Es gab öffentliche Auszeichnungen besonders "fruchtbarer" Paare, Goldmedaillen für die Mütter. Mussolini argumentierte in einem programmatischen Text gegen die Frauenarbeit, sie lenke von der Zeugung ab. Die Möglichkeit, Frauen von Bewerbungen für den Staatsdienst völlig auszuschließen (Dekret vom 28.11.1933), und eine Frauenquote von höchstens 10% im öffentlichen Dienst (Dekret vom 1.9.1938) trieben zwar viele Frauen an den Herd zurück - die Geburtenrate sank dennoch. Diese Verweigerung darf allerdings nicht als oppositionelle Handlung mißverstanden werden. Insgesamt war die Frauenpolitik durchaus erfolgreich. Wo immer der DUCE (seit 1932 in Großbuchstaben) auftrat, jubelten ihm auch Frauen zu - die doch vom Faschismus nach dessen eigener Ideologie nichts anderes zu erwarten hatten als Opfer, Hingabe und Unterordnung unter den Mann. Selbst das seit 1926 wertlose Wahlrecht wurde den allermeisten Frauen vorenthalten; "wählen" durften nur Frauen, die eine bestimmte Steuersumme zahlten und lesen und schreiben konnten.

Als Ersatz für die zerschlagenen Kooperativen, Arbeiterkammern und anderen kulturellen Einrichtungen des Proletariats wurde am 1. Mai 1925 die Freizeitorganisation Opera nazionale Dopolavoro gegründet. Mitte der 30er Jahre waren hier zwei Millionen Mitglieder organisiert, um Sport zu treiben, sich fortzubilden oder einfach nur den Feierabend gemeinsam zu verbringen. Der spätere PCI-Sekretär Palmiro Togliatti, der das Dopolavoro als "ein vom Faschismus geschaffenes Band" bezeichnete, "um die Massen auf seine politische Linie zu bringen", forderte in seinen 1935 in Moskau gehaltenen Vorlesungen über den Faschismus die Kommunisten auf, in diese Organisation einzutreten und dort Einfluß zu gewinnen.

Der durch Terror, Propaganda und ein wenig Freizeitvergnügen erreichte Konsens wurde bei den "Neuwahlen" im März 1934 spektakulär bestätigt. Die Abstimmung war eine Farce: Die Wähler (und die ca. eine Million Wählerinnen) erhielten zwei Stimmzettel, einen grün-weiß-roten mit der Aufschrift Ja und einen weißen für die Nein-Stimmen. Die "Wahl" war also offen. Nach offiziellen Angaben stimmten bei einer Beteiligung von 95% 15.000 Menschen gegen die faschistische Einheitsliste, davon allein 5.000 in Mailand.

Mit diesem "Plebiszit" war das Regime auf der Höhe seines Ansehens angelangt. Die Zustimmung steigerte sich noch einmal für kurze Zeit nach dem siegreichen Kolonialkrieg gegen Äthiopien, als im Mai 1936 das Kaiserreich proklamiert wurde.

Js.

Anmerkungen:

1) Federico Chabod: Die Entstehung des neuen Italien. Von der Diktatur zur Republik, Reinbek (Rowohlt) 1965, S. 43

2) zitiert bei Ivone Kirkpatrick: Mussolini, Westberlin (Propyläen) 1965, S. 182

3) zitiert bei Giovanni De Luna: Benito Mussolini, Reinbek (Rowohlt) 1987, S. 50

4) Clara Zetkin: Der Kampf gegen den Faschismus; in Ausgewählte Reden und Schriften, Band II, Berlin/DDR (Dietz) 1960, S. 708

5) zitiert bei De Luna: a.a.O., S. 55

6) zitiert bei Giuseppe Fiori: Das Leben des Antonio Gramsci, Westberlin (Rotbuch) 1979, S. 161

7) zitiert bei De Luna: a.a.O., S. 58

8) Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus (2.8.1935), Regensburg (Freies Volk) 1975, S. 6f.

9) Giulio Aquila: Faschismus an der Macht, Erstveröffentlichung in Die Kommunistische Internationale Nr. 24/25, 1923; nachgedruckt in "Kampf dem Faschismus", Hamburg (Arbeiterkampf) 1976, S. 40

10) dokumentiert in Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur, Frankfurt am Main (Röderberg) 1986, S. 154

11) zitiert bei Giulio Aquila: a.a.O., S. 21

12) Brunello Mantelli: Il regime fascista 1925 - 1940, Mailand (Fenice 2000), S. 28

13) zitiert bei Federico Chabod: a.a.O., S. 58

Daten zur italienischen Innenpolitik 1923-1934

31.10.1922 - 25.7.1943 Regierung Mussolini

1923 Miliz gegründet (13.1.). Anschluß der Nationalisten an die faschistische Partei PNF (1.3.). Minister der Volkspartei aus dem Kabinett entfernt (April). Pressefreiheit eingeschränkt (15.7.). Wahlreform zugunsten der Faschisten (23.7.)

1924 Wahlen (6.4.): 374 Sitze (64,9%) für die Faschisten und ihre Bündnispartner. Matteotti ermordet (10.6.). Auszug der Opposition aus dem Parlament (27.6.)

1925 Mussolini übernimmt "die volle Verantwortung" für Matteottis Ermordung (3.1.). Säuberung des öffentlichen Dienstes, podestà statt gewählter Bürgermeister. Roberto Farinacci Sekretär des PNF (12.2.). Metallarbeiterstreiks in Norditalien (März bis Juli). Manifest der 40 Intellektuellen gegen den Faschismus (1.5.). Opera nazionale Dopolavoro (1.5.). Beginn der "Weizenschlacht" (Juni). Pakt zwischen Confindustria und faschistischem Gewerkschaftsbund (2.10.). Gesetz über die Befugnisse des Regierungschefs (24.12.)

1926 Jugendorganisation Opera nazionale Balilla und Presseamt des Regierungschefs gegründet. Augusto Turati PNF-Sekretär. Gewerkschaften, Staatsorgane, Streikrecht abgeschafft (3.4.). Podestà-System auf ganz Italien ausgedehnt (September). Attentat auf Mussolini (31.10.). Gesetz über die öffentliche Sicherheit (6.11.). Alle antifaschistischen Parteien aufgelöst (11.11.), Gramsci verhaftet. Staatsgerichtshof geschaffen (25.11.)

1927 Politische Polizei OVRA gegründet. Carta del lavoro, Verkündung des Korporativismus (21.4.). Lohnkürzungen um durchschnittlich 10% (Mai). Arbeitslosenquote bei 10% (September).

1928 Arbeitslose Faschisten bei Einstellungen gesetzlich bevorzugt (29.3.). Wahlgesetz: "Plebiszit" über Einheitsliste (17.5.). Sondergerichtshof verurteilt Gramsci u.a. (4.6.). Gesetz über faschistischen Großrat (9.12.)

1929 Lateranverträge mit dem Vatikan (11.2.). "Wahlen": 135.000 Nein-Stimmen (24.3.)

1930 Bildung der ersten Korporationen (März). Giovanni Giurati PNF-Sekretär (8.10.)

1931 Neue Strafgesetze "Codici Alfredo Rocco" (1.7.). Alle Uni-Dozenten müssen PNF-Mitglieder sein, elf weigern sich (28.8.). Staatliches Kreditinstitut IMI gegründet (13.11). Achille Starace PNF-Sekretär (7.12.)

1932 Eröffnung des Foro Mussolini in Rom (4.11.). Nur PNF-Mitglieder dürfen in den öffentlichen Dienst (17.12.).

1933 Staatsholding IRI gegründet (23.1.). PNF-Mitgliedschaft auch für kommunale Angestellte obligatorisch (1.6.)

1934 Gesetz über die Korporationen (5.2.). "Wahl" der Abgeordnetenkammer: 15.000 Nein-Stimmen (24.3.). Italien Fußball-Weltmeister (10.6.). Untersekretariat für Propaganda (6.9.). Mussolini spricht zu den 22 Korporationen (10.11.).

25. Ausgegrenzt und fremdbestimmt. Ein neues Buch zur Geschichte der "Displaced Persons"

Autor: Vo · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:03

Bei ihrem Einmarsch am 3. Mai 1945 in Hamburg befreite die britische Armee etwa 110.000 ausländische ZwangsarbeiterInnen, Kriegs- und KZ-Gefangene, die in 571 Lagern zusammengepfercht waren. Diese Menschen gehörten zu den insgesamt 6,8 Millionen AusländerInnen, die 1945 befreit und danach in den drei westlichen Besatzungszonen von den Alliierten als "Displaced Persons" registriert wurden. "Der Terminus ‚Displaced` stammt aus dem Verwaltungsenglisch und meint ein Etwas, das nicht dort ist, wo es hingehört - ein verstellter Aktenordner etwa ist ein ‚displaced folder`. ‚Displaced Persons` waren also dadurch definiert, daß sie von jemand an den ‚falschen` Ort gebracht worden waren. Oberstes Ziel mußte es sein, sie wieder an den ‚richtigen` Ort zu bringen. Als diese ‚richtigen` Orte galten zunächst die Herkunftsländer" (S.15).

Die Alliierten standen vor der gewaltigen organisatorischen Aufgabe, im zerstörten Nachkriegseuropa Millionen von Menschen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Für die Displaced Persons (DPs) aus Westeuropa wurde das relativ rasch und zügig bewerkstelligt. Sehr viel schwieriger gestaltete sich der Prozeß der Rückführung für die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen aus der UdSSR und Osteuropa. Das lag nicht nur an den technischen Schwierigkeiten des Transports. Viele der DPs aus der Sowjetunion und Osteuropa wollten nicht in ihre Herkunftsländer zurück. Gleichwohl repatriierten die Westalliierten aufgrund eines Vertrages mit der UdSSR fast alle SowjetbürgerInnen, auch gegen deren Willen. Ausgenommen blieben lediglich Menschen aus den früheren baltischen Staaten, weil die Westmächte deren Annexion durch die UdSSR nicht anerkannten. Esten, Letten, Litauer und andere Osteuropäer - vor allem Polen - verblieben also zunächst einmal im besetzten Deutschland. Obgleich eigentlich alle von ihnen dieses Land, in das sie verschleppt worden waren und in dem sie brutalster Unterdrückung und Ausbeutung ausgesetzt gewesen waren, so schnell wie möglich verlassen wollten, wurde Deutschland für viele von ihnen zur "Endstation", d.h. sie verbrachten schließlich ihr weiteres Leben im Land der ehemaligen Verfolger und Unterdrücker. Dieses Leben spielte sich auch noch Jahre nach der Befreiung unter Bedingungen der Fremdbestimmung ab - im Lager.

Lager für "Displaced Persons"

In der deutschen Öffentlichkeit ist heute kaum noch bekannt, daß es bis zum Ende der 50er Jahre in Deutschland für Zehntausende von Menschen DP-Lager gegeben hat. Das Schicksal der DPs in Hamburg ist nunmehr von Patrick Wagner erforscht und dargestellt worden. In seinem Buch wird im ersten Teil eine allgemeine Geschichte der DPs in Hamburg präsentiert, und im zweiten Teil werden - auf der Basis von lebensgeschichtlichen Interviews - einige individuelle Lebensläufe ehemaliger DPs nachgezeichnet.

Im erstenTeil schildert Wagner zunächst die Ausgangslage 1945, die den Alliierten gar keine andere Wahl ließ, als die befreiten DPs für das erste weiterhin in den von den Nazis eingerichteten Ausländerlagern zu belassen. Nur so konnte angesichts der chaotischen Verhältnisse im zerstörten Hamburg ihre Ernährung, Unterbringung und die Organisierung ihrer Heimkehr sichergestellt werden. Insbesondere um die Repatriierung organisatorisch zu erleichtern, bemühten sich die Briten um Einrichtung weniger großer Lager, sog. "DP Assembly Centres". Hiervon gab es zwei Typen, "Transit Camps" und "National Camps". Die Transit Camps waren als Durchgangslager für die rasche Repatriierung gedacht, in den National Camps sollten DPs, die einer Nationalität angehörten, für längere Zeit untergebracht werden.

Zum wichtigsten Transitlager in Hamburg wurde das Lager Zoo. "Als Zoo bezeichnete man damals jenen Teil von Planten un Bloomen, auf dem heute die Messehallen stehen. Während des Krieges waren hier ... zwei Zwangsarbeiterlager mit insgesamt 22 Wohnbaracken entstanden. 16 von ihnen hatte die Deutsche Arbeitsfront als "Lager Dammtor" betrieben, etwa 600 Menschen aus der UdSSR, Polen und Frankreich hatten hier gewohnt und bei verschiedenen Rüstungsfirmen gearbeitet. Sechs Baracken gehörten der Werft Blohm&Voß ... 1945 vereinigten die Briten beide Lager zum "DP Assembly Centre Zoo" (S.18). Innerhalb von vier Monaten - von Mai bis September 1945 - gingen rund 80.000 DPs auf dem Weg in ihre Heimat durch das Lager Zoo. Seit September 1945 verblieben dann in diesem Lager noch etwa 900 Menschen vor allem aus

dem Baltikum und Osteuropa, die (noch) nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren konnten oder wollten. Sie teilten ihr Schicksal mit mehreren tausend anderen DPs in Hamburg und Umgebung.

Unter den Zurückgebliebenen stellten die Polen die größte nationale Gruppe. Für sie war die Rückkehr besonders schwierig, weil die UdSSR zunächst die Repatriierung ihrer StaatsbürgerInnen betrieb und dafür alle in der Sowjetzone verfügbaren Transportkapazitäten einsetzte, und weil auch die polnische Regierung zunächst nicht stark daran interessiert war, hunderttausende Menschen, die hätten versorgt werden müssen, in das von den Deutschen völlig zerstörte Land zurückzuholen. Hinzu kamen subjektive Gründe bei den noch in Deutschland verbliebenen polnischen DPs. Zum Teil waren sie mit der neuen, von der UdSSR abhängigen polnischen Regierung nicht einverstanden, wichtiger aber noch war, daß es für viele "einfach nicht mehr den vermeintlich ‚richtigen` Ort und den Alltag (gab), in den sie hätten zurückkehren können. Die Dörfer und Städte, in denen sie einst gelebt hatten, waren ebenso zerstört wie die Arbeitsstellen; Verwandte und Freunde waren umgekommen. Sofern der Heimatort in Ostpolen gelegen hatte, gehörte er nun zur UdSSR. Wenn man unter ‚Heimat` etwas Reales verstand, gab es diese Heimat nicht mehr. Viele Polen wären also auch im neuen polnischen Staat ‚displaced` geblieben" (S.21). Deswegen gingen sie nicht zurück. Allerdings wollten sie auch nicht in Deutschland bleiben. Vielmehr strebten sie - ebenso wie die Letten, Litauer, Esten u.a. - die Auswanderung in die USA, nach Australien, Kanada oder in andere Länder an.

"Heimatlose Ausländer"

Daß sie Deutschland so rasch wie möglich verlassen wollten, hatte dabei nicht allein mit ihrer Leidensgeschichte in der Nazi-Zeit zu tun, sondern auch mit den Erfahrungen, die sie im Nachkriegsdeutschland machen mußten. Denn während sich die britischen Stellen bemühten, das Leben der DPs in den Lagern so erträglich wie irgend möglich zu gestalten, war der Kurs der deutschen Behörden gegenüber den DPs "von wenig Verständnis für deren Situation, ja mitunter sogar von offener Feindseligkeit geprägt" (S.17). Der Hamburger Senat forderte gar die Unterbringung der DPs in "geschlossenen Lägern" - nur wenige Monate nach der Befreiung deutscher "Läger"! Aus der Sicht der Hamburger Behörden "sollten die DPs als Konkurrenten um knappe Nahrungs- und Wohnungsressourcen möglichst schnell aus Hamburg verschwinden und bis dahin von ihrem deutschen Umfeld konsequent isoliert werden" (S.17). Dieses "deutsche Umfeld" verfolgte die DPs mit Mißtrauen und Haß. Die DP-Lager galten als "Räuberhöhlen" und Brutstätten der Kriminalität, ihre Bewohner durchweg als Asoziale, Verbrecher, Schieber und Schwarzmarkthändler - und als Konkurrenten um Arbeitsplätze. Selbst die Hamburger Gewerkschaften beteiligten sich an dieser Diskriminierung. So hieß es in einem Bericht der britischen Militärregierung vom März 1947: "Die Gewerkschaften haben sich (mit sehr knapper Mehrheit) mit der Einstellung von DPs und ihrer Aufnahme in die Gewerkschaften ohne Diskriminierung einverstanden erklärt - unter der Voraussetzung, daß deutsche Hafenarbeiter nicht aufgrund der Einstellung von DPs arbeitslos würden. Es ist daher anzunehmen, daß die Gewerkschaften im Fall, daß die Arbeitslosigkeit in Zukunft fortan steigen wird, fordern werden, die DPs als erste zu entlassen" (zitiert nach S.60). In der Tat war die Arbeitslosigkeit unter den DPs extrem groß.

Zudem wurde das Lagerleben für sie zum Dauerzustand. Von Juni 1946 an hatte die britische Militärregierung Hamburger DPs verboten, außerhalb der Lager zu wohnen, weil Wohnraum in Hamburg sehr knapp war und weil die DPs in den Lagern besser zu kontrollieren waren. Im Juli 1950 kamen die noch verbliebenen DP-Lager - in Hamburg handelte es sich seinerzeit um sechs Lager mit noch etwa 4000 BewohnerInnen - unter deutsche Verantwortung. Der Begriff DP wurde durch den behördendeutschen Begriff "heimatloser Ausländer" ersetzt, der jede Erinnerung daran tilgte, wie und wodurch diese Menschen "heimatlos" und zu "Ausländern" in Deutschland geworden waren, nämlich durch die Verschleppung durch das NS-Regime. Damit war er kennzeichnend für die Haltung der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft zu dem "Problem", das diese Menschen darstellten: Man wollte an die eigene Verantwortung für ihr Schicksal nicht erinnert werden, man wollte diese Menschen nicht zur Kenntnis nehmen, sie wieder los werden. Nun wären die DPs selber auch am liebsten gegangen (und viele verließen Deutschland auch noch), doch für einige Tausend zerschlugen sich alle Auswanderungshoffnungen, und es blieb ihnen nichts anderes übrig, als auf Dauer zu bleiben. Hier war ihnen das Schicksal von Außenseitern beschieden - in Lagern lebend, großteils arbeitslos und vielfältigen Demütigungen seitens der bundesdeutschen Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt. So verpflichtete zum Beispiel das Hamburger Arbeitsamt Anfang der 50er Jahre "Leistungsempfänger aus den Reihen der DPs, die vor 1945 zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden waren, nun zu sogenannter Unterstützungsarbeit" (S.62). Die Lager wurden von den deutschen Behörden systematisch vernachlässigt; die DPs galten als

Schmarotzer, die ungerechtfertigterweise Ressourcen beanspruchten, die eigentlich den Deutschen zustanden. Von den deutschen Stellen wurden die DPs "als willenlose Verschiebemasse betrachtet", sie wurden in den Lagern in Unmündigkeit gehalten, ihr Leben wurde von den deutschen Behörden fremdbestimmt. Ein Zeitzeuge, der lange Zeit im Lager Zoo gelebt hatte (das im Oktober 1951 aufgelöst worden war, um Platz für die Bundesgartenschau 1953 zu gewinnen), resümierte 1992 im Interview mit Patrick Wagner: "Am Anfang wirkte bei den offiziellen Stellen noch eine gewisse Angst. Um so mehr die deutsche Unabhängigkeit, die Selbständigkeit, wirtschaftlich und so weiter, wurde, desto frecher und selbstbewußter waren sie" (zitiert nach S.71).

"Integration"

als Arbeitskräfte

Erst als (fast) alle Deutschen im Zuge des "Wirtschaftswunders" seit Mitte der 50er Jahre wieder mit ausreichend Wohnraum und Arbeitsplätzen versorgt waren, bekamen auch die DPs eine Chance. Im Zeichen des Arbeitskräftemangels wurden nun auch die DPs als Arbeitsmarktreserve entdeckt. "Galten sie bis dahin vor allem als Fürsorgelast, erkannte man nun in ihnen zunehmend ‚ausländische` Arbeitskräfte, die anders als die späteren ‚Gastarbeiter` bereits im Lande waren". Etwa seit 1957 fanden auch die meisten DPs feste Arbeitsstellen, und jetzt wurden auch Sozialwohnungen für sie gebaut. Mit dem Umzug aus der Lagerbaracke in die Sozialwohnung begann für die meisten DPs die Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft. Und auch wenn seinerzeit das Verlassen des DP-Lagers für viele Menschen stark mit Ängsten besetzt war - schließlich war das Lager in gewisser Weise zur "Heimat" geworden, in der man sich unter Schicksalsgenossen sicher fühlen konnte - so wird dieser Schritt im nachhinein doch positiv bewertet. Mit der Einschulung der Kinder in deutsche Schulen folgte ein weiterer zentraler Schritt der Integration. Für die zweite Generation war die Zukunftsperspektive schon eindeutig ein Leben in Deutschland.

Wie hoch der Preis der Integration war, wird aus den Interviews im zweiten Teil des Buches überdeutlich. Die DPs mußten sich gegen die weitverbreitete Ablehnung durch ihre deutschen "Mitbürger" behaupten, was sie weitgehend durch Anpassung und Verzicht auf die Thematisierung ihrer eigenen Geschichte zu erreichen versuchten. Denn was die Deutschen keinesfalls wollten war, durch die "heimatlosen Ausländer" an die Gründe für deren Anwesenheit, den Nationalsozialismus und die eigenen Verbrechen, erinnert zu werden. Und so muß man zum Beispiel lesen, daß Herr Wiarus, ein Pole, der Auschwitz und Buchenwald überlebt hat, als er endlich 1957 eine Anstellung im technischen Büro einer Hamburger Firma, deren einer Chef früher SS-Offizier gewesen war, bekommt, beim Einstellungsgespräch versprechen muß, über seine Vergangenheit zu schweigen. Herr Wiarus ist 25 Jahre in dieser Firma geblieben, hat sich immer an das Schweigegebot gehalten und ist dankbar, daß ihm in der Firma nie ein Vorwurf daraus gemacht wurde, daß er Pole ist. Seine Begründung für das Schweigen: "Und für die Leute solche Geschichten wie Auschwitz und Buchenwald und andere waren sehr unangenehm" (S.101).

Das große Verdienst des Buches von Patrick Wagner ist, das Beschweigen der Geschichte der DPs in Hamburg gebrochen zu haben. Die Verbindung von allgemeiner Darstellung und Präsentation von Einzelschicksalen erweist sich hierfür als die genau angemessene Methode. Eine Serie von bisher unveröffentlichten Fotos aus dem DP-Lager Zoo ergänzt den Text sehr eindrücklich. Das Buch präsentiert ein wichtiges Verbindungsglied zwischen der NS-Geschichte des Umgangs mit "Fremden" und der aktuellen fremdenfeindlichen und rassistischen "Ausländer"-Diskussion in diesem unserem Lande. Deutsche Kontinuitäten werden - jenseits des modischen "antinationalen" Geschwafels eines Teils der Linken - nüchtern und konkret und daher um so eindringlicher und überzeugender aufgezeigt.

Vo

Wagner, Patrick: Displaced Persons in Hamburg. Stationen einer halbherzigen Integration 1945 bis 1958. Hg. von der Galerie Morgenland. Dölling und Galitz Verlag. Hamburg 1997. Alle Zitate und Seitenangaben im Text beziehen sich auf dieses Buch.

26. Ende der Durststrecke? Friedensratschlag 1997 in Kassel

Autor: Vo · Rubrik: Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:10

Unter dem Motto "Abrüsten. Europa zivil gestalten - Frieden und Arbeit für alle" fand am 6. und 7. Dezember 1997 in der Gesamthochschule Kassel der 4. Friedenspolitische Ratschlag statt. Rund 280 FriedensaktivistInnen nahmen teil, darunter erfreulicherweise einige VertreterInnen von Friedensorganisationen aus dem benachbarten Ausland - aus den Niederlanden, Belgien, der Schweiz, Österreich und Polen. Ebenso erfreulich war, daß eine gewisse innerdeutsche Ost-West-Balance der TeilnehmerInnen zu bemerken war, das heißt: auch die ehemalige DDR war quantitativ gut vertreten. Noch erfreulicher: Nicht wenige recht junge Leute machten mit. Allerdings bestand das Gros der TeilnehmerInnen aus alten oder zumindest mittelalten FriedenskämpferInnen (Verfasser dieser Zeilen eingeschlossen), die schon zu Zeiten der "neuen" (und mittlerweile ziemlich alten) Friedensbewegung der 80er Jahre aktiv gewesen waren.

Das Programm war anspruchsvoll und vollgepackt. Nach einer Begrüßung durch Peter Strutynski vom Kasseler Friedensforum gab es zwei zentrale inhaltliche Plenarvorträge, zum ersten von Gilbert Ziebura (Prof. aus Braunschweig) zum Thema Globalisierung der Ökonomie, zum zweiten von Andrea Gysi (PDS-MdB) zur NATO-Osterweiterung.

Globalisierung

Ziebura warf vor allem Probleme und Fragen auf. Er stellte zwei Pole der Debatte um die Globalisierung gegenüber: Die "optimistische" der Neoliberalen, nach der angeblich Wettbewerb, Deregulierung und Freihandel mit innergesellschaftlicher Demokratie und Frieden unmittelbar zusammenhängen, Globalisierung mithin friedenspolitisch durchaus positiv zu bewerten sei; dies sei die quasi regierungsoffizielle Sicht. Am anderen Pol stünden die "kritischen Pessimisten", die "Katastrophenszenarien" zeichnen würden: Aus ihrer Sicht wirke die Globalisierung nicht nur vereinheitlichend, sondern auch fraktionierend; soziale und regionale Disparitäten würden größer, die Politik sei zum bloßen Reagieren verurteilt. Globalisierung wirke folglich destabilisierend und entdemokratisierend und daher auch friedensgefährdend.

Wenn Ziebura auch die optimistische Sicht als Fortsetzung der Illusionen der Freihändler (Freihandel bringe notwendig den Frieden) zurückwies, wollte er sich doch nicht bedingungslos den Katastrophen"theoretikern" anschließen. Vielmehr betonte er, daß der Globalisierungsprozeß noch am Anfang stehe, daß sich ein neues, post-fordistisches Modell der Kapitalakkumulation erst herausbilde und daß daher auch die wissenschaftliche Erfassung der Prozesse noch nicht allzu weit gediehen sei. Diese biete noch ein Bild der Konfusion, beschränke sich auf Deskription, eine entfaltete Theorie aber gebe es noch nicht. Nun wollte er aber die versammelten FriedensfreundInnen offensichtlich nicht dazu auffordern, erst einmal auf die theoretische Durchdringung der Globalisierung zu warten, sondern wies ihnen schon für hier und heute Aufgaben zu, insbesondere: Sich Gedanken zu machen über globale Umverteilung. Hierfür gebe es durchaus Ansatzpunkte, haben wir es doch gegenwärtig mit einer diffusen Herrschaftsstruktur im globalen Maßstab zu tun (insbesondere seien die USA keine Hegemonialmacht mehr), so daß sich durchaus Handlungsspielräume eröffneten. In diesem Rahmen müsse sich die Friedensbewegung via Vernetzung und Kooperation von Nichtregierungsorganisationen (NGO's) um die Herausbildung globaler zivilgesellschaftlicher Strukturen als Moment von Gegenmacht bemühen. Einen "großen Hoffnungsschimmer" hierfür gebe es durchaus. Denn der Neoliberalismus stecke selbst in einer Krise; alle, die diese Politik vertreten, "stehen mit dem Rücken zur Wand". Daher bestehe die Chance des Aufbaus "transnationaler Alternativen". Die große Frage sei: Was setzen wir an die Stelle neoliberaler Politik?

Auf diese Frage gab Jörg Huffschmid (Prof. aus Bremen) in der sich anschließenden Arbeitsgruppe zur Globalisierung die Antwort: modernisierte keynsianische Politik! In dieser Arbeitsgruppe entspann sich eine interessante Kontroverse zwischen Huffschmid und Ziebura, weil Huffschmid anders als Ziebura die Globalisierung als "extrem politisiertes Projekt" deutete, dem man auch demokratisch-politisch gegensteuern könne. Dazu Ziebura: Weil Huffschmid seine Hoffnung auf einen Neo-Keynsianismus setze, müsse er die Globalisierung als politisches Projekt deuten, denn nur dann könne man ja auch politisch-keynisianisch

gegenhalten; bei der Huffschmidschen Argumentation bestehe die Gefahr, daß man die Einschätzung "politischer Handlungsspielräume überzieht". Dagegen Huffschmid: eine Trennung von Politik und Ökonomie in der heutigen Zeit sei "Unsinn"; keynsianische Politik sei bisher so gut wie nie versucht worden, deswegen könne von einem Scheitern des Keynsianismus auch nicht die Rede sein, er plädiere daher in der gegenwärtigen Lage dafür, "politische Kräfte für eine knochentrockene keynsianische Strategie" zu bündeln. Frankreich etwa liefere den Beleg dafür, daß eine andere Politik möglich sei.

NATO-Osterweiterung

Was weder Huffschmid noch Ziebura leisten konnten, war die systematische Herstellung der Verbindung des Globalisierungs-Themas mit dem Friedens-Thema, also die Problematisierung der Konsequenzen von Globalisierung für die Schaffung globaler Friedensordnungen oder eben auch für Gefahren von Militarisierung und Krieg. Das diffuse Gefühl, daß Globalisierung wohl irgendwie auch Folgen für die Fragen von Krieg und Frieden haben müsse, das wohl die Veranstalter des Kongresses dazu bewogen hat, das Globalisierungs-Thema ausführlich diskutieren zu lassen, blieb also im Raum stehen, ohne daß es zu einer tiefgreifenden Analyse der Zusammenhänge gekommen wäre.

Daran lag es dann auch, daß der zweite inhaltliche Hauptvortrag, jener von Andrea Gysi, recht unvermittelt dem Zieburaschen Referat folgte. Andrea Gysi zeichnete die Stationen der NATO-Osterweiterung nach, wobei sie die entscheidende Weichenstellung in den Jahren 1990/91 verortete. Seinerzeit habe sich herrschende Politik im Westen für die NATO als Militärpakt und gegen die OSZE als politisches Sicherheitssystem entschieden. Danach erst haben sich die ost- und mitteleuropäischen Staaten, die zunächst alle Hoffnungen auf die OSZE gesetzt hätten, auf das Streben nach NATO-Mitgliedschaft orientiert. Nunmehr gelte es nüchtern festzustellen, daß die Friedensbewegung die Auseinandersetzung um die Osterweiterung verloren und die NATO ihre "Sinnkrise" erfolgreich bewältigt habe. Die Osterweiterung nun spalte Europa aufs neue: Die nicht aufgenommenen Staaten würden ausgegrenzt, eine neue Konfrontationslinie gegenüber Rußland würde gezogen. Die Osterweiterung bedeute Aufrüstung, denn auch Rußland würde in Reaktion (qualitativ) aufrüsten. Die Osterweiterung sei daher eine "grandiose historische Fehlleistung". Friedenspolitisch geboten seien in Hinsicht auf die Osterweiterung künftig: Widerstand gegen die nukleare Bedrohung und Eintreten für eine Atomwaffenfreie Zone (Mittel-)Europa; verbindlicher Verzicht auf die Ersteinsatzdoktrin der NATO; Freihaltung der neuen NATO-Mitglieder von Atomwaffen und der zugehörigen Infrastruktur.

Kasseler Allerlei

Nach einer Arbeitsgruppen-Phase war die nächste Plenums-Session "Berichten aus der Friedensbewegung" vorbehalten. Da wurde dann ein bunter Strauß von Aktivitäten im Fünf-Minuten-Rhythmus entfaltet: Bericht über den Ostermarsch in Calw, Bericht über den Bundeskongreß der DFG/VK, Bericht über eine Ostsee-Friedenskonferenz, Bericht über die AMOK-Parade am 3.10., Bericht über die Vorbereitungen des Europäischen Friedenskongresses im Mai 1998 in Osnabrück usw. usf. - und vor allem mehrere Berichte über die Aktivitäten zur Abstimmung gegen den Eurofighter, wo z.B. der PDS-MdB Jacob berichten konnte, daß in den Dörfern Meck-Pomms 2235 Nein-Stimmen zum Eurofighter eingesammelt werden konnten - womit Meck-Pomm auf der Hitliste der Eurofighter-Ablehnung nach Berlin und Kassel Platz drei einnimmt (großer Beifall im Saal).

Der Abend war dann dem Internationalismus gewidmet. Auf dem Podium saßen Vertreterinnen von Friedensorganisationen aus Holland, Belgien, Österreich und Polen und gaben (ernüchternde) Berichte über den Stand der Friedensbewegung in ihren jeweiligen Ländern.

Der Sonntagmorgen begann mit Vorträgen im Plenum von Wolfgang Vogt (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK), Standesorganisation der deutschen FriedensforscherInnen) zum (Nicht-)Verhältnis von Friedensforschung, Friedensbewegung und Friedenstheorie sowie Horst Schmitthenner von der IG Metall zum Thema Frieden und Arbeit. Sein - nicht besonders erstaunliches - Fazit: Frieden und Arbeit gehören zusammen, der Kampf um den Sozialstaat und der Kampf um den Frieden seien mithin zwei Seiten einer Medaille. Darüber hinaus brachte er aber auch den schönen und heftig beklatschten Satz: "Zum Reparieren von Deichen braucht man weder G-3-Gewehre noch den Eurofighter" sowie die realistische Erkenntnis: "Die Friedensfrage steht nicht im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der BRD".

Realitätsverlust

Gleichwohl machte man sich im Abschlußplenum kräftig selber Mut für die Auseinandersetzungen des kommenden Jahres: Die Ostermärsche sollen vorbereitet werden, der Europäische Friedenskongreß in Osnabrück im Mai und selbstverständlich auch der 5. Friedensratschlag in Kassel im nächsten Herbst. Für das Eingreifen in den Wahlkampf im nächsten Jahr wurde ein Entwurf für eine Art "Wahlprüfsteine" vorgelegt und für die inhaltliche Weiterarbeit "Eckpunkte zu einer Friedenskonzeption". Und noch einmal wurde der "Erfolg" der Eurofighter-Umfrage bemüht, um zu belegen, daß die Friedensbewegung am Ende der "Durststrecke" angelangt sei (1). Ohne den Enthusiasmus und das Engagement der FriedensfreundInnen kleinzureden, die diese Abstimmungen durchgeführt haben - diese "Kampagne" als erfolgreich und Beweis für das "Ende der Durststrecke" zu nehmen, zeugt von einer eklatanten Verkennung der Realitäten. Aber erst so ziemlich zum Schluß der Veranstaltung wagte ein Mensch aus der DFG/VK Flensburg eine nüchterne Einschätzung: Die mickrigen Zahlen seien doch wohl eher ein Offenbarungseid für die noch immer zu konstatierende, relative Schwäche der Bewegung. Solcherart Nestbeschmutzung war bei der großen Mehrheit der TeilnehmerInnen allerdings nicht gefragt, man wollte sich die euphorische Aufbruchsstimmung nicht mies machen lassen.

Daher die Hauptkritik an dieser im Grundsatz sicher verdienstvollen Veranstaltung (mal abgesehen von dem bisweilen recht dürftigen inhaltlichen Niveau): Die penetrante Selbstgerechtigkeit und Selbstbeweihräucherung der meisten WortführerInnen im Saal ging einem auf Dauer ziemlich auf die Nerven. Die Litanei der Erfolgsstories aus dem Kampf an der Eurofighter-Abstimmungsfront gemahnte doch sehr an DKP-Gepflogenheiten unseligen Angedenkens, wo auch jeder Fliegenschiß zu einem gigantischen Erfolg der Friedenskräfte hochgejubelt wurde. Selbstkritische und nachdenkliche Töne waren kaum zu hören, Neugier und Bereitschaft zum Lernen waren wenig ausgeprägt - von Streitkultur keine Spur. Statt dessen bestätigte man sich immer wieder, daß man recht hat und schon immer recht gehabt hat - und dies, wo nicht wenige im Saal waren, die nicht unmaßgeblich mitverantwortlich waren für den (friedens-)politischen Mist des "realsozialistischen Lagers" bzw. die diesen Mist in den westlichen Friedensbewegungen als Gold verkauft haben. Zuweilen drängte sich der Eindruck auf, daß viele Anwesende auch heute noch der Meinung sind, mit dem Realsozialismus sei tatsächlich das "Weltfriedenslager" auf den Misthaufen der Geschichte befördert worden. Solches "altes Denken" wird einen neuerlichen Aufschwung der Friedensbewegung nicht leichter machen. Ob tatsächlich das Ende der Durststrecke in Sicht ist, wird das Leben zeigen.

Vo

Anmerkung:

(1) Zu diesen Abstimmungen über den Eurofighter wurde dem Kongreß sogar ein umfassendes Tabellenwerk vorgelegt, aus dem z.B. zu entnehmen war, daß in Bad Bramstedt 121 Stimmen abgegeben worden waren (davon 7 (= 6%) für und 114 (= 94%) gegen den Eurofighter), in Duisburg 18 (3 ja (= 17%), 15 nein (= 83%)) usw.usf. - bis "Wuppertal 2". Insgesamt soll es in mindestens 90 Orten Abstimmungsaktionen gegeben haben, an denen sich fast 41.000 BürgerInnen beteiligten. Davon habe die große Mehrheit (95%) gegen den Eurofighter gestimmt. Beherzte Schlußfolgerung: Der Eurofighter "findet keine Zustimmung in der Bevölkerung".

27. Willkommen im Dritten Reich! Italienische Arbeitsmigranten in NS-Deutschland - Buchvorstellung

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:02

Zwischen 1937 und 1943 kam etwa eine halbe Million italienischer Männer und Frauen zur Arbeit nach Deutschland - zunächst freiwillig und voller Hoffnungen auf guten Verdienst und Gastfreundschaft im befreundeten Reich. Von diesen "Proletariern der Achse" - gemeint ist die von Mussolini und Hitler geschmiedete "Achse" Rom-Berlin - berichtet ein lesenswertes und teilweise verblüffendes Buch.

Vor mittlerweile zehn Jahren begann die Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts ein Projekt zur Erforschung der italienischen Arbeitsmigration nach NS-Deutschland. Das nun vorliegende Buch "Proletarier der Achse" stellt eine wesentliche Ergänzung bisheriger Forschungen dar. Es verbindet die "klassische" Geschichtsschreibung anhand von Quellen und Dokumenten mit oral history: Etwa 30 Zeitzeugen wurden in längeren Interviews befragt und etliche Briefe der italienischen "Fremdarbeiter" gesichtet. Das dabei entstandene Bild zeigt die MigrantInnen nicht allein als Opfer, sondern auch als Handelnde. Es widerspricht damit, wie Karl Heinz Roth im Vorwort schreibt, dem "unausgesprochenen Fazit" anderer Historiker, "daß die in der Tat enormen Reglementierungen des ‚Arbeitseinsatzes` bruchlos gegriffen und die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter zumindest bis kurz vor Kriegsende vollkommen um ihre Handlungsmöglichkeiten gebracht hätten."

Im ersten Teil informiert Sergio Bologna auf knappen 20 Seiten über die Geschichte der italienischen Arbeitsmigration. In den 100 Jahren zwischen 1873 und 1973 emigrierten 26 Millionen Italienerinnen und Italiener, vor allem nach Nord- und Südamerika und in die industrialisierten Zentren Europas. Der Faschismus suchte die Migration zeitweise einzudämmen, sah sich aber wegen hoher Erwerbslosigkeit zum Arbeitskraft-Export gezwungen. In die afrikanischen Kolonien (Libyen, Somalia, Äthiopien) zogen sehr viel weniger Italiener als vom Regime gewünscht.

Der Hauptteil des Buches (mehr als 200 Seiten) ist den alltäglichen Erfahrungen der italienischen "Fremdarbeiter" in NS-Deutschland gewidmet. Cesare Bermani dokumentiert zum Teil längere Passagen aus seinen Interviews mit Zeitzeugen und aus erhalten gebliebenen Briefen. In den Jahren 1937 bis 1943 waren insgesamt etwa 500.000 Italienerinnen und Italiener zur Arbeit in Deutschland. Die ersten deutsch-italienischen Regierungsverträge wurden im Juli 1937 geschlossen und betrafen 500 ganzjährige landwirtschaftliche Arbeitskräfte und eine nicht festgelegte Anzahl Saisonarbeiter. Für das Jahr 1938 verständigte man sich auf eine Zahl von bis zu 30.000 SaisonarbeiterInnen. Zur Landwirtschaft kam das Baugewerbe hinzu, später auch andere Industriezweige.

Arbeit in Deutschland war nicht nur für italienische Erwerbslose attraktiv: Die Löhne waren erheblich höher, Lohnersparnisse konnten an die Familie geschickt werden. Obwohl die Zuwanderung über Kollektivverträge geregelt wurde, emigrierten etliche auf eigene Faust. Für manche spielte auch das "Abenteuer" in der Fremde und - im Falle der Industriearbeiter - die fortgeschrittene Technologie als Anreiz eine Rolle. Die Begeisterung wurde darüberhinaus durch die faschistische Propaganda angefacht. Auf sechstägigen "Bildungsreisen" besichtigten 1938/39 Hunderttausende italienischer Industriearbeiter die deutsche Arbeitswelt und wurden durchweg freundlich, teilweise "enthusiastisch" empfangen.

Rassismus, Sex und Leberwurst

Das Hauptproblem der 1937/38 in Deutschland arbeitenden ItalienerInnen war zunächst das rauhe Klima. Aber schon bald kam es zu Konflikten, wenn Versprechungen und Wirklichkeit auseinanderklafften, so bei der Unterbringung und vor allem bei der Verpflegung. In den Verträgen war italienisches Essen zugesagt worden, statt dessen gab es Kohl und andere deutsche Spezialitäten. Die spontanen und oft erfolgreichen "Revolten gegen die Leberwurst" richteten sich nicht nur gegen die deutschen Lagerchefs, sondern auch gegen die mitgereisten Funktionäre der italienischen faschistischen Partei, die als Verbindungsleute zu den deutschen Behörden und Unternehmern fungierten. Viele von ihnen waren korrupt und verkauften Wein, Nudeln und

andere italienische Lebensmittel auf eigene Rechnung an die Deutschen, statt sie wie vorgesehen an ihre Landsleute zu verteilen.

Auch die Feindseligkeit der deutschen Bevölkerung führte zu Auseinandersetzungen, die teilweise handgreiflich ausgetragen wurden, insbesondere nach Kriegsbeginn. Als Mussolini Italien zunächst (bis Juni 1940) aus dem Krieg heraushielt, wurde das 1914 entstandene Stereotyp des italienischen "Verrats" wiederbelebt. Insbesondere Süditaliener waren rassistischen Anfeindungen ausgesetzt. Positive Erinnerungen haben die männlichen Zeitzeugen vor allem an die deutschen Frauen: "Die deutschen Frauen beteten uns Italiener an." Gegen diese spontane Völkerverständigung war auch die nazistische Propaganda mit ihrem Ideal der keuschen BDM-Maid weitgehend machtlos.

Das positive Deutschland-Bild wurde ernsthaft beschädigt, als die italienischen Arbeiterinnen und Arbeiter die unmenschliche Behandlung der osteuropäischen Zwangsarbeiter erlebten. Als die Verpflegung immer schlechter, die Arbeitstage immer länger und die Bombenangriffe lebensgefährlich wurden, versuchten viele, schon vor Auslaufen ihres Arbeitsvertrags nach Italien zurückzukehren. Vergehen gegen die Disziplin hatte es schon von Anfang an gegeben: Viele Arbeiter hatten sich auf eigene Faust eine besser bezahlte Arbeit gesucht und waren von den deutschen Unternehmern bereitwillig eingestellt worden.

Nach Kriegsbeginn vergrößerte sich das Protestpotential durch italienische Antifaschisten, die aus Frankreich nach Deutschland kamen. In den Berichten der faschistischen Polizeiorgane ist immer wieder von "kommunistischer Propaganda" die Rede. Offen antifaschistischen Charakter hatten die Revolten am Arbeitsplatz allerdings nur selten, so am 25. Juli 1943, als die italienischen Arbeiter in den Siemens-Schuckert-Werken Mussolinis Sturz feierten, indem sie die "Internationale" sangen!

Im dritten Teil ergänzt Brunello Mantelli die Schilderungen der Zeitzeugen durch historische Fakten. Er nennt ziemlich genaue Zahlen, u.a. über Herkunft und Verteilung der Migranten nach Branchen und Regionen, und kontrastiert die Schilderungen der Arbeiter mit der Sicht von oben. In den zitierten Dokumenten wird deutlich, daß die deutschen und die italienischen Behörden die Konflikte um Verpflegung und Unterbringung, Arbeitsbedingungen, Disziplin und Verzögerungen bei den Lohnüberweisungen durchaus ernst nahmen.

Daneben stellt Mantelli die mitunter konfliktreichen Regierungsverhandlungen dar. Die italienische Seite wurde bei dem Geschäft Arbeitskräfte gegen Rohstoffe (vor allem Kohle) eindeutig betrogen; Deutschland war 1942 so hoffnungslos verschuldet, daß die Mussolini-Regierung den Rückzug aller im Reich befindlichen italienischen VertragsarbeiterInnen betrieb. Auf deutsches Drängen tat sie das allerdings nur halbherzig - was fatale Folgen hatte. Mantellis Bericht endet am 8. September 1943, als der Waffenstillstand zwischen Italien und den West-Alliierten bekannt gegeben wurde. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch etwa 120.000 italienische ArbeiterInnen im Deutschen Reich. Sie waren nun für die Deutschen nicht länger Verbündete, sondern "Verräter" und "Badoglio-Schweine".

Js.

Cesare Bermani, Sergio Bologna, Brunello Mantelli: Proletarier der Achse. Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937 bis 1943. Übersetzt von Lutz Klinkhammer, mit einem Vorwort von Karl Heinz Roth, Akademie-Verlag, Berlin 1997, 418 Seiten, 84 DM

28. Europäisches Vernetzungstreffen in Brüssel. Friedensorganisationen aus fünfzehn Ländern vertreten

Autor: Vo · Rubrik: Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:38

Wir haben in dieser Zeitung bereits mehrfach von dem Projekt des Europäischen Friedenskongresses in Osnabrück im Mai 1998 berichtet (s. zuletzt ak 407). Dieser Kongreß soll dazu dienen, nach längerer Zeit einmal wieder FriedensaktivistInnen aus möglichst vielen europäischen Ländern und unterschiedlichsten Arbeitszusammenhängen zum Erfahrungsaustausch und zur Verabredung gemeinsamer Kampagnen zusammenzuführen. Am 11. und 12. Dezember nun fand in den Räumen des Europäischen Parlaments in Brüssel ein internationales Treffen zur Vorbereitung des Osnabrücker Kongresses statt.

Auf Einladung des Arbeitsausschusses "Pazifistische Handlungsperspektiven" des Kongreß-Trägerkreises und der grünen Europaabgeordneten Elisabeth Schroedter trafen sich knapp 50 Leute aus internationalen, nationalen und lokalen Friedensorganisationen und -initiativen. Sie kamen aus den Niederlanden, Belgien, Österreich, der Schweiz, Rußland, Weißrußland, Litauen, Ungarn, Norwegen, Griechenland, England, Irland, Jugoslawien (Woijwodina), Frankreich und Deutschland. Vertreten waren sowohl große internationale Organisationen wie der Internationale Versöhnungsbund, Pax Christi, IPPNW (Ärzte zur Verhinderung des Atomkrieges), IALANA (Internationale Rechtsanwältevereinigung gegen Nuklearwaffen), WILPF (Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit) als auch nationale Friedensräte sowie Organisationen mit bestimmten inhaltlichen Schwerpunkten - z.B. das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung, die Russischen Soldatenmütter oder International Alert.

Gegen Militarisierung, für zivile Konfliktbearbeitung

In ihrem inhaltlichen Einleitungsbeitrag stellte Elisabeth Schroedter die Gefahren der Militarisierung der europäischen Integration als eine Tendenz heraus, mit der sich alle Friedensbewegungen in Europa auseinanderzusetzen haben. Die Entwicklung einer europäischen "Verteidigungs"politik im Kontext der GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) und die Stärkung der WEU als "militärischer Arm" der Europäischen Union seien zentrale zu bekämpfende Elemente herrschender Politik in Europa. Als Alternative sah sie die Entwicklung von Methoden und Instrumenten ziviler Konfliktbearbeitung auch und gerade auf europäischer Ebene. Hierzu könnten zivilgesellschaftliche Akteure wie die in den Friedensbewegungen engagierten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) entscheidend beitragen. Als Beispiel für ein Projekt auf dem Gebiet ziviler Konfliktbearbeitung nannte sie die Bestrebungen zum Aufbau europaweiter ziviler Friedensdienste (European Civil Peace Corps).

Auch im Beitrag des Vertreters der GSoA (Gruppe für eine Schweiz ohne Armee) wurde die Notwendigkeit einer zweiseitig ausgerichteten Arbeit der Friedensbewegungen betont: Analyse, Kritik und Bekämpfung des herrschenden Militarismus einerseits, Entwicklung ziviler Alternativen andererseits. Die GSoA läßt diese Zweiseitigkeit praktisch werden, indem sie für März 1998 zwei Volksinitiativen in der Schweiz vorbereitet. Zum einen will sie mit der Initiative "Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst" eine breite öffentliche Diskussion "über Alternativen zu militärischen Kontrollphantasien" initiieren. Der schweizerische Staat soll verpflichtet werden, NGOs in ihrer Friedensarbeit zu unterstützen. Dabei soll sich der zivile Friedensdienst "nicht nur auf die Bearbeitung von Gewaltverhältnissen im Ausland beschränken. Die Betrachtungsweise: hier Friede, dort Krieg - entspricht in keiner Weise der Realität. Gewalt gegen Frauen beispielsweise oder gegen Flüchtlinge ist der bittere Ernstfall auch in der Schweiz." Zum zweiten lanciert die GSoA die Initiative: "Sicherheit statt Verteidigung. Für eine Schweiz ohne Armee". Beide Initiativen hängen inhaltlich unmittelbar zusammen. Denn: "Die Forderung nach ziviler Konfliktbearbeitung muß unmittelbar verknüpft sein mit einer radikalen Armeekritik. So stellen wir sicher, daß zivile Friedensdienste nicht ein zusätzliches - ausgeklügelteres - Element einer militärischen Kontrollstrategie darstellen".

Die Beiträge am Donnerstag Nachmittag dienten der Vorstellung der Arbeit weiterer anwesender Friedensorganisationen. Besonders beeindruckend war der Vortrag von Ella Polyakowa, Vertreterin der russischen Soldatenmütter, die über die Unterstützung für Deserteure und über den Kampf gegen Gewalt und

Schikanen innerhalb der russischen Armee, in der in jüngster Zeit Dutzende von jungen Rekruten ermordet wurden, berichtete. Vera Webel aus der Woijwodina informierte über die Arbeit zum Schutz von Deserteuren aus den diversen Armeen im ehemaligen Jugoslawien und über die Hilfe für Kriegsflüchtlinge. Zudem stellte Mohssen Massarrat für den Osnabrücker Trägerkreis das Memorandum "Für eine Friedenspolitik ohne Militär" (s. ak 406) inhaltlich vor.

Kritik der NGO-Szene

Am nächsten Vormittag ging Martina Fischer, Friedensforscherin aus der Bundesrepublik, in ihrem Vortrag über "Europäische Friedenspolitik und zivile Konfliktbearbeitung in Theorie und Praxis" nicht nur auf Methoden, Aktionsebenen und Akteure für zivile Konfliktbearbeitung ein, sondern hielt insbesondere den anwesenden FriedensfunktionärInnen auch in kritischer Absicht den Spiegel vor. Sie thematisierte nämlich sehr offen einige zentrale Probleme und Schwächen der gegenwärtig herrschenden NGO-Kultur. So verwies sie auf die Gefahr, daß die NGOs von staatlicher Seite als "Erfüllungsgehilfen" in Anspruch genommen werden: Die Staaten und ihre Armeen machen die Drecksarbeit, und die NGOs dürfen dann "zivilgesellschaftlich" wieder aufräumen. Sie kritisierte ferner die Dominanz der starken, relativ "reichen" NGOs aus den westlichen Industriestaaten über die lokalen Friedensinitiativen vor Ort in den osteuropäischen Gesellschaften. Und sie kritisierte die Konkurrenz der NGOs untereinander, die sich wechselseitig die Geldquellen abzujagen versuchen, was oft die Folge habe, daß nicht jene NGOs, die inhaltlich gute Arbeit machen, gestärkt würden, sondern jene, die die besten PR-Abteilungen haben. Nicht zuletzt stellte sie das Unparteilichkeits-Dogma vieler NGOs in Frage: In vielen Gewaltkonflikten sei es falsch, sich auf die Rolle des unparteiischen Vermittlers und Helfers zu beschränken, sondern oft gelte es gerade, Partei für die schwächere Seite zu ergreifen. Abschließend wünschte sie sich, daß der Osnabrücker Kongreß auch dazu genutzt werden möge, diese Probleme der NGO-Arbeit zu bearbeiten.

Brüsseler Allerlei

In der letzten Runde der Tagung am Freitag nachmittags ging es um die Frage, ob es Vorschläge für Kampagnen gibt, die europaweit getragen werden könnten, die also die auf der Tagung immer wieder beschworene "Vernetzung" der europäischen Friedensorganisationen und -bewegungen voranbringen könnten. Aus den Beiträgen zu dieser Frage wurde deutlich, daß die Bewegungen in Europa gegenwärtig äußerst vielfältig (um nicht zu sagen: heterogen) sind. Unter anderem wurden vorgestellt bzw. vorgeschlagen: Eine Kampagne gegen die Entrichtung von Steuern für militärische Zwecke und für eine Friedenssteuer; eine Kampagne zur Kürzung der Rüstungshaushalte; eine Kampagne gegen den Kleinwaffenhandel im Anschluß an die Anti-Landminen-Kampagne; eine Kampagne gegen den Militärinterventionismus; eine Kampagne für Neutralität; eine Kampagne für die Schaffung Atomwaffenfreier Zonen in Europa und im Mittelmeerraum; eine Kampagne für die Abschaffung der Nuklearwaffen; eine Kampagne für die Einrichtung Ziviler Friedensdienste.

Mensch sieht: Die Welt der Friedensbewegungen ist sehr, sehr bunt. Es wird sicher viel sinnvolle Arbeit geleistet, aber ein übergreifendes gemeinsames europäisches Friedensprojekt zeichnet sich gegenwärtig nicht ab. So wird denn der Osnabrücker Kongreß im nächsten Mai sicher dazu beitragen können, die Vielfalt der europäischen Friedensbewegungen öffentlichkeitswirksam darzustellen und den internationalen Erfahrungsaustausch zu befördern. Und das ist ja auch schon etwas. Ob der Kongreß es aber wird leisten können, durch eine einheitliche europaweit getragene Kampagne die Friedensbewegung als transnationale europäische Bewegung (wieder) zu einem einflußreichen politischen Machtfaktor zu machen - das darf nach den Erfahrungen dieser Brüsseler Tagung füglich bezweifelt werden. Dennoch: Auf nach Osnabrück am 29.-31.5.1998! Kommt alle!

Vo

29. Erich Riedl: Ein Mann der Rüstungsdindustrie bleibt immun

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Rüstungsexport; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:27

Mitte November hat der Bundestag beschlossen, dem CSU-Abgeordneten Erich Riedl die Immunität zurückzugeben, womit die bayerische Justiz gezwungen ist, ein laufendes Verfahren gegen Riedl einzustellen.

Im Juni 1996 war Riedls Immunität aufgehoben worden: Er steht im Verdacht, von einer Firma, die sich um eine von Thyssen beantragte Ausfuhrgenehmigung für den Spürpanzer "Fuchs" nach Saudi-Arabien bemühte, 500 000 Mark Provision erhalten zu haben. Da nach Ansicht des Parlaments die Ermittlungen der bayerischen Justizbehörden sich zu sehr in die Länge zögen und der Bundestag eine Fürsorgepflicht für seine Mitglieder habe, erhält Riedl jetzt seine Immunität zurück: "Ein Abgeordneter hat, wie jeder andere Bürger auch, Anspruch auf einen zügigen Abschluß der gegen ihn laufenden Ermittlungen".

Es gibt allerdings nur wenige andere Bürger, die sich dem Verdacht aussetzen könnten, eine fette Provision für einen zwielichtigen Rüstungsdeal erhalten zu haben. Ein Verdacht, der vor dem Hintergrund von Riedls Biographie nicht verwundert. Der deutschen Rüstungsindustrie war Erich Riedl stets zu Diensten.

Der politische Ziehsohn des früheren CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zog erstmals 1969 in den Bundestag. Nachdem er als Präsident des Fußballclubs TSV 1860 München den Verein zu Beginn der achtziger Jahre sportlich und finanziell in ein Debakel geführt hatte, widmete er sich danach verstärkt der großen Politik: Er wurde 1987 Koordinator der Bundesregierung für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie. In seiner Funktion als Staatssekretär zog er in dem von FDP-Ministern angeführten Wirtschaftsministerium die Drähte und setzte sich stets vehememt für die Interessen der Rüstungsindustrie ein. Als z.B. das Kartellamt die Fusion zwischen Daimler-Benz und Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) ablehnte, scherte sich Riedl nicht um Verfahrensfragen und betätigte sich als mächtiger Mann im Hintergrund: "Er stellte der Industrie die gewünschte Sondergenehmigung durch den Bundeswirtschaftsminister in Aussicht, noch ehe der zögerliche Amtsinhaber Helmut Haussmann (FDP) sich überhaupt entschieden hatte", so die Wochenzeitung Die Zeit am 8.11.91. Tatsächlich erteilte Haussmann die erforderliche Sondergenehmigung und setzte den Beschluß des Bundeskartellamts außer Kraft. Der Weg war frei zur Schaffung des größten deutschen Rüstungskonzerns unter dem Dach von Daimler-Benz. Riedl wurde danach einer der energischsten Befürworter des teuersten europäischen Rüstungsprojekts, des Eurofighter 2000 (ehemals Jäger 90), während dessen Entwicklung Daimler-Benz dem Bund Millionensummen in Rechnung gestellt hat und für dessen Anschaffung vermutlich die Mehrheit im Bonner Parlament noch in diesem Jahr der Ausgabe von über 30 Milliarden Mark zustimmen wird.

Bundesweit für Schlagzeilen sorgte er, als er für seinen Wahlkreis München-Süd in Zeiten, als andernorts "atomwaffenfreie Zonen" geschaffen wurden, eine "asylantenfreie Zone" forderte. Daß dieses Vokabular kein Ausrutscher war, zeigte sich später: Als Schirmherr einer Feier zum 50. Jahrestag des ersten deutschen Raketenabschusses aus Peenemünde trat er erst zurück, als dieses Vorhaben öffentlich gerügt und von der SPD- und FDP-Bundestagsfraktion sein Rücktritt als Staatssekretär gefordert wurde. Riedls Kommentar: Auf die Schirmherrschaft dieser politisch brisanten Feier, die schließlich abgesagt wurde, habe er nur verzichtet, um sich "dieser ganzen Hysterie" zu entziehen.

Nun hat er sich einem laufenden Strafverfahren durch die Wiedererlangung seiner Immunität entziehen können. Die Wiederinkraftsetzung der Immunität ohne Einstellung der Einmittlungen ist in der Geschichte der Bundesrepublik ein einmaliger Beschluß, der deutlich macht, daß gegen einen bayerischer Amigo, mit entsprechendem Einfluß und Macht ausgestattet, Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung und wegen Vorteilsannahme ein jähes Ende haben können.

Thomas W. Klein

30. Friedensnobelpreis für die internationale Anti-Minen-Kampagne

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:37

für die internationale Anti-Minenkampagne

Das Thema ist schwer im Kommen: Zum Zubehör von Windows 95 gehört neben drei Kartenspielen das Geschicklichkeitsspiel "Minesweeper" - kleine Spielfelder auf dem Computerbildschirm simulieren dabei ein Minenfeld, auf dem es 10, 40 oder 99 unsichtbare Minen per Mausklick zu entschärfen gilt. Falsches Klicken führt zu einer ebenfalls simulierten Explosion auf dem Rechner, und ein kleines lächelndes Mondgesicht verzieht dann die Mundwinkel nach unten. Schlechter Geschmack hat noch nie davon abgehalten, daß etwas Spaß machen kann. "Minesweeper" ist im Grunde nichts anderes als das gute alte "Schiffe versenken": hübscher, bunter und pazifistischer. Statt Torpedos auf Karopapier zu schmeißen, sind wir heute zu MinenräumerInnen per Mausklick geworden, die tapfer den antimilitaristischen Fortschritt am Bildschirm konsumieren.

Den diesjährigen Friedenspreis des Osloer Nobelkomitees hat aber nicht die Firma Microsoft erhalten, sondern die Internationale Kampagne gegen Landminen (International Campaign to Ban Landmines - ICBL). Das Bündnis aus unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen, vorwiegend in den USA und in Westeuropa angesiedelt, betreibt seit Ende 1991 emsige Anti-Minen-Propaganda, forcierte allerlei Entminungsprojekte und hat es mit rasendem Erfolg geschafft, mittlerweile auch auf dem Parkett von internationalen Konferenzen und Verhandlungen eine starke Lobby für die Ächtung von Anti-Personen-Minen zu organisieren. Das ist zweifellos eine gute Tat und verdient den Nobelpreis. Daß gute Taten sich heutzutage schnell in den fragwürdigen Netzen von Realpolitik verstricken und auch mit schlechtem Geschmack hausieren gehen, gehört zum Geschäft. Für mindestens 10 Mark Spende kann man heuer am Gewinnspiel "Angolanisches Roulette" teilnehmen, und als erster Preis winkt eine einwöchige Reise (Flug und Hotel) nach Kanada zur Unterzeichnung des Vertrags zum Verbot von Anti-Personen-Minen!

Organisatorin des merkwürdigen Gewinnspiels ist die in Frankfurt am Main ansässige Hilfsorganisation medico international e.V. Die bundesdeutsche Nichtregierungsorganisation stammt aus dem Spektrum kritischer Entwicklungspolitik mit linkem Anspruch. In Kambodscha, Irakisch-Kurdistan, El Salvador und Angola hat medico in den vergangenen acht Jahren Minenräumungsprogramme, Prothesen- und Rehabilitationszentren für Minenopfer initiiert. Die Koordination der 1991 begonnenen weltweiten Kampagne übernahm die US-Organisation Vietnam Veterans of America Foundation (VVAF), deren Präsident Bobby Muller gemeinsam mit medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer als Geburtshelfer des mittlerweile tausend Organisationen umfassenden Anti-Minen-Bündnisses gilt.

Zur richtigen Zeit am richtigen Ort

Wer will schon Minen? Keiner mag sie, überall liegen sie herum, und keiner will es gewesen sein. Auch wenn vor einigen Jahren noch offiziell skeptisches Kopfschütteln angesagt war, als die Forderung nach einem Verbot von Landminen aufkam: An den innovativen Schreibtischen der Rüstungsindustrie war man schon lange bei weitergehenden Entwicklungen. Das altmodische Zeug, oft Waffe der Armen, auch der Befreiungsbewegungen, wollte niemand mehr haben, auch wenn phantastische Geschäfte damit gemacht worden waren. Der Markt für die neuen "intelligenten" Minen ist kleiner als vor zehn oder zwanzig Jahren, denn sie sind teurer. Mit Sicherheit werden sie weiterhin produzieret - selbst der Vertrag von Ottawa läßt zumindest Übergangs- und Nebenklauseln für die Minentechnologieforschung zu. In dieser Grauzone des Geschäftes, in der auch die Minenräumtechnologien angesiedelt sind, läßt sich kaum wirksam kontrollieren, in welche Richtung geforscht wird.

Minen sind Zeitbomben

Kein Krieg, kein Bürgerkrieg und keine Aufstandsbekämpfung der letzten zwanzig Jahre ist ohne sie ausgekommen. No-go-areas, wie verminte Gebiete im Militärjargon heißen, gibt es weltweit. Die meisten in Kurdistan, Angola, Afghanistan, Somalia, El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Mosambik, Vietnam und Kambodscha. Die meist "befriedeten" Auseinandersetzungen ziehen allerlei Folgegeschäfte nach sich: Die

HelferInnen aus den reichen Industrieländern fliegen samt Gerätschaften ein, sobald nicht mehr an jeder Ecke geschossen wird. Im ökologischen Zeitalter werden die wirklich großen Geschäfte mit Entsorgung und Wiederherstellung ursprünglicher Zustände gemacht. Umweltpflege, Bodenwäsche und Minenräumung sind gut; sie sind so gut, daß kaum noch jemand danach fragt, wer daran verdient.

Die Guten sind gerne im Fernsehen. Der Bundesaußenminister zum Beispiel, ein großer Minengegner, beeilte sich, die Entscheidung des Nobelkomitees zu begrüßen. Die Wahl hätte nicht besser ausfallen können, meinte Klaus Kinkel und meinte damit ein bißchen sich selbst. Zwar ist die Bundesregierung nicht gerade eine Nichtregierungsorganisation, doch sie vertritt einen jener Staaten, die künftig auf die Anwendung und auf den Export von Anti-Personen-Minen verzichten wollen. Mit einem komplizierten Sieben-Punkte-Programm, das im April 1996 veröffentlicht wurde, gelang es Kinkel, aus dem bundesdeutschen Eiertanz um die Rüstungsindustrie eine Werbekampagne für sich selbst zu inszenieren. Die Tücken der Materie: Die Bundeswehr verfügt über große Bestände der gemeinen Explosivkörper, die sie in regelmäßigen Abständen gegen moderne auszutauschen pflegt. Und die Rüstungsfirmen zwischen Flensburg und Nürnberg haben ein durchaus freundschaftliches Verhältnis zum Minengegner Kinkel, der wiederum ein Faible für humanitäre Hilfe ins Ausland und Minenräumpanzer hat. Seine Lieblingsobjekte heißen "Minebreaker 2000" und "Mineclearer 2000" und werden zur Zeit versuchsweise in Bosnien-Herzegowina einem Großtest unterzogen. Sie wurden von der Flensburger Fahrzeugbau Gesellschaft mbh (FFG) produziert, einer Tochtergesellschaft des Rüstungskonzerns Diehl GmbH & Co mit Sitz in Nürnberg/Röthenbach. Die saubere Firma, ein um die Jahrhundertwende gegründetes Familienunternehmen, macht heute Jahresumsätze in mehrfacher Milliardenhöhe, zur Hälfte mit Rüstungsproduktion. Wesentlich dabei waren immer Munition, Kleinbomben und Minen, sogenannte Flächenverteidigungs- und Panzerabwehrrichtminen - und Minenräumgerätschaften. Der "Minebreaker 2000" ist im wahrsten Sinne des Wortes ein dickes Ding: Es handelt sich um einen umgerüsteten Kampfpanzer vom Typ Leopard I, dem eine hydraulisch betriebene Fräswalze beigegeben ist. Im Doppelpack mit dem "Mineclearer 2000" wird er zum Preis von drei Millionen Mark angeboten. Werbung macht die Bundesregierung ganz umsonst: Der Test im früheren Jugoslawien, an dem auch ein Konkurrenzprodukt aus dem Hause Rheinmetall - ein umgebauter Keiler-Panzer teilnimmt - gilt als humanitäre Hilfe und wird vom Auswärtigen Amt finanziert. Kostenpunkt: Zwei Millionen Mark. Noch einmal genausoviel wird von diesem Amt für Testversuche mit anderem Minenräumgerät, Made in Germany, bereitgestellt. Zweifellos geht es um Minenräumung. Und zweifellos handelt es sich gleichzeitig um Regierungssubventionen für die Rüstungsindustrie.

Die Kampagne gegen Landminen sieht derlei Geschäftemacherei mit Distanz. Es ist wohl kaum zu vermeiden, daß Sachkompetenz (wer Minen entwickelt, weiß auch, wie sie zu entschärfen sind) aus militärischen Zusammenhängen und der Rüstungsindustrie gefragt sind, wenn es um Minenräumung geht. In der Regel sind auch die Männer - nur in Kambodscha gibt es ein Frauenteam - der britischen Mines Advisory Group (MAG), die in verminten Ländern vor Ort Minenräumbrigaden ausbilden, ehemalige Soldaten. MAG gehört ebenfalls der Kampagne an. Der Einsatz von technischem Großgerät wird von den erfahrenen Minenräumern allerdings abgelehnt: Es eignet sich höchstens für Straßen und fürs Grobe - erforderlich ist aber hundertprozentige Sicherheit auch in hügeligem und unüberschaubarem Gebiet, wenn ein Gelände als minenfrei erklärt werden soll. Selbst UN-Vorgaben orientieren sich dabei an militärischen Erfordernissen und Erfahrungen, mit Zahlen zwischen 90 und 98 Prozent jonglierend. Kriterien, die anders werten, müssen erst durchgesetzt werden.

Langwieriger, aber auch sicherer ist die mühsame Minenräumung per Hand, mit Metalldetektoren, Schaufel und Geduld. Erst die Wege zur Wasserstelle, dann deren Ränder, dann das brachliegende Feld. Quadratmeterweise.

Die Geldgeber für Anti-Minen-Projekte wollen schnelle Erfolge sehen. Haushaltsetats werden jährlich abgerechnet und haben ihre Tücken im Kleingedruckten. Fast unlösbar ist der Widerspruch, in dem sich mittlerweile fast alle entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen befinden - nicht nur in Deutschland -, seit sie zu Projektverwaltern im Ausland geworden sind, die vorwiegend Zuwendungen aus den Regierungsetats verausgaben. Die realpolitische Mutation der Szene ist kaum rückholbar und für die Betroffenen - die Minenopfer - nicht von Bedeutung. Ob eindrucksvoller Minenräumpanzer oder nachdenklich eingerichtetes Selbsthilfeprojekt - die Deutschen und die US-Amerikaner haben einen guten Ruf, dort, wo die Minen im Boden vergraben sind. Und dort ging der Friedenspreis hin. Nicht zu den wenigen noch agierenden Linken in der Szene, sondern an das Gewerbe der Gutmenschen und Friedensfreunde, zu denen, ob die

Kampagnensprecher dies wollen oder nicht, eben auch die Kinkels und Daimlers gehören. Erstaunlich, wie leicht das geht und paßt. Im laufenden Bundeshaushalt sind 135 Millionen Mark für die Entwicklung und Anschaffung neuer Minentechnologien vorgesehen, 13 Millionen für die Minenräumung. Die bundesdeutsche Kampagne fordert eine Umwidmung der Minengelder für die Räumung. Und im Dezember haben all die guten Staaten unterschrieben, daß sie langfristig gegen den Einsatz der (alten, konventionellen) Anti-Personen-Minen sind. Minen-Monopoly. Am Krieg läßt sich viel Geld verdienen. Am Frieden auch.

Katja Leyrer

31. Vorantreiben, helfen oder stören. Längerer Rückblick auf zehn Jahre konkret - aus gegebenem Anlaß

Autor: Christoph Jünke · Rubrik: Medien; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:06

Eine französisch-deutsche Debatte über einen europäischen Wohlfahrtsstaat

Immer wieder werden die mit Maastricht verbundenen neoliberalen Angriffe auf den europäischen Sozialstaat als historische Notwendigkeit verklärt, und die rein ökonomische Integration mittels Euro wird als unerläßliche und vor allem ausreichende Voraussetzung einer politischen Integration dargestellt.

Dagegen und gegen den damit verbundenen "Jargon der Globalität", wenden sich die Autoren des Sammelbandes Perspektiven des Protests. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat.

Der französische Linksintellektuelle Pierre Bourdieu und Claude Debons, Pariser Gewerkschaftssekretär und Aktivist der französischen Streikbewegung, waren Anfang Juni auf Einladung des hessischen DGB in Deutschland und diskutierten mit deutschen Gewerkschaftern (Frauen waren offenbar nicht eingeladen) und Intellektuellen die politischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Die dort gehaltenen Beiträge und einige andere sind in dem besprochenen Band nachzulesen.

Bourdieus Thesen stehen im Zentrum des Buches. Bourdieu, der mit seinem öffentlichkeitswirksamen Angriff auf das "Modell Tietmeyer" Partei ergriffen hat für die Opfer der Maastrichtisierung Europas, besitzt die Sprachkraft, die es braucht, um im bürgerlichen Mediensumpf Gehör zu finden. Mit seinem Plädoyer für einen europäischen Kultur- und Sozialstaat, der einzig "in der Lage (wäre), den desintegrativen Tendenzen der monetären Ökonomie entgegenzuwirken", will Bourdieu die neoliberale Ökonomie politisieren und ein soziales Europa schaffen, "das auf einem Bündnis der Arbeiter gründet", auf einer "Ökonomie des Glücks".

Was dieses Plädoyer über andere, weniger prominente hinaushebt, ist die vorbehaltlose intellektuelle Verteidigung der neuen ArbeiterInnenkämpfe (beispielsweise bei Renault Vilvoorde) oder gewerkschaftsunabhängiger Initiativen wie die der europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, Armut und Ausgrenzung. Bourdieu sieht darin "erste Ansätze zur Bildung einer wirklichen europäischen Sozialbewegung". Deren Festhalten an den sozialen Errungenschaften der sozialen Sicherheit, des Rechts auf Arbeit u.a. verteidigt er als "völlig legitim, auch wenn dies von einigen als eine Form von Konservatismus oder Archaismus hingestellt wird. Wer verfiele denn im Ernst auf den Gedanken, die Verteidigung der kulturellen Errungenschaften der Menschheit - Kant oder Hegel, Mozart oder Beethoven - als Konservatismus zu verurteilen? (...) Darum kann ich mich eines Gefühls der Empörung angesichts jener Intellektueller nicht erwehren, die sich zu Verbündeten der brutalsten ökonomischen Kräfte machen, indem sie den Stab über diejenigen brechen, die mit der Verteidigung ihrer mitunter als bloße Privilegien denunzierten Errungenschaften die Errungenschaften aller Männer und Frauen in Europa und anderswo verteidigen."

Protest und Verwirrung

Damit trifft Bourdieu jedoch nicht nur das neoliberale Denken der Herrschenden, sondern auch jene postmoderne Linke, für die sozialer Widerstand ebenfalls nicht mehr ist als politisch unreifes Besitzstandsdenken. Nicht, daß man Reformen einklagt und entsprechende Modelle ausarbeitet, ist die Crux jener Linken; auch nicht, daß man auf programmatische Defizite realer Bewegungen hinweist. Entscheidend ist vielmehr, daß die Dialektik von Bewegung und Ziel zerstört wird und daß die programmatische Arbeit den realen Kämpfen zugunsten ersterer entgegengestellt wird. Neue Positionen werden eingeklagt, ohne alte zu verteidigen.

Die bisherigen Kämpfe sind auf einzelne Betriebe oder Branchen bezogene und zumeist isolierte Abwehrkämpfe, deren Kennzeichen und Achillesferse die defensive Fixierung auf den Status Quo, die Beschäftigungsgarantie ist, wie IG Medien-Chef Detlef Hensche schreibt. Dem gegenüber betont der IG Metall-Gewerkschaftssekretär Helmut Schauer in seinem bemerkenswerten Beitrag über "Protest und Verwirrung": "Protestbewegungen entzünden sich stets an bestimmten Einzelfragen, und das erst, wenn sie

als spontane Massenaktion auftreten. Insofern ist der Protest immer selektiv, er tritt als Einpunktbewegung gegen den Angriff auf die Lohnfortzahlung, gegen beabsichtigte Zechenschließungen, gegen die feindliche Übernahme von Thyssen, gegen die Zerstörung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe auf. Von solchen direkten Anlässen sind die Proteste nicht abzulösen." Deswegen, so Schauer, ist es falsch, sie "vorschnell im Sinne eines Wiedererwachens der Arbeiterbewegung oder als Generalangriff gegen den Neoliberalismus" überzubewerten; ebenso falsch ist es aber auch, sie als vereinzelte Proteste konservativen Zuschnitts zu denunzieren und nicht das in ihnen aufscheinende Allgemeine zu erkennen.

Dieses Verständnis von Protestbewegungen erlaubt es Schauer, die Gefahren und Chancen der allgemeinen Verunsicherung und der zunehmenden Existenzängste, das teilweise Abdriften in die "irrationalen Ersatzlosungen und Sicherheiten" des Rechtsextremismus, wie auch "Elemente eines aufgeklärten Krisenbewußtseins" zu registrieren, die es zu politisieren gilt. Erst "in der offenen Auseinandersetzung um die Ordnung wird die Alternative zum Bestehenden intellektuell deutlicher, begründeter, zielsicherer, sie kann alle möglichen unruhigen Geister an sich ziehen und sich - zusammen mit mannigfachen Unzufriedenheiten - zunutze machen, und so wird sie auch politisch stark", zitiert er den liberalkonservativen Althistoriker Christian Meier.

DGB und "linke Linke"

Gefragt sind bei dieser Politisierung vor allem die deutschen Gewerkschaften, wie alle Autoren des Bandes hervorheben. Die haben es bisher versäumt, die politischen Chancen der Protestaktionen der Berg-, Stahl- und Bauarbeiter und des Kampfes gegen die Verschlechterung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall - "die stärkste und die politisch durchschlagendste Protestbewegung (...), die es in den letzten Jahren gegen die neoliberalen Zumutungen in der Bundesrepublik gegeben hat" (Schauer) -, wirklich offensiv zu nutzen. Und so gipfelt die deutsch-französische Debatte in einer Initiative neue soziale Politik, die sich "für eine neue europäische Gewerkschaftsdebatte" einsetzen will.

Wenn sie auch richtig und von zentraler Bedeutung ist, so bleibt diese Initiative bemerkenswert defensiv (vgl. den Abschlußbeitrag des Bandes). Es beißt sich, wenn die gegenwärtigen Gewerkschaften einerseits als hemmender Faktor in den zeitgenössischen Klassenkämpfen beschrieben werden, und andererseits gefordert wird, dieselben Kämpfe "wo immer möglich (...) insbesondere unter dem Dach des DGB zu koordinieren" (Detlef Hensche).

Die Franzosen sind hier weiter, wie die Beiträge von Bourdieu und Debons zeigen. Ihnen ist zu entnehmen, daß der neue Aufstieg der französischen Klassenkämpfe Mitte der achtziger Jahre während der sogenannten Kohabitationsphase von einem Aufstieg einer "linken Linken" (Bourdieu) begleitet wurde, einem neuen nicht-integrierten politischen Milieu, das sich aktiv und ohne falsche Rücksichtnahmen in diese Klassenkämpfe einmischte und zu deren Politisierung beitrug.

Auch bei uns mehren sich zwar die Zeichen einer zunehmenden Autonomie sozialer Massenaktionen, Formen der direkten Aktion, der "gewollten Regelüberschreitung" sind üblich, wie Schauer aufzeigt. Doch mit einer "linken Linken" sieht es in Deutschland nicht gerade gut aus. Anstatt eigene politische Initiativen zu formulieren und zu propagieren, reicht es in unserem Lande bisher nur zu wohlmeinenden Appellen namhafter Intellektueller - in diesem Falle für eine neue Gewerkschaftsdebatte. Die programmatischen Ansätze sind zwar da, wenn hier z.B. Arbeitszeitverkürzung, Ausbau der öffentlichen Beschäftigung und Förderung existenzsichernder Erwerbsformen als Kernpunkte im Kampf um eine soziale Zukunft reklamiert werden. Doch warum nicht Bourdieu folgen und lauthals (beispielsweise auf einer Großdemo oder in einer "Woche des Widerstandes") ein "Regressionsverbot" fordern: Keinerlei Kürzungen mehr im Sozial- und Kulturbereich, "denn die Einsparungen, die man bei den Sozialausgaben machen kann, werden mehr als aufgewogen durch das Anwachsen der für den Ausbau der Zwangsmittel erforderlichen Ausgaben, zu dem die Schwächung der sozialen Kohäsion nötigt - die mit der Unsicherheit und dem Unglück verbundenen Kosten aller Art nicht mitgerechnet". Solche Töne vermißt man bei deutschen Intellektuellen - und leider auch in den deutschen Beiträgen des hier besprochenen Bandes.

Wenn Leute wie Anthony Giddens ihren Abschied von "der Linken" damit begründen, daß "die Linke" nach dem Zusammenbruch des Ostblocks nur mehr den Sozialstaat verteidige, wird es Zeit zu fragen, wen er denn damit meint. Wir wären einen großen Schritt weiter, wenn es endlich zu einer konsequenten Verteidigung

wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften käme. "Jene, die alte Positionen nicht verteidigen können, werden niemals neue erobern", schrieb Leo Trotzki Ende der dreißiger Jahre, mitten im letzten Epochenwechsel.

Christoph Jünke

Pierre Bourdieu/Claude Debons/Detlef Hensche/Burkhart Lutz u.a.: Perspektiven des Protests. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat, Hamburg (VSA) 1997, 19.80 DM

32. Wie geschmiert. Nachschlagewerk zur Rüstungsproduktion im Raum Hamburg

Autor: Lühr Henken · Rubrik: Rüstungsexport; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:11

Ein neues Nachschlagewerk zur Rüstungsproduktion im Raum Hamburg

"Wie geschmiert" läuft die Produktion von Kriegsgerät in Hamburg und drumherum und der Export über den Hamburger Hafen. Deshalb wählte der Hamburger Historiker Hans Walden diesen Titel für sein Schwarzbuch. Das Nachschlagewerk widerlegt auf 352 Seiten die Aussage des Hamburger Bausenators Eugen Wagner: "Die Rüstungsindustrie oder die Rüstungsgüter spielen für Hamburg keine Rolle." Die von Walden im Hamburger Raum ermittelten 116 Firmen und Institutionen, die ihren Profit mit dem todbringenden Geschäft machen, stellen das "Who is Who?" der Branche dar.

Auf 150 Seiten breitet sich die mehr als 100 jährige Geschichte der Werft Blohm & Voss aus. Auf keiner deutschen Werft wurde für den Ersten Weltkrieg mehr gebaut als dort. Der Leser erfährt beispielsweise, daß B&V durch den Flugzeugbau während der 30erJahre zu einer der führenden Flugzeugwerke der Welt wurde, daß dort 230 U-Boote für den deutschen Seekrieg im Zweiten Weltkrieg gefertigt wurden und daß die "Bismarck" als größtes Schlachtschiff der Welt 1939 das Flottenabkommen mit England verletzte. Die historische Ausleuchtung verschafft die Tiefenschärfe für das Verständnis und den Stellenwert dieser führenden deutschen Werft im zeitgenössischen Überwasserkriegsschiffbau. Derzeit geht es bei B&V um die Vorarbeiten für die "Sachsen", mit deren Kiellegung als Typschiff dreier Highest-Tech-Fregatten für die Bundesmarine spätestens 1999 zu rechnen ist (Stückpreis über 1 Mrd. DM). Diese Schiffe sollen zu einer uneingeschränkten Führung von schlagkräftigen Verbänden befähigt werden, zu denen später auch spezielle neue Korvetten gehören sollen, die aus flachen Küstengewässern heraus auf Feindesland einwirken sollen. B&V kämpft um eine Drittelbeteiligung am 5,25 Mrd. DM teueren Kuchen der beabsichtigten 15 Korvetten.

Neue Informationen enthält das Buch über die Exporte dieser Kriegsschiffwerft. B&V scheut sich nicht, mit Machthabern in Ländern mit zweifelhaftem Verhältnis zur Achtung von Menschenrechten Kontakt zu pflegen. Akribisch deckt Walden die diskreten Großgeschäfte B&V's mit den Militärmachthabern Nigerias und Argentiniens auf. Detailliert wird das "Verdienst" B&V's um den griechisch-türkischen maritimen Rüstungswettlauf ausgeleuchtet. Aktuell befindet sich die für die Türkei hergestellte Fregatte "Sali Reis" in der Ausrüstung im Kuhwerder Hafen. Ihre Indienststellung ist für 1998 vorgesehen. Man darf gespannt sein, wie sich der Hamburger rot-grüne Senat bezüglich dieses Kriegswaffenexports an ein Land verhält, das die Menschenrechte verletzt, einen schmutzigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt, Teile von Nachbarländern okkupiert und im Spannungsfall mit Griechenland lebt. Und was von vollmundigen Ankündigungen führender SPD-Politiker zu halten ist, die den Waffenexport in die Türkei mit der Regierungsübernahme in Bonn stoppen wollen. Walden berichtet, daß die Materialpakete für die in der türkischen Staatswerft Gölcük nach deutschen Lizenzen hergestellten Fregatten am Schuppen 69/70 des Hamburger Hafens verladen werden. Die letzten vier Fregatten für die Türkei wurden mit 1,1 Mrd. DM Bürgschaften ermöglicht, zuzüglich eines 150 Mio. DM Geldgeschenks der Bundesregierung.

Unerwähnt bleiben soll nicht, daß B&V mit der Produktion von 280 Wannen für die Panzerhaubitze 2000 begonnen hat, dem derzeit weltweit führenden Artilleriesystem, das sich vor allem durch eine hohe Reichweite und Flexibilität auszeichnet. Fragt sich nur, welche Bedrohung an den deutschen Grenzen bei Reichweiten bis 40 km für die Beschaffungsbegründung erfunden wurde. Die Herstellergruppe spekuliert auf 555 dieser 55 t schweren Kolosse.

Walden nimmt auch die Hermes Kreditversicherungs AG unter die Lupe. Das Unternehmen, zu 90% im Eigentum der Allianz-Versicherung, bearbeitet u.a. für die Bundesregierung Ausfuhrgarantien und -bürgschaften auch von Waffen. Das Buch vermag Licht in das offiziell verhängte Dunkel des Gebarens dieser bundesweit bedeutenden Firma in Hamburg-Bahrenfeld zu bringen.

Auch die Vorhaben der DASA in Finkenwerder werden bezüglich der Herstellung des strategischen europäischen Transportflugzeugs Future Transport Aircraft kenntnisreich beschrieben. Die Entwicklungs- und Beschaffungsphase für diesen Kampfzonentransporter wird für 1999 erwartet und der Serienzulauf bei der

deutschen Luftwaffe von 2008 bis 2016. Interessant wird sein, wie sich der rot-grüne Hamburger Senat zur Herstellung von fliegenden Truppentransportern für die geplanten Militärinterventionen "out of area" verhalten wird.

Das alphabetische Firmenverzeichnis des Buches besitzt überregionalen Informationswert, da es zahlreiche Verweise auf Mutterkonzerne enthält und über geplante Großvorhaben der deutschen Rüstungstechnik informiert, die zukünftig das Rückgrat der Schnellen Eingreiftruppen der Bundeswehr bilden sollen.

Der Interessentenkreis für dieses Buch dürfte weit gefächert sein: Politik, Wissenschaft, Schule, Gewerkschaft und Publizistik ermöglicht es einen schnellen Zugriff auf ein Firmenregister und die Zusammenhänge zwischen Waffenproduktion und Waffenexport. Das Schwarzbuch ist in Hinsicht auf die Verbindungen zu Nigeria, Argentinien, Türkei und Taiwan ein Enthüllungsbuch. Nicht zuletzt werden die Protestaktionen gegen die ethisch fragwürdigsten Praktiken der Rüstungskonzerne dargestellt.

Waldens notwendiges Buch bietet als Bestandsaufnahme die unverzichtbare Quelle für alle Friedensbewegten zumindest im Hamburger Raum, wenn es darum geht, die leider im Buch etwas kurz geratenen Ansätze alternativer Produktion zu fördern und weiterzuentwickeln und den Kampf gegen Waffenproduktion und Waffenexport zu intensivieren und zu verbreitern.

Lühr Henken

Walden, Hans: "Wie geschmiert" - Rüstungsproduktion und Waffenhandel im Raum Hamburg - Ein Schwarzbuch - 352 S., Komzi-Verlag, 29,80 DM im Buchhandel.

33. Macht mal halblang, Genossen! Betr.: "Gollwitz und die Heuchler" - der feine Unterschied zwischen Kritik und Geschrei

Autor: Js · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:18

Immerhin in einem von drei Beiträgen zu unserem Aufmacher "Gollwitz und die Heuchler" (ak 407) ist das Bemühen erkennbar, über die Sache zu diskutieren und der Wahrheit näher zu kommen. In seinem Artikel "Was für ein Eigentor!" (ak 408, S. 32) weist ef. auf einen Schwachpunkt hin: den Mangel an empirisch gesicherten Kenntnissen über Gollwitz und seine BewohnerInnen. Allerdings war unser Artikel keineswegs als Beitrag zum Thema "Gollwitz, wie es wirklich ist" gedacht. Natürlich leugnen wir nicht, daß die in der Presse zitierten und teilweise via TV gemachten Äußerungen der DorfbewohnerInnen antisemitisch und rassistisch sind. Stolpes pauschale Unbedenklichkeitserklärung wird in unserem Artikel kritisiert; Umfragen aus den Jahren 1993 und 1995 belegen manifeste antisemitische Einstellungen unter brandenburgischen Jugendlichen: "34,8% der befragten 12- bis 14jährigen Schüler einer landesrepräsentativen Stichprobe von ca. 2.600 Jugendlichen im Alter von 13 bis 18 Jahren (stimmten) teilweise oder völlig der Aussage zu: ‚Die Juden sind mitschuldig, wenn sie gehaßt und verfolgt werden`." Die Aussage "Die Juden sind Deutschlands Unglück" fanden 8% (1995: 4%) völlig und jeweils 13% teilweise richtig. (1)

Dennoch ist es m.E. richtig, von einer "unentwirrbaren Gemengelage" von "nationalistischen Ressentiments" und "allgemeiner Fremdenfeindlichkeit" in den ostdeutschen Provinzen zu sprechen. Hier haben wir für die Ex-DDR gültige, unbestreitbare Tatbestände auch in Gollwitz unterstellt. Das mag "wissenschaftlich" anfechtbar sein; es ist aber immer noch wahrscheinlicher als die umgekehrte These, in Gollwitz zeigten "die Ossis" (oder "die Deutschen") ihr wahres Gesicht.

Der nicht besonders trennscharfe Begriff "allgemeine Fremdenfeindlichkeit" setzt im übrigen keineswegs Antisemitismus und anti-westliches Ressentiment gleich. ef. irrt, wenn er den innerdeutschen Ost-West-Konflikt mit der Feindschaft von Schalker und Dortmunder Fußballfans oder den wechselseitigen Vorurteilen von Bayern und Preußen auf eine Stufe stellt. Die Klagen der Politiker über die immer noch nicht vollendete "innere Einheit" reizen zwar zur Schadenfreude; leider erwächst aus dem Gegeneinander aber auch nichts Positives. Wie die Dinge liegen, wird die ökonomisch und sozial ungleiche Entwicklung in Ex-BRD und Ex-DDR Abgrenzungen verfestigen; wozu das führen kann, läßt sich am Beispiel Italien studieren, wo die Abgrenzung des Nordens gegen den Süden zu einer besonderen Spielart des Rassismus geworden ist - mit den üblichen, auch gewalttätigen Ausbrüchen.

In unserem Aufmacher sollen nicht die Menschen in Gollwitz als "gar nicht so schlimm" in Schutz genommen werden. Uns geht es darum, dem Mißverhältnis der allgemeinen Empörung etwas entgegenzusetzen. Daß die "bürgerlichen" Medienvertreter bei ihrer Anklage gegen die Gollwitzer die staatliche Politik außen vor lassen, ist nicht verwunderlich. Schlimm finden wir, daß Leute, die sich als radikale Linke verstehen, dasselbe tun und sich allenfalls in der Schärfe der Anklage gegen die deutschen "Volksgenossen" von der Massenpresse unterscheiden. Der Verdacht, daß sie damit ihren Abschied von gesellschaftsverändernder Politik legitimieren wollen, ist weder konstruiert noch bösartig. Seit Jahren werden Linke, die an der "Massenorientierung" - zumindest als Anspruch - festhalten, aus "antinationalen" Kreisen beschimpft, sie wollten sich in der "Volksgemeinschaft" gemütlich einrichten. Tatsächlich sind es die "Antinationalen", die sich mit den gegebenen Verhältnissen abfinden - weil die gemäß ihrer "Analyse" gar nicht anders sein können.

Wer die wachsende Verbreitung rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Einstellungen und Taten nicht denkfaul als Bestätigung des unwandelbaren deutschen "Nationalcharakters" wertet, wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß die rechtsextremen Parteien unter den sozial Deklassierten den größten Anklang finden (vgl. die Analyse der Hamburger Bürgerschaftswahl in ak 406). Diese Erkenntnis entschuldigt nichts, sie führt aber zu der Schlußfolgerung, daß eine andere Politik zur Isolierung der Rechten beitragen und den gewalttätigen Rassismus eindämmen helfen könnte. Die in Bonn regierenden Parteien, aber auch SPD und Grüne sind weder bereit noch in der Lage, eine solche andere, "sozialere" Politik zu machen.

"Antinationale Kleindarsteller"

In ihrer fast grenzenlosen Großzügigkeit hat die ak-Redaktion auch zwei Beiträgen Platz eingeräumt, deren Nutzen - vorsichtig formuliert - gering veranschlagt werden muß. Am meisten Gewinn haben wohl die beiden Autoren daraus gezogen, daß sie es der ak-Redaktion mal so richtig zeigen durften. Hoffen wir, daß es ihnen jetzt besser geht.

Udo Wolter nimmt die Gelegenheit wahr, um einen Autor anzupöbeln, dessen Artikel ihm schon lange zuwider sind. In seiner Wut gerät er allerdings ins Phantasieren über die "Reinwaschung des nationalen Kollektivs" durch Kt. und seine angebliche Trennung der NS-Politik in "Side-Show" und "Big Show". Statt einer schwatzschweifigen Richtigstellung beschränke ich mich darauf, zwei richtungweisende ak-Artikel zur Lektüre zu empfehlen: "Warum Auschwitz?" (ak 375, Februar 1995) und "Ökonomie und Politik der ‚Endlösung`" (ak 405, August 1997). Autor beider Artikel ist Kt.

Fast schon komisch ist Wolters Argument, die Kundgebung in Gollwitz am 9. November widerlege den Vorwurf, die "Antinationalen" hätten sich von linker Politik verabschiedet. Wenn nur die Hälfte dessen stimmt, was darüber in Neues Deutschland und junge Welt zu lesen war, dann hat die Strafexpedition gegen das Dorf den "gehässigen" Vorwurf im ak-Aufmacher bestätigt. Mit einer Einschränkung: Ganz "risikolos" war die Aktion nicht; wie es scheint hat diesmal tatsächlich die Polizei "eine weitere Eskalation verhindert" (jW).

Während Wolter mehrfach die Nazi-Losung von der "Volksgemeinschaft" kritiklos übernimmt und auf die heutigen deutschen Zustände anwendet, kommt bei Thomas v. der Osten-Sacken nur einmal "der Volksgenosse" vor. Für diese Zurückhaltung entschädigt er seine Leserinnen und Leser durch Einfallsreichtum, wo es um Schimpfwörter geht: In Gollwitz zeige sich "der autoritäre Charakter konformierender (?) Asozialer", die "ostzonalen Provinzler" sind "Mob" und schreien nach der "Vorstufe des Pogroms", dem Fernsehauftritt, bei dem sie Nazi-Sprüche absondern dürfen. Denn das sei der Zweck ihrer rassistischen und antisemitischen Ausbrüche, "keinesfalls der Wunsch, die Einquartierung der Juden zu verhindern". Überhaupt liege die "Vermutung nahe, daß ... Bewohner ostdeutscher Gemeinden die Ankündigung, in ihrem Dorf solle eine AsylbewerberInnenunterkunft oder ähnliches eingerichtet werden, förmlich herbeisehnen" - um dann richtig die Sau raus zu lassen. Worauf sich diese selbstgestrickte Sozialpsychologie der Ostdeutschen stützt, verrät Osten-Sacken nicht.

Die Bewunderung für Osten-Sackens blühende Phantasie hört allerdings da auf, wo er die Mitverantwortung der DDR-Gesellschaft für Rassismus und Antisemitismus im deutschen Osten leugnet. Wer auf diese Verantwortung hinweist - wie die ak-Redaktion in ihrem Aufmacher -, mache sich die "Entschuldungsthese" von der "zweiten deutschen Diktatur" zu eigen. Osten-Sackens Aufschrei über eine angebliche Anpassung von ak an "FAZ, taz, Welt, FR, Woche usw." zeigt nur, daß er unsere Zeitung nicht ausreichend kennt. "ak-Standpunkt" ist, grob verkürzt: Die DDR hatte ihre guten Seiten; ihr Umgang mit Juden und Ausländern gehört nicht dazu. Auch das ist in ak-Artikeln herausgearbeitet und belegt worden.

Am Schluß belehrt uns Osten-Sacken, "Haß gegen Reichtum und Luxus" sei "ein Dauerbrenner völkischen Denkens in Deutschland". Von diesem aus völkischem Denken kommenden Haß sieht er die ak-Redaktion befallen; "Beweis": unser Seitenhieb gegen die vergleichsweise angenehme Existenz etlicher Medienmenschen. Auch wenn es schwerfällt, will ich mich auf eine sachliche Richtigstellung beschränken: Die Mitglieder der ak-Redaktion hassen keineswegs "Reichtum und Luxus", sondern vielmehr die kraß ungleiche Verteilung des Reichtums. Diesen Haß zu schüren und gegen das kapitalistische System insgesamt zu wenden, ist seit jeher das Anliegen der Linken.

Aber selbst solche Banalitäten sind heute umstritten. Rolf Woltersdorf schrieb in einem Leserbrief (ak 403, Juni 1997), "daß nach Auschwitz, nach der ‚deutschen Revolution`, die soziale Frage nicht mehr von links zu beantworten ist." Woltersdorf ist Mitherausgeber des Buches "Goldhagen und die deutsche Linke" (siehe Besprechung in ak 408), das von Detlef zum Winkel in konkret 10/97 enthusiastisch gefeiert wurde: Mit Goldhagens Kernaussagen "fällt das gesamte Gebäude marxistischer Lehrsätze in sich zusammen". Das sind "Einzelmeinungen", die in dieser Form möglicherweise im "antinationalen" Lager nicht konsensfähig sind. Da sie den "antinationalen" Ansatz konsequent weiter entwickeln, verdienen sie, ernst genommen zu werden.

Das hat im übrigen auch Gremliza erkannt. In einer längeren "Fußnote" zu Detlef zum Winkels konkret-Artikel äußert er den Verdacht, "als seien die verabscheuten Erscheinungen (hier: die linke Kritik an Goldhagen; Anm. Js.) ein nicht ganz unwillkommener Anlaß, einem Abschied, der innerlich längst genommen war, eine ethisch

erstklassige Begründung zu geben." Genau darum geht es auch den "antinationalen Kleindarstellern" der Gollwitz-Kampagne. Diese These unseres Artikels wird durch die bisher eingegangenen Kritiken nicht widerlegt.

Js.

Anmerkung:

1) Julius H. Schoeps und Dietmar Sturzbecher (Hrsg.): Einstellung Jugendlicher in Brandenburg zu Juden und zum Staat Israel, Potsdam 1995

34. 40.000 DM für ak - das muß es Euch schon wert sein!

Autor: Kt. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:13

Das war zu erwarten: Mein Kommentar "Gollwitz und die Heuchler" in ak 407 rief in der stetig zusammenschrumpfenden Restlinken ein paar starke Reaktionen hervor. Wer will, mag darin immerhin ein Lebenszeichen sehen: "Die Leiche hat sich bewegt!"

Mein Favorit unter den Polemikern der Gegenseite ist (wieder einmal) Jürgen Elsässer, ehemals Redakteur der "Jungen Welt", der jetzt die "Jungle World" leitet. Als Staatsanwalt und Richter in einem urteilt er in der Ausgabe vom 4. Dezember: "Die Anklage lautet nicht nur auf Gleichgültigkeit, sondern auch auf aktive Mittäterschaft. Das Beispiel Gollwitz zeigt, daß ein Gutteil der Linken heute die Rolle übernommen hat, die beim Pogrom von Rostock-Lichtenhagen die CDU/CSU spielte: Ihre Vor- und Afterdenker fabrizieren die Brand-Sätze, die dann von Glatz- und Hohlköpfen nur noch angezündet werden müssen. (...) Je weiter man sich auf der politischen Skala von der Mitte nach links bewegte, um so unverschämter wurde die Unterstützung für den Antisemitismus der Dörfler." - Überschrift des Kommentars: "Heute ist es nicht nur illusionär, sondern reaktionär, sich positiv auf die Linke zu beziehen."

Der Leitartikler der "Jungle World" markiert gut sichtbar den Punkt, an dem antideutscher Übereifer ins pure Delirium abkippt - und ganz nebenbei noch vergleichsweise die Weißwäscherei der CDU/CSU besorgt, die anscheinend ihre Rolle als Vordenkerin der Pogromisten an die "Junge Welt" und den "ak" abgetreten hat.

Es wundert mich nicht, daß ef., der meinen Gollwitz-Kommentar für ein Eigentor hält (ak 408), sich andererseits auch "genervt" über Jürgen Elsässer äußert. Mein treuer Feind Jürgen, der schon 1989 meinen Hinauswurf aus der ak-Redaktion gefordert hat, verzerrt die antideutsche Position zur entlarvenden Karikatur, aber doch nur, indem er sie bis zur äußersten Konsequenz theoretisiert und vorantreibt.

"Gollwitz und die Heuchler", dieser Titel stammt von der ak-Redaktion und geht auch in Ordnung. Ich hatte den Kommentar eigentlich mit "Gollwitz Superstar" überschrieben. Gemeint war: Gollwitz ist in erster Linie ein klassisches bürgerliches Medienereignis, oberflächlich und kurzatmig inszeniert, heute hochgepuscht, morgen schon wieder vergessen. Ein paar Tage lang Tummelplatz von aufgeregt tuenden Journalisten, denen die ausländerfeindliche Normalität dieses Landes ansonsten ziemlich am Arsch vorbeigeht und die viel zu clever sind, als daß sie sich auf eine karrierehemmende Kritik an der offiziellen "Ausländerpolitik" einlassen würden.

Thomas weist darauf hin (offenbar als positives Gegenbeispiel gegen den bösen ak-Kommentar), daß "die bürgerliche Presse sich (im Falle Gollwitz) ausnahmsweise nicht schützend vor den rassistischen Mob stellt, sondern die Haltung der Gollwitzer als das bezeichnet, was sie offensichtlich ist, nämlich als schäbigen Antisemitismus". (ak 408) - Na fein, aber warum denn wohl? Weil sich am Beispiel der Gollwitzer die eigene überlegene Moralität bestätigen ließ, ohne daß sich daraus irgendwelche praktischen Schlußfolgerungen ergaben. Es ist nämlich tatsächlich so - auch wenn man mir diese Aussage als ganz besonders übel angekreidet hat -, daß ausländerfeindliche Politik in Bonn konzipiert wird und nicht in den Dörfern.

Wenn ich dies feststelle, konstruiere ich damit nicht - wie mir jetzt unterstellt wird - einen Gegensatz zwischen der Regierung und den angeblich tendenziell fortschrittlichen oder wenigstens toleranten Volksmassen. Das wäre in der Tat dummes Zeug. Es ist andererseits aber auch nicht so, daß die Regierung mit ihrer "Ausländerpolitik" lediglich der Volksstimmung hinterherläuft. Ähnliches gilt für die Medien: Für jeden Eimer Wasser, den sie diesmal demonstrativ in die Flammen kippten, hatten sie vorher schon fünf Eimer Brennstoff ins Feuer gegossen. (Das ist selbstverständlich nicht eng auf den Fall Gollwitz bezogen gemeint.)

Die Entscheidung, die Einwanderung von Juden aus Rußland in engen Grenzen zu halten, mit der skandalösen Begründung, man müsse eine "Überfremdung" verhindern, fiel auf Regierungsebene bereits ca. 1992 oder 1993. Ich war zu jener Zeit Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Jelpke (PDS) und formulierte damals für sie eine Presse-Erklärung, deren zentraler Satz ungefähr lautete: Nie wieder darf ein Jude in Deutschland für "unerwünscht" erklärt werden! - Das ist selbstverständlich nach wie vor meine Position, und damit ist auch der definitive Punkt benannt, an dem ich Unterstellungen nicht einfach als spaßig wegstecke.

Thomas behauptet: "Antisemitismus beruht traditionellerweise auf Einverständnis zwischen ‚denen in Bonn`, der politischen Elite also, und dem Mob, repräsentiert durch die Gollwitzer." - Udo spricht, ebenfalls in ak 408, in mannigfaltigen Varianten von "völkischem Konsens", "völkisch-antisemitischem Konsens", vom "Schulterschluß von Landesvater (Stolpe) und dörflichem Kollektiv", von der "Pathologie deutscher Volksidentität" und von "deutscher Volksgemeinschaftlichkeit".

Daß außerhalb von Gollwitz dieser behauptete Konsens nicht zustande kam, sondern daß den Gollwitzern eher der Wind ins Gesicht blies, scheint weder Thomas noch Udo zu irritieren. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Bonn und Gollwitz liegt auf der Hand: Den Bonnern ist evidenter Antisemitismus einfach peinlich, aber Einwanderungsbegrenzung (keineswegs nur oder in erster Linie gegen Juden) in einigermaßen zivilen Formen ist für sie absolut unverzichtbar. Andererseits ist den meisten Leuten von Gollwitz vermutlich ziemlich egal, wieviele russische Juden nach Deutschland kommen, so lange sie nicht ausgerechnet in ihrem Kaff einquartiert werden.

Ein zentrales Problem der Antideutschen liegt meiner Ansicht nach immer noch (wie schon 1989) darin, daß sie ganz munter "die Deutschen" als homogenes Täterkollektiv konstruieren, ohne sich aber im geringsten als dessen Teil zu begreifen oder ihre Position als deutsche Staatsbürger, und zumeist ja auch im allerbiologistischsten Sinn Deutsche, wenigstens ein bißchen zu problematisieren. Es ist von vornherein klar: die Deutschen sind, fast schon genetisch, ein Kollektiv von Schweinen, aber sie selbst, die ehrenwerten Autoren, gehören offenbar a priori einer völlig anderen - zahlenmäßig selbstverständlich extrem kleinen! - Kategorie von besseren Menschen an. Der Antideutsche, der von "deutscher Volksidentität" schwätzt, meint niemals auch nur ein bißchen sich selbst. Damit ist die innere Verlogenheit und die politische Nutzlosigkeit dieser Position meiner Ansicht nach hinreichend umrissen.

Daniel Goldhagen verdankt seine außerordentliche Popularität bei den Antideutschen vermutlich in erster Linie seiner provokativen Klischee-Bildung. Er verwende ganz bewußt die Formulierung "Die Deutschen", sagt Goldhagen an einer Stelle seines Buches - und führt dafür eine äußerst fragwürdige Begründung an: Man sage ja auch "Die Amerikaner", wenn man vom Vietnam-Krieg spricht. Nun weiß allerdings jeder, daß es in den USA eine starke Opposition gegen diesen Krieg gab. In Deutschland gab es weder gegen den Krieg noch gegen den Massenmord an den Juden eine Opposition, aber die Rahmenbedingungen waren auch reichlich anders als in den USA während der 60er und 70er Jahre.

"Die Deutschen" oder "die Amerikaner", so wie Goldhagen das an dieser Stelle miserabel schlecht begründet, sind umgangssprachliche Begriffe und nicht mehr. In einer wissenschaftlichen - im konkreten Fall: soziologischen! - Arbeit sind sie nicht angemessen. Man kann beispielsweise auch sagen, "die Deutschen" seien Fußball-Europameister, ohne deshalb die große Mehrheit aller Deutschen für superiore Ballkünstler zu halten. Aber selbstverständlich gebraucht Goldhagen den Begriff "Die Deutschen" in Wirklichkeit nicht nur als stammtischmäßige Metapher, sondern er meint tatsächlich: "Die Deutschen" als Kollektiv, und läßt dabei alle Differenzierungen unter den Tisch fallen.

Goldhagen spricht vom "antisemitischen Konsens", den er in der deutschen Gesellschaft schon seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts ausmacht, und läßt dabei u.a. die Arbeiterbewegung außer acht, die sicher individuell nicht frei von antisemitischen Ressentiments war, die aber ganz gewiß zur "Judenfrage" total konträre Vorstellungen zu den gesellschaftlich vorherrschenden vertrat. Ihm applaudieren dafür die antideutschen Ex-Linken, denen selbst Facts als antisemitisch verdächtig sind, wenn sie nicht ins Weltbild passen.

Den "antisemitischen Konsens der Volksgemeinschaft", von dem Udo schreibt, gab es nur in der Phantasie von Josef Goebbels, nicht in der Realität. Es wäre in diesem Zusammenhang grundsätzlich zu fragen, ob die im antideutschen Diskurs so beliebten Begriffe "nationaler Konsens" und "Volksgemeinschaft" nicht selbst ein Stück weit das Denken transportieren, gegen das eigentlich angegangen werden soll.

Die fingierte Gegenposition, die Udo mir unterstellt, die Ermordung der europäischen Juden hätte "gegen passive Ablehnung einer Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt werden" müssen, habe ich allerdings nie vertreten. Sie wäre auch gar zu blödsinnig. Ich empfehle: meine zwei Artikel zu Goldhagen nochmals lesen! Wirklich lesen, nicht rumfantasieren!

Der zentrale Dissenspunkt aber ist vermutlich: ich behaupte, daß diese Deutschen, und sogar diese Gollwitzer, unser politisches Subjekt sind. Ich meine das wahrhaftig nicht persönlich. Es zieht mich zu diesen Leuten nichts, wirklich nichts hin. Es ist dies aber keine Frage des individuellen Geschmacks, sondern der grundsätzlichen politischen Option. Die Linke wird ihrer Verantwortung nicht allein dadurch gerecht, daß sie sich als außerhalb der zum "Täterkollektiv" stilisierten "Volksgemeinschaft" stehend deklariert und einsame Erhabenheit zur Schau stellt. Wir werden daran gemessen werden, was wir tatsächlich gesellschaftlich bewirkt haben. Das setzt eine auf die sozialen Fragen zentrierte (aber nicht beschränkte!) Politik voraus, von der in der Linken bisher noch kaum etwas zu sehen ist. Das ist leider alles andere als eine präzise Antwort auf unser Problem, aber es gibt meiner Ansicht nach die einzige Richtung an, in die es sich überhaupt noch weiterzudiskutieren und gemeinsam weiterzumachen lohnt.

Ich bin meinem treuen Feind Jürgen Elsässer für die Möglichkeit dankbar, ihn zum Abschluß noch einmal als abschreckenden Dummbeutel zitieren zu können: "Kommunismus müßte auch gegen die überwältigende Mehrheit der Kommunisten durchgesetzt werden." - Das ist so total abgedreht, daß selbst Stalin ein Kreuz geschlagen hätte. Politik muß mit den real existierenden Menschen gemacht werden. Nicht unbedingt "demokratisch" im parlamentarisch-demoskopischen Sinn, aber doch, indem man eine handlungsfähige qualifizierte Minderheit gewinnt.

Das sind Banalitäten? Ja gewiß, was denn sonst?! Und wieso eigentlich muß darüber überhaupt noch gesprochen werden?

Kt.

35. PDS im Visier von Neonazis

Autor: mb. · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak409/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:31

Am 3.12. verhinderten Nazis in Neuwied - 50 Kilometer südlich von Bonn - eine Veranstaltung der innenpolitischen Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe, Ulla Jelpke, zum Thema Asyl.

Nachdem die Veranstaltung bekanntgemacht worden war, erreichte den Wirt des Lokals, in dem die Veranstaltung stattfinden sollte, eine Bombendrohung. Daraufhin machte er einen Rückzieher. Einschüchterung und Absage wiederholten sich auch bei einem zweiten Wirt. Die Veranstaltung mußte daraufhin abgesagt werden. Um auf die massiven Drohungen der Nazis aufmerksam zu machen, wollten die PDS Neuwied und Ulla Jelpke vor beiden Lokalen kurze Stellungnahmen abgeben. Dazu kam es aber nicht, da vor bzw. in beiden Gaststätten Nazis auf die Veranstalter und Interessierte warteten.

Fünf Tage später, am 8.12., durchsuchte die Berliner Polizei zeitgleich die Wohnungen von 17 Mitgliedern der neonazistischen Kameradschaften Treptow und Köpenick. Den Nazis wurde vorgeworfen, in Berlin "Aufkleber mit verbotenen Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen" verbreitet zu haben.

Was die Ermittler bei dieser Aktion aber entdeckten, war beileibe nicht nur Propagandamaterial. War in einer ersten Presseerklärung schon von Schlagstöcken und anderen Waffen die Rede, was längst zur Normalität geworden ist und kaum mehr Aufregung erzeugt, wurde zwei Tage später bekannt, daß der Polizei noch viel pressanteres Material in die Hände fiel: Material zur Herstellung von Rohrbomben.

Die Sicherheitsbehörden leiteten daraufhin Ermittlungen wegen Vorbereitung einer Sprengstoffexplosion, Verabredung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz ein. Gegen zwei Mitglieder der Kameradschaft Treptow wurde Haftbefehl erlassen. Bei der Vernehmung der Nazis stellte sich heraus, daß sie ein Rohrbombenattentat auf ein Mitglied der "AG Junge GenossInnen Treptow" geplant hatten. Auf dessen Balkon wollten sie die Bombe zünden. Bereits im Oktober hatten sie erste "Probesprengungen" unternommen.

Obwohl die Kameradschaften Treptow und Köpenick, wie nicht zuletzt die Durchsuchung vom 8.12. bewies, Waffen besitzen und über eine feste Organisation verfügen, leugnen weiterhin der Generalbundesanwalt und die Berliner Staatsschutzbehörden gebetsmühlenartig die Existenz von rechtsterroristischen Strukturen.

"Demgegenüber deutet alles daraufhin", so heißt es in einer Presseerklärung des Büro Ulla Jelpke, "daß Rechtsterroristen die PDS verstärkt als politische Gegnerin ins Visier nehmen: Am 3.12.1997 wurde aufgrund von Bombendrohungen eine PDS-Veranstaltung in Neuwied verhindert. Im Juni dieses Jahres wurde das Landesbüro der PDS in Saarbrücken überfallen. Im Februar verübte Kay Diesner einen Anschlag auf das PDS-Mitglied Klaus Baltruschat in Berlin-Marzahn ... Außerdem sind seit Anfang 1991 Sachbeschädigungen, Drohanrufe, Drohschreiben, Körperverletzungen u.a. in Pforzheim, Karlsruhe, Nürtingen, Cottbus, Dessau, Nieky, Hamburg, Grevesmühlen, Bremen, Göttingen, Delmenhorst, Bernburg, Havelberg, Magdeburg, Rendsburg etc. gegen PDS-Büros bzw. PDS-Mitglieder zu verzeichnen".

mb., Berlin

36. Quelldatei 05.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak409/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:05

Leserbrief ... Leserbrief ... Leserbrief

Betr.: Wahl in Argentinien, ak 408

Ausbruch aus dem Ghetto

Hallo ak-Redaktion,

alle Wahlanalytiker sind sich eigentlich einig darüber, daß die Parlamentswahlen in Argentinien vom 26. Oktober durch drei Elemente gekennzeichnet waren:

- die Niederlage der regierenden Peronisten,

- eine besonders hohe Wahlenthaltung (ca. 5 Mio. wählten überhaupt nicht, dazu kommen 800.000 Wähler, die "weiß" wählten, also sich an der Wahl beteiligten, aber keine Partei wählten),

- ein "großes Wählerwachstum der marxistischen Linken" (zitiert nach "informe RESERVADO" Nr. 40).

Warum der ak-Berichterstatter letzteres Faktum nicht erwähnt hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Insgesamt erhielten "die antiimperialistischen Kräfte und die der Linken" 662.000 Stimmen. Das entspricht 5% der Stimmen. Ich kann mich an keine Wahl in Argentinien erinnern (zumindest nach der Militärdiktatur), wo die Linke auch nur annähernd so gut abschnitt. Besonders auffällig ist dabei das Wachstum des Partido Obrero (PO). Dieser erhielt diesmal 150.000 Stimmen gegenüber den 27.000 Stimmen im Jahre 1995, womit er die stärkste linke Partei in Argentinien geworden ist (an zweiter Stelle folgt das von der KP geführte Wahlbündnis "Izquierda Unida", das auf 112.000 Stimmen kam). Dabei sind die 73.000 Stimmen nicht mitgezählt, die der Frente Pueblo Unido in Tucumán bekam. Außerdem kandidierte der PO diesmal nur in acht Provinzen, 1995 kandidierte man landesweit ...

Einige Zahlen sollen das Ausmaß der Erfolge des PO verdeutlichen: In der Provinz Córdoba stieg der PO von 1.750 auf 32.000 Stimmen (zum Vergleich: 1989 waren es 7.400 Stimmen). In der Stadt Córdoba selbst, zweitgrößte Stadt des Landes und Zentrum der Automobilindustrie, erhielt der PO 19.000 Stimmen, was 3,2% und dem 20fachen (!) des vorherigen Wahlergebnisses entspricht. Im Industriegürtel um Buenos Aires (z.B. Escobar, Zárate, Florencio Varela etc.) schnitt der PO besonders gut ab. In Arbeitervierteln erhielt er durchschnittlich 6% der Stimmen, die höchsten Ergebnisse liegen bei 9 oder 10%. Dieser erste Durchbruch auf der Ebene der Wahlen ist um so erstaunlicher, als der PO bislang eine Splitterpartei war, deren Wahlergebnisse in der Regel im "Null-Komma-Bereich" lagen, also in dem Bereich, der der deutschen Linken nur allzu bekannt sein dürfte. Um so beachtlicher ist der Ausbruch des PO aus diesem Ghetto und hätte in einer Zeitschrift, die sich analyse & kritik nennt, schon erwähnt und kommentiert werden sollen. Vor allem hätte man der Tatsache Rechnung tragen sollen, daß der PO in erster Linie von der Klientel gewählt wurde, von der die Linke immer behauptet, sie sei ihr Hauptansprechpartner: die Arbeiterklasse nämlich.

Freundliche Grüße

W. Bendel

Alle Zahlen und Zitate nach "informe RESERVADO", Nr.40 und "en defensa del MARXISMO", Nr.18

37. Quelldatei 28.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak409/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:28

Anarchisten im Exil

Der belgische Anarchist Louis Mercier Vega (Geburtsname Charles Cortvrint) berichtet in seiner autobiographischen Erzählung "Reisende ohne Namen" von einer Gruppe von Anarchisten, die nach der Niederlage der spanischen Republik auf einem Schiff anheuern, das sie nach Südamerika bringt. Große Literatur ist das nicht; während der Schiffsreise erzählen sich die vier Erlebnisse, die in dem Buch ausführlich nacherzählt werden. Auch das politische Niveau ist bescheiden. In Buenos Aires, bei einem internationalen Meeting mit anschließender Grillparty, diskutieren die Genossen Anarchisten die Weltlage im Jahre 1940. Ein Student analysiert, ohne Widerspruch zu provozieren: "Zwei diktatorische Regime, der Nazismus und der Stalinismus, haben Europa unter sich aufgeteilt." Andere geben immerhin zu bedenken, daß die "in der Theorie richtige" Position strikter Neutralität von den Genossen in Europa schwer durchzuhalten sein könnte. Die Diskussion entwickelt sich "hitzig", schreibt der Autor, sie verflacht aber noch mehr: "Die Feinheiten verschwinden, und man wirft sich gegenseitig die Phrasen an den Kopf." Danach ist Essenszeit. Ein teilweise spannendes und ganz und gar lehrreiches Buch: Der Anarchismus - so viel wird, den Bemühungen des Autors zum Trotz, deutlich - ist keine Alternative zum Stalinismus. Die Anarchisten sind zwar sympathische und mutige Leute, politische Analyse aber ist nicht ihre Stärke. In einem längeren Anhang sind einige von Louis Mercier Vegas Reportagen aus dem spanischen Krieg dokumentiert.

Louis Mercier Vega: Reisende ohne Namen. Erzählung. Aus dem Französischen übersetzt von Michael Halfbrodt, Hamburg (Edition Nautilus) 1997, 187 Seiten mit Abbildungen, 29,80 DM

Biowissenschaften

Im Dezember 1997 ist die erste Ausgabe (16 Seiten im DIN-A4-Format) der Zeitschrift BioSkop erschienen. Ganz entgegen dem Trend setzt sich BioSkop mit den uns unter den Stichworten Zukunftsfähigkeit und Standortsicherung angepriesenen Bio- und sog. Lebenswissenschaften auseinander. "Uns interessieren die Konstrukteure dieser gesellschaftspolitischen Szenarien: die Biowissenschaftler, deren Erklärungs- und Gestaltungskompetenz längst über Zelle und Labor hinausragen, deren ‚Wahrheiten` über diesen diffusen Einheitswert ‚Leben` in Rechtsnormen, politische Strukturen und Alltagsvorstellungen eingeschrieben sind. Unsere Beobachtungsinstrumente (-Skop): garantiert konzernunabhängige Recherche und strikt politische Antworten auf biowissenschaftliche Fragen und hergestellte Handlungszwänge", schreibt die auch den ak-LeserInnen gut bekannte Journalistin und BioSkoplerin Erika Feyerabend im Aufmacher. BioSkop soll ab 1998 viermal jährlich erscheinen. Geplant sind in jeder Ausgabe drei bis vier Hauptthemen aus den Bereichen Humangenetik, Transplantationsmedizin, Forschung am Menschen, Euthanasie und Bioethik. Außerdem versteht sich BioSkop als Multiplikator, indem es auf wichtige Materialien, geplante Aktionen, Kampagnen hinweist und Aufrufe veröffentlicht. Die erste Ausgabe dieser neuen Zeitschrift erfüllt das Konzept voll und ganz. Neben bundesdeutschen "Entwicklungen" im Bereich Forschung an nichteinwilligungsfähigen Patienten wird z.B. die aktuelle Situation in den Niederlanden dargestellt oder die "Entscheidungshilfe zum Thema Organspende" der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) unter die Lupe genommen. Auf weitere Ausgaben kann mensch gespannt sein.

BioSkop kann gegen einen Abo-Betrag von mindestens 50 DM - bzw. 100 DM für Institutionen - bestellt werden bei: BioSkop e.V. - Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften und ihrer Technologien, Grendplatz 4, 45276 Essen.

Minderheitenpolitik

Im Oktober veranstalteten die schleswig-holsteinischen Grünen eine Tagung zum Thema Minderheitenpolitik. Die dort gehaltenen Vorträge sind in einem Reader dokumentiert, den das Regionalbüro der Bundestagsabgeordneten Angelika Beer herausgegeben hat. Unter den Referenten waren auch die angesehenen Wissenschaftler Wolfgang Benz, Norman Paech und Siegfried Jäger. Benz behandelt die Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten im NS-Staat, Jäger die Diskurse über Einwanderung, Flucht, Asyl und die Situation von Minderheiten. Sein Text ist mit den bekannten rassistischen Bildern aus den Massenmedien illustriert: Benettons "United Colors" mit albanischen Flüchtlingen auf einem völlig überfüllten

Schiff; einem Bild-Aufmacher zum selben Thema: "Die Asylanten-Katastrophe. Morgen auch bei uns?"; Spiegel-Titeln über den "Ansturm der Armen", das "Scheitern der multikulturellen Gesellschaft" und dergleichen. In dem Beitrag von Norman Paech geht es um Minderheitenpolitik und Völkerrecht. Letzteres sei ein irreführender Begriff, da es sich "immer nur um ein Recht der Staaten gehandelt hat ... Völker sind aber im Zusammenhang moderner Staaten oft Minderheiten." Für Europa formuliert Paech u.a. folgende Forderungen: verbindliche "völkerrechtliche Fixierung der Rechte und des Schutzes von Minderheiten"; keine "Destabilisierung von Staaten durch einseitige Einmischungen sog. Mutterländer"; "Diskriminierungsschutz aller anderen faktischen oder soziologischen Minderheiten". Schon an diesen Forderungen wird deutlich, daß es "eine Minderheitenpolitik nicht geben kann" (Angelika Beer im Vorwort).

Reader zum Forum Minderheitenpolitik am 4.10.1997 in Kiel im Haus des Sports; Veranstalter: Bündnis 90/Die Grünen, Herausgeber des Readers: Regionalbüro Beer, Feldstr. 31, 24534 Neumünster

Revolutionäre Frauen

Rosa Luxemburg und die Tänzerin Isidore Duncan, Marats Mörderin Charlotte Corday und die Sozialrevolutionärin Vera Figner, Emmeline Pankhurst, die Kämpferin für das Frauenstimmrecht, und Alexandra Kollontai, die für die freie Liebe eintrat - das sind einige der Frauen, die Etta Federn 1937, während des Spanischen Bürgerkrieges, porträtiert hat. Im spanischen Exil arbeitete Federn, österreichische Schriftstellerin und Anarchistin, in der 1936 gegründeten anarchosyndikalistischen Frauenorganisation "Mujeres Libres" mit, für die sie als Lehrerin tätig war. In diesem Zusammenhang entstanden die jetzt neu herausgegebenen zwölf Portraits ungewöhnlicher, rebellischer Frauen. Etta Federn wollte mit ihren Lebensbildern ein Stück Frauengeschichte für die Spanierinnen schreiben, denen der Zugang zu Allgemeinbildung bis dahin weitgehend versperrt war. Die Portraits sind in einer sehr einfachen Sprache geschrieben und skizzieren auch den historischen Kontext, in dem die Frauen gelebt haben. Die sehr unterschiedlichen Frauen - von der heute vergessenen Dänin Inga Nalbandian, die jahrelang für die Freiheit der Armenier kämpfte, bis zu der berühmten Anarchistin Emma Goldmann - sind alle "revolutionär auf ihre Art". Selbst Madame Roland, eine Girondistin, die in der Französischen Revolution eine gemäßigte, bürgerliche Postition vertrat, wird als stolze, furchtlose Kämpferin dargestellt. Madame Roland starb unter der Guillotine - weil sie nicht radikal genug war, wie Etta Federn betont: "Die Revolution mußte sie töten, weil Madame Roland deren letztendlichen Zweck nicht begriff. Es ist das tragische Schicksal von begeisterten und überzeugten Revolutionären, daß sie in ihren Gedanken und revolutionären Konzepten nicht imstande sind, weit genug zu gehen. Solche, die nicht weiter als bis zu den ersten Phasen einer Revolution gelangen, und solche, die die zukünftige Entwicklung nicht wahrnehmen können, müssen zwangsläufig und werden auch immer die ewigen Opfer ihrer eigenen Überzeugungen und Ideen sein." Der von Marianne Kröger herausgegebene kleine Band enthält außer Erläuterungen zu den Portraits und weiterführenden Literaturangaben auch eine Kurzbiographie von Etta Federn und eine Bibliographie ihrer Veröffentlichungen. Damit wird Etta Federn selbst, eine der "Vergessenen" des Exils, wieder in Erinnerung gerufen. Ein sympathisches Buch - nicht nur für rebellische Frauen und Mädchen, die es werden wollen.

Etta Federn: Revolutionär auf ihre Art. Von Angelica Balabanoff bis Madame Roland - 12 Skizzen unkonventioneller Frauen, Gießen (Psychosozial-Verlag) 1997, 133 Seiten, 28 DM

"Endlösung"

In ihrem neuesten Heft problematisiert die Zeitschrift "WerkstattGeschichte" den Begriff "Endlösung". Die drei Beiträge zum Themenschwerpunkt zeigen den prozessualen Charakter der "Endlösung der Judenfrage". Dieser Begriff wurde von den Nazis bereits seit 1933 gebraucht: zunächst in einer Denkschrift, die die Vertreibung der deutschen Jüdinnen und Juden forderte; dann im Kontext von Plänen für ein "Judenreservat" in Polen bzw. für die Evakuierung der jüdischen Bevölkerung nach Sibirien und ans Eismeer. Auch der sogenannte Madagaskar-Plan war eine der Antworten auf die "Judenfrage". Der Begriff "Endlösung" hatte also keinen eindeutig definierten Inhalt, sondern bezeichnete so unterschiedliche Konzepte wie Auswanderung, Vertreibung, Deportation und Mord. Michael Wildt problematisiert anhand einer Fallstudie über die fränkische Stadt Treuchtlingen das von Raul Hilberg geprägte Schema der Judenverfolgung: Definition - Enteignung - Konzentration - Ausrottung. Diese Auffassung versteht die Verfolgung der Jüdinnen und Juden als lineare antisemitische Politik und zielgerichtete Abfolge staatlicher Repressionsakte. Wildt hingegen zeigt, wie sich die alltägliche Gewalt gegen Juden allmählich entgrenzte. Er interessiert sich besonders für die "Zuschauer, die

mehr und mehr zu Teilnehmern und Mittätern wurden", so seine These: Ohne die gewalttätige Aufladung der deutschen Gesellschaft wäre die "Endlösung" nicht durchzusetzen gewesen. Freilich wird in seiner detailreichen Studie auch deutlich, daß es Versuche von nicht-jüdischen Deutschen gab, die Gewalt gegen Jüdinnen und Juden zumindest einzudämmen. In einem weiteren Beitrag des Heftes interpretiert Karin Orth die immer wieder zitierte Aussage von Rudolf Höß, daß Himmler ihm im Sommer 1941 den Auftrag zur "Endlösung", d.h. zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Auschwitz gegeben habe. Christian Gerlach weist nach, daß Hitler die Entscheidung, sämtliche europäische Jüdinnen und Juden zu töten, nach dem Kriegseintritt der USA auf der Reichs- und Gauleitertagung am 12. Dezember 1941 verkündet hat. Zahlreiche weitere Beiträge - u.a. zu Problemen der oral history - und ein interessanter Rezensionsteil ergänzen wie üblich den Schwerpunkt.

WerkstattGeschichte 16, 6. Jg., November 1997, Ergebnisse Verlag, Hamburg, DM 16,- (plus Versandkosten).

38. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak409/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:32

Die Ereignisse des Jahres 1977 waren für ak Anlaß, mit einem Schwerpunkt in der Ausgabe 406 Stellung zu beziehen. Unter anderem setzten wir uns mit den Ereignissen in der Todesnacht von Stammheim, mit der Sympathisantenhatz und mit der Knastsituation der RAF-Gefangenen auseinander. Über das erhaltene Lob und Interesse haben wir uns sehr gefreut. Für InteressentInnen besteht weiterhin die Möglichkeit, einige Restexemplare von ak 406 zum Bestellpreis von 5 DM + 1,70 DM Porto bei der Redaktion zu bestellen. (Adresse im Impressum)

39. Quelldatei 36.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak409/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:36

Kalender

Organhandel und Bio-Piraterie

Organhandel in Indien und Genraub bei indigenen Völkern, Sterbehäuser in Kalkutta und die Biopolitik der UNESCO - das sind nur einige der Themen, die auf dem BioSkop-Seminar diskutiert werden. ReferentInnen sind Antje Becker, Jeroen Breekveldt, Komivi Ecklou, Ludger Fittkau, Ursel Fuchs, Klaus-Peter Görlitzer, Andrea Klein und Roberto Rotondo. TeilnehmerInnen sind auch zum BioSkop-Jahresabschlußfest mit asiatischem Buffet eingeladen. Teilnahmegebühr incl. Übernachtung und Verpflegung 60 DM (Ermäßigung möglich). Anmeldung bei BioSkop e.V. - Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften, Grendplatz 4, 45276 Essen.

Essen, 27.-28.12., ganztägig, Kulturzentrum Grend, Westfalenstr. 311, Essen-Steele

NS-Wirtschaftsführer Pabst

Mit einem Vortrag von Doris Kachulle (Bremen) über Waldemar Pabsts Wirken als NS-Wirtschaftsführer leitet die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V. eine Vortragsreihe ein.

Berlin, 13.1., 15.00 h, Kulturhaus Prenzlauer Berg, Turmzimmer, Danziger Str. 101

Alte und Neue Rechte an den Hochschulen

Unter diesem Titel veranstalten die Bundestagsgruppe der PDS, der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, das Projekt Konservatismus und Wissenschaft und der AStA der Uni Marburg ein Wochenendseminar. Ein ausführliches Programm mit den ReferentInnen (u.a. Ludwig Elm, Gudrun Hentges, Ulla Jelpke, Reinhard Kühnl) und Themen (Nationalimus, Geschichtsrevisionismus, Rassismus und Antisemitismus in Forschung und Lehre; Männerbünde, Burschenschaften und Extreme Rechte an den Hochschulen; Deregulierung, Standortwissenschaft und neue Eliten) sind erhältlich bei Stephan Peters, Wilhelmstr. 10, 35037 Marburg, Tel.: (06421) 12888, Fax: 163873. Anmeldung möglichst bis 19.12.

Marburg, 30.-31.1., Beginn 18.00 h bzw. 9.00 h, Philipps-Universität, Philosophische Fakultät, Wilhelm Röpke-Straße

Was ist avancierte Rockmusik?

Stimmt es, daß die Ramones bessere Musik gemacht haben als Pink Floyd? Oder ist diese Behauptung bloß eine willkürliche Geschmacksentscheidung, die nicht objektiv begründet werden kann? Michael T. Koltan vom Archiv für soziale Bewegungen verneint dies entschieden und will beweisen, daß es objektive ästhetische Kriterien gibt, an denen sich Rockmusik messen lassen muß. Mit Musikbeispielen.

Freiburg, 13.1., Uhrzeit erfragen, Jos Fritz-Café, Wilhelmstr, 15

Fahrt zu den Vernichtungslagern der "Aktion Reinhard"

Unter dem Decknamen "Aktion Reinhard" begannen Ende 1941 die Vorbereitungen für die Ermordung der mehr als 2 Millionen Juden des Generalgouvernements Polen. In den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor und Treblinka wurden 1.700.000 Menschen ermordet. Im Gegensatz zu Auschwitz gab es hier keine Selektionen. In Sobibor konnten bei einem Aufstand der Häftlinge 300 Menschen fliehen, in Treblinka wagten die Gefangenen 1943 einen Aufstand, bei dem 70 Häftlinge flüchten konnten. Heute sind diese Lager in Deutschland weitgehend unbekannt. Auf einer Fahrt des Antifa-Cafes Kassel informieren Mitarbeiter der Gedenkstätten über die Geschichte der Lager, auch über die Zeit nach 1945, Gespräche mit Zeitzeugen sind geplant. Infos und Anmeldung bis zum 20.2.1998 bei Antifa-Cafe, c/o gestochen scharf, Elfbuchenstr. 18, 34119 Kassel.

28.3. bis 5.4., Fahrt zu den Vernichtungslagern der "Aktion Reinhard"

40. 40.000 DM für ak - das muß es Euch schon wert sein!

CD-Datei: daten/aksuche/ak409/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:39

Eigentlich wißt Ihr am besten, was Ihr an dieser Zeitung habt. Das beweist Ihr nicht allein durch den Kauf oder das Abonnement, sondern ein Großteil von Euch auch bei der jährlichen Spendenkampagne.

Mit dem Schwerpunkt "20 Jahre Stammheim", das zeigen wenigstens Eure Reaktionen, haben wir wohl einen der besten Beiträge aus der Linken zu diesem Thema gemacht. Und auch unsere Internationalismus-Berichterstattung sucht unter Zeitungen, die keine Fachpublikationen sind, ihresgleichen. Darüber hinaus haben wir die Antimil-Berichterstattung, die bei uns in den vergangenen Jahren ein Schattendasein führte, ausbauen können.

Die Auflagentwicklung gibt keinen Grund zu (großer) Sorge, aber natürlich auch nicht zur Freude. Die Abozahlen sind mehr oder minder stabil. Der leichte Abwärtstrend im Buchladenverkauf geht weiter. Zwar haben wir ak an ausgewählten Bahnhofskiosken plazieren können, doch in der Bilanz ist das kein Ausgleich.

Insofern ist klar, daß sich an unserer finanziellen Situation im Vergleich zu den letzten Jahren nicht viel geändert hat. Immer noch gilt, daß der reale Preis für eine Ausgabe bei 11 Mark liegt. Daß ak aber immer noch für 7,50 DM zu haben ist, hängt neben den Beitragszahlungen der GenossInnen der Ex-KB-Mehrheit und anderer an dem Erfolg unserer Spendensammlung - und das Jahr für Jahr. Wem wir da zu Dank verpflichtet sind, wissen wir!

Auch dieses Jahr brauchen wir wieder 40.000 Mark, um die Herausgabe für das nächste Jahr zu sichern. An der ak-Erstellung arbeiten viele GenossInnen, ohne deren Mitarbeit wir ziemlich aufgeschmissen wären, z.B. als Korrektur-LeserInnen oder Lay-OuterInnen, ohne Entlohnung mit. Daneben leisten wir uns den "Luxus" bezahlter Stellen, weil dies unabdingbare Voraussetzung dafür ist, eine Zeitung wie ak überhaupt herausbringen zu können. Zur Zeit teilen sich 12 GenossInnen in Redaktion und Vertrieb vier Vollzeitstellen.

Zwar gehen wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mittel haushälterisch um, aber da beißt die Maus keinen Faden ab: Unter kapitalistischen Konkurrenzbedingungen ist eine Zeitung wie ak nicht kostendeckend zu produzieren. Und da nun nicht unbedingt zu erwarten ist, daß 1998 als Jahr der Revolution in die Geschichte eingehen wird - wo ja noch nicht einmal klar ist, ob es das Jahr der Ablösung Kohls wird - bleibt uns nichts anderes übrig, als Euch zu bitten, uns auch in diesem Jahr zu unterstützen.

40.000 Mark müßte es Euch wert sein, daß Euch ein Spendenaufruf unter dem Motto: "Kohle her, denn Kohl muß weg!", oder irgendetwas ähnlich Hausbackenes erspart bleibt. ak kann sicherlich viel vorgeworfen werden, z.B. daß sie immer noch eine arge Bleiwüste ist (obwohl wir uns sehr bemühen), daß sie nicht immer die aktuellste und umfassendste Publikation ist (das war vor ein paar Jahren - sagen wir 10 - sicherlich anders), daß sich ihr Sprachwitz in Grenzen hält (da haben wir aber in den letzten zehn Jahren dazugelernt), daß ihr manchmal die Zuspitzung fehlt, wobei Ausnahmen die Regel bestätigen (siehe den Gollwitz-Aufmacher in ak 407) ... Doch was sagte der große Vorsitzende Mao Zedong über die Aufgabe einer Zeitung. Sie habe "... die gewaltige Rolle, zu organisieren, zu ermutigen, zu begeistern, zu kritisieren und zu fördern." Wir arbeiten daran!

ak-Redaktion

Spenden-Konto: Robert Gatermann

Postbank Hamburg

BLZ 200 100 20, Konto: 464584204

Am einfachsten den beiliegenden Überweisungsträger verwenden!

Wir danken allen SpenderInnen für den großzügigen Auftakt und wünschen uns viele NachahmerInnen.

Spendeneingang bis 11.12.1997

S.W., Fuerth 500,00

R.O., Kasseedorf 25,00

W.L., Nienburg 20,00

W.R.+G.K-R., Bonn 1.000,00

G.H-K., Kist 100,00

E.F., Köln 10,00

W.B., Berlin 200,00

D.+R.M., Frankfurt 50,00

St.K., Sassendorf 50,00

S.B., xy 300,00

H-W.M., Aachen 200,00

A.B., München 50,00

D.K., Berlin 100,00

R.G., Bremen 50,00

P.St., Bielefeld 20,00

H.F., Hamburg 400,00

R.M., Oldenburg 120,00

W.W., Berlin 250,00

E.J., Versmold 200,00

A.L., Kiel 35,00

Ch.Ch., Berlin 20,00

P.R., München 20,00

D.+H.H., Hamburg 200,00

F.L.K-J., Wedemark 100,00

W.I., Stuttgart 20,00

W.Sch., Berlin 500,00

W.R.K.+B.Sch-K., Twedt 300,00

M.E., Braunschweig 167,00

N.N., Lüneburg 150,00

St.B., Arnsberg 105,00

C.Sch., Hattersheim 100,00

Th.Sch., Leipzip 50,00

T.K., Hamburg 1.000,00

T.D., Aumühle 100,00

M.H., Berlin 100,00

O.M., Frankfurt 15,00

A.H., Mosbach 50,00

R.Sch., Hamburg 50,00

W.B., Hamburg 180,00

Jörg, Günther, Sabine 100,00

J.W., Kiel 50,00

H.Sch., Berlin 30,00

O.K., Idar-Oberstein 150,00

Ch.W., Hamburg 1.000,00

D.M., Buckenhof 50,00

H.H., Wardenburg 150,00

XY, Waldihausen 100,00

St.A., Bollschweil 50,00

H-H.B., Lübeck 20,00

J.+I.M., Stade 100,00

W.D., Wettenberg 50,00

U.H., Kiel 100,00

J.G., Hamburg 50,00

A.L., Kiel 50,00

M.K., Berlin 100,00

H-J.V., Chemnitz 100,00

Ev.Andr.G., Bremen 100,00

DM 9.257,00

41. Ho- Ho-Hochschulstreik!

CD-Datei: daten/aksuche/ak409/auf.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:auf

Zehntausende Studentinnen und Studenten auf den Straßen deutscher Hochschulstädte. Aufruhr? Widerstand? Eine neue StudentInnenbewegung? Oder geht es ihnen doch nur um mehr Geld für ein akademisches Kuschelkissen im Elfenbeinturm, um ausgeruht und wohlvorbereitet dem Verdrängungs- kampf auf dem Arbeitsmarkt entgegenschreiten zu können?

Aus der Perspektive der neoliberalen Bildungspolitik betrachtet erscheinen die studentischen Proteste auf den ersten Blick eher systemkonform, wenn sie mehr Geld, Bildung für alle und sogar lebenslanges Lernen einfordern. Denn gerade diese Forderungen treffen ja allseits auf wohlwollende Anerkennung sowie heftig zustimmendes Kopfnicken.

Erstaunlich schnell sind deshalb KritikerInnen zu vernehmen, die "den Studenten" unpolitisches Agieren vorwerfen. Doch was sind "die Studenten"? Eines sicherlich nicht: eine homogene Masse. Ihre oftmals einzige Gemeinsamkeit besteht in einem kleinen Zettel mit dem Aufdruck "Studentenausweis". Ansonsten reicht das studentische Spektrum von linken BasisdemokratInnen über Konservative bis hin zu den faschistoid Rechten. Und so finden sich eben auch jene, die schlichtweg mehr Geld für Hochschulen und BAFöG fordern, neben denen, die die Rede vom "Standort D" beim Wort nehmen und Bildung als unabdingbare Zukunftsinvestition einklagen.

Wen wundert's? Warum sollten mehr als fünfzehn Jahre neoliberaler Politik ausgerechnet an StudentInnen vorbei gegangen sein? Woher sollen ausgerechnet StudentInnen ein linkes politisches Bewußtsein haben, wenn der Trend in den Hochschulen eher nach rechts geht? Nach wie vor finden sich in der StudentInnenschaft wohl mehr radikale Linke als sonstwo in der Gesellschaft. Dementsprechend wird auch in den Hochschulen der Kampf gegen eine neoliberale Hegemonie geführt.

Sicherlich - es gibt vieles zu kritisieren. Aber eines sollte nicht übersehen werden: Die Unbekümmertheit der streikenden StudentInnen zielt genau auf ein zentrales Moment der neoliberalen Krisenbewältigung. Ihre Forderung "Wir wollen mehr Geld" - die für die meisten KritikerInnen der Beweis ist für die "Harmlosigkeit" des Streiks - ist gar nicht so unpolitisch, wie sie daherkommt. Was da nämlich mittransportiert wird, ist, daß eigentlich genug Geld da ist. Das wirft die Frage auf, wie und für was das Geld verwendet wird. Die StudentInnen-Streiks sind der erste massenhafte Protest gegen die herrschende Logik der Sach- und Sparzwänge, der Wirkung entfaltet. Eine Mehrheit der Bevölkerung empfindet inzwischen Sympathie für die studentischen Forderungen. Der neoliberale ideologische Kitt beginnt zu bröckeln.

Selbst wenn die meisten StudentInnen nach dem Streik weiterhin an ihrer privaten Karriere stricken sollten, so werden doch einige mehr als zuvor übrig bleiben, die nicht mit der Standort-D-Politik einverstanden sind und sich dagegen auch künftig wehren werden.

ab Seite 7

42. Mexiko: Zerfall der PRI

CD-Datei: daten/aksuche/ak409/dino.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:dino

Die Parlaments- und Kommunalwahlen in Mexiko vom 6. Juli dieses Jahres brachten der seit 1929 regierenden Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) herbe Verluste ein. Bereits in ak 405 analysierte unser Autor Al. die sich aus dem Wahlausgang ergebenden neuen politischen Kräfteverhältnisse. Von den Verlusten der PRI profitierten damals die klerikal-konservative "Nationale Aktionspartei" (PAN) sowie die links-zentristische "Partei der demokratischen Revolution" (PRD). Al. ging davon aus, daß es in Mexiko spannend bleiben würde. Und damit hatte er recht. In dieser Ausgabe untersucht unser Autor Boris Kanzleiter, der kürzlich von einem längeren Aufenthalt aus Mexiko zurückkehrte, die Gefahren, die sich aus dem langsamen Zerfallsprozeß der PRI ergeben: zunehmende Gewalt, rücksichtlose Privatisierungen zugunsten der Reichen, ständige Kaufkraftverluste bei den Armen, despotische, unkontrollierbare Regionalfürsten, um nur einiges zu nennen.

Seite 12

43. Europa macht die Schotten dicht!

CD-Datei: daten/aksuche/ak409/kasten-2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:kasten-2

Mitte Oktober fand in Prag eine "Ministerkonferenz zur Bekämpfung der illegalen Wanderung" statt. Ihre Empfehlungen zielen auf einheitliche Grenz- und Visaregelungen vom Atlantik bis zum Ural und vom Mittelmeer bis zu den nördlichen Grenzen Europas. Die EU möchte, daß die osteuropäischen Staaten an ihren Grenzstellen die Identität von Menschen ohne Papiere feststellen. Der Schengener Fahndungsraum soll bis zum Ural ausgedehnt werden. Ob das Ziel der europäischen Staaten, die Fluchtwege in die Festung Europa abzuschneiden, erreicht werden kann, ist mehr als fraglich.

Eine sehr gefährliche, aber häufig genutzte Fluchtmöglichkeit nach Deutschland ist die als blinder Passagier. Das Bestreben sowohl der bundesdeutschen Behörden als auch der Reedereien ist es, diese Flüchtlinge möglichst schnell wieder los zu werden. Dabei helfen Schiffsversicherer, die gute Beziehungen zu den diplomatischen Vertretungen afrikanischer Staaten haben. Dauert es normalerweise Wochen, bis diese Papiere ausstellen, so geschieht dies hier oft in wenigen Tagen. Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den privaten Abschiebeunternehmen funktioniert gut. Sei te 6

Auch um die sogenannte Innere Sicherheit sind die Herrschenden besorgt. Dafür gibt es bald eine neue Behörde, EUROPOL. Eine Behörde so richtig nach dem Geschmack der Sicherheitsfanatiker. Sie kontrolliert sich selbst, ist zentralistisch aufgebaut, und die Trennung von Polizei und Nachrichtendienst ist auch passé. Und für den Fall der Fälle genießen die Eurocops Immunität. Den BürgerInnen bleiben die üblichen demokratischen Kontrollrechte verwehrt, denn sie sind die potentiell Verdächtigen. Seite 5

44. Quelldatei leiste.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak409/leiste.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:leiste

Ein Jahrzehnt "konkret" Seite 31

Angriffe auf US-Transport-gewerkschaft Seite 17

HB: Madrid setzt auf Repression Seite 13

Anti-Minen-Bündnis geehrt Seite 29

Grüne zu allem bereit Seite 21

Prekärer Friede auf Mindanao Seite 11

Keine Hilfe für Somalia Seite 16

Friedensbewegung konferiert Seite 27

Innenpolitik des italienischen Faschismus Seite 24

Gollwitz zum allerletzten: Kritik der Kritik

Seite 33

Rühes Truppe: Ein "Einzelfall" jagt den anderen

Seite 3

45. Weißrußland: Lukaschenkos wachsende Beliebtheit

CD-Datei: daten/aksuche/ak409/luka.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:409:luka

Auf eine "gute Presse" im Westen wird Weißrußlands Staatspräsident Lukaschenko auch weiterhin verzichten müssen. Anders als die hierzulande hofierten osteuropäischen "Reformer" würde Lukaschenko am liebsten zum realsozialistischen Gesellschaftsmodell zurückkehren. Immer wieder betont er, daß er als einziger aus der damaligen weißrussischen Führung gegen die Auflösung der Sowjetunion gestimmt hat. Auch die große Mehrheit der Bevölkerung würdigt nach wie vor die Leistungen des Sowjetsystems, obwohl das Land unter dem Terror der Stalin-Zeit in besonderem Maße zu leiden hatte. Eine schwere Hypothek aus realsozialistischer Zeit sind die Folgen der Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl. Auch stark verstrahlte Gebiete werden weiterhin landwirtschaftlich genutzt.

Trotz Lukaschenkos Zickzackkurs zwischen diktatorischen Bestrebungen und demokratischen Zugeständnissen ist die Opposition chancenlos. Selbst seine Kritiker müssen zugeben, daß er sich in Weißrußland wachsender Beliebtheit erfreut: Die Löhne sind niedrig, werden aber immerhin ausgezahlt; Nationalitätenkonflikte fehlen vollständig. Amelie Laniers Hintergrundbericht über Weißrußland auf Seite 14